

**FREUDE.
JOY.
JOIE.
BONN.**

Veränderungen

Bonn 2009 bis 2015 | Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch



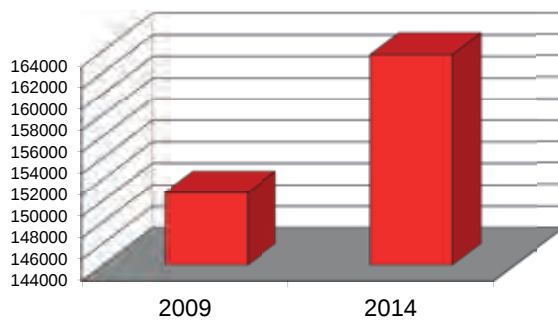


Oberbürgermeister
Jürgen Nimptsch

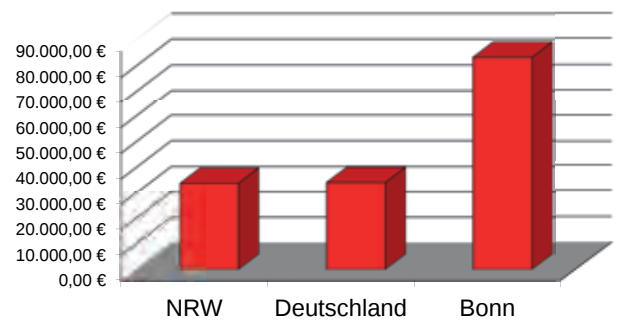
Veränderungen

Bonn 2009 bis 2015

Zahl der Beschäftigten in Bonn



Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2014



Bonn muss stark bleiben

Oberbürgermeister-Kandidat, 2009



Bonn ist noch stärker geworden

Oberbürgermeister, 2015

Inhalt

Vorbemerkung

1. Bürgerbeteiligung stärken	7
2. Bonn ist noch stärker geworden - die wirtschaftliche Entwicklung	14
3. Unser Geld - der Haushalt	22
4. Internationale „Hauptstadt der Nachhaltigkeit“	26
5. Bildungs- und Wissenschaftsstadt	39
6. Kulturstadt	44
7. Bundesstadt als Teil der Region	59
8. Stadtentwicklung und Verkehr	62
9. Modernisierung der Stadtverwaltung	75
10. Großprojekte „WorldCCBonn“ und „Festspielhaus“	79

Schlussbemerkung

Anhang: Zahlen, Daten und Fakten zur Arbeit des Oberbürgermeisters

Vorbemerkung

Am Ende meiner Amtszeit als Oberbürgermeister schaue ich mit dieser Zusammenstellung zurück auf sechs Jahre Stadtgeschichte. Es ist weniger ein Bericht über meine Arbeit, sondern eher eine Beschreibung von Veränderungen, die unsere Stadt in den letzten Jahren erfahren hat und an denen ich beteiligt war. Daher die Überschrift „Veränderungen“ – es ist auch der Titel des diesjährigen Beethovenfestes. Mir liegt daran, deutlich zu machen, wie stark sich unsere Stadt in den letzten Jahren zu ihrem Vorteil gewandelt hat und dass keine Rede davon sein kann, wie gelegentlich behauptet wird, es sei eine Art Stillstand eingetreten.

In den ersten Wochen meiner Amtszeit, im Herbst 2009, beschlich mich bisweilen das Gefühl, ich sei Oberbürgermeister einer krisengeschüttelten Stadt am anderen Ende der Welt geworden. Mit dieser Einschätzung war ich nicht allein. Im Februar 2010 fragten der IHK-Präsident und der IHK-Hauptgeschäftsführer in einem öffentlichen Aufruf, ob denn vielleicht „Larmoyanz eine spezielle Bonner Tugend?“ sei. Beide verwiesen darauf, dass Bonn doch trotz der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzkrise gut dastehe und man gute Voraussetzungen habe, weiter positiv nach vorne zu arbeiten. Eigentlich fehle es – nicht überall, aber doch meistens – an Gründen für das täglich zu hörende und gern verbreitete Wehklagen.

Ich war sehr froh, mich über diese Haltung eines kleinen Teils unserer Bürgerschaft gelegentlich mit sehr erfahrenen Menschen austauschen zu können. Ein besonders geschätzter Ratgeber war Bundespräsident Joachim Gauck, den ich bei seinem Amtsantritt im Bonner Rathaus begrüßte,

mit dem ich gelegentlich zusammenkommen durfte und der mich am Ende meiner Amtszeit zu einem längeren Abschiedsgespräch einlud. In seinem Plädoyer „Für Freiheit“ schreibt er zu dieser Frage: „Bei vielen Menschen, die mir im Land begegnen, vermute ich eine geheime Verfassung, deren virtueller Artikel 1 lautet ´Die Besitzstandswahrung ist unantastbar´.“

Ich lernte, diesen Tatsachen ins Auge sehen, was dem Rheinländer in mir nicht schwerfiel. Zur spannenden Fünf-Minuten Lektüre zwischen dem Studium der Akten und der Kenntnisnahme unfassbarer Horrormeldungen über die täglichen „Desaster“ in unserer Stadt legte ich mir eine gebundene Ausgabe des Rheinischen Grundgesetzes von Konrad Beikircher neben meinen Schreibtisch: „Et kütt wie et kütt“. Es war eben hinzunehmen, dass einzelne Menschen und Medien aus einem kleinen Problem gern ein Untergangsszenario entwickeln, und zum Beispiel schreiben, in Bonn könne man nur „überwiegend negative Nachrichten“ vermelden, große Pläne würden stets „mit Getöse versenkt“ und es liege „Mehltau über der Stadt“. Übertreibungen also, bei denen aus einem Problem gleich ein „Desaster“, aus kleinen negativen Dingen gleich eine „Hiobsbotschaft“ und aus einem Fehler in der Verwaltungsarbeit gleich ein „Organisationsversagen“ gemacht wird.

Da aber den Lauten immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als den Leisen, entstand mitunter der Eindruck, es bestehe in unserer Stadt tatsächlich Anlass zur Unzufriedenheit. Der aus dem Rheinland stammende Physiker Benzenberg hat hingegen einmal gesagt: „Zahlen beweisen“. Ich will daher ein paar Zahlen nennen, die den tatsächlichen Zustand der Stadt beschreiben und aus denen man ablesen kann, dass es uns nicht nur, wie es die IHK-Chefs 2010 beschrieben haben, eigentlich ganz gut geht, sondern dass unsere Stadt in den letzten Jahren noch stärker geworden ist und sich durch große Dynamik auszeichnet.

■ In meiner Amtszeit sind in unserer Stadt jährlich rund 2600 neue Arbeitsplätze entstanden, seit dem Bonn/Berlin-Beschluss 1991 sind es insgesamt 30 000 mehr geworden. In jedem Jahr gibt es einige hundert Gewerbeanmeldungen mehr als -abmeldungen. Bonn

hatte 2014 bundesweit die höchste Dichte an freiberuflichen Existenzgründern.

- Bonn liegt mit seinen DAX-Unternehmen aktuell auf Platz 2 der Börsenliga und ist im Städteranking des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts von Platz 9 in 2008 auf Platz 3 in 2012 geklettert.
- Man vertraut wieder darauf, dass man in unserer wachsenden Stadt investieren kann und Immobilien hier auch langfristig eine gute Geldanlage sind. Viele Investoren, Geldanleger, z.B. Versorgungskassen, kaufen oder bauen Häuser in Bonn. Das kann nicht verwundern bei einem Leerstand von nur 3,5 Prozent bei den Büroimmobilien und Spitzenmieten von 16,50 Euro pro qm und mehr. Nach einer Studie von September 2015 haben Immobilien in Bonn die besten Aussichten auf Wertsteigerungen in ganz Nordrhein-Westfalen. Bonn belegt Platz 1 unter den „Immobilien Top Ten“.
- Wir wachsen und haben jedes Jahr rund 1 000 neue Einwohner und wir verzeichnen einen Geburtenüberschuss - ein Anzeichen dafür, dass Familien unserer Stadt vertrauen.
- Unser Kapital sind die überdurchschnittlich vielen gut ausgebildeten Menschen. Sie erarbeiten ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 83 394 Euro, das ist der höchste Wert in Nordrhein-Westfalen und sie haben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von Krankenkassen auch noch eine geringere Krankenquote als diese in anderen Städten verzeichnet wird. Da inzwischen für 25,3 Prozent der Arbeitsplätze in Bonn ein Hochschulabschluss erwartet wird - das sind 4 Prozent mehr als 2009 und mehr als doppelt so viel wie anderswo - ist es gut, dass fast ein Drittel unserer Einwohner über 15 Jahre schon einen Hochschulabschluss hat; auch das ist mehr als doppelt so viel wie in anderen Städten. Über die Hälfte (53 Prozent) unserer Einwohner über 15 Jahre hat eine Hochschulzugangsberechtigung; in NRW sind es nur 30 Prozent. Und auch am anderen Ende der Skala haben wir uns verbessert. 2013 verließen in Bonn nur noch 153 Jugendliche (2,8 Prozent) von rund 5000 insgesamt die Schule ohne

Abschluss; in ganz Nord-rhein-Westfalen waren es 4,4 Prozent. Das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut erteilte bei seinem Städteranking Bonn Bestnoten im Bereich Bildung und stellt fest: Bonn verzeichnet den geringsten Anteil der untersuchten Städte bei Schulabgängern ohne Abschluss und den größten Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife. Mehr noch als anderswo gilt also: Bildung ist Bonns Kapital.

- Deswegen betrug der Bauumsatz des Städtischen Gebäudemanagements in meiner Amtszeit fast 200 Mio. Euro für Bau- und Sanierungsmaßnahmen in Kindergärten und Schulen. Vom 1.1.2009 bis 1.1. 2015 haben wir 24 neue, öffentlich geförderte Kindergärten mit rund 1 940 neuen Plätzen gebaut und die insgesamt zur Verfügung stehende Zahl an Kindergartenplätzen von 9 467 (1.1.2009) auf 11 408 (1.1.2015) erhöht (+ 20 Prozent). Aktuell können wir 2 496 U3-Plätze in Kindergärten und 900 Plätze in der Tagespflege anbieten, was einem Versorgungsgrad von über 42 Prozent entspricht. Für die 3-6-jährigen stellen wir insgesamt 8 912 Plätze in Kindergärten und ca. 30 Plätze in der Tagespflege zur Verfügung, was einem Versorgungsgrad von 99 Prozent entspricht. Im Ganztagsbereich an Grundschulen konnten wir die Angebotszahl um 2 423 Plätze von 5 018 (2009) auf 7 441 (2015) erhöhen (+ 48 Prozent).
- Im Kulturranking liegen wir mit unserem phantastischen Angebot auf Platz 5 unter den 30 größten Städten in Deutschland. Nach dem Wegfall der Konzerte auf dem Museumsplatz und der eintägigen „Rheinkultur“ haben wir an anderer Stelle neue Veranstaltungen schaffen können. Die Zahl der Open-Air-Konzerte ist 2015 höher als 2011 und in den letzten Jahren kletterte die Zahl der Veranstaltungen von 299 in 2013 auf 347 in 2015. Unser Flaggschiff, das Beethoven Orchester, sammelt einen Echo-Klassik-Preis nach dem anderen.

	2009	2014
Kindergartenplätze U 3	2181	3 396
Kindergartenplätze	9 467	11 408
OGS-Plätze	5 018	7 441
Arbeitsplätze	150 752	163 663
Arbeitsplätze mit Hochschulabschluss	20,8%	25,3%
Insolvenzen	194	142
Platzierung im Städteranking des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts	9	3
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	81 731 Euro	83 394 Euro [Platz 1 in NRW]
Umsatz in der Immobilienwirtschaft	707 Mio. Euro	1,15 Mrd. Euro
Vermietete Büroflächen [m ²]	85 700	88 900
Hotelzimmer	3 701	4 327
Kriminalitätsbericht	Stärkster Anstieg der Kriminalität von allen Städten in NRW [2000]	Bonn gehört zu den sichersten Städten in Deutschland
Schulden im städtischen Haushalt	1 213 213 522 Euro	1 691 241 117 Euro

Wir können also festhalten: In Bonn kann man gut arbeiten, gute Geschäfte machen, gut lernen und gut leben. Dass unsere Stadt in den letzten sechs Jahren sogar noch stärker geworden ist, das ist das Verdienst der ganzen Stadtgesellschaft, deren Bürgerinnen und Bürger in der Summe Großartiges leisten. Städte über denen „Mehltau“ liegt sehen anders aus. Eigentlich wissen wir das auch, denn bei einer Umfrage von infas haben 98 Prozent der Bonnerinnen und Bonner gesagt, dass sie sich hier „wohl“ oder „sehr wohl“ fühlen.

Wenn es eine Stadt gibt, die mit Wandel umgehen kann, dann sind wir es. Wir haben uns in unserer 2000jährigen Geschichte immer neuen Herausforderungen gegenüber gesehen und haben besondere Aufgaben übernommen. Allein in den letzten 20 Jahren haben wir einen enormen Weg zurückgelegt von einer überwiegend durch Ministerien, Verbände und Behörden geprägten Beamtenstadt zu einem zukunftsorientierten Wirt-

schafts- und Wissenschaftsstandort mit starkem kulturellen Profil und Menschen aus rund 180 Nationen. „Boomtown Bonn“ kann man gelegentlich in den bundesweiten Blättern lesen oder ab und zu titelt dann sogar auch schon einmal eine unserer Zeitungen: „Wir sind der Motor NRWs“.

Ich nehme an, dass der Autor, der von den „versenkten Projekten“ schrieb, damit das WorldCCBonn und das Festspielhaus gemeint hat. Wen mein Blick auf das WorldCCBonn, das Festspielhaus und das „Hallenkonzept“ interessiert, der mag es in Kapitel 5 und 10 nachlesen.

Ich will an dieser Stelle vorab nur Folgendes sagen. Nachdem es uns gelungen ist, den „Dämon WorldCCBonn“ zu verjagen und das neue Hauptgebäude des Konferenzentrums mit einer fünfjährigen Verzögerung zu eröffnen wird es uns hoffentlich genau so gehen, wie dem Bund, dessen Bauprobleme auf derselben Meile inzwi-

schen fast in Vergessenheit geraten sind. Beim vom Rheinhochwasser versenkten Schürmann-Bau des Bundes, nur 100 Meter weiter, gab es vor 20 Jahren eine Verzögerung von 7 Jahren und einen 10 Jahre dauernden Rechtsstreit; mit geschätzten 700 Millionen Euro gilt es als eines der teuersten Gebäude der deutschen Nachkriegsgeschichte. Und der Deutsche Bundestag musste nach seinem Einzug in das gegenüber liegende neue Parlamentsgebäude 1992 wegen Baumängeln direkt wieder ausziehen, und konnte erst ein Jahr später zurückkehren.

Beim Projekt „Festspielhaus“ hätte ich mir von allen Beteiligten einen längeren Atem gewünscht. Von der Idee bis zur Realisierung hat das Festspielhaus in Salzburg 30 Jahre gebraucht und bei der Oper in Sydney dauerte es sogar noch länger.

Wie also geht es Bonn 2015? Was haben alle Mitwirkenden gemeinsam erreicht? Damit meine ich die gesamte Stadtverwaltung mit rund 6000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Stadtrat und die Bezirksvertretungen, die Wirtschaft und die gesamte Bürgerschaft mit all ihren Organisationen, Institutionen, Initiativen und Vereinen.

Ich hatte 2009 dem Ziel „Bonn muss stark bleiben!“ eine zweite zentrale Wahlkampfaußage hinzugefügt: Bürgerbeteiligung stärken! Ich beginne daher bei den Bürgerinnen und Bürgern; sie sind das Maß aller Dinge. Ich war als von ihnen direkt gewählter erster Repräsentant gerne bei ihnen und habe, neben den vielen inoffiziellen Terminen, rund 2500 Reden und Grußworte auf rund 3000 Veranstaltungen gehalten und die Gelegenheit zu unzähligen Gesprächen genutzt. Ich wollte ein Oberbürgermeister sein, der den Bürgerinnen und Bürgern zuhört und der sie so umfassend wie möglich an Planungen und Entscheidungen beteiligt. Wir alle leben nämlich davon, dass sich unsere Bürgerschaft täglich tausendfach engagiert; sie macht den Herzschlag unserer Stadt aus. Die sehr hohe „Wohlfühlrate“ ist nur so zu erklären, dass die Menschen in Bonn einander vertrauen, miteinander arbeiten und füreinander leben. Und darum steht auch das Kapitel „Bürgerbeteiligung stärken!“ am Anfang dieses Berichts.

1.

Bürgerbeteiligung stärken!

„Wer an den Dingen der Stadt keinen Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger.“

[Perikles]

Am Tag meines Dienstantritts begann ich damit, wie im Wahlkampf versprochen, den Dialog zwischen Verwaltung und Bürgerschaft zu intensivieren und neue Formen der Bürgerbeteiligung einzuführen. Dazu gehörte die sofortige Einrichtung des Internet-Portals „direkt zu“, die Errichtung einer kleinen Arbeitsgruppe zur Bürgerbeteiligung in meinem Dezernat, die Einführung der Videoübertragung von Ratssitzungen und eine öffentliche Veranstaltung 100 Tage nach Beginn meiner Amtszeit („Ich stelle mich“). Bei „direkt zu“ erreichte ich bereits innerhalb der ersten Monate über 50 000 Leser, mehr als sich bei den meisten Bundes- oder Landespolitikern meldeten.

Der Stadtrat beschloss zur politischen Begleitung meiner Initiative die Einführung eines neuen „Ausschusses für Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger“. Die Parteien nahmen sich ebenfalls des Themas an; so beschloss der SPD-Bundesparteitag Ende 2009 den Ausbau der Bürgerbeteiligung als politisches Ziel und der „Vorwärts“ berichtete zu den Aktivitäten in Bonn. Die ersten Vorschläge aus dem Ausschuss waren zunächst noch verhalten und mündeten im Beschluss, die Bürgerinnen und Bürger zunächst zu befragen, ob sie überhaupt gefragt werden wollen.

Es gab zu Beginn noch eine gewisse Reserviertheit gegenüber einer mutig betriebenen Bürgerbeteiligung **vor** einer Ratsentscheidung. Dabei zeigten sich doch schon früh die Entwicklungen wie eine mutige Bürgerschaft **nach** einer vom Stadtrat gefassten Entscheidung, dessen Entscheidung wieder einkassierte, z.B. in Bad Honnef (Nationalpark), Siegburg (Einkaufszentrum), Köln (Schauspielhaus), Hamburg (Schulreform) und Stuttgart (Bahnhof). Es ist nur klug, Bürgerinnen und Bürger vor der Entscheidung von Gremien möglichst umfassend zu beteiligen. So war es auch keine Überraschung, dass in einer daraufhin von der Universität Bonn durchgeführten qualitativen Vorstudie von 1000 im April 2010 repräsentativ ausgewählten Bonnerinnen und Bonnern 90 Prozent die Themen nannten, die ihnen auf den Nägeln brannten und bei denen sie sich eine größere Beteiligung wünschten: Bildung, Festspielhaus, Finanzen, Verkehr, WorldCCBonn.

Mein Ziel, am Tag der Landtagswahl, im Mai 2010, auch eine Abstimmung über wichtige kommunale Fragen zu ermöglichen, konnte ich nicht erreichen. Mehr und mehr regten sich aber interessierte Bürgerinnen und Bürger. So veröffentlichte eine Gruppe von Innenstadtbewohnern schon im Oktober 2010 eine ganzseitige Anzeige mit der Überschrift „Wem gehört der öffentliche Raum?“ und beklagte eine Reihe von Missständen im City-Bereich. Ich griff dies auf und richtete dazu eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe mit einer Ansprechpartnerin für diese Bürgerinnen und Bürger ein. Schritt für Schritt schafften wir so eine Reihe von in der Tat vorhandenen Missständen ab. Ich erwähne den „Kleinen Hain“, die mit Bäumen gestaltete Fläche zwischen Friedensplatz und Bottlerplatz, die mit der Zeit verunstaltet worden war. Der durch die Bäume eigentlich mögliche, schöne Aufenthaltsbereich mitten in der Stadt war zugestellt worden durch eine Imbissbude, einen Stromkasten, vier Dreiecksstände, eine Fahrradabstellanlage und eine Telefonzelle. Nach und nach befreiten wir den „Kleinen Hain“ von diesen Lasten.

Im Zuge des Ausbau unserer Bürgerbeteiligung bezogen wir die Bürgerschaft bei wichtigen Prozessen mehr und mehr ein, z.B. beim Lärmaktionsplan, bei der Spielplatzplanung, bei der Entwicklung des „Behindertenpolitischen Teilhabeplans“ und schafften so nach und nach neue Strukturen.

Bürgerdialog zum Haushalt „Bonn packt's an“

Es war ein wichtiger Schritt, dass wir in Bonn im Januar 2011 zum ersten Mal eine breite Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Haushalts unter dem Titel „Bonn packt's an“ ermöglicht haben. Noch im Jahr zuvor, im März 2010, hatten wir bei der Vorstellung des für ein Jahr eingebrachten Haushaltes auf das bis dahin praktizierte Verfahren gesetzt und mit 1500 Broschüren und 100 Plakaten nur rund 100 Menschen bei einer Bürgerversammlung zum Haushalt erreicht. Nun, bei „Bonn packt's an“ waren auf einmal 12 377 Personen online dabei und auf der Internetseite gab es 191 000 Besucherinnen und Besucher. Dazu kamen fast 3000 schriftliche Rückmeldungen. Die Bürgerinnen und Bürger machten 1 494 eigene Konsolidierungsvorschläge und verfassten rund 12 700 Kommentare. Die einzelnen Vorschläge wurden mehr als 535 000 Mal bewertet. Von den bestbewerteten 108 Bürgervorschlägen wurden 48 sofort umgesetzt. Von den 108 Einsparvorschlägen der Verwaltung wurden 49 von den Bürgerinnen und Bürgern mit Pro bewertet; 30 davon wurden umgesetzt und erbrachten eine Einsparung bzw. Einnahmeerhöhung von 14,5 Mio. Euro. Von den 59 Vorschlägen der Verwaltung, die mit Contra bewertet worden waren, kamen 46 nicht zur Anwendung. Dreizehn Vorschläge im Umfang von 12,8 Mio. Euro haben wir trotz des abweichenden Bürgervotums umgesetzt, weil wir sonst die volle Einflussmöglichkeit auf die Gestaltung unserer Finanzen an die Aufsichtsbehörde im Nothaushalt verloren hätten; wir hatten aber so im Verfahren erstmals eine Chance, unsere Entscheidung zu begründen und um Akzeptanz zu werben.

Für den Haushalt 2013/2014 registrierten sich rund 1 750 Teilnehmende auf dem Portal und machten 245 Vorschläge. Diese wurden über 318 000 Mal bewertet. Insgesamt hatte die Internetseite rund eine halbe Million Klicks. Wir hatten zwei Produktbereiche des Bonner Gesamthaushalts zur Beteiligung angeboten, Natur- und Landschaftspflege und Sportförderung. Die Bürgerinnen und Bürger konnten aber auch allgemein Spar- und Einnahmeerhöhungsvorschläge machen. Von den bestbewerteten 25 Vorschlägen im Bereich Sportförderung beschäftigten sich allein 18 mit unterschiedlichen Facetten des The-

mas „Schwimmbäder“. Zu diesen Vorschlägen hat der Stadtrat allerdings bis heute keine Beschlüsse getroffen. Bei der Bestenliste aus dem Bereich „Natur- und Landschaftspflege“ setzten sich die meisten Vorschläge mit der Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten im Bereich der Grünpflege auseinander. In der Umsetzung wurden die städtischen Bemühungen verstärkt, Grünpatenschaften zu bewerben. Zwischenzeitlich gibt es diverse gelungene Projekte; so z.B. die Community Gärten auf dem Gelände der Ermekeilka-serne.

Beim Bürgerdialog zum Haushalt 2015/2016 stand wieder das Thema „Konsolidierung“ im Fokus. 3 700 aktiv registrierte Nutzerinnen und Nutzer haben im November 2014 insgesamt 390 Bürgervorschläge zum Haushalt gemacht und diese – gemeinsam mit 25 ausgewählten Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung – über 77 500mal mit Pro, Neutral oder Contra bewertet und rund 4 000 Diskussionsbeiträge verfasst. Von den 25 bestbewerteten Bürgervorschlägen stimmte der Stadtrat im Mai 2015 acht in vollem Umfang zu. Weiteren acht Bürgervorschlägen ist grundsätzlich zugestimmt worden, der Rat hat hier zum Teil Änderungen oder Ergänzungen vorgenommen. Vom Stadtrat abgelehnt wurden acht Bürgervorschläge. Ein Vorschlag ist in weitere Beratungen verwiesen worden. Die Bürgerinnen und Bürger hatten auch die Möglichkeit, die Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung zu bewerten. Die am stärksten positiv bewerteten Verwaltungsvorschläge werden seitdem im Wesentlichen umgesetzt. Dies sind Vorschläge wie „Erhöhung der Vergnügungssteuer auf Geldspielgeräte“ oder „Einführung einer Bettensteuer“. Von den Verwaltungsvorschlägen, die die Bürgerinnen und Bürger am negativsten bewertet hatten, werden zum Beispiel Kürzungen im OGS-Bereich oder die Schließung von Bäderstandorten nicht umgesetzt. Zum Teil umgesetzt werden die „Schließung von Bibliotheksstandorten“ oder die Grundsteuererhöhung.

„Bonn packt's an“ hat sich während meiner Amtszeit etabliert. Es ist ein niedrigschwelliges Dialogangebot zwischen den Wahlen zum städtischen Haushalt, das es prinzipiell jeder Bürgerin und jedem Bürger ermöglichen soll, einen Vorschlag oder Kommentare zu Vorschlägen abzugeben. Es öffnet also ein bislang weitgehend von

der Öffentlichkeit unbemerktes Haushaltsplanverfahren und macht es resonanzfähiger für das Feedback, für Ideen und Hinweise aus der Bürgerschaft, insbesondere für die politisch nicht-organisierten Bevölkerungsteile. Der Stadtrat berät die Anregungen der Bürgerschaft intensiv und entscheidet am Ende. Die Ergebnisse werden in Form eines Rechenschaftsberichtes den Bürgerinnen und Bürgern zurückgemeldet. Dieses Angebot ist eine in die formale Haushaltsplanung eingebettete Beteiligungsmaßnahme, die weit mehr Bürgerinnen und Bürger erreicht als jemals zuvor. Statt Repräsentativität stehen der offene Dialog, der Austausch und die Entwicklung möglichst vieler unterschiedlicher Sichtweisen sowie der offene und interaktive Wettbewerb um Vorschläge zum Haushalt im Vordergrund. Erfolgskriterium ist dabei nicht nur die Beteiligungszahl, sondern ein qualifizierter Austausch über gute Ideen zum Haushalt und die Debatte über die Vorschläge der Verwaltung.

Weitere Bürgerbeteiligungen mit Online-Elementen wurden auch zum „Masterplan Innenstadt“ und zum „Kulturkonzept“ sowie zur öffentlichen Diskussion des Gutachtens zur Bäderlandschaft in Bonn durchgeführt. Das Ergebnis der sich anschließenden repräsentativen Bürgerbefragung, welches Hallenbad in Bonn geschlossen werden soll – nämlich das Kurfürstenbad in Bad Godesberg – führte allerdings nicht zu einem Ratsbeschluss. Die Stadtverordneten aus Bad Godesberg verweigerten ihrer Koalition aus CDU und Grünen die Zustimmung zur Schließung „ihres“ Kurfürstenbades. Die anderen Fraktionen begnügten sich mit der Rolle des Beobachters.

Leitlinien für die Bürgerbeteiligung

Meinem Ansatz einer integrativen und nachhaltigen Bürgerbeteiligung lagen von Anfang an folgende Leitgedanken zu Grunde:

- Partizipation stellt ein zentrales Element kommunaler Demokratie dar.
- Ziel ist es, die kommunale Beteiligungskultur weiterzuentwickeln, um Entscheidungen in einem gemeinsamen Diskurs auf eine breitere Basis zu stellen und Projekte weiter zu qualifizieren. Darüber hinaus geht es darum,

Projekte zu legitimieren und eine breitere Akzeptanz von Planungen und Entscheidungen zu erreichen.

- Es ist wichtig, alle gesellschaftlichen Gruppen zu aktivieren und Chancengleichheit bei der Beteiligung zu ermöglichen.
- Bürgerbeteiligungsprozesse müssen auf Basis von – allen akzeptierten – Qualitätsstandards erfolgen.
- Bürgerbeteiligung muss Bestandteil des täglichen Verwaltungshandelns sein.

Um Bürgerbeteiligung zu verankern braucht es einen gemeinsamen Rahmen innerhalb der Stadtgesellschaft – am besten wird dieser Rahmen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam entwickelt. 2012 bildeten wir dazu die aus acht zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, acht Mitgliedern aus der Politik und sieben Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zusammengesetzte Arbeitsgruppe „Leitlinien für die Bürgerbeteiligung“. Die breite Öffentlichkeit beteiligte sich per Online-Kommentierung und in einer Bürgerwerkstatt mit ihren Ideen und Vorschlägen. Wesentliche Zielsetzung der Arbeitsgruppe war die Entwicklung eines Rahmens und einer Orientierung für die Bürgerbeteiligung. Konkret wurden Qualitätsanforderungen an die Bürgerbeteiligung in Bonn formuliert und darauf aufbauend Ansprüche an die Gestaltung der Beteiligungsprozesse erarbeitet. Damit verbunden sind Vorschläge, wie diese Prozesse konkret in der Praxis etabliert und gesteuert werden können. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe, die „Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn“, wurden im März 2014 einstimmig vom Rat der Stadt Bonn verabschiedet. Als eine von ganz wenigen Städten in Deutschland kann Bonn die Bürgerbeteiligung auf dieser Grundlage integriert und nachhaltig angehen. Das Fundament und der Rahmen für die künftige Umsetzung der Bürgerbeteiligung sind 10 Qualitätskriterien für gute Bürgerbeteiligung. Diese werden für alle rechtlich verankerten und freiwilligen Bürgerbeteiligungsprozesse in Bonn gelten. Mit einer Vorhabenliste wird zudem sichergestellt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner frühzeitig von den relevanten Vorhaben in Bonn erfahren. Ein „Beirat Bürgerbeteiligung“, dem paritätisch besetzt Vertreterinnen

und Vertreter aus Einwohnerschaft, Politik und Verwaltung angehören, begleitet die Initiierung, Umsetzung und Evaluation aller Beteiligungsprozesse. Die Leitlinien für die Bürgerbeteiligung verstehen sich als lernendes System, das sich durch Evaluation kontinuierlich weiterentwickelt. Inhaltlich setzen die Leitlinien auf ein kooperatives Rollenverständnis zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Das bedingt Wertschätzung, Offenheit und Lernbereitschaft auf allen Seiten.

Partizipationsportal

Das 2015 eingerichtete Partizipationsportal „Bonn macht mit“ ist letztlich die Konsequenz aus der Entwicklung eines Leitbildes für die Bürgerbeteiligung. Es ist das Forum für die sich aus der Umsetzung der Leitlinien ergebenden Anforderungen an Information und Dialog für und mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Einrichtung dieser Dialogplattform als zentrale Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung ist ein wichtiger Zwischenschritt hin zu einer integrierten und nachhaltigen Bürgerbeteiligung. Hier wird über alle Bürgerbeteiligungsaktivitäten und -angebote der Stadt Bonn – auch via Newsletter im Sinne eines „Beteiligungs-Alert“ und Social Media – informiert bzw. auf bestehende Informations- und Beteiligungsangebote verwiesen. Die Informations- und Transparenzfunktionen der Dialogplattform erfüllt die in ständiger Weiterentwicklung befindlichen Open-Data-Anforderungen, indem die Dialogplattform zukünftig auch Schnittstellen zum Export maschinenlesbarer Daten zu laufenden oder abgeschlossenen Beteiligungsereignissen (Statistiken und anonymisierte Teilnehmerbeiträge) anbieten kann. Neben den bereits vorhandenen stets erreich- und nutzbaren Bürgerservices wird den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bonn mit der Dialogplattform auch auf der darüber liegenden Beteiligungsebene die Möglichkeit eröffnet, sich jederzeit in politisch-administrative Prozesse einzubringen, auf aktuelle Themen unmittelbar zu reagieren oder eigene Themen auf die Agenda zu setzen. Es ist nun möglich, die öffentliche Diskussion professionell darzustellen und einen tatsächlichen Dialog im Rahmen der e-Partizipation zu gewährleisten. Die Dialogplattform stellt damit – neben in der Regel größeren und personell aufwändiger betreuten, moderierten und medienübergreifenden Beteiligungsverfahren wie etwa zum Haushalt – eine einfa-

che Beteiligungs-Basisinfrastruktur mit ständig freigeschalteten und nutzbaren Beteiligungskanälen bereit. Die Dialogplattform beinhaltet darüber hinaus in verschiedenen Ausbaustufen erweiterbare Beteiligungsmodule, wie zum Beispiel Umfragen, um der Stadt Bonn zu ermöglichen, kurzfristig zu politischen Fragestellungen oder Konzeptpapieren Bürgerinnen und Bürger als Hinweis - und Feedbackgeber einzubinden. So ist auch vorgesehen, über die Dialogplattform besonders interessierte Bürgerinnen und Bürger in Form von Bürgerpanels wiederholt zu gleichen (um Entwicklungen und Veränderungen zu beobachten) oder unterschiedlichen Themen einzubinden und somit eine nachhaltige Bindung zu dieser aktiven, partizipations- und engagierten Bürgerschaft aufzubauen. Ich freue mich, dass wir das mir besonders wichtige Ziel erreicht haben, nämlich bedeutende Vorlagen der Verwaltung für den Stadtrat zunächst einer online-Abfrage bei einer dafür ausgewählten repräsentativen Gruppe von 1000 Bürgerinnen und Bürgern zuzuführen. Mein Nachfolger hat nun die Möglichkeit dieses Instrument einzusetzen.

Neben den 63 Bürgersprechstunden, in denen ich rd. 400 längere Gespräche führen konnte, erfreuten sich vor allem das erwähnte „direkt zu Portal“ bzw. das auf dem im Januar 2015 an den Start gegangene Bonner Bürgerbeteiligungsportal „Bonn macht mit“ eingerichtete Modul „Frag den OB“ großer Beliebtheit. Seit der Freischaltung der Plattform „direkt zu“ im Januar 2010 und der Weiterführung auf „Frag den OB“ seit Januar 2015 wurden insgesamt rd. 1,2 Mio. Leserinnen und Leser gezählt. 333 Beiträge wurden eingereicht, 16 421 Stimmen zu ihrer Wertung abgegeben. Insgesamt sind bisher 287 Antworten (3 Top-Anliegen alle 14 Tage) in die Portale eingestellt worden. Diese Antworten erreichten, neben den über 1,2 Mio. Leserinnen und Lesern, insbesondere die 14 465 Bürgerinnen und Bürger, die diese Anliegen zuvor mit ihrer Pro-Stimme unterstützt hatten.

Fachbereich Bürgerbeteiligung und Fortbildung

Der Fachbereich Bürgerbeteiligung ist inzwischen anerkannter, zentraler Ansprechpartner der Verwaltung für informelle Bürgerbeteiligungsverfahren als Querschnittsaufgabe der Gesamt-

verwaltung. Das heißt konkret, dass der Fachbereich die Ämter in ihren jeweiligen Vorhaben berät und unterstützt, die Federführung und die Durchführung von Maßnahmen jedoch bei den Fachämtern verbleibt. Der Fachbereich Bürgerbeteiligung initiiert federführend Projekte unter dem Aspekt der Entwicklung, Erprobung und Koordination von neuen Maßnahmen zur informellen Bürgerbeteiligung. Der Fachbereich ist auch bundesweit gefragter Ratgeber zu Fragen der Bürgerbeteiligung. Insbesondere die Themen „Bürgerdialog zum Haushalt“, „Leitlinien Bürgerbeteiligung“ und „Partizipationsportal“ stoßen auf großes Interesse und sind für viele Kommunen beispielgebend. Der Fachbereich vertritt die Stadt Bonn in den bundesweiten Netzwerken „Bürgerbeteiligung“, „Bürgerhaushalt“ und „Partizipationsbeauftragte“, hat im „Innovationsdialog Bürgerbeteiligung“ der Bertelsmann-Stiftung die Broschüre „Bürger beteiligen – ein Leitfaden für eine neue Beteiligungskultur in Behörden“ mitentwickelt und ist als Praxispartner im Vorstand des Fortschrittskollegs „E-Partizipation“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Er steht außerdem in engem Kontakt mit allen Fachbereichen der Verwaltung, zu deren Arbeit Bürgerbeteiligungsprozesse gehören, z.B. im Bereich der Bauplanung.

Eine stärkere Bürgerbeteiligung kann nur gut umgesetzt werden, wenn die rund 6 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung auch davon überzeugt sind, dass dieser Weg richtig ist. Bei meiner „Aktion Schatzkiste“, mit der im ersten Tag meiner Amtszeit ein Signal in die Verwaltung gesandt und um Verbesserungsvorschläge zur Verwaltungsstruktur gebeten hatte, hoben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst einen verbesserten „Bürgerservice“ unter die TOP 10 der insgesamt 153 Vorschläge.

Daran anknüpfend gelang es, auf allen Verwaltungsebenen die besondere Bedeutung der Bürgerbeteiligung bewusst zu machen und durch eine Reihe von Maßnahmen mit Leben zu füllen. So widmeten wir 2015 die jährliche Themenwoche unserer Fortbildungsaktivitäten gezielt dem Bereich „Bürgerschaftliches Engagement“ und boten gemeinsam mit unserer Freiwilligenagentur viele Veranstaltungen an, in denen die unterschiedlichen Facetten bürgerschaftlichen Engagements dargestellt wurden. In rund 40 Veranstaltungen (Vorträgen, workshops, Schnupperangebote, Markt der Möglichkeiten, Vorstellung

von Einrichtungen) zeigten wir die Vielfalt, wie bürgerschaftliches Engagement in unserer Stadt ihren Ausdruck findet.

Bürger-Zukunftsforum und Perspektivwerkstatt

Bereits nach dem erfolgreichen Verlauf des Bürgerforums 2011, einer Initiative des damaligen Bundespräsidenten und der Heinz-Nixdorf-Stiftung, in dem auch Bonner Bürger gemeinsam mit Vertretern aus 24 anderen bundesweit ausgewählte Städte und Landkreise ein bundesweites „Bürger-Zukunftsprogramm“ entwickelt hatten, entstand die Idee, in einer Folgeveranstaltung gleichen Formats die wichtigsten Zukunftsthemen Bonns auf lokaler Ebene mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

Etwa zur gleichen Zeit meldete sich im Mai 2011 eine Initiative aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbände bei mir und überreichte mir den gemeinsamen Aufruf „Für Bonn“. Dort hieß es: „Wir brauchen eine gemeinsame Anstrengung aller, um die Lähmung aufzuheben, um den Nebelschleier von der Stadt zu ziehen und wieder zu der gemeinsamen Motivation zurückzufinden. Der Strukturwandel ist ins Stocken geraten. Es entsteht der Eindruck, dass es nicht vorangeht; fast wirkt die Stadt wie gelähmt. Zurückzuführen ist das wesentlich auf das Projekt World Conference Center Bonn. Die bei der Umsetzung dieses Projektes gemachten Fehler und Versäumnisse gefährden die städtischen Finanzen, beschädigen den Ruf der Stadt und vergiften das innerstädtische Klima. Bonn braucht eine Vision als Wegweiser seiner Entwicklung, als Perspektive für das politische und gesellschaftliche Handeln. Nehmen Sie die Politikerinnen und Politiker im Rat beim Wort – sie haben mit ihrem Wahlmandat einen Gestaltungsauftrag übernommen, den es nun einzulösen gilt.“

Ich dankte den Initiatoren sehr herzlich.

Im Juni 2012 legte ich mit dem Verwaltungsvorstand das Papier „Zukunft Bonn“ vor. Einen Monat später folgte ein weiteres Papier aus dem bereits 2011 in Erscheinung getretenen Bündnis aus Vertretern der Kirchen, Sozialverbände, Gewerkschaften und Wirtschaft mit dem Titel „Vision Bonn 2025“. Mein Ziel war es, die beiden umfangreichen Papiere in einer großen Bürgerwerkstatt

zusammenzuführen. Es freut mich sehr, dass die Stadt Bonn im Wettbewerb „Zukunftsstadt“, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des „Wissenschaftsjahres 2015“ durchgeführt wird, auch deswegen als Teilnehmerstadt ausgewählt wurde, weil der Bonner Weg zur Etablierung einer stärkeren Bürgerbeteiligung für vielversprechend gehalten wird. Im Rahmen dieses Wettbewerbs wird ab September 2015 nun auch die „Bürgerwerkstatt“ als „Bürger-Zukunftsforum“ durchgeführt. 300 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürgern werden auf der Grundlage der beiden Strategiepapiere „Zukunft Bonn – Überlegungen zur Entwicklung der Bundesstadt Bonn“ und „Vision Bonn 2025“ ein neues Leitbild Vision Bonn 2030+ entwickeln, das von einem breiten Querschnitt der Bevölkerung mitgetragen wird.

2015 begannen wir, zugeschnitten auf die Bedürfnisse des Ortes, eine „Perspektivwerkstatt“ in Bonn-Buschdorf. Ziel ist hier, die die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar vor Ort betreffenden Fragen und Probleme zu ermitteln und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, bzw. diese vorzustellen. Die „Perspektivwerkstatt Buschdorf“ hat konkrete Vorschläge zur Verbesserung bzw. Weiterentwicklung in den Bereichen Verkehr, Baumaßnahmen und bürgerschaftlichem Engagement entwickelt.

Verschiedenes

Mit der Plattform anliegen.bonn.de haben wir nach der Einführung im Oktober 2014 und einer Erweiterung des Angebots im Juli 2015 bereits 5000 Menschen erreicht, die sich sehr konkret online zu den dort gelisteten Beschwerdebereichen (z.B. Wilde Müllkippe, Grünüberwuchs im Verkehrsraum, verstopfter Gully, Farbschmierereien, herrenlose Fahrräder, defekte Straßenschilder, Ampeln, Laternen, Kanaldeckel) geäußert und auf diese Weise mit für Abhilfe gesorgt haben.

Nichts aber ist besser als der persönliche Kontakt. Ich habe mich bei jedem meiner 2 857 Termine bis zum 30.06.2015 gefreut, dass ich als Repräsentant der Stadt insgesamt mehr als 100 000 interessierten Menschen begegnet bin und die Gelegenheit zu unzähligen Gesprächen wahrnehmen konnte.

Der neu eingeführte städtische online-newsletter

mit Sachinformationen des Presseamtes erscheint mehrfach in der Woche und erreicht eine hohe Zahl von Abonnenten.

Meine etwa 600 Tweets erreichten zuletzt jeweils 1 261 Follower. Über die Netzwerke bei „Facebook“ mit etwa 5000 „Freunden“, „Xing“, „Yasni“ und „Linkedin“ sowie über die private Homepage nimptsch.de verfolgen regelmäßig mehrere tausend Menschen meine Arbeit.

Ein Ergebnis stärkerer Beachtung der Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern war auch die Einführung eines neuen Beschwerdemanagements, nämlich die Einrichtung einer Ombudsstelle. Als letzte interne Instanz, Differenzen zwischen der Verwaltung und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern über eine konkrete Entscheidung auszuräumen, haben wir eine Reihe von unabhängigen Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen gewinnen können, die bei konkreten Anliegen in ein unabhängiges Prüfungsverfahren einsteigen und zwischen den Beteiligten vermitteln, bevor möglicherweise sonst der Rechtsweg als letztes Mittel eingesetzt wird.

Auch zukünftig wird vieles in unserer Stadt nur möglich gemacht werden können, wenn ihr „Herzschlag“, das bürgerschaftliche Engagement im Ehrenamt, weiter funktioniert. Die öffentliche Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements und Förderung des Ehrenamtes bleibt daher sehr wichtig. Dies gilt uneingeschränkt und in gleicher Weise für jede ehrenamtliche Tätigkeit und jede Organisation, die dieses koordiniert. Ihnen allen sei von Herzen gedankt, vor allem den inzwischen 2 000 Menschen, die sich bei der in meiner Amtszeit ausgeweiteten Ehrenamtsagentur gemeldet haben und von dort aus eingesetzt werden. Inzwischen haben wir 1 000 besonders engagierte Ehrenamtliche mit der Ehrenamtskarte auszeichnen können, womit kleine Vergünstigungen, z.B. bei Eintrittsgeldern verbunden sind.

In diesem Zusammenhang will ich drei Bereiche benennen, deren bedeutsame und auch zahlenmäßig besonders wichtige ehrenamtliche Arbeit nach meiner Wahrnehmung nach wie vor nicht hinreichend genug gewürdigt wird. Dies betrifft vor allem die Kirchen, die große zweistellige Millionenbeträge in den Unterhalt von Kindertagesstätten, Schulen, sozialen Einrichtungen und Krankenhäusern einbringen. Ohne diese Ange-

bote und vor allem, ohne die auch dort in riesigem Umfang geleistete ehrenamtliche Arbeit, könnten wir unsere Standards nicht halten. Wir nehmen das kirchliche Engagement als zu selbstverständlich an; es verdient mehr Dank und Anerkennung als unsere Gesellschaft laut ausspricht. Dies betrifft auch den Sport und seine rund 80 000 Vereinsmitglieder; die ehrenamtliche Arbeit in diesen Vereinen mit hunderttausenden von Stunden ist besonders für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen von unschätzbarem Wert für unsere Stadt. Hier sollten wir alle miteinander besonders laut „Danke“ sagen. Und es betrifft einen dritten Bereich, den Karneval, der 2015 offiziell als immaterielles Kulturerbe anerkannt wurde. Die vielen hundert Vereine in Bonn erbringen mit ihrem starken ehrenamtlichen Engagement eine großartige Integrationsleistung und tragen mit vielen freudvollen Veranstaltungen zur Steigerung unseres „Bruttoinlandsglücks“ bei.

Aktuell zeigt sich bei der Betreuung von rund 3 000 Flüchtlingen in unserer Stadt wieder einmal, dass wir tatsächlich füreinander da sind, wenn es Not tut.

2.

Bonn ist noch stärker geworden – die wirtschaftliche Entwicklung

„Et bliev nix wie et wor.“

[„Sei offen für Neuerungen!“,
Art. 5, Rheinisches Grundgesetz]

Seit 2009 ist die Zahl der Arbeitsplätze in Bonn in jedem Jahr im Durchschnitt um rund 2 600 angestiegen; zeitweise war Bonn die einzige Stadt in Nordrhein-Westfalen mit einem Wirtschaftswachstum. Wirtschaftsfachleute in der Wissenschaft preisen dies ein und so kletterte Bonn im Städteranking des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) von Platz 9 in 2008 auf jetzt Platz 3 in Deutschland.

In den Zuwachs von rund 15 000 Arbeitsplätzen in sechs Jahren waren gelegentlich auch Verluste einzurechnen. Drei größere Unternehmen erklärten, ihren Standort zu verlagern und ganz oder teilweise aus Bonn wegzuziehen, wie die Detecon, die Zurich-Versicherung und Haribo. Die Bevorzugung von Negativ-Meldungen führte an diesen Stellen zu Aussagen wie: „Bankrotterklärung für die Bonner Wirtschaftsförderung“, „Eklatantes Versagen der Stadtspitze“, „Wirtschaft fordert ein eigenes Dezernat“, „Investoren und ansässige Unternehmen müssen die Wirtschaftsförderung stärker als Lotse wahrnehmen können“, „Bei der Bonner Wirtschaftsförderung fehlt eine Schnittstelle, die die verschiedenen Fachämter zusammenbringt und koordiniert“.

Dramatisierungen dieser Art beruhen auf Unkenntnis der tatsächlichen Situation.

Die Detecon-Tochter musste 2011 von Bonn nach Köln umziehen, weil die Telekom diese Flächen für sich selbst brauchte, denn sie erhöhte in meiner Amtszeit die Zahl der Arbeitsplätze in Bonn von 14 208 im Jahr 2010 auf 16 204 Beschäftigte im Jahr 2015; in Köln hingegen besaß sie im Jahr 2011 leer stehende Immobilien. Unter dem Strich verlor Bonn also keinen einzigen Arbeitsplatz, sondern gewann viele hinzu.

Als die Haribo-Führung mir 2012 erstmals ihre Expansionspläne vorstellte und einen Flächenbedarf von 27 Hektar (38 Fußballfelder) anmeldete, prüften wir in einer eigens gegründeten ämterübergreifenden „Projektgruppe Haribo“ alles, was auch nur irgendwie möglich schien, auch unter Einbeziehung von Flächen der Nachbargemeinden. Wir erwogen sogar, um das Gelände des „Wissenschaftsparks“ in Pützchen herum, rechts und links der Autobahn, weitere Flächen zu erschließen, eine Autobahnüberbauung (!) zuzulassen, kamen aber nicht auf die geforderte Größe. Am Ende war klar, dass es überhaupt nur zwei Flächen in der Großregion gab, die den Anforderungen entsprachen: in Euskirchen und in Grafschaft. Grafschaft machte das Rennen.

Die Zurich-Versicherung entschied sich am Ende einer intensiven Beratung, Begleitung und Unterstützung durch die Wirtschaftsförderung zur Zusammenführung der beiden Standorte in Bonn und Köln für Köln, wo sie 2017 in der Nähe von Messe, ICE-Bahnhof und Autobahnan-schluss ein Gebäude anmieten wird. Wir hatten bei der Werbung für Bonn mit einem Investor in einer Animation unter anderem ein tolles neues Gebäude auf dem Gelände des frei werdenden Bonn-Centers präsentiert; ein großes „Z“ stand auf dem Dach in Sichtweite zu den Zeichen der UN, der Deutschen Post DHL und der Telekom und mit dem Rhein und dem Siebengebirge im Hintergrund – wir boten also einen Ort für eine neue Landmarke unter Global Playern. Wenige Monate später kündigte der zweitgrößte Erstversicherer „Generali“ an, seine Konzernzentrale von Köln nach München zu verlegen. Unternehmen entscheiden eben nach Abwägung vieler Kriterien, auf die eine einzelne Wirtschaftsförderung, selbst im Zusammenwirken mit dem Wirtschaftsministerium des Landes, oft keinen Einfluss hat.

Ich will vor dem Hintergrund der oft auf Unkenntnis beruhenden Kritik an der Wirtschaftsförderung die Gelegenheit wahrnehmen und schildern, wie das Amt für Wirtschaftsförderung arbeitet.

2007 landete Bonn in einer Studie der „Wirtschaftswoche“ bei 50 untersuchten deutschen Städten in der Wirtschaftsfreundlichkeit nur auf Platz 43. Aus dieser Zeit stammt auch eine Studie an der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg, die im Auftrag der Industrie- und Handelskammer die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung untersucht hatte. Die befragten Unternehmen benannten im Abschnitt „Verbesserungspotenzial“ drei Sofortmaßnahmen: Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, Einführung der Lotsenfunktion und Arbeit als One-Stop-Agency (einheitlicher Ansprechpartner). Die Stadtverwaltung war gefordert.

2008 begann der Umbau der Bonner Wirtschaftsförderung. Zielsetzung war es, unternehmerische Anliegen noch intensiver zu koordinieren und zu begleiten. Das Team des Service Center übernimmt seither, wenn vom Unternehmen gewünscht, die Funktion als erste Anlaufstelle für alle Fragen bezüglich Existenzgründung, Bestandsqualifizierung, Neuansiedlung oder Arrondierung innerhalb der Stadt Bonn. Die Bilanz des Service Centers Wirtschaft als Partner in unternehmerischen Fragestellungen seit 2009 weist aus, dass die vielfältigen Angebote angenommen werden und zu Ansiedlungen oder Erweiterungen führen. Bei den Ansiedlungs- und Investitionsvorhaben stieg die Zahl der Beratungen zwischen 2010 und 2014 um rund 70 Prozent auf 191 im letzten Jahr und auch bei den Bestandsunternehmen war im gleichen Zeitraum eine leichte Steigerungsrate um rund 10 Prozent zu verzeichnen.

Es war nicht mehr viel nachzusteuern, als ich 2009 ins Amt kam. Bonn hat heute die Art von moderner Wirtschaftsförderung, wie sie gerne gefordert wird. Als ich bemerkte, dass wir es also vor allem mit einem Kommunikationsproblem zu tun hatten, habe ich mich 2014 mit der Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung und der Chefetage der IHK zusammengesetzt und wir haben die vielen Mosaiksteine erfolgreicher Arbeit zusammengetragen, die sich von außen gar nicht erkennen lassen, über die man aber offenbar auch von Zeit zu Zeit reden muss. Wer kann zum

Beispiel schon wissen, dass wir uns zur Durchsetzung unternehmerischer Bauvorhaben auch schon mal mit der Kommunalaufsicht zum Wohle unserer Stadt heftig auseinandersetzen oder dass wir, um die Zufahrt zu einem Unternehmen zu erleichtern, schon einmal Verkehrswege ändern? Als die IHK-Vertreter erkannten, dass wir an tausend Stellen helfen konnten – und dafür mit Neuansiedlung oder Standorterweiterung belohnt wurden – bot uns die IHK an, „Praxisbeispiele“ dieser Art regelmäßig in ihrer Zeitschrift zu veröffentlichen. Wir haben dieses Angebot gerne angenommen und werden zukünftig nicht nur Gutes tun, sondern auch mehr darüber reden.

Dazu gehört auch, mit Stolz auf die Auszeichnungen zu verweisen, die wir für unsere Arbeit im Bereich der Wirtschaftsförderung erhalten haben: Die Geo-Informationeninitiative der Region Bonn wurde 2015 mit dem weltweiten Preis „Geospatial Business Hub of the Year“ ausgezeichnet und 2014 wurde unser „Bündnis für Fachkräfte“ für seine Arbeit im Bereich der Nachwuchskräfte-sicherung mit dem Preis „Innovatives Netzwerk 2014“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ausgezeichnet.

Als oberster Wirtschaftsförderer war ich in vielen persönlichen Kontakten erster Ansprechpartner für die Chefetage der Unternehmen und führte dazu unter anderem 75 offizielle Unternehmensbesuche durch. Innerhalb der Verwaltung brachte dies die Aufgabe mit sich, mitunter auch unterschiedliche Sichtweisen zu vereinen und im rechtlich zulässigen Rahmen Abwägungsentscheidungen zu treffen, bei denen zum Beispiel Aspekte der Wirtschaftsförderung, des Planungsrechts, Verkehrsfragen oder Umweltbelange zusammenzuführen waren.

Mit dafür zu sorgen, dass 2009 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden, war angesichts einer nachwirkenden Weltwirtschafts- und Finanzkrise nicht einfach und bedeutete eine besondere Herausforderung. Wir hatten im Rahmen unserer Einflussmöglichkeiten die Aufgabe, alles zu tun, was die Attraktivität unseres Standortes erhält, ja vielleicht sogar steigern konnte. Wir mussten zeigen, dass wir trotz aller Turbulenzen um uns herum, unsere Finanzen „im Griff“ hatten, selbst an der richtigen Stelle investieren und die hervorragende Poten-

ziale in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Internationales, Bundesstadt und Kultur, die sich gegenseitig ergänzen, auch als Wettbewerbsfaktor einsetzen.

Erste Erfolge sahen wir bereits im Juni 2011. IT.NRW bescheinigte uns, dass wir als einzige Stadt in Nordrhein-Westfalen positiv aus der allgemeinen Wirtschaftskrise herausgekommen waren. Während allerorts das Bruttoinlandsprodukt um 4,4 Prozent gesunken war, war es in Bonn um 0,8 Prozent gestiegen. Zur eingangs zitierten „Larmoyanz“ bestand schon damals überhaupt kein Anlass.

2013 landeten wir beim Prognos-Zukunftsatlas, der nicht nur die Wirtschaftskraft, sondern die „Zukunftsaussichten“ der Stadt in allen Bereichen bewertet, auf Platz 1 in Nordrhein-Westfalen. Bundesweit konnten wir uns gegenüber 2007 (Platz 44) deutlich verbessern (Platz 24).

2014 erzielten wir Ende Juni mit insgesamt 163 663 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen neuen Höchststand; pro Jahr waren 2 600 neue Arbeitsplätze entstanden. Ich freue mich besonders darüber, dass der Anstieg der Arbeitsplätze sich auch auf den produzierenden Bereich bezieht. Auch hier investierten die Global Player kontinuierlich in Bonn, wie zum Beispiel SGL Carbon 2011, was wir mit einem gemeinsamen Spatenstich für die größte Carbonpresse der Welt zur Herstellung von isostatischem Graphit mit einem Investitionsvolumen von 75 Mio. Euro öffentlich machten. Auch andere Unternehmen des produzierenden Gewerbes investieren und werden in Bonn weiter expandieren, wie z.B. GKN Sinter Metals oder Fahrzeugbau Miesen, ein Unternehmen, das wir in meiner Amtszeit wieder nach Bonn zurückgeholt haben. Auch hier gilt, dass die Entscheidungen einzelner Unternehmen, die Zahl der Beschäftigten in den kommenden Jahren zu reduzieren, wie dies offenbar bei SGL Carbon und Step-G der Fall sein wird, nicht gleich als „Hiobsbotschaft für den Industriesandort Bonn“ bezeichnet werden sollten, sondern als das was es ist: die Entscheidung eines einzelnen Unternehmens zu seinem eigenen Profit, nicht aber eine Trendwende des gesamten Arbeitsmarktes.

Ein Gewerbesaldo von zuletzt 268 neuen Unter-

nehmen und eine gegenüber 2009 (194) stark rückläufige Zahl von Insolvenzen in 2014 (142) weist auf ein gesundes Wirtschaftsklima hin. Bei den freiberuflichen Gründungen war Bonn im Städtewettbewerb mit rund 1000 Gründungen im Jahr 2014 (48,6 Gründungen je 10 000 Einwohner) bundesweit führend. Hier war es außerordentlich hilfreich, dass wir 2011 unser eigenes Gründungszentrum für wissensbasierte Dienstleistungen gegründet haben, das schon zu Beginn fast alle Einheiten vermieten konnte.

Man vertraut wieder darauf, dass man in unserer wachsenden Stadt investieren kann und Immobilien hier auch langfristig eine gute Geldanlage sind. Viele Investoren, Geldanleger, z.B. Versorgungskassen, kaufen oder bauen Häuser in Bonn. Das kann nicht verwundern bei einem Leerstand von nur 3,5 Prozent bei den Büroimmobilien und Spitzenmieten von 16,50 Euro pro m². Von 707 Mio. Umsatz und 3404 Immobilien, die im Jahr 2010 in Bonn den Besitzer wechselten stieg der Umsatz im Jahr 2014 auf 1,15 Mrd. Euro. Bei Eigentumswohnungen wurde im Durchschnitt ein Preis von 3 325 Euro pro qm erzielt (+ 9 Prozent). Nach einer Prognos-Studie vom Juli 2015, in der die 402 deutschen Städte und Kreis untersucht wurden, können Immobilienbesitzer in Bonn bis 2030 mit einer hohen Wertsteigerung ihrer Liegenschaften rechnen. Dies bestätigte eine Studie der Postbank im September 2015, nach der Immobilien in Bonn die besten Aussichten auf Wertsteigerungen in ganz Nordrhein-Westfalen verzeichnen und Bonn Platz 1 unter den „Immobilien Top Ten“ belegt. Bei meiner Teilnahme an den jährlichen Immobilienmessen in München und Cannes, fasste ich unsere Botschaft meist plakativ zusammen: Kommen Sie nach Bonn; wir machen aus Beton Gold!

Unser eigentliches Kapital aber sind die überdurchschnittlich vielen gut ausgebildeten Menschen. Sie erarbeiten ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 83 394 Euro, das ist der höchste Wert in Nordrhein-Westfalen und sie haben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von Krankenkassen auch noch eine geringere Krankenquote als dies in anderen Städten verzeichnet wird. Da für 25,3 Prozent der Arbeitsplätze in Bonn ein Hochschulabschluss erwartet wird – das ist doppelt so viel wie anderswo – ist es gut, dass fast ein Drittel unserer Einwohner

über 15 Jahre schon einen Hochschulabschluss hat; auch das ist mehr als doppelt so viel wie anderswo. Über die Hälfte (53 Prozent) unserer Einwohner über 15 Jahre hat eine Hochschulzugangsberechtigung; in NRW sind es nur 30 Prozent. Und auch am anderen Ende der Skala haben wir uns verbessert. 2013 verließen in Bonn nur noch 153 Jugendliche (2,8 Prozent) von rund 5 000 insgesamt die Schule ohne Abschluss; in ganz Nordrhein-Westfalen waren es 4,4 Prozent. Das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut erteilte bei seinem Städteranking Bonn Bestnoten im Bereich Bildung und stellte fest: Bonn verzeichnet den geringsten Anteil der untersuchten Städte bei Schulabgängern ohne Abschluss und den größten Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife. Unser Kapital in der „Stadt des Wissens“ sind also die überdurchschnittlich vielen gut ausgebildeten Menschen.

Diese Wirtschaftsleistung geht einher mit besonders hoher Kaufkraft. Schon 2010 lag diese mit 21 079 Euro 11,5 Punkte über dem Bundesdurchschnitt. Folglich konnte sich der Einzelhandel in unserer Stadt gut entwickeln, was das Wirtschaftsmagazin „Der Handel“ bewog, Bonn auf Platz 5 unter den attraktiven Einzelhandelsstandorten Deutschlands zu setzen. Damit dies so bleibt, brauchen wir bei steigender Konkurrenz in Nachbarorten eine maßvolle Erweiterung der Verkaufsfläche in der Innenstadt um das Viktoria-karree; dazu mehr in Kapitel 8.

Die vorhandenen und neu aufgebauten Potenziale in „Wissenschaft und Forschung“ bieten hervorragende Ansatzpunkte für nationale und internationale Dienstleistungen, die von Bonn ausgehen, da vor Ort zahlreiche national und international bedeutende Wissenschaftseinrichtungen und -organisationen sowie eine besonders hohe Zahl von Hochqualifizierten als Potenziale vorhanden sind. Bonn hat aufgrund der weltweiten technologischen Branchenentwicklungen, die von den Bonner Unternehmen (z.B. Großkonzerne, „Hidden Champions“, aber auch viele kleine und mittlere Betriebe) erfolgreich genutzt worden sind, zahlreiche Kompetenzen entwickeln können. 37 Prozent aller Beschäftigten in Bonn üben wissensorientierte Dienstleistungen aus, was in Bund und Land im Durchschnitt nur bei rund 21 Prozent der Arbeitsplätze der Fall ist. Beim Ranking der Wirtschaftswoche steht Bonn

im September 2014 bei den wissensorientierten Dienstleistungen bundesweit auf Platz 3. Wachstumsbranchen sind hier in besonderer Weise die Gesundheitswirtschaft, die Informations- und Kommunikationsbranche und die Geo-Informationswirtschaft. Bonn zählt zu den bedeutenden Gesundheitszentren Deutschlands und gehört zu den Spitzenzentren für Informations- und Kommunikationstechnologie in Europa. Nach einem Bericht der EU-Kommission im April 2014 liegt Bonn auf Platz 12 in Europa unter 1 303 Regionen und belegt in Deutschland Platz 4.

Besonders förderlich für das Zusammenspiel von Wirtschaft und Stadtverwaltung sind die verschiedenen Netzwerke und Unternehmensrunden, die ich gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung koordinierte, sei es für größere Unternehmen (Rathausrunde Wirtschaft), für die Wirtschaft als Ganzes (Bonner Wirtschaftsgespräche), für bestimmte Branchen (ITK, Gesundheit, Geoinformationswirtschaft), für Selbstständige in unterschiedlichen Phasen unternehmerischen Handelns oder für einzelne Unternehmen.

Ein Arbeitsmarkt mit Wachstumsraten unseres Ausmaßes muss sich auch um die Frage der Nachwuchskräfte-sicherung kümmern, insbesondere vor dem Hintergrund eines allgemeinen demographischen Wandels. Da ist es zunächst hilfreich, dass auch unsere Einwohnerzahlen steigen, jedes Jahr um etwa 1 000 Menschen. Außerdem verzeichnen wir einen Geburtenüberschuss - ein Anzeichen dafür, dass auch Familien der Stadt vertrauen. Nach der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung lebten in der Bundesstadt Bonn im Juni 2014 insgesamt 312 207 Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr weist IT.NRW als Statistisches Landesamt unserer Stadt damit ein Bevölkerungswachstum von rund 1 000 Einwohnern zu. Zwischen der von der Stadt Bonn im Einwohnermeldeamt zum 30.6.2015 festgestellten Einwohnerzahl in Höhe von 322 960 (davon 320 146 mit Hauptwohnsitz) und der von IT.NRW durch den aus unserer Sicht unvollkommenen Zensus 2012 geschätzten Angabe besteht damit eine erhebliche Differenz. Dies wird sich möglicherweise erst nach einem Gerichtsverfahren klären, das von vielen Städten angestrengt wird und das sich gegen die beim Zensus eingesetzte Erhebungsmethodik richtet.

Trotz des Bevölkerungswachstums wird aber schon in wenigen Jahren die Zahl der zu Verfügung stehenden Arbeitskräfte nicht ausreichen, um den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt zu decken. Wir haben uns daher, eher als andere Regionen, entschlossen, in unserer Region gezielte Initiativen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs einzuleiten, um auch in Zukunft genügend Fachkräfte zu haben und keinen „am Wegesrand zurückzulassen“. Wir brauchen auch Zuwanderung, weil selbst wir in 10 Jahren die Arbeitsplätze gar nicht mehr alle besetzen können. Das von der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis gemeinsam 2012 ins Leben gerufene Projekt wird von unserer Regionalagentur Bonn Rhein-Sieg in gemeinsamer Trägerschaft der Wirtschaftsförderungen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises gesteuert. In diesem Zusammenhang bin ich sehr froh, dass wir die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss auf ein bundesweit führendes Niveau (2,8 Prozent) senken konnten.

Die Zukunft liegt in der Weiterentwicklung der Bereiche, in denen wir besonders stark sind. Wir wollen dort Marktführer sein. Dabei müssen wir die zentralen Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft, Internationales, Bundesstadt und Kultur mit ihren Stärken und Schwächen, aber auch mit ihren Chancen und Risiken für die Zukunft der Stadt weiterhin gemeinsam im Blick haben, vernetzen und auch mit ihren Wechselwirkungen untereinander beurteilen. Es ist daher sinnvoll, auch zukünftig insbesondere thematisch passende Ansiedlungen in strategisch wichtigen „Clusterthemen“ zu unterstützen.

Das gilt zum Beispiel für die Gesundheitswirtschaft, in der jeder 6. Arbeitsplatz liegt, mit Unternehmensansiedlungen in den Bereichen Medizinsoftware und Medizintechnik sowie dem Ausbau des DZNE mit der klaren Ansage: Was Heidelberg für die Krebsforschung ist, will Bonn für die Demenzzforschung werden.

Das gilt für den Bereich Sicherheit, speziell Datensicherheit, und die engen Kooperation von öffentlichen Einrichtungen wie die Fraunhofer Institute der Forschungsgemeinschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) mit den Vereinten Nationen und Privatunternehmen.

Das gilt für den Bereich der Medien mit der Deutschen Welle in einer Schlüsselposition und es gilt für den Bereich der Geo-Daten, wo wir erst vor

wenigen Wochen von der Fachbranche weltweit als die Region Nummer 1 ausgezeichnet worden sind. Hier versuchen wir auch mit besonderen Maßnahmen zu punkten und stellten zum Beispiel 2015 den Geoinformations-Fachschaften aller Hochschulen in Deutschland Räumlichkeiten für ihre mehrtägige, bundesweite Tagung in Bonn zur Verfügung, um sie bei dieser Gelegenheit mit dem attraktiven Arbeitsmarkt in Bonn bekannt zu machen.

Es war mir wichtig, die Vernetzungen von Wissenschaft und Wirtschaft regional, national und international weiter zu forcieren. Entsprechend galt es, eine langfristige Sicherung des Standortes für Wissenschaftsmittlerorganisationen und ähnliche Einrichtungen zu gewährleisten; so konnte Bonn, auch durch Bereitstellung entsprechender Finanzmittel, seine bundesweite Bedeutung als Zentrum der Forschungsverwaltung stärken und im politischen Wettstreit zwischen Bonn und Berlin punkten. Das BMBF, Erster Dienstsitz ist in Bonn, hat in Berlin ein fulminantes Gebäude errichtet, das darauf ausgerichtet ist, neben dem Ministerium auch Wissenschaftsorganisationen nach Berlin zu holen. Wir kümmerten uns um die Bedürfnisse der beiden Organisationen an Standort Bonn, etwa mit Unterstützungen bei Bauvorhaben und Anmietungen, und konnten klare Erkenntnisse für Bonn erzielen. Die DFG änderte sogar ihre Satzung; dort heißt es nun nicht mehr, dass der Sitz „vorerst“ in Bonn sei; „vorerst“ wurde gestrichen.

Wenn keine groben Fehler gemacht werden und uns „der Himmel nicht auf den Kopf fällt“, wird es Bonn auch zukünftig gelingen, auf Wachstumskurs zu bleiben. Ich wünsche meinem Nachfolger, dass er, wie ich jetzt, 2020 wieder feststellen kann: Bonn ist noch stärker geworden.

Tourismus- und Kongressförderung

Einen besonderen Schwerpunktbereich im Bereich der Wirtschaftsförderung nimmt die Kongress- und Tourismusförderung ein. Heute können wir mit Stolz sagen, dass wir von 2009 bis 2014, beginnend mit 1,1 Mio. Übernachtungen in 2009, fünf Jahre in Folge jeweils neue Übernachtungsrekorde aufstellen konnten und 2015 die 1,5 Millionen Marke überspringen werden. Darauf deuten jedenfalls die Steigerungen im ersten

Halbjahr 2015 hin, in dem weitere plus 2 Prozent verzeichnet werden konnten. Diese Steigerungsraten haben viele Ursachen und positive Auswirkungen. Wir verzeichnen nämlich seit 2009 ein stetiges Wachstum sowohl bei der Anzahl der Übernachtungen als auch bei der Bettenauslastung. Von 2009 bis 2014 entstanden 626 neue Hotelzimmer. Im Vergleich zu dem Zimmerangebot in NRW oder auch deutschlandweit weist der Bonner Hotelmarkt mit einer Steigerung von 14,6 Prozent in diesem Zeitraum den stärksten prozentualen Zuwachs auf.

2009 schafften wir es erstmals in 25 Mio. Reisekatalogen als Reiseziel beworben zu werden. Der „Architektur-Oskar“ für das einzigartige Kammeha-Hotel am Bonner Bogen sorgte 2010 für Aufsehen; das bei meiner Reise in die chinesische Partnerstadt Chengdu geschlossene Tourismusabkommen sorgte auf dem dortigen Reisemarkt für stärkere Präsenz Bonns. Als Pilotstadt im Projekt „Hotel Energy Solutions“ der UNO-Tourismusorganisation unterstützten wir weltweit nachhaltiges Wirtschaften in Hotelbetrieben und warben gleichzeitig für unseren Standort, wo sich viele Hotels an unserem Projekt „Sustainable Bonn“ beteiligen. 2011 führten wir auditive Stadtpläne in Deutsch und Englisch, unser erster elektronischer Stadtführer erschien und da traf es sich gut, dass wir 2013 in einem Kooperationsprojekt mit der Deutschen Telekom 150 Hotspots zum freien W-Lan in der Stadt freischalten konnten. 2013 verlieh Tourismus NRW nach einem Zertifizierungsverfahren der „Bonn Information“, unserer ersten Anlaufstelle für Touristen, das Siegel „Service Qualität Deutschland“. Auf eine derart reiche Museumslandschaft mit 40 Museen und Ausstellungsorten kann kaum eine andere Stadt unserer Größe verweisen. Mit rund 1,6 Millionen Besuchen im Jahr gehört Bonn bei den Besucherzahlen zu den Top-Standorten. Als Geburtsstadt des großen Komponisten Ludwig van Beethoven sind die Gedenkstätte Beethoven-Haus, das alljährliche Beethovenfest und das Beethoven-Orchester Attraktionen für Musikfreunde aus aller Welt.

Beethoven als „Kulturmarke“ mit Ewigkeitscharakter birgt nach wie vor ungehobene Schätze für den Tourismusbereich, die nach und nach gehoben werden können. Hier haben wir mit der Einrichtung der Geschäftsstelle „Beethoven 2020“, in der wir das gemeinsam von Bund, Ländern,

Gebietskörperschaften und Stadt Bonn getragene Großprojekt zum 250. Geburtstages unseres großen Sohnes steuern, eine wichtige organisatorische Grundlage schaffen können. Erste inhaltliche Absprachen mit den Beteiligten aus der öffentlichen Hand haben bereits stattgefunden.

In meiner Amtszeit kam es zur konzeptionellen Neuausrichtung der Tourismus & Kongress GmbH, die wir gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis und der Privatwirtschaft aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe betreiben, und deren Aufsichtsratsvorsitzender ich war. Dabei erfuhr der Tourismusbereich im Rhein-Sieg-Kreis eine stärkere Beachtung, ebenso die Förderung des Kongresswesens in Bonn. Im touristischen Bereich zeigt sich deutlich, dass neu geschaffene Produkte greifen und gerade die Kombinationsmöglichkeiten aus Stadt und Region, beispielsweise Kultur und Natur, immer stärker nachgefragt werden. So ergänzen sich die jeweiligen Angebote sinnvoll und werden den aktuellen Markttrends gerecht, dies gilt es perspektivisch weiter auszubauen.

Medizintourismus

Die medizinische Behandlung ausländischer Gastpatienten hat in Bonn eine lange Tradition, die während der Hauptstadttära ihren Anfang genommen hatte und die sich in den letzten Jahren mit der wachsenden Rolle Bonns als internationale Stadt weiter fortgesetzt hat und zukünftig weiter fortsetzen wird, insbesondere weil Direktflüge aus dem arabischen Raum und dem Flughafen KölnBonn eingerichtet werden.

Mit dem Medizintourismus sind sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die Stadt verbunden: Positive wirtschaftliche Effekte ergeben sich zum Beispiel in den Segmenten Einzelhandel, Beherbergung und Gastronomie sowie durch die Stärkung der Wirtschaftskraft der medizinischen Dienstleister. Im Fokus der Herausforderungen stehen die zunehmenden Angebote zur Anmietung von privatem Wohnraum als Ferienwohnungen, zu deren Nutzerkreis auch internationale Gastpatienten und ihre Begleitpersonen gehören. Um möglichen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt und Problemen im Wohnalltag und -umfeld zu begegnen, wurde auf Beschluss des Rates der Stadt Bonn die bestehende Zweck-

entfremdungssatzung um die Thematik der Fremdenbeherbergung ergänzt. Damit ist die nicht nur vorübergehende Neuvermietung privater Wohnungen für die Fremdenbeherbergung nur noch in Ausnahmefällen möglich.

Ich habe das Thema in drei großen Gesprächsrunden mit den relevanten Akteuren aufgegriffen, zu denen die medizinischen Dienstleister, das Beherbergungsgewerbe sowie die in Bonn ansässigen Botschaftsaußenstellen der Hauptherkunftsländer internationaler Gastpatienten gehören. Mein Ziel war es, die Sensibilität für die Thematik zu erhöhen sowie geeignete Ansätze und Informationsmaterialien zu entwickeln, mit denen Medizintouristen frühzeitiger, gezielter und aktiver auf reguläre Unterkunftsmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden können. Die Wirtschaftsförderung hat auf der Grundlage dieser Gespräche eine neue Handreichung erstellt, die den Gästen eine leichtere Orientierung in einem anderen Kulturkreis ermöglicht und sie mit den hiesigen Angeboten und Erwartungen bekannt macht. Gemeinsam mit den anderen Akteuren prüfen wir zur Zeit die Möglichkeit, den ausländischen Gästen, die immer von einer Vielzahl von „Beratern“ umworben wird, zukünftig eine Liste derjenigen Berater zu präsentieren, die mit einem ordentlich angemeldeten Gewerbe und qualitativ hochwertig arbeiten.

Stadtmarketing

In der Konkurrenzsituation mit anderen Städten, bei der Werbung um Touristen genauso wie bei der Bewerbung um neue UN-Ansiedlungen, ist es hilfreich ein gutes Stadtlogo zu haben und auf Materialien zurückgreifen zu können, die weiter gereicht werden können. Unser kurzer Imagefilm war dabei immer „ein Knaller“ und ein ganz ausgezeichnetes Werbemittel. Auch das Logo „Freude. Joy. Joie.Bonn“, dem ich anfangs skeptisch gegenüberstand, hat seine Stärken. Es wurde zu meinem Markenzeichen, wenn ich fast jede Rede vor internationalem Publikum mit den Wünschen beendete, dieses wunderbare Gefühl aus Bonn mitzunehmen, das wir als Wort der 9. Symphonie unseres großen Sohnes entnommen haben und dazu das Logo kraftvoll präsentierte. Als ich am Ende des Deutschlandfestes die 10 000 Menschen auf dem Münsterplatz bat, auf „Freude. Joy. Joie.“ mit „Bonn“ zu antworten und

mit der Lautstärke selbst zu entscheiden wie gut oder schlecht man unser Deutschlandfest einschätzte, donnerte mir eine riesige „Bonn“-Schallwelle entgegen.

Und trotzdem sehnen sich die Bonner, so bemerkte ich oft, zurück nach ihrem „Kussmund“, der bei der 2000-Jahr-Feier eingesetzt worden war, an dem sich die Stadt aber damals nicht die Rechte gesichert hatte. Nach und nach gelang es, die Inhaberinnen der Rechte dafür zu gewinnen, dass auch die Stadt Bonn wieder damit werben darf. Es gibt Grund zur Zuversicht, dass wir den Bonnerinnen und Bonnern bald den „Kussmund“ zurückgeben können. Darüber freue ich mich sehr.

Ein guter Werbeträger ist auch das größte Schiff der deutschen Marine, der Einsatzgruppenversorger „Bonn“, den wir im April 2012 auf den Namen unserer Stadt getauft haben. Ich weiß, dass das nicht jeder so sieht, weiß aber auch, dass die Präsentation unserer Stadt für UN-Mitarbeiter und Wirtschaftsvertreter in New York, die wir an Deck des Schiffes durchführten, ein grandioser Erfolg war.

2014 ernannten wir rund 30 Persönlichkeiten aus den Bereichen Wirtschaft und Internationales zu „Bonn-Botschaftern“. Mit ihnen treffen wir uns regelmäßig und sie positionieren den Standort im Rahmen ihrer Aktivitäten weltweit sehr erfolgreich. Beispielhaft greife ich eine aktuelle Rückmeldung unseres Bonn-Botschafters Professor Anwar Fazal aus Malaysia auf, der im September 2015 schrieb: „I have never known so many people saying so much good of Germany, recently celebrating its positive reception to the refugees fleeing Europe. Thank you Germany for your compassion and example. It will never be forgotten. Please convey my personal thanks to the team at the Bonn Mayors office and to the dear Mayor Nimptsch himself who has been such an inspiration and support to the Right Livelihood College. Thank you city of Bonn.“

Dass jährlich etwa 1 000 Fahrzeughalter, die aus Bonn wegziehen, ihre BN-Nummer mitnehmen mag manchem als Petitesse erscheinen. Es ist aber auch Ausdruck einer Verbundenheit, die mitgenommen und gelebt wird.

Das Deutschlandfest 2011

Die drei Tage des Deutschlandfestes gehören mit zu den schönsten meiner Amtszeit. Unter der Federführung des Amtes für Wirtschaftsförderung, des Amtes für Öffentlichkeitsarbeit und meines Büros stellten wir mit akribischer Planung eine Großveranstaltung auf die Beine, bei der sich in unserer Stadt 800 000 Gäste wohlfühlten. Wir wollten zeigen, was Bonn kann und was Bonn hat. Es war eine großartige Chance, einer Stadt wieder mehr von dem Selbstbewusstsein zu geben, das sie zu Recht haben darf, das aber durch den fast täglich durch die Medien gejagten „Dämon WorldCCBonn“, das von der Tagesordnung genommene Festspielhaus und eine schwierige Haushaltslage beschädigt worden war. Die Frage war: „Was führt unsere Stadt wieder zusammen?“ Dazu musste das „Projekt Deutschlandfest“ eines werden, das von den Menschen selbst mit gestaltet werden konnte. Wir gingen auf viele Organisationen und Vereine zu, die sich im Ergebnis alle engagierten. Ich will nur eines aus Dutzenden von Beispielen nennen, an denen man gut zeigen kann, warum wir am Ende eine positive Bilanz ziehen konnten.

2010 bat ich beim jährlichen Treffen der Chorvereinigungen unserer Region alle Chöre um Hilfe: „Wäre es nicht großartig, am Ende des Deutschlandfestes singen 10 000 Menschen die Ode an die Freude auf dem Münsterplatz?“, fragte ich. „Wenn das wirklich gut werden soll, brauchen wir dazu ein paar Hundert Chorsänger, die den Stammchor bilden“. Das hatte jeder Chorleiter sofort verstanden. Man versprach, das Projekt zu unterstützen. Zum Programm des Deutschlandfestes gehörte eine Abschlussveranstaltung auf dem Münsterplatz am Abend des 3. Oktober 2011. Die WDR Big Band und Wolfgang Niedecken sollten „Deutschlandlieder“ spielen. Die Leitung der Big Band lag bei Mike Herting. Mike und ich hatten 1972 zusammen in Brühl Abitur gemacht und uns danach aus den Augen verloren. Ich nahm nach fast 40 Jahren wieder Kontakt mit ihm auf und wir fanden beide, dass dieses Projekt ein toller Anlass für unser Wiedersehen war. Mike schrieb ein spezielles Arrangement für die Big Band und den Chor. Die Chöre, die sich zur Mitwirkung bereit erklärt hatten, erhielten die Noten für die gesamte Ode, so dass der „große Chor“ auf dem Münsterplatz einstimmen konnte.

Der Text wurde auf den Großbildleinwänden projiziert. Und am Ende war es mit den rund 10 000 Gästen wirklich so „Deine Zauber binden wieder, was die Mode streng geteilt, alle Menschen werden Brüder, wo Dein sanfter Flügel weilt.“ An diesem Abend, als am Ende des Liedes die Glocken des Bonner Münster läuteten, hatte ich keinen Zweifel, dass wir **eine** Bürgerschaft sind. Eine Bürgerschaft, die geschlossen zu ihrer Stadt steht und die sich hier wohlfühlt. In den zwei Jahren zuvor hatten wir uns fast einreden lassen, eine Stadt zu sein, in der es zu viele gutherzige Verlierer gibt, in der es zu viel Stillstand gibt und in der nicht allzu viel gelingt. Und auf einmal aber waren wir es, die an drei Tagen gezeigt hatten, was in uns steckt und wir spürten plötzlich, dass uns doch auch vieles richtig gut gelungen war und auch weiter gut gelingt, sonst hätten wir doch nicht diese auch 2011 schon bestehenden Wachstumszahlen bei Arbeitsplätzen, bei Geburten, bei Einwohnern und wir hätten auch keine steigenden Investitionen der Wirtschaft in Bonn.

Mit dieser Stimmung des Deutschlandfestes im Rücken entstanden in der Folgezeit zwei wichtige Papiere. Wie bereits im Kapitel „Bürgerbeteiligung“ ausführlicher beschrieben, verabschiedeten Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerschaft in einem aufwändigen Verfahren einstimmig, auch mit meiner Stimme, ein Papier zur Zukunft unserer Stadt „Bonn 2025“ – das hatte es noch nie gegeben und das zeigte, welche Leidenschaft zum geschlossenen Handeln besteht. Auch der Verwaltungsvorstand legte ein Papier mit dem Titel „Zukunft Bonn“ vor. Die Bonner Stadtgesellschaft hatte die Chance des Deutschlandfestes genutzt.

3.

Unser Geld: der Haushalt

„Mer müsse spare, ejal wat et koss.“

[Rheinische Weisheit]

In Bonn konnte man seit 1949 immer aus dem Vollen schöpfen. Die Hauptstadt erhielt viel Geld vom Bund; er übernahm zum Beispiel 70 Prozent der Kulturkosten; das wären heute rund 40 Mio. Euro im Jahr. Als ich 60 Jahre später ins Amt kam, war ich der erste Oberbürgermeister ohne Berliner Zuschüsse für die ehemalige Hauptstadt, denn diese waren gerade ausgelaufen. Man hatte sich aber zu Hauptstadtzeiten an alle Annehmlichkeiten gewöhnt, die es üblicherweise in einer Stadt mit 320 000 Einwohnern sonst nicht in dieser Fülle gibt, wie zum Beispiel fünf Spielstätten beim städtischen Theater, eine U-Bahn mit einem sehr komfortablen ÖPNV, 11 Schwimmbäder, 10 Bibliotheken, 40 Friedhöfe und vieles mehr. Man hatte auch reihenweise Beschlüsse ohne vorherigen Kassensturz gefasst.

Es ist schwer sich daran zu gewöhnen, nicht mehr reich zu sein. Man wird dann gelegentlich ratlos und macht sich Sorgen wegen Dingen, die einen früher nicht beunruhigt hätten und derentwegen man sich eigentlich auch heute nicht beunruhigen müsste. Es galt, ein großes Brett zu bohren. Ich begann mit einer Neujahrsansprache zum Jahreswechsel 2009/10, in der ich im Internet zum ersten Mal zu Sparanstrengungen aufrief. Ich fragte wenige Wochen danach einige vor dem Stadthaus gegen Einsparbemühungen beim Theater demonstrierende Menschen, ob man

sich nicht vorstellen könne, dass wir wieder nur so viele Spielstätten für Oper und Schauspiel haben, wie dies in den 70er Jahren der Fall gewesen war. Antwort: „Nein – daran haben wir uns gewöhnt“. Selbst mit der Ansage, dass wir jedes Jahr etwa 100 Mio. Euro neue Schulden machen, um viele schöne Sachen zu finanzieren, wie z.B. einen Abend in der Oper, der uns allabendlich bei einer Vollkostenrechnung 200 000,- Euro kostet, drang ich nicht durch.

Sparvorschläge waren zu diesem Zeitpunkt auch in der Politik nicht besonders beliebt. Schon mit meinem erstmals 2010 geäußerten Vorschlag, in jedem Stadtbezirk nur ein Hallenbad und ein Freibad vorzuhalten erreichte ich niemanden. So blieb ich in den ersten vier Jahren meiner Amtszeit ohne Erfolg, Stadtrat und Bürgerschaft davon zu überzeugen, dass man den gewohnten Lebensstandard auf Dauer nicht dadurch aufrecht erhalten kann, dass man jedes Jahr – wie bis dahin geschehen – etwa 100 Mio. Euro neue Schulden macht.

Den Grundstein für mein weiteres Handeln legte ich im Juni 2013 auf Einladung der Kreuzkirche Bonn in einer „Kanzelrede“, in der ich die Bibelstelle Matthäus 25, 35-40 zur Grundlage meiner Ausführungen machte und über die „Schwierigkeit zu teilen“ sprach. Im Oktober 2013 wurde wegen des aufgelaufenen Defizits eine Haushaltssperre notwendig. Jeder musste nun den Ernst der Situation erkennen und der Stadtrat beschloss, spätestens 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen. Wir entschlossen uns daraufhin in der Verwaltung, einen „Dreiklang“ vorzuschlagen, bei dem Bund/Land, Stadt und Bürgerschaft jeweils einen Anteil zur Konsolidierung beisteuern sollten. Die Beteiligung von Bund und Land war wichtig, denn unser Schuldenstand hatte nicht nur mit hausgemachten hohen Ansprüchen zu tun. Bund und Land hatten nämlich den Kommunen in der Vergangenheit immer mehr Aufgaben zugeordnet, ohne sie dafür entsprechend finanziell auszustatten. In Nordrhein-Westfalen kommt noch etwas besonders hinzu. In unserem Bundesland erhalten die Kommunen viel weniger Anteile vom Steueraufkommen als woanders; wir erreichen noch nicht einmal den Mittelwert aus den anderen Bundesländern.

Mit dem „Dreiklang“ zur verantwortungsvollen

Neuordnung unserer Finanzen forderten der Kämmerer und ich, erstens, die Einlösung der ab 2018 in Aussicht gestellten Unterstützung von Bund und Land, damit die Kommunen die ihnen von dort aus auferlegte Ausgabenlast besser schultern können und rechnen dazu ab 2020 mit einer Entlastung von rund 30 Millionen Euro. Wir wollten uns, zweitens, ab sofort selbst einschränken, zunehmend eigene Sparbeiträge bis zur Höhe von rund 48 Millionen Euro leisten und 2021 damit beginnen, unsere Schuldenlast abzubauen. Wir wollten den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt aber auch dann in sehr vielen Bereichen einen immer noch höheren Lebensstandard bieten können, als anderswo. Daraus ergab sich, drittens, die Notwendigkeit, wie viele andere Kommunen auch, ab 2015 die Grundsteuer um 300 Punkte zu erhöhen, dadurch Mehreinnahmen in Höhe von rund 38 Millionen Euro zu erzielen und diese Erhöhung ab 2021 unter bestimmten Bedingungen schrittweise wieder zurückzuführen. Für den ‚Musterhaushalt‘ eines Elternpaares mit zwei Kindern in einem 120 m² großen Einfamilienhaus hätte dies eine Erhöhung von 263 Euro im Jahr oder rund 22 Euro im Monat bedeutet, für kleinere Wohnungen entsprechend weniger. Wohngeldempfänger werden dabei nicht belastet.

Wir entwickelten in der Stadtverwaltung in mehreren Monaten über 200 Konsolidierungsvorschläge. Mit einem phantastischen Team in der Kämmererei bereiteten wir akribisch viele einzelne Gesprächsrunden mit den Leitungen und Fachleuten aus allen Ämtern vor. Der Kämmerer und ich warben dort um Verständnis für unsere strikte Haltung, gingen gemeinsam die Haushaltstitel durch und erreichten schließlich unter allen Führungskräften bei einer abschließenden Tagung im Bergischen Land große Geschlossenheit; der „Geist von Nümbrecht“ wurde intern zum geflügelten Wort. So konnten wir im November 2014 im Rahmen eines „Haushaltssicherungskonzeptes“ eine von der gesamten Verwaltung getragene große Konsolidierungsliste in den Stadtrat einbringen. Rund 80 Prozent davon wurden akzeptiert und wir wurden nun allseits für Dinge gelobt, für die man uns vorher vier Jahre gescholten hatte. Nach derzeitigem Stand wird Bonn damit 2021 zum ersten Mal keine neuen Schulden mehr machen. Das Ziel „Keine neue Schulden für unsere Kinder, unseren Enkeln eine schuldenfreie Stadt“ scheint damit weitgehend erreicht.

Wir haben also eine klare Perspektive, was aber angesichts des von 2009 von 1 213 213 522 Euro bis 2015 auf 1 691 241 117 Euro angewachsenen Schuldenstandes, auch erforderlich ist. Die Kassenkredite, das süße Finanzgift im Niedrigzinsniveau, mit denen wir die laufende Kosten kurzfristig begleichen, wenn auf der Habenseite nichts verfügbar ist – also unser DISPO – sind von 338 800 000 in 2009 auf jetzt 763 500 000 Euro angewachsen, haben sich also mehr als verdoppelt. Seit einem Jahr veröffentlichen wir die jeweils aktuellen Zahlen auf unserer Homepage – es soll später keiner seinen Enkeln sagen können, von den Schulden, die er auf ihre Kosten gemacht habe, hätte er nichts gewusst.

Die Verschuldung pro Einwohner ist in Bonn auf nun 5 424,- Euro angestiegen; das ist einer der höchsten Werte unter den Städten Deutschlands. Ein Zinsanstieg von nur einem Prozent würde den städtischen Haushalt im Jahr rechnerisch mit rund 16 Mio. Euro zusätzlich belasten. Und dieser Zinsanstieg wird irgendwann kommen, vermutlich nicht nur um ein Prozent.

Ich hoffe, dass meine plakative Aussage „Schluss mit Bonn XXL – Bonn plus X reicht auch“ weiter trägt, denn neue Entwicklungen und neue Begehrlichkeiten verändern die Haushaltslage kontinuierlich. Der ursprünglich für 2015 vorgesehene Planansatz von -42 Mio. Euro hat sich in den letzten Monaten auf -47,7 Mio. Euro verschlechtert. Die Ursachen dafür sind vielfältig, wie z.B. Schwankungen in der Gewerbesteuer und Mehrbelastungen bei sozialen Aufwendungen. Die Entscheidung des Bundes und der Länder von September 2015, für die Kommunen größere Summen bereitzustellen, etwa um die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung stärker mit zu finanzieren, ist hilfreich.

Zur zusätzlichen Erschwernis bei der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung in Bonn wird ein aktueller Beschluss der Landesregierung bei der Mittelzuweisung an die Kommunen führen. Bonn wird aufgrund veränderter Parameter, die zu einer Besserstellung der Kommunen im Ruhrgebiet führen, 2016 weniger Geld erhalten als erwartet, wahrscheinlich rund 16 Mio. Euro. Zwar können diese Mindereinnahmen nach gegenwärtigen Prognosen durch höhere Gewerbesteuereinnahmen im gleichen Zeitraum kompensiert werden,

die höheren Gewerbesteuereinnahmen würden aber ab 2017 wieder auf die Schlüsselzuweisungen angerechnet, so dass bei 14 Mio. prognostizierten Mehreinnahmen letztlich nur 4 Mio. Euro im städtischen Haushalt verbleiben. Es ist daher offensichtlich, dass in jedem Fall zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Ziel des Haushaltsausgleichs 2021 auch zu erreichen.

Es ist daher zu begrüßen, dass die Gemeindeprüfungsanstalt in diesen Wochen noch einmal deutlich gemacht hat, wo Bonn bei den Ausgaben immer noch weit vor anderen Kommunen rangiert. Besonders auffällig sind die Kulturkosten, bei denen wir mit 183 Euro pro Einwohner doppelt so viel ausgeben, wie im Durchschnitt üblich und damit den Spitzenplatz einnehmen. Aber auch bei den Ausgaben für Grünpflege oder bei unserem Immobilienbesitz leisten wir uns weit mehr als andere.

Die Bürgerinnen und Bürger sollten auch für die Zukunft wissen, dass die Redlichkeit eines Politikers bei der Neuordnung der Finanzen nichts mit seiner Parteizugehörigkeit zu tun hat. Ich habe vor wenigen Wochen, als ich mit der Familie eine Woche auf Usedom war, die dort laufende Debatte um den Haushalt der etwa 9 000 Einwohner umfassenden „Dreikaiserbäder“ in Heringsdorf verfolgt. Am Ende entschied der dortige Stadtrat, dem Vorschlag der von einem parteilosen Bürgermeister geführten Verwaltung nicht zu folgen, sondern Ausgaben für Investitionen zu verschieben und stärker zu sparen. Dies erfolgte auf Antrag der Fraktion „Die Linke“, die sich durch besondere Sparanstrengungen hervortat. Acht geplante Investitionen wurden verschoben. Straßen, Bushaltestellen und ein Sportplatz werden dort nun erst ab 2017/18 ausgebaut. Weitere Schulden würden die Kreditwürdigkeit riskieren, begründete die „Linke“ ihren Änderungsantrag. Nach meinen Recherchen liegt der Schuldenstand der „Dreikaiserbäder“ in einstelligen Millionenbereich. Bonn liegt derzeit bei rund 1,7 Mrd. Euro. Selbst beim „Schulden-pro-Einwohner-Vergleich“ drückt den Bonner Einwohner ein Vielfaches der Summe, die den Heringsdorfer Bürger belastet. Ich wage zu bezweifeln, ob die Linke in Bonn derzeit eine entsprechende Haltung einnehmen könnte wie die „Linke“ in Heringsdorf. Entsprechendes gilt auch für die anderen Fraktionen; Geld hat keine politische Farbe.

Die Stiftungsstadt Bonn

Es ist gut für eine Stadt, wenn sie darauf vertrauen kann, dass für die Förderung von Projekten nicht nur öffentliche Mittel, sondern auch privates Geld zur Verfügung gestellt wird. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, dass weiteres privates Kapital in Stiftungen landete und wir zusätzliche Mittel aus Stiftungen für Bereiche einplanen können, in denen wir sonst allein gefordert wären. Bonn belegt unter den „Stiftungsstädten“ mit 180 Stiftungen inzwischen Platz 1 in Nordrhein-Westfalen und Platz 7 bundesweit. Die Zahl der Stiftungen stieg seit 2009 um 20. Unsere Bürgerstiftung gehört zu den drei größten Bürgerstiftungen in Deutschland.

So entstanden in den letzten Jahren viele neue Initiativen, etwa das von der Anette-Kuhn-Stiftung 2012 neu geschaffene Museum „Haus der Frauengeschichte“. Besonders herausheben erwähnen will ich mein Lieblingsprojekt, die von mir mitinitiierte Gründung der Stiftung „Bonner Klimabotschafter“. Ich war 2009 von meiner ersten Weltklimakonferenz aus Kopenhagen zurückgekehrt; nichts von Belang war dort beschlossen worden. Umso mehr kam es nun darauf an, weltweit in allen Städten die jeweiligen kommunalen Möglichkeiten zur Verbesserung des Klimaschutzes auszureizen. Es kam 2010 mit kräftiger Unterstützung der Sparkasse KölnBonn zur Gründung der Stiftung „Bonner Klimabotschafter“, die sich fortan der Ausbildung unserer Jüngsten zu „Klimabotschaftern“ widmete. Im Jahr 2015 konnten bereits zum vierten Mal 1 500 Drittklässler als Klimabotschafter ausgezeichnet werden, die 27 Aufgaben eigenständig bearbeiten und lösen müssen; insgesamt sind es jetzt schon 4 000. Die alle singen nicht nur mit Begeisterung das Lied der Bonner Klimabotschafter, das „Bonni & Bo-Lied“, sondern wir erreichen über die Kinder auch ihre Eltern und Großeltern. „Mama, warum hast du keine regionalen Produkte gekauft?“ und „Papa, wieso hat unser Kühlschrank eine so schlechte Schadensklasse?“ sind nur einige der in den Bonner Familien gefürchteten Fragen der unerbittlichen kleinen Klimabotschafter. Dieses Erfolgsprojekt wird inzwischen auch in unserer Partnerstadt La Paz in einer spanischen Übersetzung in den dortigen Grundschulen eingesetzt. Nordrhein-Westfalen hat die „Klimabotschafter“ in die Liste seiner Referenzprojekte für die

KlimaExpo aufgenommen. Der neue Pop-Song der Klimabotschafter in englischer Sprache „Climate Astronauts“, der gemeinsam mit der Pop-Musikerin Bernadette La Hengst entstanden ist, wird gewiss auch internationale Kreise ziehen.

Um die Rolle Bonns als Deutscher Stadt der Vereinten Nationen zu festigen, müssen in den kommenden Jahren einige Bereiche engagiert weiter verfolgt werden. Der Bund muss die Finanzierung der Museumseinrichtungen mit nationaler Bedeutung (Haus der Geschichte, Bundeskunsthalle) langfristig absichern und er muss Konferenzen der Vereinten Nationen in Bonn verlässlich hinreichend fördern. Und es ist zu beachten, dass wir unsere kulturelle Attraktivität, wie sie einer Bundesstadt ansteht, in Zukunft nur erhalten können, wenn zusätzliche Mittel bei Bund und Land und bei Dritten eingeworben bzw. gesichert werden können.

Hinzu kommt in eigener kommunaler Verantwortung Folgendes: Wir haben in unserem Haushaltsentwurf einige Projekte zeitlich „geschoben“ – z.B. Maßnahmen im investiven Straßenbau, Ausbau von Ökostrom in städtischen Gebäuden und die Sanierung von Schwimmbädern. Für die Sanierung des Stadthauses und der Spielstätte des Schauspiels am Boeselagerhof, der Beethovenhalle sowie der Kurfürstlichen Zeile und der Stadthalle in Bad Godesberg ist derzeit nur Geld für unabweisbare notwendige Maßnahmen vorhanden. Finanzmittel für umfassende Grundsanierungen sind noch nicht eingeplant. Es wird also darum gehen, möglichst viel davon in den kommenden Jahren möglich zu machen, zum Beispiel auch durch eingeworbene Fördermittel zur Sanierung von Denkmälern oder zur energetischen Sanierung.

4.

Internationale „Hauptstadt der Nachhaltigkeit“

„In der besten der möglichen Welten...“

[Voltaire]

Mit dem Umzug des Parlaments und des Kernbereichs der Regierungsfunktionen in den 90er Jahren war vereinbart worden, Bonn zur „Deutschen Stadt der Vereinten Nationen“ zu machen und der Bundesstadt damit eine neue Rolle als Dienstleister für Deutschland zuzuweisen. Die Aufgabe war damit zu Beginn meiner Amtszeit klar gestellt: der Ausbau der internationalen Stadt musste weiter vorangehen. Wir haben diese Aufgabe gelöst und die Bedeutung Bonns als Standort für internationale politische Arbeit gefestigt, ja sogar ausgebaut. Es kam zu einer Reihe neuer Ansiedlungen internationaler Organisationen, zur Erweiterung unserer Netzwerke und zur Durchführung wichtiger großer Konferenzen.

Neue Institutionen

Dass in den letzten Jahren weitere internationale Organisationen ihren Sitz in Bonn genommen haben, spricht für die Attraktivität dieses Standortes. Ohne intensives Bemühen vieler Beteiligten in Stadt, Land und Bund wäre es nicht zu diesen Ansiedlungen gekommen, denn viele Städte auf der Welt bewerben sich um diese Rolle. Dass es dabei nicht nur galant zugeht, zeigte uns die knapp gescheiterte Bewerbung der Bundesregierung für Bonn als Sitz des Grünen Klimafonds

(Green Climate Fund, GCF) im Jahr 2012. Die sehr engagierte deutsche Bewerbung beinhaltete ein umfassendes Leistungspaket, das die optimale Ausstattung des Fonds sicherte; der Fonds hätte in Bonn ausgezeichnete Rahmenbedingungen gefunden, wäre sofort arbeitsfähig gewesen und obendrein wurden allein für 2012 und 2013 noch 40 Mio. Euro zugesichert. Auf dem internationalen Parkett fand eine massive Werbekampagne mit hohem politischem Druck auf viele Länder statt. Obwohl völlig unüblich, stattete Südkoreas Präsident Lee Myung-bak höchstpersönlich dem Board bei einem informellen Vortreffen am Vortag der Entscheidung einen Besuch ab, um die Vorzüge seines Landes nochmals zu unterstreichen („Kann ich noch etwas für Sie tun?“). Die Entscheidung fiel nach dieser Intervention in Songdo (Südkorea) für Songdo aus. Das zeigt, dass auch Bonn und Berlin sich zukünftig auf ein hartes „Bewerkungsklima“ einstellen müssen, wenn es um weitere Ansiedlungen geht.

Erfolgreich hingegen waren wir 2012, als IPBES, das Biodiversitätsekretariat der Vereinten Nationen, nach Bonn kam. Gemeinsam mit der Bundesregierung hatte ich zuvor in Berlin und in New York vor den Diplomatischen Corps für Bonn geworben und wir konnten uns bei der Abstimmung unter den Staaten der Weltgemeinschaft in Panama im dritten Wahlgang knapp gegen andere interessierte Städte durchsetzen. Hauptaufgabe von IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) ist es, politischen Entscheidungsträgern zuverlässig unabhängige und glaubwürdige Informationen über den Zustand und die Entwicklung der Biodiversität als Entscheidungshilfe zur Verfügung zu stellen. Bonn gilt seitdem als „Biodiversitätshauptstadt“.

Der Bewerbung Bonns folgte 2013 auch der Weltreihandfonds für Kulturpflanzenvielfalt (Global Crop Diversity Trust), der von Rom nach Bonn umsiedelte. Ich erinnere mich noch genau, an welche Details wir zu denken hatten; statt in Flaschen transportiertem Mineralwasser servierten wir nur Leitungswasser in Karaffen. Eine Übung, die ich auch im Rathaus beibehalten habe, weil es in der Tat klimaschonender ist, das bestkontrollierte Lebensmittel direkt aus der Leitung zu servieren als es in Flaschen abzufüllen und lange Strecken bis zum Verbraucher zu transportieren. Der Fonds hat sich das Ziel gesetzt, 260 Millio-

nen US-Dollar als Stiftungskapital zu sammeln. Deutschland hat zu diesem Stiftungskapital 10 Mio. USD zwischen 2005 und 2010 beigesteuert. Aus den mit dem Stiftungskapital erwirtschafteten Zinsen sollen die weltweit in Genbanken gehaltenen natürlichen pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft langfristig erhalten werden.

Auch mit anderen Ansiedlungsbemühungen waren wir erfolgreich. 2010 nahm das Weltsekretariat von ICLEI, dem „Internationalen Städte-Netzwerk“, seinen Sitz in Bonn und die Tsukuba-Universität aus Japan eröffnete ein Zweigbüro für Europa in Bonn. 2011 eröffnete der Bonner Campus des Right Livelihood Colleges (RLC) am Zentrum für Entwicklungsfor-schung (ZEF). Entstanden war die Idee zu diesem neuen Projekt durch die Kooperation beider Einrichtungen im Rahmen der Konferenz zum 30-jährigen Bestehen des Alternativen Nobelpreises. 2014 begründete auch das Globale Sekretariat des RLC, das vorher seinen Sitz in Penang (Malaysia) hatte, in Bonn sein Zuhause. Der RLC Campus am internationalen Wissenschaftsstandort Bonn fördert insbesondere den Wissens- und Kompetenztransfer zwischen erfahrenen „Alternativen Nobelpreisträgern“ und jungen Wissenschaftlern aus Ent-wicklungsländern. Im selben Jahr gründete auch die Micro Insurance Agency (MIA) ihren Hauptsitz in Bonn; MIA arbeitete ursprünglich von Indien aus im Bereich Forschung und Im-plementierungsunterstützung für Mikroversicherungen. Wegen der enormen internationalen Nachfrage bestand der Wunsch, MIA als internationale NRO zu etablieren. MIA wird primär von Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit getragen.

Auch die Bundesregierung tat das ihre, Bonn als Sitz von Institutionen der entwicklungspolitischen Arbeit zu stärken. 2015 bezog die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, die im Auftrag der Bundesregierung entwicklungspolitische Arbeit organisiert, ihre neue Zentrale in Bonn. Der „Mäanderbau“ bietet 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Platz und erfüllt höchste Standards in punkto Nachhaltigkeit. Insgesamt sind in Bonn nun über 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GIZ beschäftigt und festigen den Status Bonns als „Hauptstadt der Entwicklungszusammenarbeit“. Bereits im nächsten Jahr soll der Grundstein gelegt werden

für die Aus- und Weiterbildungsakademie der GIZ in Bonn-Röttgen, womit sich das Investitionsvolumen der GIZ am Bonner Standort auf rund 100 Mio. Euro erhöhen dürfte. Es bestehen Planungen, den Ausbau der GIZ am Standort Bonn noch weiter voranzutreiben und dazu noch 2015 entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Konferenzen

Bonn hat sich in den vergangenen Jahren als Konferenzstandort für globale Zukunftsfragen international einen Namen gemacht. Neben den regelmäßigen Sitzungen der Nebenorgane der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen mit mehreren Tausend Delegierten gehören inzwischen auch sog. ADP-Konferenzen (Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action) mit mehreren tausend Delegierten zum Konferenzprogramm der Vereinten Nationen in Bonn; zwei davon dienen der unmittelbaren Vorbereitung der Weltklimakonferenz von Paris im November 2015. Mit der Fertigstellung des WorldCCBonn haben die Vereinten Nationen durch Beschluss ihrer Vertragsstaatenkonferenz in Warschau ihr Versprechen eingelöst, Bonn verstärkt zum Tagungsort von Konferenzen zu machen. Allein zur Vorbereitung der Weltklimakonferenz vom 30.11. bis 11.12.2015 in Paris führt das Weltklimasekretariat (UNFCCC) zwischen August und Oktober 15 Meetings und Konferenzen am Standort Bonn durch.

Das Global Media Forum der Deutschen Welle, das 2015 bereits im 8. Jahr mit rund 3 000 Teilnehmenden in Bonn stattfand und die jährliche Konferenzreihe „Resilient Cities“, die 2010 in Bonn startete, gehören ebenfalls fest zum Bonner Veranstaltungskalender.

Das Bonner Konferenzgeschehen unterstützen Bundesministerien, die Wissenschaftsorganisationen, die GIZ und auch das Land-Nordrhein-Westfalen in unterschiedlicher Weise. 2011 wurden die „Bonner Perspektiven“ ins Leben gerufen, eine Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Stadt Bonn. Die „Bonner Perspektiven“ sind ein innovatives Konferenz- und Dialogformat zu Fragen nachhaltiger Entwicklung, das am internationalen Standort Bonn Lösungen zu globalen Nachhaltigkeitsfragen

entwickeln und in politische Empfehlungen umsetzen soll. Die erste Konferenz im Rahmen der Bonner Perspektiven war die Water, Energy, Food-Nexus-Konferenz im November 2011 mit rd. 800 Teilnehmern, deren Ergebnisse zugleich als einer der deutschen Beiträge zur Rio+20 Konferenz im Juni 2012 eingebracht wurde. Im Mai 2015 gingen das Land Nordrhein-Westfalen und die GLZ mit einer internationalen Konferenzreihe an den Start: Die „Bonn Conference for Global Transformation“ ist die neue Konferenz für nachhaltiges Handeln. Sie befasst sich mit dem Prozess um die sogenannten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen nach 2015 – und schlägt dabei die Brücke zwischen Theorie und Praxis, zwischen Politik und Umsetzung. Erfahrungsträger und Entscheider aus aller Welt kommen in Bonn zusammen. Zu diesen Themen führt auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) an ihrem Sitz in Bonn regelmäßig große Sitzungen mit vielen hundert Menschen durch.

Hinzu kommen weitere Konferenzen mit internationaler Strahlkraft wie z.B. die 39. Sitzung des Welterbekomitees der UNESCO, die auf Einladung der Bundesrepublik Deutschland im Juli dieses Jahres im WorldCCBonn stattfand. Weitere bedeutende internationale Konferenzen der vergangenen Jahre, deren Finanzierung ohne städtische Mittel, aber durch von der Stadt Bonn eingeworbene EU-Mittel (EFRE), ermöglicht werden konnten, waren u.a. die Jubiläumskonferenz „30 Jahre Alternativer Nobelpreis“ (2010), die DPI/NGO-Konferenz der Vereinten Nationen (Konferenz für Nichtregierungsorganisationen des Department of Public Information) (2011), die VISTA-Konferenzen des Internationalen Paralympischen Komitees (IPC) für Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Sport (2009, 2011 und 2013), die Weltkonferenz für Windenergie 2012, organisiert vom in Bonn ansässigen Weltwindenergieverband (WWEA) sowie die Vollversammlung des Weltbiodiversitätsrat IPBES 2015.

Auch wirtschaftlich spielen internationale Konferenzen für Bonn eine wichtige Rolle: nach einer Erhebung des Europäischen Instituts für Tagungswirtschaft werden rund 250 Euro pro Tag und Gast ausgegeben. Für Bonn und die Region bedeutet das Einnahmen in Millionenhöhe. Im eingeschwungenen Zustand des 2015 eröffneten

WorldCCBonn werden wir nach einem Gutachten von PricewaterhouseCoopers (PwC) aus unserer „Säule Internationales“ eine Umwegrendite von rund 115 Mio. Euro erwarten können.

Initiativen und Partnerschaften

In den vergangenen Jahren sind von Bonn aus zahlreiche Impulse für nachhaltige Entwicklung ausgegangen, die auch in anderen Ländern und Regionen Beachtung finden.

2012 habe ich im Auftrag unseres Stadtrats in Cape Coast (Ghana) gemeinsam mit dem dortigen Bürgermeister Aykins eine offizielle Partnerschaftsvereinbarung zwischen Bonn und Cape Coast unterzeichnet und damit die erste Bonner Partnerschaft mit einer afrikanischen Kommune besiegelt, die sich aus den ersten Kontakten im Jahr 2008 entwickelt hat. Dank einer umfangreichen Förderung des BMZ konnten wir in diesem Zusammenhang ein Klimaanpassungsprojekt in Cape Coast starten. Für wie bedeutsam die Staatengemeinschaft diese Vereinbarung hält, kann man daraus ablesen, dass Mayor Aykins und ich unsere Arbeit auf Einladung der Vereinten Nationen in New York vorstellen durften. Bereits 2011 war Bonn eine der ersten Städte in Deutschland, die am Projekt „50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2050“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global teilnahm. Mit den Partnerstädten Cape Coast und La Paz (Bolivien) kooperiert Bonn seitdem speziell zum Thema Klimaanpassung und Klimawandel. Weitere Klimaschutzprojekte werden mit Förderung des Landes NRW und der Stiftung Mercator in den Bonner Partnerstädten Bucharu (Usbekistan) und Chengdu (China) umgesetzt.

Bonn als internationaler Partner [UN, EU, NGOs, Netzwerke]

Wir haben in Bonn die einmalige Situation, dass in einem Radius von 5 Kilometern rund 5 000 Expertinnen und Experten allein im Bereich der Entwicklungspolitik arbeiten. „Netzwerken“ ist eine unserer Stärken. Auch mit dem Ausbau von Netzwerken auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sind wir weiter vorangekommen.

Im „Deutschen Rat für nachhaltige Entwicklung“ arbeiten wir gemeinsam mit anderen Städten an

der Erarbeitung von Städtestrategien und -positionen zu neuen Nachhaltigkeitsstrategien mit. Dazu habe ich gemeinsam mit meinen Kollegen im Oberbürgermeisteramt ein Eckpunktepapier auf den Weg gebracht, das auch in verschiedene Nachhaltigkeitskonferenzen, u.a. im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie im Januar 2016 in Bonn, eingebracht werden soll.

Auch im Deutschen Städtetag wird die besondere Rolle Bonns in diesen Fragen gesehen und ich übernahm die Vertretung für den Deutschen Städtetag in diesem Themenfeld, zum Beispiel bei der Entwicklung einer „Zukunftscharta“ der deutschen Städte, die ich im November 2014 der Bundeskanzlerin übergeben habe. Darin setzen sich die Städte für eine global gerechte, nachhaltige Entwicklung ein. Diesen nationalen Zukunftscharta-Prozess begleiteten wir in Bonn gemeinsam mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global und dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. In einer Veranstaltung widmeten wir uns mit zivilgesellschaftlichen Akteuren der Frage, wie in Bonn Partnerschaften für Entwicklung im Sinne der globalen Entwicklungsziele vorangebracht werden können.

Eine besondere Rolle spielt Bonn im internationalen Städte-Nachhaltigkeitsnetzwerk ICLEI, dessen Weltsekretariat seit 2010 in Bonn ansässig ist. Als Bonner Oberbürgermeister bin ich im Vorstand (World Executive Council) von ICLEI, Sonderbotschafter bei der Klimarahmenkonvention und Vertreter für das weltweite Klimaverzeichnis „Carbonn“. In diesem Verzeichnis werden die Klimadaten von über 500 Städten weltweit erfasst und öffentlich zugänglich gemacht. Das Programm wird von Bonn aus gesteuert – auch ein Werbeeffekt für unsere Stadt.

Als stellvertretender Vorsitzender des „Weltbürgermeisterrates zum Klimawandel“ WMCCC (World Mayors Council on Climate Change) konnte ich dazu beitragen, die Stimme der Städte bei den internationalen Klimaverhandlungen zu stärken. Auf Einladung von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hoben wir im September 2014 beim Klimagipfel in New York, gemeinsam mit den Repräsentanten der beiden anderen großen internationalen Städte-Netzwerke – dem Weltstädteverband UCLG (United Cities and Local Governments) und dem Großstädte-Netzwerk

C40 (Cities Climate Leadership Group) – den „Compact of Mayors“ als gemeinsame Klimainitiative aus der Taufe. Das Shake-Hand bei der Vertragsschließung mit meinen beiden Kollegen, Mayor Kadir Topbas aus Istanbul (Präsident von UCLG) sowie Executive Mayor Mpho Parks Tau aus Johannesburg (Mitglied des Steering Committee von C40) im UN-Tower gehört zu meinen bleibenden Erinnerungen aus der internationalen Arbeit für die Bundesstadt Bonn.

Im Themenfeld Biodiversität gehörte Bonn von Anfang an zum Lenkungskreis des Netzwerks „Global Partnership on Local and Sub-National Action for Biodiversity“. In dieser Partnerschaft aus UNO-Organisationen, Naturschutzverbänden, Wissenschaftseinrichtungen, Städtenetzwerken und Städten werden Verabredungen getroffen, wie nachhaltige Konzepte weltweit verankert werden können.

Im Wissenschaftsjahr „Zukunftsprojekt Erde“, 2012, beteiligte sich Bonn an der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung aufgelegten Fördermaßnahme „ZukunftsWerk-Stadt“. In einem Verbundprojekt „Betriebe lösen Verkehrsprobleme“ hat die Stadt Bonn gemeinsam mit der Universität Bonn und der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg einen Dialogprozess mit Betrieben und ihren Beschäftigten durchgeführt. Partner des Projekts waren auch die Stadtwerke Bonn mit ihren Bereichen Verkehr sowie Energie und Wasser und das Städtenetzwerk ICLEI, das eine internationale Fallstudie erstellte.

Bonn hat sich in den letzten Jahren auch zunehmend in die Urbanisierungsthematik eingebracht und aktiv am Auftritt der Bundesrepublik Deutschland bei den World Urban Foren von UN Habitat in den Jahren 2012 und 2014 beteiligt. Eine aktive Rolle nehmen wir bei der Vorbereitung der deutschen Habitat III-Agenda ein – 2016 wird die dritte Wertsiedlungskonferenz der Vereinten Nationen (Habitat III) in Quito/Ecuador stattfinden. Gemeinsam mit anderen Städten hat sich Bonn außerdem erfolgreich für die Aufnahme eines Städteziels in die neue globale Entwicklungsagenda (Sustainable Development Goals) eingesetzt, die im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurden.

Vor Ort haben wir in unserer Stadt zahlreiche Netzwerke auf- und ausgebaut. Dem 2011 von der Stadt Bonn initiierten „Bonner Netzwerk für Entwicklung“ gehören rund 50 entwicklungspolitisch aktive Initiativen und Vereine an. Zumeist ehrenamtlich setzen sie sich ebenso für die Umsetzung international vereinbarter Nachhaltigkeitsziele ein wie für sozial und ökonomisch faire Entwicklungschancen für die Länder und Menschen im globalen Süden. Zu den Aktivitäten des Netzwerks gehören eine gemeinsame Vortragsreihe mit der Volkshochschule Bonn, Aktionen rund um „buen vivir“ (ein gutes und dabei nachhaltiges Leben) und Filmabende mit thematischen Diskussionen. Besondere Strahlkraft erzielt das 2013 gegründete und von der Stadt Bonn intensiv unterstützte Biodiversitätsnetzwerk BION; hier handelt es sich um einen Zusammenschluss von in Bonn ansässigen Institutionen und Organisationen, die im Kontext Biodiversität forschen und interdisziplinär zusammenarbeiten. Bei der ersten internationalen Konferenz des BION-Netzwerkes im September 2014 im Wissenschaftszentrum Bonn trafen rund 250 Wissenschaftler und Experten aus den verschiedensten Disziplinen, Organisationen und Einrichtungen des Bonner Raumes zusammen. Zahlreiche Projekte und Veranstaltungen wurden seit der Gründung des Netzwerkes erfolgreich umgesetzt.

Zum Weltfrauentag 2015 ging mit gender@international bonn ein weiteres, neues Netzwerk der Institutionen an den Start. Auf Initiative der Staatskanzlei NRW und der Stadt Bonn fanden sich Akteure zusammen, die weltweite Geschlechtergerechtigkeit fördern und den Ausbau des Standorts Bonn aktiv betreiben. Dem Netzwerk gehören unter anderem die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, die Deutsche Welle, UN Women Nationales Komitee Deutschland, die Vereinten Nationen in Bonn und die Deutsche Post an.

Einer Stadt, die sich selbst so aufstellt und die den Titel „Bundesstadt“ trägt, traut man auch zu, glaubwürdiger Partner der Vereinten Nationen zu sein, die sich weltweit für Nachhaltigkeitsziele einsetzen. Dass die Vereinten Nationen für ihre weltweite Arbeit daraus den Slogan gemacht haben „Nachhaltigkeit von Bonn aus – weltweit“, ist auch eine Anerkennung für die Arbeit der Stadt Bonn. 18 UNO-Organisationen mit rund

1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, darunter das Klimasekretariat, das Wüstensekretariat und das Freiwilligensekretariat, arbeiten von Bonn aus weltweit. Das verschafft uns auf dem gesamten Globus eine Strahlkraft, die wir noch niemals zuvor hatten. Zahlreiche wichtige Dokumente tragen die Überschrift „Bonn declaration“, zuletzt die der UNESCO zum Schutz der Weltkulturerbe im Juli 2015. Auch auf nationaler Ebene hören wir oft diese Zufriedenheit mit der Arbeit in und aus Bonn, zuletzt bei der Einweihung des neuen Gebäudes für die GIZ in Bonn vor einigen Wochen, als von Bonn als der „Nachhaltigkeitshauptstadt“ die Rede war. Zufrieden äußern sich auch die rund 150 nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, wie zum Beispiel auch das Internationale Paralympische Komitee, Engagement Global und die zahlreichen Entwicklungsorganisationen und entwicklungspolitisch aktiven Forschungseinrichtungen wie ZEF, ZEI und DIE.

Folglich tut sich auch die Bundesregierung leicht, den Ausbau des UN Campus zu unterstützen, der weiter gewachsen ist. Insgesamt hat der Bund bisher über 130 Millionen Euro an Gesamtinvestitionen am UNO-Standort Bonn geleistet. 2013 wurde das Alte Abgeordnetenhochhaus an das Klimasekretariat übergeben. Das Planverfahren für den Bebauungsplan „Erweiterung UN Campus“ ist eingeleitet, um einen Neubau für das Klimasekretariat der Vereinten Nationen zu verwirklichen. Der aus einem offenen internationalen Architektenwettbewerb hervorgegangene Entwurf sieht ein 18geschossiges Gebäude auf einer Grundfläche von 20 mal 30 Metern mit eingeseetzten, bepflanzten, geschossübergreifenden Wintergärten vor.

Und damit das Ganze auch verlässlich hier bleibt, haben wir, wie 2002 in einem Staatsvertrag versprochen, das WorldCCBonn fertig gestellt und am 7. Juni in Anwesenheit des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, des Bundesaußenministers, der Bundesumweltministerin sowie der stellvertretenden Ministerpräsidentin des Landes NRW eingeweiht. Dort können ab sofort Konferenzen mit bis zu 7 000 Delegierten, beispielsweise Vertragsstaatenkonferenzen der Vereinten Nationen, stattfinden. Das war ein besonderer Kraftakt; wer will, mag meine Sicht der Dinge auf das Projekt WorldCCBonn in Kapitel 10 nachle-

sen. An dieser Stelle will ich nur festhalten: Das WorldCCBonn stärkt unsere Wirtschaft. Im eingeschwungenen Zustand werden es 115 Mio. Euro pro Jahr Umwegrentabilität (Ausgaben in Hotels, Gastronomie, Konferenzdienstleistungen usw.) sein; Geld das nach Bonn fließt und hier viele tausend Arbeitsplätze sichert.

Europa

Man muss bei aller Leidenschaft für die Arbeit als „Deutsche Stadt der vereinten Nationen“ immer wissen, wo man zu Hause ist. Und ohne ein vereintes Europa hätte Bonn auch nicht seine darüber hinaus reichende internationale Rolle einnehmen können. Folglich widmen wir uns mit besonderem Augenmerk unserer Rolle im Herzen Europas.

Im Projekt „Networking in Europe – Local Governments meet the MDGs“ arbeiteten wir von 2010 bis 2013 im EU-Programm „NSA-LA in development cooperation“ mit Oxford, Villach und Nagyzkanizsa zusammen und erhielten dafür eine Förderung von 345 000 Euro

Im November 2012 richteten wir die Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) mit rund 200 Delegierten in Bonn aus. Auf unsere Initiative kam es zur Gründung eines Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit beim RGRE.

2012 feierten wir aus Anlass 50 Jahre Elysée-Vertrag das schon begonnene Frankreichjahr nach der großen Auftaktveranstaltung vom 5.9.2012 („Frankreichtag“) mit Bürgerfest, Kulturprogramm und Schülerdiskussion im Alten Rathaus und dem Besuch der Außenminister Frankreichs und Deutschlands. 2013 führten wir ein „Frankreichjahr“ mit zahlreichen Veranstaltungen durch. Höhepunkte waren die Eintragung der Außenminister Deutschland und Frankreichs in das Goldene Buch der Stadt Bonn im September 2012 sowie eine Festveranstaltung mit Bundespräsident Joachim Gauck am 12. September 2013 im World Conference Center Bonn.

Im April 2013 zeichnete uns das Land Nordrhein-Westfalen aufgrund unserer vielfältigen Veranstaltungen als europaaaktive Kommune aus. Wir

führen „Europatage“ und richten regelmäßig EU-Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit verschiedenen Partnern durch. Insgesamt können wir auf eine gute Zusammenarbeit mit der EU-Regionalvertretung in Bonn und dem Land NRW vertrauen. Erfolgreich waren wir im Bemühen, neben der großen Außenstelle der EU-Kommission nun auch eine Außenstelle des EU-Parlaments zu etablieren. Präsident Martin Schulz hielt sein Versprechen, das er dem gesamten Verwaltungsvorstand bei seiner Reise nach Brüssel im Oktober 2013 gegeben hatte.

2015 feierten wir das 50jährige Jubiläum des Schuman-Plans. Zu Ehren des ehemaligen französischen Außenministers, Bonner Ehrenbürgers und Wegbereiters der europäischen Integration, Robert Schuman, wurde ein Bodenstrahler auf dem „Weg berühmter Persönlichkeiten“ in der Bonngasse installiert.

Im Mai 2015 wurde Bonn Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Ausgehend vom Europäischen Entwicklungsjahr 2015 haben wir, unterstützt durch die EU, für den Zeitraum bis 2017 das Projekt „The Future we want“ mit einem Fördervolumen von 60 000 Euro aufgelegt.

Kommunale Projektpartnerschaften

Was Nationen nicht immer leicht gelingt, nämlich gemeinsame Ziele zu vereinbaren und Projekte aufzulegen, das gelingt Kommunen oft schneller. Wir pflegen daher unsere Projektpartnerschaften zwischen Bonn und einigen Städten auf anderen Kontinenten sehr und ich reiste nach China, Usbekistan, Ghana und Bolivien.

In Chengdu (China) unterzeichnete ich 2009 ein Tourismusabkommen und vereinbarte die weitere Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur und Umwelt; die Zahl der chinesischen Touristen in Bonn stieg danach um rund 40 Prozent. Das Beethovenorchester brach ein Jahr später zu einer China-Tournee auf und spielte das Silvesterkonzert in Chengdu. Auf der EXPO Shanghai stellten wir 2010 unsere Arbeit vor und führten eine Jugenduniversität sowie das 2. Deutsch-Chinesische Bürgermeisterforum durch. Im Rahmen der Klimapartnerschaft zwischen Bonn und Chengdu wurde unsere Arbeit 2013 bis 2015 im Projekt

„Bonn Chengdu Low Carbon Partnership“ mit 35 000 Euro durch die Stiftung Mercator und das Land NRW gefördert.

2010 besuchte ich Bucharä (Usbekistan) zur Vorbereitung der gemeinsamen Präsentation auf der EXPO in Shanghai und zu Gesprächen über weitere Bereiche der Zusammenarbeit im Bereich Abfallwirtschaft und Tourismus. 2015 begann das bis 2017 laufende neue Projekt „Sustainable Bucharä“ zur Förderung des nachhaltigen Tourismus, das mit rund 60 000 Euro zu 80 Prozent durch das Land NRW und Engagement Global gefördert wird, um nach den Bonner Hotels auch dort das Hotelgewerbe in den Nachhaltigkeitsprozess einzubinden.

Im November 2009 feierten wir in Bonn „Ein Jahr Partnerschaft Bonn - Cape Coast“ und „10 Jahre Projektpartnerschaft Bonn - La Paz“. 2012 unterzeichnete ich in Cape Coast (Ghana) den Freundschaftsvertrag zwischen unseren Städten. Für das gemeinsame Umweltprojekt, der Renaturierung der „FosuLagoon“ in Cape Coast, erhielten wir als „Pilotkommune“ von der Bundesregierung zur Gestaltung dieser Klimapartnerschaft von 2013-2015 insgesamt 514 000,- Euro. Bonn etablierte sich auch damit als Wegbereiter für eine entwicklungspolitische Arbeit der Kommunen; so ist auch die bereits erwähnte Einladung zu erklären, die mich im Juli 2012 nach New York führte, wo ich auf Einladung der UNO gemeinsam mit dem Kollegen aus Ghana über dieses Projekt berichten durfte

Meine Reise nach La Paz, wo ich 2014 am Nationalfeiertag teilnahm, führte zur Beteiligung an einer Baumpflanzaktion in La Paz, wo wir gemeinsam mit der Deutschen Botschaft 3 000 dringend notwendige Pflanzungen vornehmen konnten und zu einer weiteren Zusammenarbeit im Bereich von Klima und Energie. Die Grundschulen in La Paz übernahmen das in Bonn entwickelte Modell des „Klimaführerscheins“ in einer eigens ins Spanische übersetzten Fassung. In Vorbereitung ist ein neues Projekt für den Zeitraum von 2016 bis 2018 zur Erhöhung von ökologischer Effizienz und Resilienz beim Klimawandel. Der Förderantrag beim BMZ umfasst ein Volumen von rund 500 000 Euro.

Die internationale Rolle Bonns als „Klimahauptstadt“

„Mayor Nimptsch, what are you doing in your city in climate affairs?“, eine immer wieder von Kollegen aus der ganzen Welt gestellte Frage. Man muss selbst Vorbild sein, wenn man die Rolle als „Deutsche Stadt der Vereinten Nationen“ wirklich überzeugend ausfüllen möchte, sowohl bei eigenen Umweltaktivitäten als auch in der Arbeit als „Stadt gegen Rassismus“. Es wird erwartet, dass der Nachhaltigkeitsstandort Bonn sich überzeugend weltweit präsentiert, wie zum Beispiel 2010 mit einem eigenen Stand auf der Weltausstellung EXPO in Shanghai und bei den Vereinten Nationen in New York, wo wir dreimal Bonner Projekte vorstellten und ich als Vice Chair des World Mayors Council on Climate Change (WMCCC) die besondere Rolle Bonns in den internationalen Städtenetzwerken deutlich machen durfte.

Wir haben unser Profil als Klimahauptstadt weiter vorangetrieben. Dazu gehörte eine Vielzahl von Initiativen und Projekten, die ich hier nur auszugsweise nennen möchte: Auf europäischer Ebene traten wir 2009 dem Konvent der Bürgermeister bei und formulierten für uns das Ziel, bis 2020 eine Senkung der CO₂-Emissionen um 20 Prozent zu erreichen, bezogen auf das Referenzjahr 1990; nach jetzigem Zwischenstand werden wir dieses Ziel erreichen, vielleicht sogar bei 22 Prozent landen. Bei der CO₂-Bilanzierung des gesamtstädtischen Energieverbrauchs und der der CO₂-Emissionen mit dem internetbasierten System ECORegion konnten wir dazu bereits nachweisen, dass wir bis 2010 die CO₂-Emissionen pro Einwohner um 14 Prozent auf 8.0 Tonnen von 9.3 Tonnen senken konnten. 2011 beschloss der Rat der Stadt Bonn den Masterplan Energiewende und Klimaschutz. Bis 2050 wollen wir die CO₂-Emissionen um 90 Prozent senken und dafür als Instrument das Integrierte Klimaschutzkonzept einsetzen, das von einem Klimaschutzbeirat begleitet wird.

Was aber passiert, wenn nichts passiert? Was ist, wenn weltweit die Vermeidung von CO₂-Emissionen nicht gelingt (Mitigation) und um so mehr eine Anpassung (Adaptation) erforderlich wird? Um dies herauszufinden, beauftragten wir die Universität Duisburg/Essen mit einer Untersuchung der Klima-Auswirkungen auf Bonn anhand

der vier existierenden regionalen Klimaszenarien. In der Studie werden die in der Dekade von 1991 bis 2000 gemessenen Auswirkungen des Klimawandels mit einer Prognose für die Dekade 2051-2060 verglichen. Die Studie geht von einem jährlichen Temperaturanstieg von 2,0 K aus, was etwa dem heute vorherrschenden Klima in Mailand entspräche. Allerdings sind solche Prognosen noch mit hohen Unsicherheiten belegt. Nach der Klimaprognose für Bonn bis 2060 würde dies einen jährlichen Temperaturanstieg um 2,0 K und norditalienisches Klima bedeuten und zur Abnahme der Eis- und Frosttage um 80 Prozent bzw. 40 Prozent und zur Zunahme der Sommertage um 90 Prozent führen. Die Anzahl von Hitzetagen stiege fast um das Dreifache, die Anzahl von Tropennächten würde sich verzehnfachen und die Anzahl von Hitzestresstagen würde von fünf auf acht Tage um 60 Prozent steigen. Mit dem dann zu erwartenden Anstieg der Regenfälle und der Starkregenereignisse um 20 Prozent ergäben sich neue Herausforderungen für den Hochwasserschutz in Bonn.

Um den Auswirkungen des Klimawandels auf kommunaler Ebene kontinuierlich begegnen zu können und dies als dezernatsübergreifende und interdisziplinäre Aufgabe zu verstehen, festigten wir unsere Position im Oktober 2012 durch einen Ratsbeschluss. Im Rahmen des dann 2013 auf den Weg gebrachten „Masterplans zur Energiewende und zum Klimaschutz“ werben wir z.B. für Energiegenossenschaften und sind selbst Mitglied bei „Bürger Energie Rhein-Sieg e.G.“ Im selben Jahr konstituierte sich ein Klimabeirat zur Beratung des Rates der Stadt Bonn und der Rat beschloss ein integriertes Klimaschutzkonzept. Was uns noch fehlt ist eine belastbare Klimafolgenprognose für Bonn in kleinräumigem Maßstab. Auf Grund der hohen Kosten für die Beauftragung einer solchen Berechnung bemühen wir uns um ein Kooperationsprojekt mit dem Deutschen Wetterdienst und dem LANUV und haben im Rahmen der EFRE-Förderung einen Projektantrag über den Region Köln/Bonn e.V. gestellt.

Ausbau von Beratung und Unterstützung

Mit „Sustainable Bonn“ hatten wir schon 2006 ein sehr erfolgreiches Projekt für nachhaltigere Konferenzwirtschaft etablieren können. Bereits zum Jahresende 2009 konnten wir 9 weitere Be-

triebe hinzugewinnen und inzwischen sind es insgesamt 50 Betriebe aus Bonn, die die Auszeichnung „Partner of Sustainable Bonn“ erhalten haben, zumeist Hotels und Caterer, aber auch Veranstaltungs- und Kulturstätten. Damit erreichen wir über die Hälfte der Bonner Hotelbetten. Das Projekt gilt als Best Practice im In- und Ausland, wurde mehrfach ausgezeichnet und zuletzt im Rahmen des deutschen Auftritts bei der Städtekonferenz des Siedlungsprogramms der Vereinten Nationen, UN Habitat, vorgestellt. Im Jahre 2011 wirkte Bonn auf Grund der Erfahrungen mit „Sustainable Bonn“ als eine von vier Testdestinationen am Betatest des Online-Tools „Hotel Energy Solutions“ der Welttourismusorganisation UNWTO erfolgreich mit. Die 23 beteiligten Bonner Hotels konnten nicht nur wichtige Beiträge zur Optimierung des Tools vor dem europäischen Einsatz leisten, sondern gewannen auch weitere Anregungen zur energetischen Optimierung. Noch in diesem Jahr werden wir „Sustainable Bonn“ exportieren. Mit den von uns eingeworbenen Fördermitteln kommt es zum Aufbau von „Sustainable Buchará“ in unserer Partnerstadt.

Mit der Förderung des Projekts „Ökoprofit“ leisten wir seit Jahren einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz und zur Kostensenkung in Betrieben. Das Kooperationsprojekt zwischen Stadt und Wirtschaft ist zugleich ein lokales Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften, das wir in den letzten Jahren kontinuierlich auch auf die Region ausdehnen konnten. Ökoprofit steht für „Ökologisches Projekt für integrierte Umwelt-Technik“. Waren es 2011 noch 11 Unternehmen, die betriebliches Umweltmanagement mit unserer Hilfe einführten, stieg die Zahl bis 2014 schon auf 19.

Im selben Jahr gelang es auch, unter dem Dach der Bürgerstiftung die „Stiftung Bonner Klimabotschafter“ zu gründen. Ihr Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger als Klimabotschafterinnen und Klimabotschafter zu gewinnen und den Klimaschutz auf zivilgesellschaftlicher Basis lokal voranzutreiben. Erfolgreichstes Projekt der Stiftung ist der Bonni & Bo Klimaführerschein, den Bonner Grundschullehrerinnen aus der Gottfried-Kinkel-Grundschule gemeinsam mit dem Comiczeichner Özi erarbeiteten. Seit 2012 machen Kinder in Bonner Grundschulen diesen besonderen Führerschein. Rund 1.300 Kinder aus 25 Schulen waren

2015 dabei; insgesamt sind es schon über 4 000, die sich im Unterricht und zu Hause mit der Arbeitsmappe beschäftigen und Punkte sammeln für ihren Klimaführerschein, die ich als Vorsitzender der Stiftung übergeben darf. Gleichzeitig ernenne ich Kinder zu Klimabotschafterinnen und Klimabotschaftern. Einen „Ehren-Klimabotschafter“, beziehungsweise zwei, haben die pffiffigen Pänz auch schon gewonnen: Bundespräsident Gauck und seine Lebensgefährtin versprachen den Kindern bei ihrem Besuch im August 2012, in ihrem Alltag nach besten Kräften auf Klimaschutz zu achten. Es berührt mich, dass die Stiftung mich am Ende meiner Amtszeit zum zweiten „Ehren-Klimabotschafter“ ernannt hat. Internationale Strahlkraft hat das Projekt auch schon entwickelt: in seiner spanischen Übersetzung wird es inzwischen auch in den Grundschulen unserer Partnerstadt La Paz in Bolivien eingesetzt. 2015 wurde das Projekt in die Liste der qualifizierten Projekte der KlimaExpo.NRW aufgenommen. Der neue, englischsprachige Pop-Song „Climate Astronauts“, den die Klimabotschafter zusammen mit der deutschen Pop-Sängerin Bernadette La Hengst entwickelt haben, wird ebenfalls weit über Bonn hinaus wirken.

Im Juni 2012 nahm die von uns initiierte „Bonner Energie-Agentur“ als Verein ihre Arbeit auf. Die Mitglieder, darunter auch die Kreishandwerkerschaft und zahlreiche andere Akteure aus dem Bereich der Wirtschaft, verbindet das Ziel, den Klimaschutz auf lokaler Ebene zu verbessern. Schwerpunkt ist die Initiierung und Unterstützung von Maßnahmen und Aktivitäten auf den Gebieten des energiesparenden Bauens und Sanierens. 22 Institutionen und Organisationen arbeiten hier sehr effektiv zusammen und beraten hocheffizient Menschen aus der Region bei ihrem persönlichen Bemühen Energie zu sparen. Mit diesem Projekt gehörten wir zu den Preisträgern des Bundeswettbewerbs „Kommunaler Klimaschutz 2014“ des Bundesumweltministeriums und des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz. Das Preisgeld in Höhe von 30 000 Euro investieren wir in weitere Klimaschutz-Vorhaben. 2013 machten wir unseren Neubürgern eine besondere Freude und überreichten jedem eine Umzugskiste „Neustart fürs Klima“, mit deren Hilfe sie sich in ihrem neuen Bonner Zuhause klimaschonend verhalten können.

Innerhalb der Stadtverwaltung führten wir einen nachhaltigen Umbau der Strukturen ein. 2011 wurde die Leitstelle Klimaschutz im Amt für Umwelt, Verbraucherschutz und Lokale Agenda eingerichtet. Zu Stärkung der nachhaltigen Beschaffungspolitik informieren wir die Beschäftigten über nachhaltige Güter und Dienstleistungen. Wir beteiligen uns an „Go Green“ (Post- und Paket-sendungen via DHL mit Emissionsausgleich) und unternehmen besondere Anstrengungen beim Einsatz von recyceltem Papier. 2015 konstituierte sich der neu geschaffene Klimaschutzbeirat. Seine 11 Mitglieder begleiten als unabhängiges und ehrenamtliches Beratungs- und Expertengremium Politik und Verwaltung in ihren Aktivitäten zum Klimaschutz.

Energiegewinnung

Im März 2010 ging das Bonner Solardachkataster online. Bonn war damit die sechste Stadt in Deutschland, die ihren Bürgerinnen und Bürgern das Angebot machte, mit einem Klick das eigene Hausdach darauf zu überprüfen, ob es sich für den Bau einer Photovoltaik- oder Solarthermie-Anlage eignet. Nach der Potenzialanalyse des Solardachkatasters Bonn sind 2 400 000 m² Dachfläche (das entspricht der Größe von 300 Fußballfeldern) in Bonn für die Stromgewinnung durch die Sonne geeignet. Auf dieser Fläche ließen sich 290 894 Megawattstunden an Strom erzeugen. Damit könnten 18 Prozent des gesamten Stromverbrauchs in Bonn gedeckt werden. Für die Solarthermie weist das Ergebnis der Potenzialanalyse 71 453 Gebäude in Bonn aus, die für diese Form der Energiegewinnung genutzt werden können. Dies entspricht etwa 60 Prozent der Gebäude in Bonn. Im April 2011 wurde an der Südseite der Kennedybrücke – über die gesamte Breite des Bauwerks – eine Solaranlage zur Stromgewinnung angebracht, die erste an einer Flussbrücke in Europa. Die zu erwartende Einspeisevergütung wird nach dem Willen des Sponsors jährlich einer wechselnden lokalen Organisation gespendet. Aufgrund der Sichtbeziehung zum WorldCCBonn nimmt jeder Konferenzteilnehmer ein Bild von dieser einzigartigen „Solarbrücke“ mit.

Zur Eigenstromerzeugung installieren wir derzeit eine Photovoltaikanlage auf der städtischen Kläranlage Salierweg.

Im Bereich der Versorgung und Entsorgung gelang uns die Beteiligung an einem NRW-Pilotprojekt zur Etablierung einer Solar-Wohnanlage (Wohnpark Vilich-Müldorf, 41 Reihenhäuser, 13 Eigentumswohnungen = 54 WE, auf ca. 9 500 m² Grundstücksfläche). Durch die kostengerechte Einspeisevergütung für erneuerbare Energien konnten wir insgesamt Photovoltaikanlagen mit einer Kapazität von 900 kW und ein Blockheizkraftwerk mit 600 Kilowatt installieren. Die Stadtwerke liefern an rund 3 500 Haushalte und an 68 Großkunden Ökostrom. Mit dem Ausbau der Ladestationen für Elektrofahrzeuge leisten die Stadtwerke auch auf diesem Gebiet einen wichtigen Beitrag. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Umbau des Gaskraftwerks Nord in eine Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD Anlage) mit einer Verdopplung der Stromproduktion, einer Steigerung der Heizkapazität um 10 Prozent und der Reduzierung um 200 000 t CO₂ pro Jahr. Mit der Umstellung auf Ökostrom zur Versorgung der Kläranlagen und Pumpwerke erzielen wir eine Einsparung von 12 558 000 kg CO₂ im Jahr und mit dem Bau des neuen Kraftwerks, das den Dampf unserer Müllverbrennungsanlage nutzt, sparen wir jährlich 200 000 t CO₂ ein. Mit der modernen Technologie dieses Heizkraftwerks haben wir gleichzeitig auch die Voraussetzung geschaffen, weitere Teile des Stadtgebietes und zahlreiche neue Kunden an das bereits heute weit verzweigte Fernwärmenetz anzubinden. Ein großer Vorteil der Fernwärme ist, dass sie als fertige Wärme zum Kunden geliefert wird. Fernwärmekunden benötigen keine Heizkessel, keinen Schornstein und auch keinen Raum für die Brennstofflagerung. Bei den Verbrauchern erfolgt die Wärmeübergabe mit Hilfe einer Übergabestation. Unsere Stadtwerke bauen derzeit das Fernwärmenetz im Bonner Norden, im Stadtteil Auerberg, weiter aus.

Ausbau der Elektromobilität

Mit der Entwicklung eines regionalen Konzeptes Elektromobilität, das wir auch 2010 auf dem Deutschen Elektromobil-Kongress in Bonn vorstellten, setzen wir seitdem sichtbare Zeichen, an die wir aktuell mit der Zielsetzung anknüpfen, bis 2030 die gesamte Dieselbusflotte unserer Stadtwerke von rund 100 Bussen durch Elektrobusse zu ersetzen; die ersten 6 gehen noch in diesem Jahr an den Start. Mit unserer Kampag-

ne zur „grünen Mobilität“ konnten wir den Anteil in der Stadtverwaltung am Jobticket auf 48 Prozent steigern. Auch beim Mobilitätsmanagement der Stadtverwaltung gingen wir mit Niedrigemissionsfahrzeugen und Erdgasautos neue Wege. In einer Vereinbarung mit Energieversorgern und mehreren umliegenden Kommunen konnten wir die Modalitäten für eine „Starthilfekonzert E-Mobilität“ regeln. In diesem Zusammenhang legten wir 2012 ein Projekt zur Mobilitätsberatung von Unternehmen auf. 20 der 200 teilnehmenden Betriebe werden wissenschaftlich begleitet. Im Ergebnis entstehen so schöne Dinge wie Leih- und Ladestationen für Elektrofahrräder in Unternehmen.

Eine in diesem Zusammenhang weltweit strahlende Initiative startete 2013 die Deutsche Post DHL. Sie macht Bonn zur Musterstadt für CO₂-freie Zustellung und brachte dazu eigens mit der TH Aachen entwickelte Elektro-Scooter auf die Straße.

Im 2012 angelaufenen Projekt „Zweiterstellung“ der Stadtwerke werden 40 Jahre alten Bonner Stadtbahnen zu „Neufahrzeugen“ umgebaut. Eine von den Stadtwerken Bonn zweiterstellte Stadtbahn wurde 2014 während der weltweit größten Bahntechnikmesse InnoTrans in Berlin vorgestellt und fand großes Interesse beim internationalen Fachpublikum. Messebesucher aus Deutschland, mehreren EU-Staaten sowie aus der Türkei, Kanada und Südamerika informierten sich über das Bonner Projekt. Die „Zweiterstellung“ ist ein ausgezeichnetes Beispiel für nachhaltiges Wirtschaften und innovative Ideen eines kommunalen Unternehmens. Hier wird solide deutsche Wertarbeit aus den 70er Jahren bewahrt und rund 60 Prozent aller Teile werden wieder verwendet. Es ist ein großartiges Projekt, das die SWB auf die Schiene gebracht haben. In der deutschen Stadt der Vereinten Nationen, in der die Vereinten Nationen mit dem Satz „Nachhaltigkeit von Bonn aus weltweit“ antreten, ist dies ein Projekt, mit dem man der ganzen Welt zeigen kann, dass in Bonn mit Ressourcen vorbildlich umgegangen wird. Diese Bahn ist ein ausgezeichnete Bonn-Botschafter und ein Aushängeschild für Bonn als Stadt der Nachhaltigkeit.

Auszeichnungen

Das Projekt „Zweiterstellung“ wurde 2015 durch die KlimaExpo.NRW wegen seiner besonderen Nachhaltigkeit zertifiziert und von Minister Groschek als Vorzeigeprojekt für Nordrhein-Westfalen bezeichnet. Ebenfalls aufgenommen in die Liste der qualifizierten Projekte der KlimaExpo.NRW wurden unsere „Klimabotschafter“, die „Elektro-Scooter“ der Deutschen Post DHL, das „Kameha-Grand-Hotel“ und das „Dampf-Heizkraftwerk“ unserer Stadtwerke.

Auch für weitere Nachhaltigkeits-Aktivitäten wurde die Stadt Bonn ausgezeichnet und belobigt. Hierzu gehört der „European Energy Award“, den wir bislang dreimal erreichen konnten, zuletzt in Gold. Der EEA ist das systematische Energiemanagementsystem für Kommunen und zielt darauf ab, Städte in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu qualifizieren und auszuzeichnen. Dazu gehört die Analyse und Erarbeitung von Maßnahmenprogrammen in sechs Handlungsfeldern: Stadtplanung, Gebäude und Anlagen, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation, externe Kommunikation und Kooperation.

2012 wurden wir als Fair Trade Town zertifiziert und nur ein Jahr später schloss sich die Marie-Kahle-Schule an und wurde erste Bonner Fair-Trade-Schule.

2013 überreichte uns die Landesregierung den „Vergabepreis NRW“ für unsere vorbildlich nachhaltige Beschaffung.

Zum sechsten Mal in Folge wurden wir 2015 als „Papier-Recyclingfreundlichste Stadt Deutschlands“ ausgezeichnet. Dadurch erzeugen wir in unserer Stadtverwaltung einen all-gemeinen Einspareffekt von 6,5 Mio. Liter Wasser, 1,3 Mio. kwh Energie und 36 000 kg CO₂ pro Jahr.

Bonn als „Stadt gegen Rassismus“

Als ehemaliger Leiter einer der ersten „Schulen ohne Rassismus“ in Deutschland konnte ich in meinem neuen Amt gut an die in Bonn bereits bestehenden lokalen Initiativen anknüpfen. Der Ausbau der „Internationalen Stadt“ Bonn, in

der Menschen aus rund 180 Nationen der Welt leben, verlief insgesamt in einem wohltuenden Klima. Um bereits vor der Ankunft in Bonn Informationen über das neue Zuhause verfügbar zu machen oder nach der Ankunft schnell Informations- und Kontaktmöglichkeiten zu schaffen, schalteten wir nach und nach neue online-portale wie integration-in-bonn.de, bonn-international.org und bonnexpat.com. Die Vereinten Nationen bestätigen uns gern eine hohe Willkommenskultur, die von ihnen als „Bonn spirit“ bezeichnet wird.

Zu spüren war dieser „Bonn spirit“ für mich besonders bei drei Ereignissen. Zunächst beim Deutschlandfest vom 1. bis 3. Oktober 2011, zu dem Bonn 800 000 Gäste begrüßen durfte, dann am 1. Mai 2012, an dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Kirchen sich geschlossen gegen ein angereiste Demonstration von Neonazis stellten und ihnen den Weg in die Innenstadt versperrten und zuletzt am 22.12.2014, als ich beim Versuch einiger Kräfte aus dem Bereich von pro nrw, „Bogida“ in Bonn zu etablieren, vor dem Rathaus vor einigen tausend Menschen sprechen durfte.

Soweit so gut, wären da nicht zwei besondere Ereignisse gewesen, die uns erschütterten und wäre da nicht die Erkenntnis, dass in unserer Stadt mehr gewaltbereite, religiös motivierte Extremisten wohnen als anderswo. Die Messerattacke auf einen Polizisten im Mai 2012 und der Bombenfund auf dem Bonner Hauptbahnhof im Dezember 2012 machten uns schonungslos darauf aufmerksam, dass wir weitere Aktivitäten aufnehmen und auch den Blick stärker auf die Jugendlichen zu richten hatten, die gefährdet sind, von radikalen Kräften auf den falschen Weg geführt zu werden. Unsere Stabsstelle Integration leistete dazu sehr gute Arbeit, wurde mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet und konnte die Zahl der Projekte mit Partnern auf 26 erhöhen. Mit dem kontinuierlichen Austausch von Fakten und Projektideen im Kriminalpräventiven Rat brachten wir uns gemeinsam mit der Polizei stets auf einen aktuellen Erkenntnisstand. Der Stadtrat beschloss im November 2012 die Gründung eines inzwischen etablierten kommunalen Integrationszentrums und wir eröffneten mit Unterstützung des Landes und des Bundes 2014 und 2015 zwei erfolgreiche Büros, die sich ausschließlich der Präventionsarbeit mit gefährdeten Jugendlichen widmen: „Wegweiser“ und die „Be-

ratungsstelle Radikalisierung“. Kontinuierlich bot die Stabsstelle Veranstaltungen und Seminare für bestimmte Zielgruppen an, um an möglichst vielen Stellen die Kompetenz herauszubilden, um auf den Radikalisierungsprozess beim extremistischen Salafismus angemessen reagieren zu können. Wegen des besonderen Erfolgs will ich das Projekt „Junge Muslime“ (Jung, muslimisch, aktiv – JUMA) erwähnen, in dem muslimische Jugendliche zu „Brückenbauern“ gegenüber Gleichaltrigen in der muslimischen Lebenswelt.

Hilfreich war auch die Intensivierung der Diskussion mit den Moscheegemeinden und den interreligiösen Arbeitskreisen. Dies führte nicht nur zur schnelleren Akzeptanz des Neubauprojekts der Al-Muhajirin Moschee, der neuen Moschee der DITIB-Gemeinde und der Wegbereitung für eine neue Moschee des Marokkanischen Kulturvereins in Bad Godesberg, sondern diese Gesprächsrunden ermöglichten auch einen offenen Gedankenaustausch und klare Positionierungen in den Tagen, in denen dies erwartet wurde, insbesondere wenn gewaltbereite, religiös motivierte Extremisten für Schlagzeilen gesorgt hatten oder bekannt geworden war, dass ein Bonner Jugendlicher nach seiner Ausreise sich zu den Gräueltaten der IS bekannt hatte. Ich lud regelmäßig die Sprecherinnen und Sprecher der Moscheegemeinden ein und besuchte Moscheen, um Fragen der alltäglichen Arbeit zu besprechen, aber auch um gemeinsame Haltungen zu diskutieren, die wir im Zuge dieser Aktivitäten von extremistischen Kräften einnehmen sollten.

Die Initiativen „Bonn stellt sich quer“ und „Bonn bleibt bunt“ hielten stets Kontakt mit dem Oberbürgermeister, so dass wir uns bei mehreren Anlässen zu Kundgebungen und Demonstrationen geschlossen und erfolgreich aufstellen konnten. Wir entwickelten nach einer Auftaktveranstaltung im Juni 2011 gemeinsam einen Aktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung und im Juni 2011 kam es zur Gründung des „Rates der Religionen“, in dem ich auf Wunsch der Religionsgemeinschaften den Vorsitz übernahm.

Trotz all dieser Anstrengungen müssen wir festhalten, dass uns der extremistische, gewaltbereite Salafismus weiterhin Sorge bereitet. Wir müssen daher unsere intensiven Präventionsbemühungen fortsetzen und haben im Austausch

mit bundesweit anerkannten Experten begonnen, weitere Konzepte zu entwickeln.

Die Aufnahme von bald rund 3 000 Flüchtlingen gelingt in Bonn im Zusammenwirken mit zahlreichen Partnerorganisationen, Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen sehr gut; die bürgerschaftlichen Initiativen leisten Außerordentliches, so dass wir, bei allen Schwierigkeiten, weit überwiegend Positives berichten können. Die von der Sozialdezernentin und mir geleitete ämterübergreifende „Projektgruppe Flüchtlinge“ arbeitet unermüdlich und leistet hervorragende Arbeit. Wir verfolgen das Ziel, keine Flüchtlinge in Zelten oder Turnhallen unterzubringen, solange noch ein einziges Haus aus Stein in Bonn leer steht, auch wenn dort vorher Büros waren und nicht Wohnungen.

Perspektiven

In den nächsten Jahren muss der Standort Bonn als deutsche UNO-Stadt und als Diskurs- und Lernort für globale Zukunftsfragen weiterentwickelt werden. Dies ist möglich durch eine weitere gezielte Ansiedlung von Organisationen in den Themenbereichen Umwelt, Entwicklung, Ernährung und Wissenschaft. Die Stärkung des UNO-Standortes Bonn muss durch höhere freiwillige Leistungen des Bundes für die Ausrichtung von Konferenzen in Bonn, ein Gaststaatsgesetz für die Beschäftigten in den internationalen Einrichtungen sowie durch die Einrichtung einer Ständigen Vertretung des Auswärtigen Amtes bei den Vereinten Nationen in Bonn gewährleistet werden. Außerdem muss die Ansiedlung von weiteren Nichtregierungsorganisationen vorangetrieben werden; die im letzten Jahr entwickelte Idee für ein „NGO-Haus“, in dem zahlreiche Organisationen Platz finden könnten, ist einer der Merkpunkte, die in die Gespräche mit der Bundesregierung zur Stärkung des internationalen Standortes Bonn gehören.

Besonders wichtig für das Zusammenleben vor Ort ist in den kommenden Jahren, dass wir die Gesprächskreise und Netzwerke beim Aufbau der internationalen Stadt Bonn (z.B. Rat der Religionen) pflegen. Der 2010 mit namhaften Experten eingerichtete internationale Beirat kann hier eine wichtige Rolle übernehmen. Auch die erstmals 2010 und dann weiter regelmäßig durch-

geführten Integrationskonferenzen haben eine hohe Bedeutung, denn dort kommen alle Akteure zusammen und verständigen sich auf gemeinsame Ziele.

Der Ausbau der Internationalität wird einhergehen müssen mit einer Ausweitung des Dienstleistungs- und Bildungsangebots, beginnend mit Kindergartenplätzen im U3-Bereich bis hin zur weiteren Etablierung öffentlicher internationaler Ganztagschulen und an öffentlichen Schulen erreichbarer internationaler Abschlüsse. Es ist gut, dass „Bonns Fünfte“, unsere inklusive Gesamtschule, sich auf den Weg zu einer öffentlichen internationalen Schule gemacht hat.

5.

Bildungs- und Wissenschaftsstadt

„Geld ist rund und rollt weg, Bildung bleibt.“

[Heinrich Heine]

Wie bereits zu Anfang beschrieben, ergibt sich die Wirtschaftsstärke unserer Stadt zu einem großen Teil aufgrund der überdurchschnittlich vielen gut ausgebildeten Menschen, die hier aufwachsen, leben und arbeiten. Sie erarbeiten ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 83 394 Euro, das ist der höchste Wert in Nordrhein-Westfalen und sie haben nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von Krankenkassen auch noch eine geringere Krankenquote als diese in anderen Städten verzeichnet wird. Da inzwischen für 25,3 Prozent der Arbeitsplätze in Bonn ein Hochschulabschluss erwartet wird – das sind vier Prozent mehr als 2009 und doppelt so viel wie anderswo – ist es gut, dass fast ein Drittel unserer Einwohner über 15 Jahre schon einen Hochschulabschluss hat; auch das ist mehr als doppelt so viel wie anderswo. Und über die Hälfte (53 Prozent) unserer Einwohner über 15 Jahre hat eine Hochschulzugangsberechtigung; in NRW sind es nur 30 Prozent. Und auch am anderen Ende der Skala haben wir uns seit 2009 verbessert. 2013 verließen in Bonn nur noch 153 Jugendliche (2,8 Prozent) von rund 5000 insgesamt die Schule ohne Abschluss; in ganz Nordrhein-Westfalen waren es 4,4 Prozent. Das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut ermittelte bei seinem Städteranking Bonn Bestnoten

im Bereich Bildung und stellt fest: Bonn verzeichnet den geringsten Anteil der untersuchten Städte bei Schulabgängern ohne Abschluss und den größten Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife. Mehr noch als anderswo gilt also: Bildung ist Bonns Kapital.

Ab 2009 wurde in Bonn daher so viel Geld wie noch nie für Bau- und Sanierungsmaßnahmen in Kindergärten und Schulen ausgegeben; allein in 2010 waren es 54,9 Mio. Euro im Schulbereich. Von Oktober 2009 bis Oktober 2012 betrug der Bauumsatz des Städtischen Gebäudemanagements insgesamt 154,9 Mio. Euro. Trotz aller Notwendigkeit zu sparen bestand daher im Rat der Stadt große Einigkeit, dass im Bereich von Schulen und Kindergärten möglichst nicht gespart werden sollte. Daraus ergaben sich zahlreiche Investitionsentscheidungen in diesem Bereich. Die größten Einzelmaßnahmen bis zum Ende meiner Amtszeit betrafen den Erweiterungsbau der Elisabeth-Selbert-Schule, den Neubau der Nordschule, der Carl-Schurz-Schule und der KGA Holzlar, das neue Schulhaus für die Elsa-Brändström-Schule und die Paulusschule, die neuen Mensen in der Hedwigschule, der Arnold-von-Wied-Schule und der Kreuzbergschule, die Turnhalle am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium, der Ausbau zur Ganztagschule am Helmholtz-Gymnasium und an der Johannes-Rau-Schule sowie die Modernisierungen, Sanierungen und Erweiterungen im Beethovengymnasium, in der Bertolt-Brecht-Gesamtschule, am Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium, am Friedrich-Ebert-Gymnasium in den Berufskollegs, der Marie-Kahle-Schule und von Bonns Fünfte.

Vom 1.1.2009 bis 1.1. 2015 haben wir 24 neue, öffentlich geförderte Kindergärten mit rund 1 940 neuen Plätzen gebaut und die insgesamt zur Verfügung stehende Zahl an Kindergartenplätzen von 9 467 auf 11 408 erhöht (+20 Prozent). Beim Ausbau der Kindergartenplätze für unter Dreijährige (U3) konnten wir in diesen sechs Jahren 815 neue Plätze in Einrichtungen schaffen und 400 neue Plätze in der Tagespflege. Aktuell können wir 2 496 U3-Plätze in Kindergärten und 900 Plätze in der Tagespflege anbieten, was einem Versorgungsgrad von über 42 Prozent entspricht. Für die 3-6jährigen stellen wir insgesamt 8 912 Plätze in Kindergärten und ca. 30 Plätze in der Tagespflege zur Verfügung, was einem Ver-

sorgungsgrad von 99 Prozent entspricht. Neben diesen Zahlen konnte die Stadt Bonn 2010 aber auch damit punkten, dass sie das bundesweit einmalige „KIGAN“ einführte – ein System, bei dem sich Eltern erstmals online über damals 182 Kindergärten informieren und online auf Wartelisten eintragen konnten. Das System wird seitdem in seiner Anwenderfreundlichkeit ständig weiterentwickelt. Weitere Baumaßnahmen stehen an mit neuen Kindergärten in Bonn-Röttgen, in Bonn-Duisdorf, Bonn-Dransdorf und in Bonn-Beuel.

Einen guten und gesellschaftlich breit akzeptierten Schritt vollzogen wir im Juni 2015, indem wir zwei weitere Einkommensstufen in der Tabelle für die Elternbeiträge einführten. Wir erreichten so das Ziel, Familien mit höheren Einkommen, angemessen an der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen zu beteiligen. Waren bislang alle Familien über 85 000 Euro in einer Einkommensstufe gewesen, müssen nun die bis 110 000 Euro und über 110 000 Euro zusätzliche Beträge entrichten. Dies führt zu Mehreinnahmen von rund einer Million Euro pro Jahr.

In den ersten drei Jahren nach meinem Amtsantritt haben wir im Bereich der Ganztagsangebote an Grund- und Förderschulen (OGS) 1 736 zusätzliche Plätze geschaffen. Wir sprangen von 5 018 Plätzen an Grund- und Förderschulen in 2009 auf 6 754 in 2012/13. Im Schuljahr 2015/2016 bieten wir nun sogar 7 441 Plätze an; dies entspricht einer Steigerung von 2 423 Plätzen (48 Prozent) gegenüber 2009. Auch in den darauffolgenden Jahren ist derzeit ein Ausbau um jeweils 150 Plätze vorgesehen. Um die Planungen für den weiteren Ausbau auf eine noch solidere Grundlage stellen zu können, gaben wir 2010 einen Schulentwicklungsplan für die Grundschulen heraus.

Auch beim Ausbau des Gemeinsamen Unterrichts (GU) sind wir gut vorangekommen. Den 11 Grundschulen mit GU zu Beginn meiner Amtszeit stehen heute 26 Grundschulen und 17 weiterführende Schulen gegenüber. Bonn hat die höchste Inklusionsquote in NRW.

Dass diese Investitionen auch bereits kurzfristig auszahlen, durften wir an einer Reihe von Preisen und Auszeichnungen ablesen, die in unserer Bildungslandschaft verteilt wurden. Damit

meine ich nicht nur die Zertifizierungen mit dem Berufswahlsiegel für mehrere Bonner Schulen, sondern vor allem die landes- bzw. bundesweiten Auszeichnungen, die einzelne Schulen erlangen konnten. Ich will nur einige beispielhaft aufzählen: 2009 konnten sich drei Bonner Grundschulen bei der Lernstandserhebung VERA unter den besten des Landes platzieren. 2010 erhielt das Heinrich-Hertz-Berufskolleg den Titel „Europaschule“, die Christophorusschule gewann den Sonderpreis beim Schulwettbewerb des Bundespräsidenten, das Beethoven-Gymnasium wurde beim bundesweiten Kulturwettbewerb „Kinder zum Olymp“ ausgezeichnet und zwei Kitas und zwei Familienzentren wurden von der Telekom-Stiftung als „Haus der kleinen Forscher“ ausgezeichnet. Das größte Lob aber erteilte und das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut, das unserer Stadt Bestnoten im Bildungsbereich verlieh. Bonn hatte 2010 unter den 30 größten deutschen Städten den geringsten Anteil bei Schulabgängern ohne Abschluss und den größten Anteil bei Schulabgängern mit Hochschulreife. 2011 wurde die August-Macke-Schule „Starke Schule“ des Landes Nordrhein-Westfalen. 2012 hatte es sich dann im Lande herumgesprochen, dass an Bonner Schulen besonders viele Lehrkräfte arbeiten, die sich mit individueller Förderung auskennen und Bonn wurde von der Landesregierung als Pilotregion für die Lehrerfortbildung ausgewählt. 2012 wurden mit der Bertolt-Brecht-Gesamtschule und der Paul-Martini-Schule gleich zwei Bonner Schulen für den Deutschen Schulpreis nominiert, den wohl angesehensten Preis in Deutschland, der an Schulen vergeben wird. Damit gehörten beide Schulen zu den 15 besten Schulen in Deutschland; am Ende gewann die Paul-Martini-Schule diesen ganz herausragenden Preis. 2013 übertrug die Landesregierung dem Tannenbusch-Gymnasium die Aufgabe als „Sportschule NRW“ zu arbeiten und jungen Leistungssportlern das Leistungstraining und den Schulbesuch zu ermöglichen. Die Bonner Bildungslandschaft trug entscheidend mit das bei, dass unsere Stadt 2012 zum dritten Mal in Folge als „Stadt für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet wurde. 2015 wurden 9 unserer Grundschulen in das Landesprogramm JeKits (Jedem Kind ein Instrument) aufgenommen, wofür sie sich gemeinsam mit unserer Musikschule erfolgreich beworben hatten.

Mit unserem Spielplatzprogramm und Investitionen zeigten wir durchgängig, wie wichtig uns dieser Bereich ist. Besonders herausgehoben waren gewiss neue, sehr attraktive und großzügige Spielplätze in Tannenbusch oder Buschdorf, hier seien aber beispielhaft aus den Jahren 2012 und 2014 weitere Initiativen geschildert, die zeigen, dass das gesamte Stadtgebiet in den Blick genommen wird. So bauten wir für 1,5 Mio. Euro neue Spielplätze am Wesselheideweg (Hardtberg), in der Rheinaue am Spielhaus, in der Argelanderstraße, am Gerhardsplatz, in der Netzestraße und im Spielplatz im Neubaugebiet „Am Sonnenberg“. Sanierungen und Umbauten fanden statt am Waldspielplatz Venusberg, Spielplatz Am Lenkert und am Spielplatz Splickgasse. Für 375 000 Euro bauten wir auf öffentlichen Spielplätzen und in Kindergärten nicht mehr verkehrssichere Spielgeräte aus und ersetzen sie durch neue. In 2014 wurden im Rahmen des Spielplatzprogramms Investitionen von rund 930 000,00 Euro umgesetzt. Fertig gestellt wurden neue Spielplätze am KBE-Dreieck, Karl-Legien-Straße, Hainbuchenweg, Waldspielplatz Medinghoven und die Boulebahn Borsigallee. Erste Sanierungs- und Umbaustufe wurden eingeleitet für: Spielplatz Hindenburgplatz, Spiel- und Bolzplatz Weilbergstraße, Ostpreußenstraße, Waldenburger Ring, An der Waldau (Gestaltungskonzept), Maxstraße und Baumschulwäldchen (Wettbewerb 2015). Auch aktuell läuft in 2015 der Austausch von nicht mehr verkehrssicheren Spielgeräten in Kindergärten im Umfang von rund 70 000 Euro und auf öffentlichen Spielplätzen im Volumen von rund 140 000 Euro. Wir betreiben auch an dieser Stelle sehr intensiv den Ausbau von Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement, damit Bürgerinnen und Bürgern individuell die Chance nutzen können, am Ausbau von Spielplätzen mitzuwirken. Besonders dankbar bin dem Verein „Tolle Spielplätze“, der als Träger und Bauherr von zwei wirklich tollen Spielplätzen für eine wunderbare Ergänzung der Spielplatzlandschaft gesorgt hat. So weihten wir 2012 den Spielplatz im wunderschönen Panoramapark an der Bastei und in diesem Jahr den ersten inklusiven Spielplatzes „Am Kapellenweg“ ein. Dass wir auf einem guten Weg mit unseren Spielplätzen sind dürfen wir nach einem Städteranking annehmen. Demnach hat Bonn die zweitschönsten Spielplätze im Rheinland.

In meiner Amtszeit ist der „Behindertenpolitische Teilhabeplan“ erarbeitet worden; damit hat sich die Stadt Bonn im Vergleich zu anderen Städten recht schnell auf den Weg gemacht, die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention praktisch zu wenden und handlungsempfehlend für die ganze Stadt zu beschließen. Mit dem „Handbuch Inklusive Bildung Bonn“ bekennen wir uns nun auch Schwarz auf Weiß, dass in unserer Stadt jeder Mensch willkommen ist, unabhängig von Geschlecht, mit oder ohne Handicap, mit oder ohne Migrationshintergrund. Bonn betrachtet Vielfalt als Gewinn für die ganze Stadtgesellschaft.

Unser Jugendamt, das jedes Jahr rund 40 Mio. Euro für erzieherische Hilfen ausgibt, wurde 2015 von der Gemeindeprüfungsanstalt für seine gute Arbeit, klaren Strukturen und gute Organisation mit Bestnoten ausgezeichnet, weil es trotz der schwierigen Haushaltssituation durch differenziertes Controlling Ressourcen schöpfen konnte, um Sozialprojekte deutlich auszubauen. Dazu gehören z.B. Elterncafés und Gruppen für allein-erziehende Väter, psychisch kranke Mütter und Schulverweigerer.

Stadt der Wissenschaft

Für unsere Wettbewerbsfähigkeit sind Forschung, Technologie und Innovation entscheidende Grundlagen. Sie sind die Basis für die Sicherung bestehender und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. In Bonn hat dies allerdings nicht nur eine regionale Bedeutung, sondern aufgrund der Ansammlung einer Vielzahl von Einrichtungen ist hier ein Dienstleistungszentrum für Deutschland entstanden. Die Wissenschaftsregion Bonn bietet nämlich grundlagenorientierte Spitzenforschung und anwendungsbezogene Einrichtungen und hat sich zu einem der führenden Standorte für Forschung, Entwicklung und Innovation entwickelt. Der hohe Grad an regionaler und internationaler Vernetzung, die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Unternehmen sowie ein Netzwerk zur Förderung von Unternehmensgründungen aus der Forschung sind wichtige Merkmale unserer Region.

Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ist eine Forschungsuniversität mit starker internationaler Ausrichtung und einer in den letzten Jahren überproportional gestiegenen Anzahl

von inzwischen rund 34 000 Studierenden. Die Universität und das Universitätsklinikum Bonn (UKB) gehören mit zusammen rund 8 800 Mitarbeitern nicht nur zu den größten Arbeitgebern der Region, sie bringen auch pro Jahr rund 3 000 hochqualifizierte Absolventen hervor. Die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, gegründet 1995, ist eine junge Hochschule mit über 6 000 Studierenden. Untersuchungen zeigen, dass knapp 60 Prozent ihrer jährlich rund 800 Absolventen in der Region verbleiben und damit ihr Wissen für die regionale Wirtschaft nutzbar machen.

2011 durfte ich auf Einladung der Universität dort einen Vortrag über die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Hochschule halten; persönlich engagierte ich mich an dieser Stelle durch die Auslobung des jährlich durch die Universitätsgesellschaft zu verleihenden „Preis des Oberbürgermeisters“. Im Mai 2014 schlossen wir mit der Universität Bonn einen Kooperationsvertrag und gründeten ein gemeinsames „Liaison-Office“, in dem wir gemeinsam den Ausbau der Wissenschaftsstadt Bonn vorantreiben. Und im selben Jahr entstand aus der Feder der Generalsekretärin der DFG, des Rektors der Universität Bonn und des Oberbürgermeisters ein Grundsatzpapier zur Zukunft der Wissenschaftsstadt, auf das ich weiter unten noch näher eingehe.

2015 machten wir den zukünftigen Absolventen der fünf in der Region ansässigen Hochschulen daher erstmals das Informationsangebot „Next Stop: Job“, um sich über hier ansässige interessante Arbeitgeber, attraktive Arbeitsplatzangebote und Karrierechancen schlau zu machen. 200 Studierende nutzten die Möglichkeit an einem Tag mit einem Bus-Shuttle 10 mitwirkende Unternehmen näher kennenzulernen. Zur weiteren Verbesserung der Information über die regionale wirtschaftliche Struktur schaltete unsere Wirtschaftsförderung in Kooperation mit den Hochschulen und weiteren externen Partnern eine Unternehmenslandkarte, und daran angehängt eine Jobbörse mit regionalen Vakanzen, als Karriereportal im Internet frei <http://karriereportal-region-bonn.alphajump.de>

Eingebettet in ein europäisches Wissenschaftsfeld ersten Ranges beheimatet unsere Region nach starker Expansion in den letzten 10 Jahren zahlreiche Wissenschafts- und Forschungsein-

richtungen von internationaler Bedeutung. Bonn ist Sitz der führenden deutschen Mittler- und Förderorganisationen der Wissenschaft, in denen Entscheidungen von großer Tragweite für die deutsche und internationale Forschungslandschaft vorbereitet und gefällt werden. Dazu gehören unter anderem die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Max-Planck-Institute, sowie zahlreiche Kooperationen zwischen der Wissenschaft, der UNO und internationalen Organisationen wie die der United Nations University mit der Uni Bonn und das Biodiversitätsnetzwerk BION. Der Wissenschaftsbereich ist in den letzten Jahren stetig ausgebaut worden, z.B. am Universitätscampus Poppelsdorf oder mit der Erweiterung des Universitätsklinikums. Auch die Gründung des Vereins „BonnRealis“ im Jahr 2011 verdient hier erwähnt zu werden. In einem Zusammenschluss von 45 Akteuren aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlichen Verwaltungen, darunter auch die Stadt Bonn, arbeiten alle Beteiligten in einem großen Netzwerk an der Verbesserung von Lebensmittel-Überwachungssystemen. Wir wollen mithelfen, dass die Welt bei einem erneuten Schadensfall in diesem Bereich, den Nachfolger des EHEC-Virus, nicht mehr monatelang suchen muss wie dies 2011 der Fall war.

Für die Zukunft Bonns wird es entscheidend sein, die zentralen Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft, Internationales, Bundesstadt und Kultur mit ihren Stärken und Schwächen, aber auch mit ihren Chancen und Risiken für die Zukunft der Stadt weiterhin gemeinsam im Blick zu haben, zu vernetzen und auch mit ihren Wechselwirkungen untereinander zu beurteilen. Es ist daher sinnvoll, auch zukünftig insbesondere Ansiedlungen in Bonn zu unterstützen, die insbesondere in den strategisch wichtigen „Clusterthemen“ Sicherheit (vor allem Datensicherheit und Lebensmittelsicherheit), Gesundheit, Forschung, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit das Innovationspotenzial der Stadt nachhaltig steigern (z.B. im Bereich der Medizintechnik). Die Vernetzungen von Wissenschaft und Wirtschaft sollten regional, national und international weiter forciert werden. Entsprechend galt es, eine langfristige Sicherung des Standortes für Wissenschaftsmitt-

lerorganisationen und ähnliche Einrichtungen zu gewährleisten; so konnte Bonn, auch durch Bereitstellung entsprechender Finanzmittel, seine bundesweite Bedeutung als Zentrum der Forschungsverwaltung stärken. Auch weiterhin sollte die jährliche Präsentation der Wissenschaftsregion auf der Hannover-Messe fester Bestandteil unseres Wissenschaftsmarketings bleiben.

Bonn kann seine Rolle als Wissenschafts- und Forschungszentrum nutzen und weiter ausbauen. Bonn ist eine „Stadt des Wissens“, in der Bildung und Wissenschaft in besonderer Weise gefördert werden. Dazu haben die Generalsekretärin der DFG, der Rektor der Universität, und der Oberbürgermeister 2014 das bereits erwähnte gemeinsame Papier verfasst, in dem die wesentlichen Ziele beschrieben sind. Hier will ich ergänzend nur auf folgende Punkte hinweisen.

- Die Standorte der Wissenschaftsförder- und Mittlerorganisationen müssen in Bonn gesichert werden. Es war ein großer Erfolg, dass die DFG als das Flaggschiff 2014 in ihrer Satzung festgeschrieben hat, dass ihr Sitz nicht mehr nur vorerst, sondern auf Dauer in Bonn ist.
- Einrichtungen der Spitzenforschung wie beispielsweise das Forschungszentrum CAESAR, die Technologieplattform „Life & Brain“, das Deutsche Zentrum für die Erforschung Neurodegenerativer Erkrankungen (DZNE) müssen weiter zusammengeführt werden.
- Wissenschaft und Wirtschaft müssen stärker vernetzt werden, auch um Ausgründungen zu generieren. In der Region müssen wir dazu Flächen bereitstellen. Zudem muss Bonn als Zentrum der Forschungsverwaltung weiter ausgebaut werden. Dies geschieht unter anderem durch das Forum „Internationaler Wissenschaftsstandort Bonn“, bei dem Demokratieforschung, Entwicklungsforschung und Wissenschaftsforschung miteinander verbunden werden.
- Wir wollen gemeinsam mit der Universität 2018 deren 200. Geburtstag feiern – als Stadt des Wissens.

- Das Dienstleistungs- und Bildungsangebotes, beginnend mit Kindergartenplätzen (U3) bis hin zu öffentlichen internationalen Ganztagschulen und an öffentlichen Schulen erreichbarer internationaler Abschlüsse muss ausgebaut werden.
- Der behindertenpolitische Teilhabeplan „Bonn inklusiv“ muss kontinuierlich umgesetzt werden.
- Und schließlich eine klare Ansage: Was Heidelberg für die Krebsforschung ist will Bonn für die Demenzforschung werden.

6.

Kulturstadt

„Kultur beginnt im Herzen jedes einzelnen.“

[Nestroy]

Im Kulturranking des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts liegt Bonn auf Platz 5 in Deutschland. Dieser Platz ist teuer erkauft und hat natürlich etwas mit der Höhe der Finanzausschüsse zu tun, die aus dem städtischen Haushalt in den Kulturbereich fließen. Vor Bonn platzierten sich mit Berlin, München, Stuttgart und Dresden vier Städte, deren Möglichkeiten der Kulturförderung sich völlig anders darstellen als dies in Bonn der Fall ist. Berlin erhält als Bundeshauptstadt eine exorbitante Kulturförderung des Bundes, so wie Bonn sie früher auch erhielt, als 70 Prozent der Kulturausgaben unserer Stadt vom Bund übernommen wurden und wir zusätzliche Spielstätten einrichten konnten. Die Landeshauptstadt und Millionenstadt München verfügt mit rund 6 Mrd. Euro über einen Haushalt, der sechsmal so viel Geld hergibt wie der der Stadt Bonn mit rund 1 Mrd. Euro. Die Landeshauptstadt Stuttgart, doppelt so groß wie Bonn, verfügt über einen Haushalt mit Erträgen von rund 2,6 Mrd. Euro. Das Staatstheater Stuttgart wird zudem von der Stadt und dem Land gemeinsam getragen; die Stadt Stuttgart stellt dafür nur 9 Mio. Euro zur Verfügung; in Bonn wird das Theater fast zu 100 Prozent durch die Stadt Bonn finanziert, die dafür einen Zuschuss von rund 30 Mio. Euro zur Verfügung stellt. Die Landeshauptstadt Dresden verfügt mit einem Haushaltsvolumen von 1,2 Mrd.

Euro etwa über den gleichen Betrag wie Bonn, darf aber darauf vertrauen, dass das Land Sachsen die Verantwortung für die Kulturförderung übernimmt. Das Land Sachsen zahlt für seine kulturellen Flaggschiffe in Dresden, die Semperoper und das Staatsschauspiel, einen Zuschuss von zum laufenden Betrieb und für Investitionen von 64,8 Millionen Euro.

Wer diese Zahlen liest, erkennt, welchen Kraftakt die Stadt Bonn vollzieht, wenn sie selbst 183 Euro pro Einwohner für den Kulturbereich zur Verfügung stellt. Dieser Betrag ist höher als in allen anderen Städten Nordrhein-Westfalens und rund doppelt so hoch wie der Durchschnittswert von 92 Euro.

Bevor ich weiter über den kommunalen Kulturhaushalt spreche, will ich aber etwas zu den vielen Dingen im Kulturbereich sagen, die ohne Zuschüsse der Stadt oder ergänzend zu ihnen initiiert werden, die in der Summe das kulturelle Klima in unserer Stadt ganz entscheidend mitprägen.

August Macke Haus

Es begann für mich direkt mit einem Ereignis der besonderen Art. Gewählt, aber noch nicht im Amt, nahm ich am 26.9.2009 anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Vereins August Macke Haus an einem Empfang im Bonner Kunstverein teil. Schon am Eingang begrüßte mich der Vorsitzende mit dem Hinweis, man sei extrem enttäuscht von der Stadt Bonn. Ich wusste nicht warum und hielt mein Grußwort, in dem ich mein persönliches Engagement im Umgang mit dem Rheinischen Expressionismus schilderte, immerhin war ich in der Max Ernst-Stadt Brühl zur Schule gegangen. Ich versprach dem Verein meine Unterstützung. Die ursprüngliche Absicht der Veranstalter, den zukünftigen Oberbürgermeister für das verantwortlich zu machen, was offenbar vor seiner Zeit gewesen war, lief also ins Leere und mein Freund Konrad Beikircher, der als Festredner in seinem kabarettistischen Beitrag die Stadt ordentlich „auf die Schippe nehmen“ wollte, musste umdisponieren, was ihm aber nicht schwer fiel und uns beiden viel Freude bereite-te. Bislang war, wie ich nun im Detail erfuhr, die Stadt offenbar nicht bereit gewesen, den geplanten Anbau des Macke-Hauses ideell zu unterstützen, weil man befürchtet hatte, Sponsoren-

mittel für das gewünschte Festspielhaus würden dann dorthin umgelenkt werden. Ich positionierte mich anders, unterstützte die Stiftung August Macke Haus als Mitglied im Kuratorium und konnte schließlich bei der Feier zum 100. Todestag Mackes am 26.9.2014 die Baugenehmigung überreichen und im Juni 2015 den ersten Spatenstich vornehmen. Mein Nachfolger wird 2017 den Erweiterungsbau, pünktlich zum 130. Geburtstag Mackes, einweihen können.

Jazz Fest Bonn

Eine ganz besondere Bereicherung für das Kulturleben unserer Stadt brach sich ebenfalls gleich in den ersten Monaten meiner Amtszeit Bahn. In meinem Büro erschien 2009 eines Tages Peter Materna, den ich als hervorragenden Jazzmusiker kannte. Er legte mir sein Konzept für ein „Bonner Jazzfest“ vor und trug mir die Schirmherrschaft an. Jazz passt mit seiner Vielfalt und der Freiheit, die die Jazzmusik auszeichnet, wunderbar zu Bonn und ich unterstützte Peter Materna nach Kräften. Heute blicken wir gemeinsam auf 6 Jahre „Bonner Jazzfest“ zurück und wir dürfen stolz darauf sein, solch ein Festival mit internationaler Strahlkraft in unserer Stadt zu haben, ausgerechnet in einem Genre, das während der Hauptstadt-Ära von offizieller Seite mehr oder minder komplett ignoriert worden war. Heute, in der Deutschen Stadt der Vereinten Nationen mit ihrer Internationalität, ist es für uns ein wichtiger kultureller Standortfaktor geworden und selbst überregionale Zeitungen schreiben uns beim Jazz einen „Hauptstadt-Flair“ zu.

Freie Theater

Ohne das vielfältige private Engagement in diesem Bereich wären viele kulturelle Highlights in unserer Stadt gar nicht denkbar. Das Kulturleben in der sog. „Freien Szene“ mit zahlreichen Spielstätten und Open Air-Veranstaltungen spielt für Bonn eine großartige, nicht wegzudenkende Rolle, die vielfach das Lebensgefühl prägt. Mit der Förderung von rund 40 freien Kultureinrichtungen tut die Stadt Bonn einiges für diese Szene.

Ich will drei professionelle freie Theater herausheben. Ich war oft sehr stolz auf das „Theater Marabu“ mit seiner Spielstätte im Kulturzentrum „Brotfabrik“, das mit seinen Produktionen auf den

wichtigsten regionalen und überregionalen Theaterfestivals vertreten ist, bereits in 16 Ländern zu Gast war und das auf vielfache Auszeichnungen verweisen kann. Gerne habe ich mit den Verantwortlichen dort mehrfach Projekte besprochen und das Theater im Rahmen von städtischen Veranstaltungen genutzt.

Besonders ans Herz gewachsen ist mir das „Junge Theater“ in Beuel (JTB). Das JTB hat im Jahr 2014 sein 45jähriges Bestehen gefeiert und produziert mit einem kleinen Team jährlich vier bis fünf neue Stücke für Zuschauer aller Altersgruppen. In seinem Repertoire-Spielplan bietet es in jeder Spielzeit rund 250 Vorstellungen in Bonn und weitere 50 bis 60 Vorstellungen als Gastspiele in anderen Städten an. Mit über 135 000 Besuchern ist es seit mehreren Jahren das bestbesuchte Kinder- und Jugendtheater in ganz Deutschland. Als privat von einem gemeinnützigen Verein getragenes Theater erhält es nur in geringem Umfang Zuschüsse von der Stadt Bonn und dem Land Nordrhein-Westfalen. Diese Zuschüsse decken ca. 15 Prozent seines Etats, rund 85 Prozent werden selbst erwirtschaftet. Die 2014 gegründete „Stiftung für das Junge Theater“ ist neue Eigentümerin des Theatergebäudes in der Hermannstraße. Ab 2015 wird sie das Theater gründlich sanieren. Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass das Junge Theater von den Kürzungen im Kulturbereich, die wir schließlich im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts 2014 beschließen konnten, ausgenommen blieb und sogar eine leichte Erhöhung seines Zuschusses erfolgte.

Gesorgt habe ich mich lange um die Existenz des Pantheons, das aufgrund der Neugestaltung des Areals um das „Bonn-Center“ 2016 seine Spielstätte dort verlieren wird. Ich hatte den Vorschlag gemacht, dem Pantheon das weitgehend ungenutzte Studio der Beethovenhalle zur Miete anzubieten. Derzeit sieht es so aus, dass dem Pantheon auf dem ihm vollständig zur Verfügung gestellten Gelände der „Halle Beuel“ die Entfaltungsmöglichkeit zu einem „Kulturquartier“ ermöglicht wird, was der Umsetzung unseres Kulturentwicklungsplans sehr nahe käme.

Freuen dürfen wir uns auch auf eine neue Attraktion. 2016 wird etwas wiederkommen, was unsere Stadt 100 Jahre nicht mehr hatte – ein Variété.

Das GOP VARIÉTÉ-THEATER, das bereits in 6 anderen Städten etabliert ist, wird am neuen Marriott-Hotel neben dem Konferenzzentrum entstehen. Dieses Projekt vereint Kultur, Wirtschaft und Tourismus in dem zukunftssträchtigen Areal des Bundesviertels und trägt damit zur weiteren Attraktivitätssteigerung bei.

Stiftung für Kunst und Kultur

2010 lud mich die „Stiftung für Kunst und Kultur“ mit Sitz in Bad Godesberg ein. Ihr Vorsitzender, Prof. Walter Smerling, hat die Stiftung seit ihrem Bestehen international positioniert und eine breite Förderkulisse aufgebaut, die sich jedoch zu unser beider Leidwesen nicht auf Bonn erstreckte. Das sollte sich ändern. Die Stiftung legte das „Kunstprojekt Bonn“ auf, mit dem sie die qualitätsvolle Diskussion über Kunst im öffentlichen Raum weiterentwickelte und sich dabei auch auf Beethoven bezog: „Zweck der Kunstwelt wie der ganzen Schöpfung ist die Freiheit und das Weitergehen“. Die Stadt Bonn verdankt der Stiftung inzwischen die Öffnung des Kunstraums „Villa Friede“ in Bonn-Mehlem mit wechselnden Ausstellungen und die Aufstellung der Skulpturen von Markus Lüpertz (Beethoven) und Tony Cragg (Mean Average), worüber sogar die Tagesschau berichtete. Noch in 2015 könnten wir uns auf die Aufstellung einer dritten Skulptur freuen: Eine großformatige Arbeit von Bernar Venet (ARC '89) wird ab dem kommenden Jahr die Freifläche am „Trajektknoten“, dem Einganstor zum „UN Campus“ zieren und sehr sinnfällig auf den Strukturwandel dieses Viertels hinweisen, der 1989 mit dem Mauerfall eingeleitet wurde. Mit dieser herausragenden Initiative der Stiftung dürfen wir darauf hoffen, in der Präsentation des Kultursekretariats NRW, das auf seiner website 600 herausragende Skulpturen in Nordrhein-Westfalen zeigt, noch stärker vertreten zu sein. Aktuell sind wir dort mit 14 Skulpturen vertreten, die von einer Fachjury als herausragend qualifiziert wurden.

Stadtklangkunst

Auch neu ins Rennen ging ein Projekt, das es in keiner anderen Stadt Deutschlands gibt. Mit „bonn hoeren – stadtklangkunst“ gehört die Beethovenstiftung für Kunst und Kultur der Bundesstadt Bonn zu den 365 „Ausgewählten Orten

2012“ in Deutschland! Seit 2010 berufen wir jedes Jahr einen renommierten Künstler zum „Bonner Stadtklangkünstler“, der oder die eine neue Klanginstallation in der Stadt plant und umsetzt. Dieser oder diese arbeitet dazu mit jährlich wechselnden lokalen Kulturinstitutionen zusammen und wir können inzwischen auf 5 Installationen verweisen, am Bahnhofsvorplatz, an der Kurfürstenquelle in Bad Godesberg, am Rhein und in der Stadthausloggia. Das neueste, leider befristete, Projekt, die „Klangtreppe“ (Ludwig nimmt die Treppe), ist wohl das spektakulärste und erfreute sich bereits bei der Eröffnung im September 2015 besonderer Aufmerksamkeit.

Museumsmeile

Die jährlich stattfindenden Museumsmeilenfeste mit jeweils rund 15 000 Besuchern machen in besonderer Weise deutlich, welche kulturellen Schätze wir in unserer Stadt beheimaten, weil wir hier doch so etwas wie „Bundesförderung“ erhalten, denn der Bund stellt für die Bundeskunsthalle und das Haus der Geschichte jährlich einen größeren zweistelligen Millionenbetrag zur Verfügung. Auch ein weiteres Museum, das LVR-Landesmuseum, wird nicht durch uns, sondern durch den Landschaftsverband Rheinland finanziert, der allerdings auch durch die Zuwendungen, die Bonn an den LVR zahlt, von uns mitfinanziert wird.

Schon vor Beginn meiner Amtszeit war ich ins Kuratorium der Alexander-Koenig-Gesellschaft berufen worden, die das „Koenig-Museum“ fördert. Ich habe das Museum in zahlreichen Projekten wie z.B. der „Dinosaurier-Ausstellung“, der „Regenwald-Ausstellung“ und bei der Begründung von Patenschaften persönlich unterstützt und so hoffentlich ein klein wenig mit dazu beitragen können, dass es auch in den nächsten Generationen so bleibt, wie es schon bei mir als Kind war: Jedes Kind geht mindestens dreimal dorthin: mit den Großeltern, mit den Eltern und mit der Schule. Auch andere Partner, wie die Vereinten Nationen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, nutzen das Museum als Konferenz- und Ausstellungsort. Es ist auch ein Ort der Vernetzung von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Unser städtisches Kunstmuseum hat sich vortrefflich entwickelt. Über 20 Ausstellungseröffnungen durfte ich mit einem Grußwort mitgestal-

ten und freute mich mit der Museumsleitung und dem sehr regen Förderverein über bundesweite Resonanz in Tagesschau oder Tagesthemen. Dieses Haus trägt im Trio mit dem Haus der Geschichte und der Bundeskunsthalle so sehr zum Kulturtourismus bei, so dass ich es durchweg von größeren Einsparüberlegungen ausgenommen habe.

Das war anders beim „Deutschen Museum“; hier rang ich mich 2014 dazu durch, dem Stadtrat für 2018 die Streichung des städtischen Zuschusses von insgesamt fast 0,9 Mio. Euro pro Jahr vorzuschlagen. Eine Anregung, der der Rat auch folgte, wobei wir das Museum gerne darin unterstützen, seine Finanzierung bis 2018 auf andere Beine zu stellen.

Open Air

Gelegentlich ist zu hören, die Stadt hätte es bei der Genehmigung von Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel ruhig öfter darauf ankommen lassen sollen, dass sie verklagt wird. Die Frage ist, abgesehen vom Sonderfall Klangwelle: wann denn? Wir haben nämlich alle Veranstaltungen genehmigt und unterstützt und es beim „Kunst!Rasen“ tatsächlich auf eine Klage ankommen lassen, was ich weiter unten beschreiben werde. Aus dem Weggang der Klangwelle, der letztlich auch aus finanziellen Gründen erfolgte, entstand die Legende von „Lärm-Motzkis“, denen sich die Stadt fortwährend beugen würde. Diese Annahme entbehrt jeder Grundlage, wie die Zahlen beweisen.

Mit 347 Open-Air-Veranstaltungen im gesamten Stadtgebiet, davon allein 83 auf dem Münsterplatz und 32 in der Rheinaue, konnten wir 2015 die Zahl der Veranstaltungen in den Vorjahren, die 2013 noch unter 300 lagen und 2014 bereits auf 332 angestiegen waren, deutlich übertreffen. Wir haben damit 2015 wieder mehr große Open-Air Konzerte in der Rheinaue als zu Zeiten von Museumsplatz und Rheinkultur im Jahr 2011. Weit über 150 000 Besucherinnen und Besuchern waren bei den Vorabendkonzerten von „Rhein in Flammen“, den Stadtgartenkonzerten als Nachfolger des „Bonner Sommer“, Bonn Olé, Rockaue, Jazz-Konzerten, Green Juice-Festival, Kunst!Rasen und Einzelkonzerten mit über 30.000 Besucherinnen und Besuchern, wie zum Beispiel bei Her-

bert Grönemeyer. Keine Veranstaltung in Bonn musste aufgrund der Lärmwerte abgesagt werden. Alle Genehmigungen wurden im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen erteilt. Der Ermessensspielraum gemäß Freizeitlärmerrlass wurde stets in vollem Umfang ausgeschöpft. Gelegentlich beklagten sich Jugendliche sogar, jetzt sei es aber zu laut gewesen, man habe sich gar nicht unterhalten können, wie zum Beispiel bei der Karnevalsparty an Weiberfastnacht 2015 im Zelt auf dem Münsterplatz.

Der Sonder- und Einzelfall „Klangwelle“, die 2014 trotz attraktiver Alternativangebote auf Bonner Stadtgebiet - dazu gehörte auch der Kurpark von Bad Godesberg - auch aus finanziellen Gründen vom Münsterplatz in den Kurpark von Bad Neuenahr umgezogen ist, hatte mich bereits 2014 dazu veranlasst, mehrere Initiativen zur Änderung der rechtlichen Vorgaben zu starten. Der „Klangwelle“ hatte nämlich mit 10 Veranstaltungstagen über den geltenden Lärmrichtlinien der Münsterplatz nicht mehr angeboten werden können, da sie die zulässige Zahl der sog. „seltenen Ereignisse“ auf diesem Platz damit allein verbraucht und andere Veranstaltungen verhindert hätte. Unsere Initiativen seitens der Verwaltung führten mit dazu, dass die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz LAI inzwischen einen Entwurf für eine neue Freizeitlärmrichtlinie erstellt hat, der noch abschließend politisch beraten und Rechtskraft entfalten muss. Darin heißt es aber immerhin schon: „Die Anzahl der Tage (24 Stunden-Zeitraum) mit seltenen Veranstaltungen soll 18 pro Kalenderjahr nicht überschreiten“. Mit der neuen Zahl 18 könnten sich für die Verwaltung nun neue Entscheidungswege eröffnen. Auf meine unmittelbare Einladung an die Lizenzgeber der „Klangwelle“, wieder mit uns über den Veranstaltungsort Münsterplatz zu sprechen, kommen seitdem nur sehr verhaltene Signale. In Bad Neuenahr nimmt man bei den 8 Veranstaltungen Eintritt und verdient offenbar besser; man stelle sich vor, rund um den Münsterplatz stünden Kassenhäuschen, an denen Karten für 8 Euro gekauft werden müssten. Es ging und geht weniger um „Lärm“ - es geht, wie immer, auch ums „liebe“ Geld.

In Sachen „Kunst!Rasen“ kam es 2013 zu einer Klage. Gegen die Niederlage beim Verwaltungsgericht Köln legten wir Beschwerde beim OVG Münster ein, vor allem, um die vom VG Köln vor-

genommene Einordnung des gegenüberliegenden Bereiches in Beuel als „reines Wohngebiet“ zu verhindern. Dies wäre, wegen der dann geltenden verschärften Lärmobergrenzen, das endgültige „Aus“ für den „Kunst!Rasen“ gewesen. Wir konnten beim OVG erreichen, dass unsere Einschätzung eines normalen „Wohngebiets“ Bestand hatte. In der Sache selbst hatten wir für die Folgejahre, was die Lärmwerte und die Anzahl der Veranstaltungen anging, das Urteil zu beachten.

Brauchtum

Pflegen müssen wir das Brauchtum. Ich will hier nur auf zwei Bereiche hinweisen. Wahrscheinlich werde ich als der Oberbürgermeister in die Geschichte eingehen, der im OB-Amt auch das Amt des Sankt Martin ausgeübt hat. Ich hatte 1996 diese Aufgabe in Beuel übernommen und mit der Amtsübernahme war noch das Versprechen einzulösen, auch im November 2009 in Beuel den Martinszug mitzugestalten. Ich führte ein „Dankeschön-Treffen“ im Alten Rathaus für alle „Martini“ ein, also für die Männer, die in den einzelnen Stadtteilen, diese Aufgabe nicht nur bei den rund 50 Martinsumzügen übernehmen, sondern die viele hundert Begegnungen in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen und anderen Einrichtungen mit gestalten. Das jährliche Foto auf der Rathhaustreppen von rund 20 Martini in vollem Ornat, dem Stadtdechanten und dem Oberbürgermeister auf der Rathhaustreppe gehört mit zu den eindrucksvollsten Bildern, die in meiner Erinnerung bleiben werden. Dass man mich aus diesem Kreis mit einer eigens geschaffenen Plakette zum „Ehren-Sankt Martin“ ernannt hat, rührt mich.

Pflegen müssen wir ebenfalls das Kulturgut Karneval, der inzwischen von der Bundesregierung zum immateriellen Kulturgut im Sinne der UN-Konvention erklärt worden ist. Er schafft nicht nur Wirtschaftskraft, sondern ist von hohem Integrationswert und trägt zu unserem Bruttoinlandsglück bei. Zur Erleichterung der Arbeit für die vielen Vereine, die sich für ihre Veranstaltungen und Umzüge mit Antragsverfahren an unterschiedliche Ämter der Stadtverwaltung wenden müssen, haben wir 2014 einen einheitlichen Ansprechpartner benannt, der als „Beauftragter für das Kulturgut Karneval“ die Antragsteller wie ein

Lotse durch die Verwaltung begleitet.

Als persönlichen Beitrag zur Brauchtumspflege habe ich in jedem Jahr selbst ein Lied, passend zum Motto der jeweiligen Karnevals-session herausgebracht und darin auch aktuelle politische Themen aufgegriffen. 2014 habe ich mich zum Beispiel, passend zur Haushaltsdebatte, mit „Kamelle & Strüßje“ gegen „Stronzerei“ (Angeberei und Luxus) ausgesprochen und 2015 widmete ich einem Nestor des Bonner Karnevals, Prof. Gottfried Kinkel, anlässlich seines 200. Geburtstages, in meinem Mottolied „Füe onse Jlöck“ einige Verse. Sein „Bürgerlied“ war über Jahre das beliebteste Lied im Karneval; nach seiner Verhaftung 1850 wurde es zur Hymne. Darin heißt es: „Nichts gilt die Frage mehr nach Arm und Reich, in bunter Kappe sind wir Alle gleich. Die „Frommen und Vornehmen“, wie Kinkel seine politischen Gegner nannte, machten sie sich über sein Engagement im Karneval lustig: „Na, Karnevalsreden halten und singen kann er ja wenigstens.“ Dieser Satz begegnete mir 200 Jahre später übrigens auch gelegentlich. Immerhin ordnete mich die Süddeutsche Zeitung 2015, gemeinsam mit Angela Merkel und den Landeschefs Kraft, Kramp-Karrenbauer und Kretschmann in die Riege der „Profis im Jeckengeschäft“ ein, die wissen, wie Karneval und Politik zusammen funktionieren.

Der Kulturhaushalt und das Theater Bonn

Als ich 2009 mein Amt aufnahm, war ich der erste Oberbürgermeister nach dem II. Weltkrieg, der ohne Kulturzuschüsse aus Berlin auskommen musste; diese waren 2009 ausgelaufen. Bonn war bis dahin opulent versorgt worden. Ich will dies näher darstellen, denn nur wenn man versteht, welches Füllhorn Jahrzehnte über der Hauptstadt Bonn ausgeschüttet wurde, kann man nachvollziehen, welche Einsparungen erforderlich sind.

1965 übernahm der Bund zu einem Drittel die Baukosten von 23 Mio. DM für das neue „Hauptstadttheater“ am Boeselagerhof. Bis dahin hatte das Stadttheater seinen Platz im 1949 errichteten Theatersaal an der Poppelsdorfer Allee; in Bad Godesberg existierte daneben seit 1952 das Stadttheater, welches allerdings ausschließlich für Kinoveranstaltungen und Theatergastspiele konzipiert war. Dank des 1970 vereinbar-

ten „Hauptstadtzuschlags“ stieg der Theateretat von 10,7 Mio. DM schrittweise auf 58 Mio. DM (Oper 33 Mio., Theater 25 Mio.). 1981 wurde der international bekannte Jean-Claude Riber Generaldirektor der Bühnen der Stadt Bonn. Das Haus erhielt in einem weiteren Bauvorhaben seinen „Olymp“, den Zweiten Rang. Auf Riber folgte 1992 in Bonn der berühmte Gian-Carlo del Monaco. Er kam in der „Scala am Rhein“ noch nicht einmal mit dem Budget seines Vorgängers aus und zog 1997 weiter. Schauspielerspieldirektor Peter Eschberg, seit 1981 für das Theater verantwortlich, wollte lieber ein eigenes Haus, am besten gleich mehrere – und bekam sie. Er erschloss sich mit neuen Millionen 1984 die Halle Beuel, eine alte Jutefabrik, und den Umbau der Bad Godesberger Kammerspiele für weitere 13 Millionen DM.

Es lag auf der Hand, dass das Niveau, dass der Bund zu 70 Prozent finanziert hatte, ab 2009 auf Dauer nicht gehalten werden konnte. Ich habe bereits davon berichtet, dass ich im Frühjahr 2010 mit meinen Bemühungen, im insgesamt sehr gut ausgestatteten Kulturbereich um Einsparungen zu werben, auf schroffe Ablehnung gestoßen war. Im November 2010 unternahm ich gemeinsam mit dem Kölner Oberbürgermeister im Rahmen eines Kulturpolitischen Symposiums zum Thema „Regionale Zusammenarbeit“ einen weiteren Versuch. Wir schlugen vor, die Spielstätten in der Region so zu ordnen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger ein opulentes, bezahlbares Angebot behalten konnten, für das sie aber auch weitere Wege hätten in Kauf nehmen müssen – wobei sich jeder Berliner fragt, was an der Entfernung zwischen Köln und Bonn „weit“ sein soll, schließlich steht man von Bonn aus in gut 30 Minuten vor der Kölner Oper. Die Sympathie für meinen Vorschlag bei den „einfachen Leuten“ war enorm, die Ablehnung bei den Besuchern der Hochkultur-Spielstätten in Köln und Bonn war gewaltig. In Köln wurde dem Opernintendanten 2012 fristlos gekündigt, nachdem er die Verantwortlichen in der Stadt als „intrigant, unfähig und unverantwortlich“ bezeichnet hatte. In Bonn schrammten sowohl Generalmusikdirektor Blunier und Generalintendant Dr. Helmich nur knapp daran vorbei, nachdem Blunier mich bezichtigt hatte eine „Volksaufhetzung“ zu betreiben und Helmich mich als „einsamen Sektierer“ klassifiziert hatte. Laufenberg war übrigens zuvor, im Juli 2011, zu einem Gespräch bei mir und Kulturdezernent

Schumacher gewesen, um offen über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Köln und Bonn zu sprechen. Da er wusste, dass bei uns ein Wechsel in der Intendanz anstand, bot er an, Köln und Bonn gemeinsam zu führen. Genau dies hatte er noch Monate zuvor öffentlich scharf verurteilt, jedenfalls so lange, als er sich vom Gegenteil offenbar mehr Macht und mehr Geld versprach – so schien es uns jedenfalls. Ich machte den Deal nicht.

Ich widmete mich 2012 vielmehr der Frage der Kulturfinanzierung ein wenig grundsätzlicher. In meinem Aufsatz „Wider den Kulturinfarkt“ nahm ich Stellung zur damaligen Buchveröffentlichung mit dem Titel „Der Kulturinfarkt“, in der die Autoren die These vertraten, es käme landesweit bald zu einem „Kulturinfarkt“, weil der Kulturbetrieb nicht mehr zu finanzieren und zum Teil auch entbehrlich sei. Ich wollte eben keinen „Kulturinfarkt“, sondern ich wollte die im Schauspiel Bonn derzeit erreichte Qualität der Aufführungen halten ohne dabei Gefahr zu laufen, dass unsere Stadt einen „Finanzinfarkt“ erleidet. Es ist allgemein bekannt, dass man zur Senkung eines Infarkttrisikos gut beraten ist, Maß zu halten.

Von den damals rund 58 Mio. Euro, die wir zu diesem Zeitpunkt für den gesamten Kulturbereich ausgaben, entfielen allein rund 30 Mio. Euro auf das Schauspiel Bonn (Oper, Theater, Tanzgastspiele). Etwa ein Drittel dieses Betrages ging an das Theater, zwei Drittel an die Oper. Ein Opernabend kostet bei einer Vollkostenrechnung 200 000 Euro. Die in Bonn für Kultur verausgabten rund 180 Euro pro Einwohner stellen im Städtevergleich ein Spitzenwert dar. Mit seinem Anteil von über 6 Prozent für Kulturausgaben im Haushalt lag unsere Stadt schon 2012 vor Aachen 5,4 Prozent, Köln 5,2 Prozent, Münster 4,9 Prozent und Essen 3,6 Prozent.

Es sei zugestanden, dass ich einem Weg, der in mancher Stadt zur Senkung der Kulturausgaben gegangen wird, von vornherein einen Riegel vorgeschoben habe, auch um Arbeitnehmerinteressen zu schützen. Diese hatten nämlich bei der schwarz-grünen Koalition keinen besonderen Stellenwert, wie man am Umgang mit der Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat der Stadtwerke Bonn erkennen konnte. Was nämlich den Beschäftigten im Theater blühen kann, wenn ihre In-

teresse nicht beachtet werden, lässt sich gut am Beispiel Chemnitz zeigen, der früheren Wirkungsstätte des jetzigen Bonner Generalintendanten. Dort hatte man den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes gekündigt und einen Haustarifvertrag etabliert, in dem 450 Arbeitnehmer „freiwillig“ bis 2018 auf bis zu 16 Prozent ihres Lohnes verzichten. Ich habe dies nie für einen guten Weg gehalten, Arbeitnehmer zum Gehaltsverzicht aufzufordern, nur weil der Arbeitgeber sich am Ende nicht mehr anders zu helfen weiß. Ich hielt es nicht für ausgeschlossen, dass so etwas auch in Bonn ein Plan sein könnte und machte daher unmissverständlich deutlich, dass die Unterschrift unter die Kündigung des öffentlichen Tarifvertrages von mir niemals zu bekommen sein würde.

Der Vorschlag: „Rheinische Oper Köln-Bonn“

Ich griff zur Reduzierung der Kosten 2012 einen Vorschlag auf, den in den 70er Jahren die Landesregierung und die Stadt Köln an die damalige Bundeshauptstadt gerichtet hatten, nämlich die Theater in Köln und Bonn zusammenzuführen. Bonn hatte dies damals brüsk zurückgewiesen. 40 Jahre später führte ich nun diesen Gedanken fort und unterstellte, dass eine leistungsfähige Oper von Weltniveau, die „Rheinische Oper Köln-Bonn“ mit zwei Spielstätten in Köln und Bonn, 40 Mio. Euro benötigen würde, immerhin etwa 5 Mio. Euro mehr, als die „Deutsche Oper am Rhein“ für ihre Spielstätten in Düsseldorf und Duisburg zur Verfügung hatte. Die großzügigen und sanierten Theaterwerkstätten in Bonn, so mein Vorschlag, könnten beiden Spielorten zur Verfügung stehen und Köln die Sanierung der eigenen Werkstätten weitgehend ersparen. Nebenbei hätten sich auch Zeitkontingente für das Beethoven-Orchester und für das Gürzenich-Orchester ergeben, um auf Tournee zu gehen und das zu tun, wofür diese Flaggschiffe auch da sind – nämlich als Kulturbotschafter für ihre Städte im Ausland zu werben. Bei einer sich an der Einwohnerzahl orientierenden Aufteilung der Gesamtsumme für die „Rheinische Oper Köln-Bonn“ wäre auf mittlere Sicht in Bonn ein namhafter Betrag für andere Bereiche frei geworden. Der Phantasie, wie die eingesparten Mittel hätten umgelenkt werden können, waren keine Grenzen gesetzt: Beethoven, Sport, „Freie Kulturszene“, Theater u.a. und natürlich auch mit einem Teil zum Schuldenabbau.

Die „Rheinische Oper Köln-Bonn“, so mein damaliger Vorschlag, könnte der Region zukunftssicher an zwei Standorten ein international renommierendes Kulturangebot ermöglichen, das auf anderem Weg nicht zu finanzieren sein wird.

Bonn hat im Übrigen drei Jahrhunderte nahezu durchgängig auf ein eigenes großes Opernensemble verzichtet. Noch in den 50ern erklärten die Stadt und der damalige Intendant Pempelfort übereinstimmend *„es sei untunlich, einen üblichen Opernbetrieb zu etablieren.“* Dass davor die einzige Ausnahme ausgerechnet in der Nazizeit zu verzeichnen war und der damalige Intendant sich rühmte, mit finanzieller Unterstützung von Goebbels das erste eigene Musiktheater in Bonn etabliert zu haben, dürfen wir nicht verschweigen, aber es beschämt uns schon. Bonn erfreute sich fast durchgängig über mehrere Jahrhunderte nur an Opern-Gastspielen, bis es Hauptstadt wurde. Das aber ist es heute nicht mehr. Opern-Gastspiele würden ausreichen, so wie Tanz-Gastspiele dies auch tun. Das Beethoven Orchester könnte auch dabei immer noch von Fall zu Fall eine wichtige Rolle spielen, würde sich aber dann doch, wie die Bamberger Symphoniker, ohne Oper auf sein Kerngeschäft konzentrieren können. Es würde schön sein, eines Tages das über das Bonner Beethoven Orchester zu lesen, was die Bamberger Symphoniker über sich schreiben: *„Wir sind eines der reisefreudigsten Symphonieorchester Deutschlands, das als erstes nach dem Krieg wieder im Ausland auftrat, mittlerweile mehr als 6 500 Konzerte in fünfhundert Städten und sechzig Ländern weltweit gegeben hat und so zum Kulturbotschafter ganz Deutschlands geworden ist.“*

Das Hallenkonzept

Dem Rat der Stadt Bonn wurde bereits in den Jahren 2003 und 2005 das „Bonner Hallenkonzept“ vorgelegt. Dieses Konzept enthält unter Beifügung mehrerer externer Dokumente eine Bestandaufnahme von ausgewählten Hallen in Bonn und der Region. Dargestellt werden 12 Bonner Hallen und Veranstaltungsorte im Eigentum der Stadt Bonn, 27 Bonner Hallen und Veranstaltungssäle im nichtstädtischen Besitz, 7 Hallen und Veranstaltungssäle in der „engeren Region“ sowie 6 Großarenen und 31 Hallen und Veranstaltungssälen in der „weiteren Region“. Berück-

sichtigt wird dabei bereits der damals noch nicht gebaute große Saal im heutigen Konferenzzentrum WorldCCBonn. Alle baulichen und betrieblichen Kennzahlen der Hallen werden in diesem Konzept offengelegt. Im Ergebnis schlug die Verwaltung für die 5 besonders relevanten städtischen Hallen, nämlich Beethovenhalle, Stadthalle Bad Godesberg, Godesburg, Brückenforum Beuel und Redoute, damals ein Optimierungsprogramm vor, das inzwischen als abgearbeitet angesehen werden kann. Zwischenzeitlich haben sich neue Erwartungen und Erkenntnis ergeben, so dass sich aus heutiger Sicht neue Entscheidungsgrundlagen ergeben. Ich will die besonders relevanten Eckpunkte dazu hier beschreiben.

Beethovenhalle

Der Rat hat beschlossen, über Art und Umfang der Sanierung des Denkmals Beethovenhalle erst dann zu entscheiden, wenn feststeht, ob es zu einem Festspielhaus kommt oder nicht. Diese Entscheidung ist gefallen. Die Finanzierung einer Sanierung der Beethovenhalle in einer Größenordnung von über 30 Mio. Euro kommunaler Mittel ist aus meiner Sicht im Haushaltssicherungskonzept der Stadt nicht verantwortbar. Soweit höhere Kosten für die Sanierung der Beethovenhalle anfallen, müssen diese aus Fördermitteln, z.B. im Rahmen einer energetischen Sanierung eingeworben werden. Anträge dazu sind gestellt. Diese Haltung ergibt sich aus der Notwendigkeit, Prioritäten an anderer Stelle zu setzen (Kindergärten, Schulen) und dem Umstand, dass andere Veranstaltungshallen ebenfalls Sanierungsbedarf haben (Stadthalle Bad Godesberg, Dreispartenhaus am Boeselagerhof u.a.).

WorldCCBonn

Zum Betrieb des WorldCCBonn haben wir 2010 eine städtische Gesellschaft gegründet, die BonnCC. Bis Ende des laufenden Jahres werden wir durch Veränderungen in der sog. „Organschaft“ die Rechtsform geschaffen haben, die es uns ermöglicht, das Konferenzzentrum auch für städtische Veranstaltungen wie Konzerte des Beethoven Orchesters ohne steuerliche Nachteile nutzen zu können. Da die Entwicklung zu einem Beethoven-Festspielhaus seit dem Sommer 2010 ins Stocken geraten war, brachte ich im Januar 2011 die Variante ins Spiel, den gro-

ßen Konferenzsaal des WorldCCBonn so herzurichten, dass dort auch klassische Konzerte gespielt werden könnten. Mit einer Nachhallanlage, so wie sie sich etwa auch in der Nokia-Concert-Hall und an vielen anderen Orten der Welt bereits bewährt hat, kann der Raum in die erste Liga der Klassik-Konzertsäle aufsteigen. Bei frühzeitiger Koordination kann diese musikalische Nutzung verträglich mit der anderweitigen Nutzung des WorldCCBonn hergestellt werden; eine Vorab-sprache über diese Notwendigkeit hat zwischen dem Oberbürgermeister und der Secretary General der UNFCCC, Frau Christiana Figueres, stattgefunden. So wird das Beethoven Orchester im November 2016 mit einem fulminanten Konzert den bis dahin akustisch optimierten Konzertsaal im Konferenzzentrum einweihen. Die Mitglieder des Kulturausschusses hatten bereits Gelegenheit, den Konzertsaal, noch ohne Nachhallanlage und ohne „Orchesterzimmer“ auf der Bühne zu besichtigen, um danach besser entscheiden zu können, ob – neben dem mit einer Nachhallanlage ausgestatteten hochwertigen Konzertsaal im WorldCCBonn – nicht eine maßvolle Sanierung der Beethovenhalle ausreichend ist, die es erlauben sollte, dass die Beethovenhalle danach in Würde, aber auch in Bescheidenheit erstrahlt. Diese Möglichkeit nutzen auch rund 10 000 Bürgerinnen und Bürger am „Tag der Offenen Tür“ im WorldCCBonn Ende September.

Das Wasserwerk wird noch in diesem Jahr den Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt und unterliegt ab dann nicht mehr der Disposition durch die BonnCC.

Stadthalle Bad Godesberg

Die Sanierung des Denkmals Stadthalle Bad Godesberg steht ab 2019/20 an. Es ist mit einem Aufwand von rund 20 Mio. Euro zu rechnen. Ich gehe davon aus, dass für eine Niederlegung des Denkmals weder im Rat noch beim zuständigen Minister eine Zustimmung herstellbar ist und empfehle daher nach Durchführung der Sanierung unter Einbeziehung entsprechender Fördermittel eine Verbindung mit der Redoute herbeizuführen oder die Stadthalle in die BonnCC zu integrieren.

Theaterspielstätten am Boeselagerhof, in Bad Godesberg und in Beuel

Nachdem für meine Vorschläge zur Zusammenführung der Opern Köln und Bonn aus dem Jahr 2010 in Bonn ebenso keine Mehrheit erkennbar war wie dies bereits 1972 der Fall gewesen war, als der gleiche Vorschlag von der Landesregierung und der Stadt Köln gemacht wurde, bleibt nur die Möglichkeit, Ressourcen durch eigene Konzentration herbeizuführen. Es ist daher zu empfehlen, die jetzt als „Oper Bonn“ bezeichnete Spielstätte mit dem geringstmöglichen Aufwand wieder zu einem Dreispartenhaus zurückzubauen und damit wieder der vor 50 Jahren vorgesehenen Bestimmung zuzuführen. Im Gegenzug sind die Spielstätten in Beuel als städtische Spielstätten zu schließen und einer anderen Nutzung bzw. einem Betrieb durch andere Nutzer zuzuführen. Bei einer sich nicht verbessernden Haushaltslage ist davon auszugehen, dass auch die Spielstätte des Theaters in Bad Godesberg geschlossen werden muss.

Brückenforum

Die Stadt ist Eigentümerin der Liegenschaft und vermietet das Brückenforum mit Verlust. Es ist damit zu rechnen, dass das Brückenforum nach der Etablierung eines „Westwerks“ am Markt weniger Nachfrage am Markt erzielen würde. Ich empfehle daher zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine Integration des Brückenforums in die BonnCC herbeizuführen; dies ist aufgrund bestehender Verträge erst 2019 möglich. Im anderen Falle käme nach der Etablierung eines Westwerks lediglich in Betracht, die Liegenschaft zu veräußern. Ich gehe aber davon aus, dass dazu keine politische Mehrheit im Rat herstellbar ist.

Aula der Universität Bonn

Mit dem Rektorat der Universität Bonn bestehen mündliche Vereinbarungen zur Nutzung der Aula der Universität Bonn als Kammermusiksaal. Sie kann grundsätzlich nachgefragt werden, wenn kein Vorlesungsbetrieb besteht (abends, am Wochenende, Semesterferien).

Andere Spielstätten

Die anderen in Bonn zur Verfügung stehenden

Spielstätten unterliegen nicht städtischer Regie, sieht man von den Schulaulen ab. Soweit dort Genehmigungen der Stadt zur Durchführung von Veranstaltungen erforderlich sind, z.B. beim Telekom Dome, empfehle ich, die bestehenden Regelungen beizubehalten.

Ich rege an, in Fortsetzung des Hallenkonzeptes von 2005 folgende Beschlüsse ins Auge zu fassen:

- Die Beethovenhalle wird in einem Umfang saniert, zu dem die Stadt Bonn nicht mehr als 30 Mio. Euro beiträgt.
- Der Konzertsaal des WorldCC Bonn erhält eine akustische Aufwertung durch Installation einer Nachhallanlage.
- Mit der Universität Bonn wird ein Kooperationsvertrag zur Nutzung der Aula angestrebt.
- Die Spielstätte am Boeselagerhof wird kostensparend zu einem Dreispartenhaus zurückgebaut. Die Spielstätten in der „Halle Beuel“ und ggf. auch die „Kammerspiele Bad Godesberg“ werden geschlossen, es sei denn, die Kosten für Opernproduktionen können durch Zusammenarbeit mit anderen Häusern gesenkt werden.
- Das Brückenforum wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt in die BonnCC integriert.
- Die Stadthalle Bad Godesberg wird 2020 unter Einbeziehung von Mitteln der Denkmalförderung saniert und entweder in die BonnCC integriert oder in den Pachtvertrag Redoute einbezogen.

Haushaltsbeschlüsse und Perspektiven

Mit unseren Vorgaben für den Haushalt 2013/14 kürzten wir seitens der Verwaltung die Zuschüsse für das Theater Bonn um 3,5 Mio. Euro. Durch eine Erhöhung der Eintrittspreise standen dem Theater Bonn aber 2014 insgesamt aber immer noch 27,5 Millionen Euro zur Verfügung, gegenüber 28,8 Millionen Euro im Vorjahr – eine wirklich moderate Kürzung, und es konnte überhaupt keine Rede davon sein, es würde ein „Kahlschlag“ erfolgen. Auch im Baubereich zeigte sich unsere

Unterstützung für die Kultur; 2011/2012 wurden in die Sanierung und Erneuerung von Kultureinrichtungen 4,4 Millionen investiert und in den Folgejahren standen und stehen weitere 6,1 Mio. Euro zur Verfügung. Es kam zum Ratsbeschluss.

Dass diese Kürzung nicht ausreichen würde lag auf der Hand und so schlugen wir seitens der Verwaltung 2014 vor, den Zuschuss bis 2023 schrittweise um schließlich 8,5 Mio. Euro zu reduzieren, was im Rat keine Zustimmung fand. Beschlossen wurden, wie 2013, nochmals 3,5 Mio. Euro.

In den kommenden Jahren muss es nun, da niemand den Gedanken einer Opernfusion zwischen Köln und Bonn weiter verfolgen möchte, zu einer Konzentration der Spielstätten in Bonn kommen. Mit einer Opernfusion und den dadurch eingesparten Mitteln hätte man die Sparte Sprechtheater in Bonn stärken und zumindest das Theater in Bad Godesberg als Spielstätte erhalten können, was immer mein Ziel war. Für seine tapfere Solidarität mit der Bonner Oper wird nun das Sprechtheater alleine bezahlen müssen und seine Spielstätte in Beuel und vermutlich auch die in Bad Godesberg verlieren. Die Oper bleibt und das Theater blutet – andersherum wäre es besser gewesen. Wird die Opernfusion weiterhin zum Tabu erklärt, das Theater in Bad Godesberg aber trotzdem mit neuen Millioneninvestitionen gerettet, würde dies bedeuten, dass das Theater Bonn wegen der immer von der Stadt direkt übernommenen Tarifierhöhungen de facto keinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leistet.

Beethoven Orchester

Bald nach meinem Amtsantritt bemerkte ich, dass das Orchester bei der Anmeldung von Probenzeiten in Konkurrenz zu anderen Nutzern der Beethovenhalle treten musste - z.B. zu Ü-30-Parties. Ich sorgte für Abhilfe und konnte sicherstellen, dass das Orchester ein Vorbelegungsrecht für die benötigten Probenzeiten erhielt. Als Dank ernannte es mich zu seinem Schirmherrn. Das Orchester begann mit den ersten CD-Einspielungen, wurde für diese und andere Aktivitäten nur ein Jahr später mit der Nominierung für den „Classic Musical Award“ und bis 2015 mit insgesamt 5 ECHO-Klassikpreisen belohnt und bereitete sich nach meiner Rückkehr aus Chengdu 2010 und der mitgebrachten Einladung auf

eine Konzertreise nach Asien vor. Mit großartiger Unterstützung der Deutschen Post DHL fanden Konzerte in Hong Kong, Guangzhou, Shenzhen, Peking, Shanghai und Chengdu statt. Eine weitere Konzertreise in die USA folgte 2013. Ich habe mich 2014 dafür ausgesprochen, mit dem Auslaufen des Vertrages des jetzigen Generalmusikdirektors die bereits vor einigen Jahren ins Auge gefasste maßvolle Verkleinerung um 6 Mitglieder auf 100 Personen dann auch umzusetzen. So wird auch unser kulturelles Flaggschiff einen angemessenen Sparbeitrag leisten. Dass unser Orchester auch in gesamtstädtischen Projekten aktiv ist, erkennt man auch an seinem Mitwirken in der 2012 erstmals ausgerichteten und seitdem jährlich stattfindenden „AIDS-Gala“ in der Oper Bonn; den Initiatoren aus der Mitte der Bürgerschaft ist hierfür sehr zu danken.

Beethoven-Haus und Beethovenfest

Im Dezember 2010 freuten wir uns außerordentlich darüber, dass es dem Beethovenhaus gelungen war, ein Juwel der Musikgeschichte, die Originalhandschrift der Diabelli-Variationen von Beethoven, an Land zu ziehen und Sponsoren für einige Millionen zu gewinnen. Der Bundespräsident kam, und für ihn und diesen Tag gelangte der Rat der Stadt Bonn zu zwei außerordentlichen Entscheidungen: er verlegte eine seiner Sitzungen und steuerte die noch fehlenden 50 000 Euro zur Anschaffung bei.

Überhaupt standen die Zeichen für die Beethoven-Förderung gut. Den für 2010 noch auf 1 278 Mio. Euro festgesetzten Zuschuss für das Beethovenfest erhöhte der Rat der Stadt ab 2011 auf 1,6 Mio. Euro. Die Beethovenfeste gGmbH hatte schon im Juni 2010 mit einem Wirtschaftsgutachten belegt, dass jeder dieser städtischen Euros vierfach in die Stadt zurückfließt. Mein erstes Beethovenfest als Oberbürgermeister, zu dem am Vortag 1 400 Bonner Jugendliche auf 10 Bühnen in der Stadt spielten, wird mir unvergesslich bleiben, ebenso wie mein letztes, 2015, mit den Schlussakkorden der „Eroica“.

Neue Formate kamen in den Jahren hinzu, etwa die Reihe „Musik am Taufstein Beethovens“ in der Remigiuskirche oder 2014 das neue Kammermusikfest im Beethoven-Haus, das uns außergewöhnliche Programme mit herausragenden Künstlerpersönlichkeiten beschert.

Im Oktober 2013 verabschiedeten wir unsere langjährige und erfolgreiche Intendantin des Beethovenfestes, Ilona Schmiel, die es nach Zürich zog. Gemeinsam mit dem Rektor der UN-Universität, dem aus der Schweiz stammenden Prof. Rhyner, verabschiedete ich „uns Ilona“ in einem dreisprachigen Gedicht auf Hochdeutsch, Bönnsch und Schwyzerdütsch. Den nahtlosen Übergang auf die neue Intendantin, Prof. Nike Wagner, verband ich ab Mai 2013 mit der Vorstellung, dass sich so 2020 historisch ein Kreis schließen würde. Nike Wagner, Ur-Enkelin von Richard Wagner und Ur-Urenkelin von Franz Liszt, soll 175 Jahre nach ihrem Ur-Urgroßvater, der das erste Beethovenfest in Bonn zum 75. Geburtstag ausgerichtet hat, den 250. Geburtstag Ludwig van Beethovens mit der Ausrichtung eines international strahlenden Festjahres verbinden. Die mit dem Intendantinnenwechsel verbundenen Veränderungen in der Beethovenfest gGmbH, deren Aufsichtsratsvorsitzender ich sechs Jahre war, konnten wir gut begleiten.

Es gelang uns mit vereinten Kräften, vor allem dank unser Vertreter in Berlin, „Beethoven 2020“ in den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zu heben und als „nationale Aufgabe“ zu deklarieren. Dazu haben bereits mehrere vorbereitende Gespräche mit den öffentlichen Partnern stattgefunden: der Bundesregierung, den Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, der Kultusministerkonferenz, dem Landschaftsverband Rheinland und dem Rhein-Sieg-Kreis. Wir haben in der Stadtverwaltung eine Projektleitung mit Geschäftsstelle eingerichtet, die im September 2015 unsere bisherigen Planungen vorgestellt hat und die eng mit dem Projektkoordinator des Bundes zusammenarbeitet. Damit haben wir noch vier Jahre Vorlaufzeit, was sich bei einem vergleichbaren Großereignis, der 2000-Jahr-Feier der Stadt Bonn in den 80er Jahren als ausreichend erwiesen hat.

Der Sport und die Bäder

Sport ist ebenfalls Bestandteil der Kultur; das wird besonders augenfällig, wenn man die grandiosen Tanzaufführungen in der Gymnastik und die Tanzaufführungen auf Theaterbühnen vergleicht. Aber es gilt auch grundsätzlich, denn Körperkultur ist eben auch Kultur.

Ich hatte mit dem Haushalt 2011/12, und der damit verbundenen verzweifelten Absicht, den Nothaushalt zu verhindern, zugestimmt, dass wir im Sportbereich 0,3 Mio. Euro Zuschüsse an die Vereine streichen. Das war der größte Fehler in meiner Amtszeit. Es war dringend erforderlich, dies im Herbst 2012 mit der Einbringung des nächsten Haushalts für 2013/14 zurückzunehmen, weil der Sport im Städtevergleich – im Gegensatz zum anderen Bereich der Kultur – unterversorgt war. Ich schlug vor, in 8 Bereichen nachzusteuern:

- Wir sagten den Vereinen, die wir mit dem Kürzungsbeschluss in allergrößte Schwierigkeiten gebracht hatten und die möglicherweise um ihre Existenz fürchten mussten, zu, bei Bedarf noch im laufenden Jahr 2012 zu helfen.
- Im Haushaltsentwurf für 2013/14 nahmen wir die Kürzung zurück und korrigierten damit den Fehler aus 2011.
- Wir erhöhten den Ansatz der Sportförderung ab dem Haushaltsjahr 2014 um weitere 500 000 Euro. Wir versprachen, bei einer erfolgreichen Umsetzung des Konsolidierungskurses, für den Haushalt 2015/16 eine weitere Erhöhung der Zuschüsse um 0,5 Mio. Euro vorzusehen, so dass für den Sport dann insgesamt 1,3 Millionen mehr ab 2015 zur Verfügung stehen könnten. Dieses Versprechen konnten wir 2014 einlösen, nachdem die 80 000 Mitglieder starken Sportvereine mit zahlreichen Aktionen und einer Großdemonstration, an der der Oberbürgermeister teilnahm, auf ihre Bedürfnisse aufmerksam gemacht hatten.
- Wir prüften einen weiteren möglichen Fehler, nämlich den Vertrag zur Bandenwerbung in Sportstätten zu verändern. Wir konnten auch dies schrittweise wieder korrigieren, so dass die Einnahmen wieder bei den Vereinen verbleiben können.
- Wir verabschiedeten uns von Seiten der Verwaltung von dem Gedanken der Einführung einer Sportstättennutzungsgebühr.
- Wir versprachen eine Prüfung aller rechtlichen Möglichkeiten, den Vereinen eine ähn-

liche Planungssicherheit zu geben, wie wir dies im Kulturbereich mit länger laufenden Zuschüssen tun.

- Wir stellten 25 000,- Euro für fünf Modellprojekte bereit, mit denen wir Möglichkeiten der Verbesserung der Pflege der Vereinsstätten und Sportanlagen erproben wollen. Wir fanden dazu 5 Vereine, die jeweils ein Budget von 5 000,- Euro erhielten und damit Kleinstreparaturen selbst in die Hand nahmen. Eigeninitiative der Vereine konnte so belohnt werden.
- Wir übertrugen die 2011 und 2012 nicht verausgabten Haushaltsmittel für Kunstrasenplätze in das nächste Haushaltsjahr.

Auch im Bereich des Sports galt, wie bei der Kultur, dass wir mit den Investitionen in Bau und Sanierung von Sportstätten positive Zeichen setzen konnten. Wir investierten 2011 und 2012 insgesamt 6,4 Mio. Euro und sahen für 2013 und 2014 weitere 6,1 Mio. Euro. Anfang 2015 weihten wir als größte Einzelmaßnahme das für 2,7 Mio. Euro sanierte 50m-Sportbecken im Sportpark Nord ein. Von den vielen kleinen Einzelmaßnahmen seien hier beispielhaft nur die Einweihung vier neuer Kunstrasenplätze, die Sanierung des Sportparks Nord und die Erweiterung um eine Flutlichtanlage, die Errichtung eines Kletterwaldes im Hardtbergbad und eine neue Tribüne im Baseballstadion genannt.

2014 konnten wir also nach den Turbulenzen in 2011 und 2012 Gutes bilanzieren. Der am 22.5.2014 zwischen der Stadt Bonn und dem Stadtsportbund geschlossene Sportfördervertrag gibt den Bonner Sportvereinen bis Ende 2016 eine größere Planungssicherheit bei den Sportfördermitteln. Wir verabredeten, mit dem Stadtsportbund und in einen Dialog einzutreten, um die Möglichkeiten von Beiträgen der Sportvereine zu einer spürbaren Entlastung des städtischen Haushalts auszuloten, ohne das vielfältige Sportangebot nachhaltig zu gefährden. Ziel ist die gemeinsame Erarbeitung einer Sportentwicklungsplanung in den kommenden beiden Jahren. Mit dieser Planung greifen wir die „Vision 2030“ des Stadtsportbundes auf. Um für den Stadtsportbund noch bessere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen verdoppelten wir im Februar 2015 unseren Zuschuss an die Geschäftsstelle auf 25 000 Euro.

Bonner Bäder

Wie man es auch zählt, Bonn hat, gemessen an seiner Einwohnerzahl, viele Schwimmbecken. Zu Beginn meiner Amtszeit waren es 6 Hallenbäder mit 7 Schwimmbecken (das Frankenbad hat zwei 25m-Becken), darunter eines im Sportpark Nord mit einem 50m-Becken, und 6 Freibäder. Sie erbringen zusammen eine Wasserfläche, die weit über der „Normalversorgung“ liegt. Hinzu kommen 5 Lehrschwimmbecken in Schulen, von denen wir die beiden in der Bodelschwingschule und im Konrad-Adenauer-Gymnasium erst kürzlich in den beiden letzten Jahren sehr umfangreich saniert haben. Der enorme Sanierungsstau, die Unterhaltungskosten und der hohe Schuldenstand im städtischen Haushalt führten 2010 zu meinem ersten Vorschlag, für den öffentlichen Badebetrieb in jedem Stadtbezirk ein Hallen- und ein Freibad beizubehalten. Das hätte die Schließung des Melbbades und des Friesi bedeutet. Dafür gab es in der Politik keine Neigung. Das marode Viktoriabad wurde im April 2010 aus Sicherheitsgründen geschlossen. Was die gesamte Bäderlandschaft anging, verlangte der Stadtrat nach einem „Konzept“ und so beauftragten wir im April 2011 einen Projektentwickler mit einem Bädergutachten. Die Gutachterin legte im März 2012 ein „Präferenzkonzept“ vor, nach dem alle drei reinen Hallenbäder (Frankenbad, Beueler Bütt, Kurfürstenbad) geschlossen werden sollten. Sie riet dazu, die Grundstücke zu vermarkten und dafür ein neues Sport- und Gesundheitsbad auf der linken Rheinseite in Bonn zu bauen. Alle anderen Bäder – auch die Freibäder – sollten erhalten bleiben. Das Ennertbad sollte zusätzlich zum Kombibad mit Schwimmhalle ausgebaut und das Hardtbergbad modernisiert werden.

Es fand sich allerdings keine politisch erkennbare Mehrheit für diesen Vorschlag, so dass ich mit der Verwaltung im Dezember 2012 einen veränderten Vorschlag machte. Für die Realisierung eines neuen Kombibades im linksrheinischen Stadtgebiet sahen wir aus wirtschaftlichen Gründen keine Möglichkeit, da das einzige in Frage kommende Grundstück auf dem „Miesen-Gelände“ für einen größeren Millionenbetrag erworben werden müsste. Sollte es eines Tages zum Neubau auf dem städtischen rechtsrheinischen Grundstück in der Rheinaue kommen, so unser Vorschlag, würden wir die Schließung der

„Beueler Bütt“ ins Auge fassen. Wir schlugen zur sofortigen Umsetzung zwei modern sanierte „Leuchttürme“ im Norden und Süden der Stadt (Frankenbad und Kurfürstenbad) und die Schließung von zwei Freibädern (Melbbad und Friesi), sowie des Hardtbergbades vor, da dieses zu einem großen Teil aus dem Rhein-Sieg-Kreis nachgefragt wird, für den die Stadt Bonn aber keine Bäder vorhalten muss. Auch dafür fand sich keine politische Mehrheit. Die schwarz-grüne Ratsmehrheit beschloss im März 2013 stattdessen die Durchführung einer repräsentativen Umfrage in der der Bürgerschaft, in der diese sich entweder für eine Erhöhung der Eintrittspreise oder für die Schließung eines Hallenbades aussprechen konnten. Im Juli 2013 lag das Ergebnis der 45 000 Euro teuren Umfrage vor. 51,7 Prozent hatten sich für die Schließung eines Bades ausgesprochen und dafür das Kurfürstenbad in Bad Godesberg ausgewählt. Eigentlich hätte die schwarz-grüne Koalition nun diesen Beschluss im Nachgang zu der von ihr erwirkten Bürgerumfrage treffen müssen – dafür fehlte ihr aber die politische Mehrheit, da die Bad Godesberger Stadtverordneten und einige andere Koalitionsmitglieder ihre Zustimmung verweigerten. Die anderen Fraktionen, die im gesamtstädtischen Interesse hätten helfen können und eigentlich auch hätten helfen müssen, verweigerten sich – schließlich standen 2014 Kommunalwahlen bevor. „Et blieb wie et es“ – kommentierte ich diesen Ratsbeschluss. Da aber die Schließung von Bädern auf der Tagesordnung blieb, sah ich auch keine Möglichkeit, ausscheidendes Personal in den Bädern unbefristet zu einsetzen. So gelangten wir im Sommer 2014 in die Situation, nicht alle Freibäder komplett öffnen zu können, auch weil wir uns für den Einsatz von jeweils zwei Fachkräften, ausgebildeten Schwimmmeistern, pro Schicht entschieden, zu deren Unterstützung weitere Hilfskräfte hinzu kamen.

Immer wieder wird aus der Politik gefordert, der Einsatz nur einer Fachkraft sei ausreichend und würde so auch in anderen Städten praktiziert. Wir standen allerdings 2014 unter dem Eindruck von drei dramatischen Ereignissen. Drei Kinder, die neu in unserer Stadt waren und die aus einem anderen Kulturkreis stammten, ertranken fast in einem unserer Bäder und konnten nur gerettet und reanimiert werden, weil zwei (!) Fachkräfte anwesend gewesen waren. Der Leiter des Bäderbetriebes und ich sind bis heute der Auf-

fassung, dass die Haltung, zwei Fachkräfte einzusetzen, richtig ist. Mein Nachfolger, der nicht wie ich selbst 30 Jahre als Lehrer am Beckenrand gestanden hat und der persönlich nicht über diese speziellen Erfahrungen verfügt, mag dies anders sehen. Er wird es dann aber auch verantworten müssen.

Mit dem Haushalt 2015/16 und dem inzwischen erforderlich gewordenen Haushaltssicherungskonzept machten wir der Politik erneut den Vorschlag, zwei Freibäder zu schließen und die anderen zu den in Bonn seit jeher gewohnten Zeiten mit Frühschwimmen in jedem Bad zu öffnen. Der Rat forderte die Verwaltung allerdings auf, ihm Alternativmodelle vorzulegen, bei denen alle Bäder geöffnet und trotzdem Geld gespart werden könnte. Wir kamen dieser Aufgabe nach, rieten aber eindringlich davon ab, Geld dadurch einzusparen, indem man die Öffnungszeiten kürzt. Die Jamaika-Koalition beschloss dennoch, Bäder erst um 11.00 Uhr zu öffnen und schon um 19.00 Uhr zu schließen, was im Sommer 2015 zu großer Unzufriedenheit in der Bevölkerung führte.

Aktuell hat die Politik zu entscheiden, ob sie ein neues Kombibad bauen will oder nicht. Ich rate davon ab. Bonn braucht kein eigenes Spaßbad; davon gibt es im Umland genug. Das einzigartige Hallenbad mit zwei Becken hingegen, das Frankenbad, das hervorragende Möglichkeiten zur Einrichtung einer Wellness-Landschaft bietet, sollte hingegen schleunigst saniert werden. Jedes Mal wenn ich dort bin, schäme ich mich für den heruntergekommenen Zustand, den wir unseren Gästen dort bieten und dafür auch noch Geld verlangen. Da ernsthaft erwogen wird, dass unter Denkmalschutz stehende Frankenbad nach dem Neubau eines Spaßbades abzureißen, lohnt ein Blick nach Essen. Dort hatte der Rat 2012 beschlossen, das unter Denkmalschutz stehende und auch für Wettkämpfe geeignete Hauptbad durch ein neues Bad auf dem Thumfeld zu ersetzen, um so, unter Verlust der Wettkampfstätten-Eigenschaft, Attraktivität für den Freizeitbereich zu schaffen. Dies ist dort misslungen. Das neue Bad wurde 2015 errichtet. Das Hauptbad aber darf wegen seiner Denkmaleigenschaft nicht abgerissen werden und wird daher weiter betrieben, allerdings nur von Montag bis Freitag bis 10.00 Uhr zum Frühschwimmen geöffnet. Statt geringerer Kosten hat man nun dort höhere.

Zu den Bädern gehören auch unsere Quellen, die Draitschquelle und die Kurfürstenquelle. Immerhin trugen sie dazu bei, dass Godesberg seinerzeit das „Bad“ in seine Ortbezeichnung aufnehmen durfte. Beide Quellen wurden in meiner Amtszeit saniert und erstrahlen, vor allem auch dank des großartigen ehrenamtlichen Engagements, wieder in vollem Glanz. Die Sanierung der seit August 2010 stillgelegten Kurfürstenquelle konnte im Juni 2011 abgeschlossen werden. Mechanische Beschädigungen an den „Stößen“ der einzelnen Rohrsegmente mussten beseitigt und der abgesetzte Schlamm in einer Tiefe von 189 bis 200 Meter Tiefe entfernt werden. Dem Verein für Heimatpflege und Heimatgeschichte Bad Godesberg konnte ich im Mai 2015 bei der Einweihung der Neuanlage des Draitschbrunnens, passend zum 225-jährigen Bestehen der Quelle, eine Tafel mit der staatlichen Anerkennung der Draitschquelle als Heilquelle überreichen. Dort, wo seinerzeit der Eingang zum Brunnenausschank der Draitschquelle und das kurfürstliche Badehaus waren, hat der Verein für Heimatpflege und Heimatgeschichte Bad Godesberg in Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn das gesamte Brunnengelände neu gestaltet und die dahinterliegende Mauer wieder im ursprünglichen Zustand als Schmuckmauer erkenntlich gemacht. Mit dieser privaten Anstrengung verhalfen Verein und Stadt dem vorher vernachlässigten Gelände zu neuem Glanz. Dadurch wird auch die besondere historische Bedeutung der Draitschquelle für die Geschichte Godesbergs als „Bad“ und Kurort gewürdigt.

Highlights in der Sportstadt Bonn

Der Vorsitzende des Sportsportbundes, Michael Scharf, und ich begegneten uns oft bei Sportveranstaltungen und frotzeln miteinander, ob Bonn sich denn, jeweils tagesaktuell, in den gnädigen Augen des Sportsportbundes als Sportstadt bezeichnen dürfe. Ich meinte immer „Ja“, weil das Angebot von 400 Bonner Sportvereinen, in denen 70 Sportarten angeboten werden, schon zu diesem Titel ausreicht. Immerhin konnten Michael Scharf und ich aber übereinstimmend feststellen, dass die Zahl der Tage in den letzten beiden Jahren zugenommen hat, an denen wir alle das Gefühl haben, eine „Tolle Sportstadt“ zu sein. Als Sport-highlights seien beispielhaft nur die hochkarätigen Veranstaltungen aus dem Jahr

2015 genannt, die Tausende, oder sogar wie beim Post-Marathon, Hunderttausende, anlocken. Ich besuchte viele der Top-Veranstaltungen im Basketball (Telekom Baskets), Badminton (1. BC Beuel), Baseball (Bonn Capitals), Fortuna Bonn (Rollkunstlauf), ASV Bonn (Rollstuhl-Basketball) und beim TKSVDuisdorf (Ringen). Dass auch noch andere Vereine in ihrer Sportart in der Bundesliga spielen muss der Vollständigkeit halber erwähnt werden. Der OFC Bonn (Fechten), die SSF Dragons (Florball / Mischung aus Feld- und Eishockey) und der 1. PCB Bonn Bad-Godesberg (Boule).

Oft bestand dort auch die Gelegenheit, für den Verein etwas zu besprechen, wie z.B. bei den Capitals den Bau der neuen Tribüne, beim 1. BC Beuel den neuen Bodenbelag oder die durch den Verein vorfinanzierte Beleuchtungsanlage und bei Fortuna Bonn die Planungen für den Bodenbelag in der neuen Halle bei „Bonns Fünfte“. Besonders gern erinnere ich mich an die große Ehre, den „First Pitch“ im Baseball-Stadion zu werfen. Die herausragenden Einzelveranstaltungen konnten sich in den letzten Jahren alle weiter behaupten oder verzeichneten sogar Zuwachs. Ich nenne beispielhaft einige aus dem Jahr 2015 wie den Firmenlauf in der Rheinaue, die Deutschen Judo-Meisterschaften, den „Löwe von Bonn“ als Florettfechten auf Weltklasseniveau, die German Open im Synchronschwimmen mit 20 Nationen, der Deutsche-Post-Marathon Bonn mit inzwischen rund 12 000 Teilnehmenden, die Europäische Rhein-Regatta EUREGA, das Fußballendspiel Mittelrhein-Pokal (Bitburger-Pokal), der SWB Energie und Wasser Bonn-Triathlon und den Bonner Nachtlauf.

Für mich war es auch jedes Jahr ein Highlight, die Sportlerinnen und Sportler ins Alte Rathaus einzuladen, die sich in allen Altersklassen national wie international auszeichnen konnten. In diesem Jahr konnte ich 130 Aktive einladen, die 2014 in den Sportarten Badminton, Bowling, Biathlon, Duathlon, Fechten, Floorball, Judo, Kanu, Karate, Moderner Fünfkampf, Rennrollstuhl, Rollkunstlauf, Schwimmen, Sportschießen, Taekwondo, Tennis, Tischtennis, Triathle und Unterwasserrugby Titel und Platzierungen errungen hatten. Fassungslos und voller Bewunderung stand ich dabei oft 70jährigen Aktiven gegenüber, die Weltmeistertitel errungen, oder, wie spektakulär, in ihrer Altersklasse den Ironman auf Hawaii gewonnen hatten.

Von genau so großer Bedeutung aber war es, diejenigen im alten Rathaus zu ehren, die sich im Sport in herausragender Weise ehrenamtlich engagieren und denen wir den „Ehrenpreis Bonner Sport“ oder die Anerkennung „Sportabzeichen mit besonderer Zahl“ verleihen können. Den Ehrenpreis erhalten auf Vorschlag von Vereinen oder Einzelpersonen durch Beschluss einer Jury jährlich zwischen 5 und 10 Personen.

Hinter der etwas sperrigen Bezeichnung „Sportabzeichen mit besonderer Zahl“ verbirgt sich, dass Sportlerinnen und Sportler die Prüfungen zum Sportabzeichen in Gold bereits mehrfach erfolgreich absolviert haben. In diesem Jahr waren darunter 8 Damen und Herren, die das Sportabzeichen schon 25, 30, 35, 40 oder 55mal abgelegt hatten.

7.

Bundesstadt als Teil der Region

„Et es wie et es“

[„Sieh den Tatsachen ins Auge“,
Art.1, Rheinisches Grundgesetz]

Aus der „Bundeshauptstadt Bonn“ wurde nach 12stündiger Debatte mit 107 Wortbeiträgen und einer Abstimmung mit 338 zu 320 Stimmen im deutschen Bundestag 1991 die „Bundesstadt Bonn“. Als zweites politisches Zentrum übernahm Bonn über 20 Bundesbehörden und wurde als Standort nationaler, internationaler und supranationaler Einrichtungen (UNO-Organisationen, internationale Nichtregierungsorganisationen) ausgebaut. Grundlage für die Aufteilung der Dienstleistungsaufgaben zum Wohle des gesamten Landes ist das Berlin/Bonn-Gesetz.

Nominell haben heute sechs Bundesministerien ihren ersten Dienstsitz in Bonn; alle anderen haben hier einen zweiten Sitz. Über 60 Bundesbehörden sind inzwischen hier, darunter Leuchttürme wie das Bundeskartellamt und der Bundesrechnungshof. In den Berliner Standorten der Ministerien arbeiteten im Juni 2015 11 201 (62 Prozent) Menschen, in Bonn sind es inzwischen nur noch 6 854 (38 Prozent). Hingegen ist die Zahl der Arbeitsplätze in den Bundesbehörden gestiegen; bereits mit den ersten 20 Bundesbehörden kamen etwa 7 000 Arbeitsplätze nach Bonn. Beispiele für die Verlagerung von Arbeitsplätzen finden sich im Verteidigungsministerium,

hier in nachgeordnete Dienstposten in Bonn, im Innenministerium, hier in die neue Behörde der Bundesbeauftragten für Datenschutz, im Finanzministerium, hier in das Bundesfinanzamt und an anderen Stellen. Es sind mehr, als im Allgemeinen bekannt ist, daher will ich erwähnen, dass 2010 der Hauptsitz der neu gegründeten Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) nach Bonn kam und die GIZ bislang bereits rund 100 Mio. Euro hier investiert hat. Auch die Kultusministerkonferenz (KMK) hat 2010 ihr neues Sekretariat in Bonn bezogen. 2011 wurde das neue nationale Cyber-Abwehrzentrum in Bonn eröffnet und erstmals ergaben sich Anzeichen dafür, dass unser fortgesetztes Bemühen um den Erhalt der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Bonn erfolgreich sein würde und bis heute ist. 2012 holte die Deutsche Welle einen Großteil ihrer TV-Produktionskapazitäten von Berlin nach Bonn und stärkte damit den Standort erheblich und Bonn erhielt das neue Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw).

Diese Entwicklung zeigt, dass Bonn seine Dienstleistungsaufgabe für die Bundesrepublik Deutschland sehr gut ausfüllt und das gesamte Land mit der Arbeit von zwei politischen Zentren sehr gut aufgestellt ist.

Gemeinsam mit dem Landrat des Rhein-Sieg-Kreises haben wir zu dieser Thematik kontinuierlich Gespräche auf kommunaler, landes- und bundespolitischer Ebene in Bonn und Berlin geführt. So richtig es ist, dass die Bundesregierung den Ausbau der „Deutschen Stadt der Vereinten Nationen“ nach Kräften unterstützt, so richtig ist auch, dass die im Berlin/Bonn-Gesetz getroffenen Vereinbarungen seitens des Bundes nicht alle eingehalten werden. Die Bundesstadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Ahrweiler haben dazu gemeinsam im Oktober ein Rechtsgutachten vorgestellt, das unsere Position bestätigt. Wie kompliziert sich gelegentlich die politische Gemengelage bei der Aufgabenteilung zwischen Berlin und Bonn gestalten kann, will ich an einem Beispiel erläutern. Als mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages zur Bundeswehrreform und der Abschaffung der Wehrpflicht klar geworden war, dass sich mit der Bundeswehr auch das Bundesministerium der Verteidigung würde verkleinern müssen, konnte ich 2011 ge-

meinsam mit dem Landrat des Rhein-Sieg-Kreises zwei Gespräche mit dem damaligen Bundesverteidigungsminister im Bonner Rathaus und im Berliner Ministerium führen. Ich erhielt für Bonn die Zusicherung, dass die Hardthöhe voll belegt bleiben werde, dass eine Verlagerung von Dienstposten im Ministerium von der Hardthöhe in den Berliner Bendlerblock durch einen Aufwuchs der Arbeitsplätze in nachgeordneten Dienstposten der Bundeswehr in Bonn kompensiert werde und dass man einen geordneten Weg finden werde, die Ermeikalkaserne in städtische Hände übergehe. Zum letzten Punkt gab es sogar eine symbolische Schlüsselübergabe. Damit war von einem Ausbau von struktursicheren Arbeitsplätzen in Bonn auszugehen. Hier zeigte sich, dass eine der Stärken der Region, nämlich die im Bereich der IT-Datensicherheit, auch von der Bundeswehr geschätzt wird und sich vorteilhaft für den Arbeitsmarkt in Bonn auswirkt. Im Zuge dieser Gespräche gab es allerdings Irritationen. Der damalige Bundesumweltminister Röttgen wollte seinem Parteifreund de Maiziere durch Kabinettsbeschluss verbieten lassen, Beschäftigte von Bonn nach Berlin zu versetzen. Dies hätte vor dem Hintergrund der anstehenden Verkleinerung aller Arbeitsplätze im Bereich der Bundeswehr bedeutet, dass Bonn auch bei den nachgeordneten Behörden viele Arbeitsplätze verloren hätte. Genau das galt es aber zu verhindern, denn es geht für Bonn darum, Arbeitsplätze auf Dauer zu erhalten. Im Ergebnis kam es so, wie es zwischen de Maiziere und mir besprochen worden war. An de Maiziere und Röttgen lassen sich beiden politischen Haltungen in der CDU deutlich festmachen. Die einen meinen, dass Bonn und Berlin miteinander reden müssten, wie man das Gesetz im nächsten halben Jahrhundert leben will, die anderen bevorzugen das „Nein-Sagen“. In Bonn hat sich in der Stadtgesellschaft inzwischen die Meinung herausgebildet, dass es gut wäre, miteinander zu reden. Es muss daher rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl (Herbst 2017) gelingen, den Strukturierungsprozess im Rahmen des Berlin/Bonn-Gesetzes neu zu organisieren, damit die gern herbeigerufenen Gespenster einer „Rutschbahn“ von Bonn nach Berlin endlich vertrieben werden und eine abschließende Regelung gefunden werden kann. Die Gespräche dazu werden nach der jüngsten Ankündigung der zuständigen Ministerin im BMUB, Dr. Barbara Hendricks, bald aufgenommen. Sie hat dazu bereits eine Stabs-

stelle in ihrem Haus eingerichtet. Um den Berliner Gesprächswünschen auf Augenhöhe begegnen zu können haben wir in der Region mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen verabredet, ebenfalls eine Stabsstelle einzurichten und unsere Arbeit zu koordinieren.

Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis

All dies zeigt, dass Bonn auch als Bundesstadt gut beraten ist, eng mit dem Rhein-Sieg Kreis zusammenzuarbeiten, sich als Teil der Region Köln-Bonn zu verstehen und aktiv den neuen Prozess um die Bildung der Metropolregion Rheinland mit zu gestalten. Mein erster offizieller Antrittsbesuch führte mich daher 2009 ins Kreishaus nach Siegburg, wo Landrat Kühn und ich verabredeten, dass unsere Verwaltungsvorstände zukünftig zweimal im Jahr gemeinsam tagen würden. Daraus ergab sich eine erhebliche Intensivierung der Zusammenarbeit unserer beiden Gebietskörperschaften. Schon kurz danach folgte eine gemeinsame Absichtserklärung zur Etablierung einer gemeinsamen Leitstelle für unsere Sanitäts- und Rettungsdienste. 2010 nahmen wir mit dem Übergangsmanagement Schule-Beruf den regionalen Arbeitsmarkt gemeinsam in den Blick. Es folgten Vereinbarungen zu vielen Einzelthemen, etwa zur Zusammenarbeit der Jugendämter bei Pflegekindern oder die Zusammenarbeit der Katasterämter. Landrat Schuster und ich konnten so im September 2015 in einer Zusammenstellung fast 50 gemeinsame Projekte präsentieren.

Auch an einer anderen, für die Region sehr bedeutenden Stelle, funktionierte die Zusammenarbeit außerordentlich gut. Als der Bund 2011 seine Absicht erklärte, den Petersberg zum Verkauf auszuschreiben, drängten Landrat Kühn und ich erfolgreich darauf, in diesen Prozess einbezogen zu werden. In den Gesprächsrunden konnten wir einige Klauseln in den Ausschreibungstext einbringen, die der historischen Bedeutung dieses Ortes entsprachen. Es fand sich kein akzeptabler Investor. Der Bund erklärte daraufhin im Juli 2015, nun selbst 35 Mio. Euro in die Liegenschaft zu investieren.

Wie selbstverständlich und reibungslos die Gemeinsamkeit auf Arbeitsebene auch in krisenhaften Situationen funktioniert, zeigte sich erst kürzlich bei der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen.

Als den Rhein-Sieg-Kreis relativ unvorbereitet die Aufnahme von 400 Flüchtlingen traf, rückten unsere Bonner Einsatzkräfte für den Krisenfall aus, um dort Unterstützung zu leisten.

Ich rate davon ab, eine künstliche Debatte um die „Fusion“ von Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis oder die Gründung einer „Städteregion“ nach Aachener Vorbild zu führen. Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis werden auch zukünftig ihre Zusammenarbeit überall dort ausbauen, wo es den Menschen nützt. Ein gutes Zeichen dafür ist, dass auch die politischen Gremien dieser Initiative folgen und im Mai 2015 erstmals die Wirtschaftsausschüsse der Stadt und des Kreises zusammen tagten.

Die Region KölnBonn und die Metropolregion Rheinland

Im Verein „Region KölnBonn“ sind wir in den letzten Jahren gut vorangekommen. Köln, Bonn, Leverkusen und die sie umgebenden 5 Landkreise haben zueinander gefunden. Ausdruck dieser Aktivitäten sind die gemeinsame Stellungnahme zu Landesentwicklungsplan, intensive Abstimmungen zur Beantragung und Vergabe von Fördermitteln, die Positionierung zu Landesprogrammen und die Verabschiedung eines gemeinsamen Handlungsrahmens für die Region. Mein Amt als derzeitiger Vorsitzender des Vereins wird bis 2017 auf meinen Nachfolger übergehen. Bonn konnte sich in der Region als idealer Standort für alle Projekte präsentieren, die zu den Klima-Anpassungsmaßnahmen zählen. In der zweiten Konferenz, die wir im WorldCCBonn nach seiner Fertigstellung in Juni 2015 ausrichteten, erläuterte die Generalsekretärin der UN-Weltklimasekretariats, Christiana Figueres, den etwa 500 Mitgliedern in den Städte- und Gemeinderäten der Region, wie bedeutsam Bonn für die weltweite Arbeit der Vereinten Nationen ist und auf wie viele kommunale Beispiele zur Verbesserung des Weltklimas man in Bonn verweisen kann.

Ein Ergebnis dieser gemeinsamen regionalen Anstrengungen ist auch die in Gang gekommene Gründung der „Metropolregion Rheinland“. Zur ersten Versammlung, zu der die beiden Regierungspräsidentinnen von Köln und Düsseldorf im April 2015 eingeladen hatten, kann man augenzwinkernd auf eine historische Parallele hinwei-

sen. Denn 96 Jahre zuvor, am 1. Februar 1919, hatte der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer mehr als 60 Oberbürgermeister und Abgeordnete der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung zu einem ähnlichen Treffen eingeladen. Erster und einziger Tagesordnungspunkt war die „Gründung der Rheinischen Republik“. Und nur vier Monate später rief der gebürtige Bonner Hans Adam Dorten am 1. Juni 1919 in Wiesbaden die „Selbstständige Rheinische Republik“ aus, deren Fahne Grün/Weiß/Rot immerhin heute unsere Landesfahne ist. Etwas weniger geräuschlos als mein Bonner Vorgänger übernahm ich 2015 den Vorsitz der Arbeitsgruppe „Marketing“ in der gegründeten Lenkungsgruppe zur Gründung der Metropolregion. Unsere ersten Ergebnisse sind, dass alle sich der Metropolregion Rheinland zugehörig fühlenden Städte und Regionen zwischen Niederrhein und Bonn auf der nächsten Immobilienmesse, der EXPO-Real in München im Oktober, und auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin (ITB) im März 2016 mit dem gemeinsamen Schriftzug „Metropolregion Rheinland“ und mit abgestimmter Werbung auftreten werden. Ein Anfang zur besseren Positionierung des Rheinlandes in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland, auch bei der Verteilung von Steuermitteln, ist gemacht.

8.

Stadtentwicklung und Verkehr

„Die Menschen, nicht die Häuser, machen die Stadt.“

(Sprichwort)

„Viel zu wenig Kräne!“, entfuhr es mir, als ich zum ersten Mal nach meiner Wahl 2009 mein Büro in der 12. Etage des Stadthauses betrat und auf unsere Stadt schaute. Kräne gelten immer als sichtbare Zeichen für Bautätigkeit, Investitionen und Wachstum. Die Zielsetzung war damit klar: wir mussten durch kluge Kommunalpolitik ein Klima des Vertrauens schaffen. Investitionen in Bonn mussten sich wieder lohnen. Das war angesichts einer nachwirkenden Weltwirtschafts- und Finanzkrise nicht einfach und bedeutete eine besondere Herausforderung. Wir hatten im Rahmen unserer Einflussmöglichkeiten die Aufgabe, alles zu tun, was die Attraktivität unseres Standortes erhält, ja vielleicht sogar steigern konnte.

Heute können wir sagen: das haben wir geschafft. Es herrscht sogar so etwas wie Goldgräberstimmung in unserer Stadt, es geht um „Betongold“ in „Bonngold City“. Viele Investoren, Geldanleger, z.B. Versorgungskassen, kaufen oder bauen Immobilien in Bonn. Man vertraut wieder darauf, dass dies in unserer wachsenden Stadt auch langfristig eine gute Geldanlage ist. Das kann nicht verwundern bei einem Leerstand von nur 3,5 Prozent bei den Büroimmobilien, Spitzenmieten von 16,50 Euro pro qm. Derzeit belegt Bonn bei den „Immobilien Top Ten“ Platz 1.

Herausheben will ich bei der gesamten Stadtentwicklung vorab zwei besondere Projekte.

Im Dezember 2009 gaben wir den Startschuss für das Projekt „Soziale Stadt“ mit 13,2 Mio. Euro Gesamtsumme zur Entwicklung des Stadtteils Tannenbusch. Dies erfolgte und erfolgt weiterhin unter großer Beteiligung der Bürgerschaft, die sogar die Entscheidung über die Verwendung kleiner Teilbudgets selbst treffen kann. Ein gewünschter Nebeneffekt konnte bereits 2013 festgestellt werden: die Kriminalitätsrate in Tannenbusch sank, etwa auf das Normalmaß der gesamten Stadt. Die Verbesserung der Wohnsituation, die Verbesserung der Bildungsangebote und der Spielflächen und ein erhöhtes „Kümmern“ wirken sich eben doch positiv aus. Wir haben in der Tat Fortschritte gemacht. Stellte man 2000 noch fest, dass sich, gemessen an der Kriminalstatistik, in keiner anderen Stadt in Nordrhein-Westfalen die Kriminalität so dramatisch entwickelt hatte wie in Bonn und von einem „Bonner Ganovenboom“ gesprochen wurde und wies man uns 2013 noch den Titel „Einbruchshauptstadt“ Deutschlands zu, darf Bonn sich nach der Kriminalitätsstatistik 2014 zu den sicheren Städten in Deutschland zählen. Mit zahlreichen Maßnahmen setzen wir auch im kommenden Jahr das Projekt „Soziale Stadt Tannenbusch“ fort, z.B. mit einem neuen Spielhaus, mit der Erneuerung von drei Spielplätzen und dem Umbau der Oppelner Straße.

Die Aufstellung des Masterplans Innere Stadt konnte unter großer Bürgerbeteiligung im Mai 2012 abgeschlossen werden. Drei herausgehobene Projektvorschläge wurden unmittelbar aufgegriffen: Planung eines neuen Kreisels am Alten Friedhof, die Entwicklung des Viktoriakarrees und eine Lösung für den Bahnhofsvorplatz. Weitere Umsetzungsschritten werden sein: die städtebauliche Öffnung der Innenstadt zum Rhein, die Aufwertung der Innenstadt mit einer Ausweitung der Fußgängerzone und der Rheinpromenade und die Nutzung von Potenzialen zur Verbesserung der stadträumlichen Qualitäten, z.B. durch Optimierung der Verkehrswegeführung mit einer Teilspernung der Rathausgasse für den individuellen Autoverkehr.

Viktoriakarree

Im April 2011 begannen unter meiner Beteiligung Gesprächsrunden mit potenziellen Investoren, der Universität Bonn als Nutzer einer neuen, großen Bibliothek im neuen Viktoriakarree und den Vertretern der Fraktionen über die Entwicklung des Projekts. Nachdem weitgehende Einigkeit gegeben schien, formulierte die Fraktion der „Grünen“ im Ringen um den besten Weg allerdings immer wieder Bedenken, so dass der Prozess zeitlich gestreckt werden musste, weil die CDU lange Zeit einen Konsens mit dem Koalitionspartner anstrebte. Als dieser nicht möglich war, stimmte eine Koalition aus CDU, SPD und FDP schließlich vier Jahre später, im Juni 2015, dem Projekt zu. Die Fraktion der Grünen stimmte dagegen und namhafte Repräsentanten dieser Fraktion unterstützen aktuell ein Bürgerbegehren, das sich gegen die Umsetzung des Ratsbeschlusses richtet. Die Universität Bonn hat mitgeteilt, dass sie bei einer weiteren Verzögerung als Partner ausscheiden muss, da sie dringend einen Standort für ihre Bibliothekserweiterung benötigt. Das wäre extrem bitter, denn die Universität Bonn ist für die Stadt Bonn ein ganz besonderer und wichtiger Partner. Man kann sogar sagen: Wenn Stadt und Universität nicht im Gleichschritt gehen, gerät die Stadt ins Stolpern, denn die Wissenschaft ist nach Beethoven der wichtigste, weil verlässliche Ankerpunkt für unsere Zukunftsgestaltung.

Der Sieger der europaweiten Ausschreibung, die Viktoria-Karree Immobilien GmbH & Co. KG (Tochtergesellschaft der SIGNA) muss sich nun um die Schaffung des Planungsrechtes kümmern, damit möglichst zum Beethovenfestjahr 2020 sowohl die Universität ihre neue Präsenzbibliothek nutzen kann, als auch ein neuer Handelsschwerpunkt in der City von Bonn die Attraktivität des Innenstadt-handels belebt. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens können Investor, Bürgerschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam an der weiteren „Ausformulierung“ des vorgelegten Konzepts arbeiten. Dass die Gegner dieser Bebauung von der Errichtung eine „Mall“ sprechen, ist irreführend, weil man dabei an ein riesiges Einkaufszentrum denkt. In Berlin ist soeben eine „Mall“ eingeweiht worden mit über 250 Geschäften. In Bonn soll es, neben der großen Bibliothek, ein größeres Geschäft und eine Reihe von kleineren Geschäften sein – alles andere als eine „Mall“.

Haus der Bildung

Zu Beginn meiner Amtszeit nahmen die Planungen für das neue Domizil von Volkshochschule und Stadtbibliothek gerade Fahrt auf. Der Abriss des alten Siemenshauses wurde schnell in den Blick genommen und die Entscheidungen über den an dieser Stelle zu errichtenden Neubau sowie über die Sanierung und Erweiterung des Alten Stadthauses am Bottlerplatz nahmen konkrete Formen an. Das vorgesehene Investitionsvolumen von 19,4 Millionen Euro konnte schließlich nicht gehalten werden, ebenso auch nicht der geplante Fertigstellungstermin von März 2014. Zwar konnte die Volkshochschule im März 2015 erste Räumlichkeiten beziehen, aber erst am 21.08.2015 konnten wir unter Teilnahme des Ministers für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, Herrn Groschek, die Eröffnung feiern. Die Investitionskosten erhöhten sich auf aktuell 26,4 Mio. Euro. Die im Zusammenhang mit dem Haus der Bildung vorgesehene Neugestaltung des Mülheimer Platzes wird derzeit ausgeführt und soll spätestens Anfang 2016 fertig gestellt sein.

An diesem Projekt lässt sich beispielhaft aufzeigen, wie schwer es ist, alte Gebäude zu sanieren und welche erst im Bauprozess deutlich werden. Die Überraschungen in diesem fast 100 Jahren alten „Kasten“ verborgen waren. Wenige Tage später weihte ich das neue „Regenbogen-Kinderhaus“ in Bonn-Beuel ein, das wir im Zeitplan und mit geringeren Kosten als geplant von rund 2 Mio. Euro als Neubau fertig stellen konnten. Es ist eines von vielen Beispielen, an dem man aufzeigen kann, dass unser Städtisches Gebäudemanagement gute Arbeit liefert, aber im Vorfeld auch nichts dagegen tun kann, wenn Unvorhergesehenes in Altbauten zu bewältigen ist.

Bahnhofsvorplatz

Bereits vor meiner Amtszeit waren entsprechende Genehmigungsverfahren zum Bau einer neuen „Südüberbauung“ in Gang gesetzt worden. Die Verhandlungen mit dem Investor, der sich zum Ziel gesetzt hatte, alle Eigentumsanteile der jetzigen „Südüberbauung“ zu erwerben, gestalteten sich schwierig. Teile des Rats drängten auf Vollendung und Verkauf der städtischen Liegenschaften in der Südüberbauung an den Investor.

Ich aber wollte null Risiko für ein zweites World-CCBonn, bei dem uns ein betrügerischer Investor ohne Eigenkapital das gesamte Projekt in die Insolvenz getrieben hatte und bestand darauf, das Eigenkapital des Investors auf einem Notar-Anderkonto zu sehen; dies konnte er nicht möglich machen und der Fortgang der Ereignisse gab mir schließlich Recht. Der Investor scheiterte auch in einer anderen Stadt in Nordrhein-Westfalen mit einem Projekt und ich bin froh, dass wir, da wir auch keine Abrissgenehmigung in Aussicht gestellt hatten, nicht mit einem neuen „Bonner Loch“ vor dem Hauptbahnhof endeten. Derzeit bemüht sich ein neuer Investor, der durch zahlreiche Bauprojekte in Bonn bereits seine Seriosität unter Beweis gestellt hat, um den Ankauf aller Eigentumsanteile an der Südüberbauung.

Zur Gestaltung des Nordfeldes vor dem Hauptbahnhof hatte der Rat schon 2009 beschlossen, dass das Gesamtkonzept des Büros Schmitz (Köln) die rahmengebende Grundlage der weiteren Planungen und Ausschreibungsverfahren sein sollte, sowohl für die Ausschreibung des sogenannten „Nordfelds“ als auch zur weiteren Beurteilung baulicher Veränderungen am Standort der sogenannten „Südüberbauung“. In der Ratsitzung vom 18.06.2015 konnte die europaweite Ausschreibung mit dem vom Stadtrat ausgewählten Bieter erfolgreich abgeschlossen werden und der Rat beschloss die Vergabe der Baufelder zwischen Poststraße und Thomas-Mann-Straße und an der Rabinstraße. Die Vorbereitungen zum Abschluss des umfangreichen Grundstückskaufvertrages laufen. In 2016 soll der Spatenstich für dieses bedeutende Bauprojekt in Bahnhofsnähe erfolgen. Zum Beethovenfestjahr 2020 kann sich dann der Bahnhofsvorplatz in neuem Glanz zeigen und ankommenden Gästen eine attraktive Handelsfläche mit viel ansprechender Gastronomie und einem modernen Hotelkonzept bieten.

Für den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) werden wir den insgesamt vier Preisträgern im Hinblick auf die geänderten verkehrlichen Voraussetzungen noch einmal Gelegenheit geben, modifizierte Vorschläge einzureichen. Aus diesem Grund soll entsprechend des Beschlusses des Stadtrates vom 12.12.2013 ein Auswahlverfahren für die Gestaltung und die bautechnische Ausführung des ZOB durchgeführt werden. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse des Auswahlverfahrens noch in die-

sem Jahr vorstellen zu können, wobei wir wissen, dass es derzeit keine Aussicht auf Fördergelder seitens des Nahverkehrs Rheinland (VR) gibt, obwohl der Umbau des ZOB im Förderprogramm mit Gesamtkosten von 9,8 Mio. Euro enthalten ist. Ein verlässlicher Termin für einen Baubeginn kann daher derzeit nicht genannt werden; frühestens Mitte 2017 ist damit zu rechnen, dass die Bagger anrollen.

Altes Rathaus und ein PPP-Modell

Schon vor Beginn meiner Amtszeit hatte der Rat der Stadt Bonn beschlossen, auch das arg lädierte Alte Rathaus mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung zu sanieren. Da vorher schon absehbar war, dass nach der Sanierung keine Rückstellungen für die Gebäudeunterhaltung gebildet werden würden, bat ich meine Unterstützer im Wahlkampf, schon vor der Amtsübernahme die Vorbereitungen zur Gründung eines Vereins „Altes Rathaus“ zu übernehmen. Ziel war es, nach den Sanierungsmaßnahmen des historischen Gebäudes durch die Stadt und den Verein, auch zukünftig alles Weitere dafür zu tun, damit unser „Altes Rathaus“ ein Schmuckstück der Innenstadt bleibt, auf das wir Bonner stolz sein können und das als beliebtes Fotoobjekt bei allen Touristen ein gutes Bild abgibt. Schon im Oktober 2009 konnte sich daher der Verein gründen und wurde von namhaften Honoratioren der Stadt unterstützt; ich wurde Schirmherr des Vereins. Die Sanierung von Fassade, Türen, Fenstern und Dach, außerdem die Erneuerung der Technik (Heizung, Klima- und Sanitäreanlagen) und die Verbesserung des Brandschutzes im Alten Rathaus kostete schließlich 5,45 Millionen Euro und dauerte von Februar 2010 bis Juni 2011. Schon im April 2011 konnte der Verein vermelden, dass er 170 000 Euro in die Renovierung zahlreicher Einzelstücke gesteckt hatte, die mit seiner Hilfe viel aufwändiger erfolgen konnte, als dies das Baubudget ermöglicht hätte, z.B. die reichliche Verwendung von Blattgold und die Aufarbeitung der historischen Gobelins und Gemälde. Im November 2011 stimmte der Stadtrat einem Vertrag zu, der die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Verein für die Zukunft regelt und nach dem einfachen Grundsatz funktioniert: Jeder vom Verein eingebrachte Euro wird bis zur Höhe von 50 000 Euro jährlich aus dem städtischen Haushalt verdoppelt. Dies beflügelte die Spendensammlung noch

einmal, so dass allein 2014 über 100 000 Euro eingenommen werden konnten. So finanzierte der Verein auch die Sanierung denkmalgeschützter Teile im Außenbereich des Alten Rathauses, darunter den Obelisk auf dem Marktplatz.

Hervorzuheben ist noch, dass der Verein ein schon an anderen Orten bewährtes Konzept des Fundraisings auch in Bonn einführte. Was andernorts der „Aalkönig“ oder der „Grünkohlkönig“ ist, wurde bei uns der „Döppekooche-König“. Ein regionales Gericht als Ausgangspunkt für Marketing und Politik, denn „Döppekooche-König/Königin“ kann nur werden, wer sich für Bonn eingesetzt hat. So war es nur folgerichtig, Bundesminister Ramsauer zum ersten König zu ernennen, denn er hatte uns sehr bei der Lösung des WorldCCBonn-Problems unterstützt und 17 neue Millionen aus Bundes- und Landesmitteln erwirkt. Es folgten die (ehemaligen) Minister Steinbrück, dessen Konjunkturpaket die Sanierung des Alten Rathauses überhaupt erst möglich gemacht hatte, und Westerwelle, der sich in vielfältiger Weise um das Wohlergehen Bonns kümmert und zum Beispiel einige Millionen für den Erweiterungsbau des Macke-Hauses erwirkt hat. Mit der amtierenden Bundesbauministerin Hendricks wurde 2014 erstmals eine Frau „Döppekooche-Königin“; sie hatte die 6. Ergänzungsvereinbarung auf den Weg gebracht, die Bonn noch einmal eine WorldCCBonn-Finanzspritze von 17 Mio. Euro bescherte. 2015 wurde die Stellv. Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen gekrönt; sie hatte das WorldCCBonn wenige Monate vorher mit eingeweiht, in ihrer Eigenschaft als KMK-Vorsitzende die wichtige Welterbe-Konferenz der UNESCO mit nach Bonn geholt und ist Bonn in vielen Fragen der inklusiven Bildungspolitik als Schulministerin eng verbunden.

Stadthaus

In meiner Amtszeit wurden alle in Frage kommenden Alternativen vom Abriss bis zur Sanierung mehrfach durchgerechnet. Solange der Stadt nicht ein geeignetes Alternativobjekt als Geschenk in den Schoß fällt, sehe ich keine andere Möglichkeit, als das Stadthaus schrittweise zu sanieren und mit einem neuen Blockrand zu konservieren. Es ist wünschenswert, dass dabei dann überwiegend Einzelbüros entstehen.

Gestaltungs- und Werbesatzung

Im März 2010 gaben wir den Startschuss für eine Gestaltungs- und Werbesatzung für die gesamte Bonner Innenstadt um ein attraktives Erscheinungsbild der City sicherzustellen. Im Juni 2010 folgte ein entsprechender Auftrag zur Einleitung einer Gestaltungsoffensive für die Godesberger City. Im Ergebnis hat sich dieser Weg sehr bewährt, auch wenn sich hier und da Einzelne dadurch eingeschränkt fühlen. Das Bild in der Innenstadt hat sich seit 2010 erheblich verbessert, allein wenn ich daran denke, welch hässliches Sitzmobiliar wir in der Außengastronomie an manchen Stellen hatten. Es war interessant zu erleben, mit welchen Mitteln vereinzelt versucht wurde, aus der Gastronomie Druck auf die Verwaltung auszuüben. Ein Gastronom erklärte unverhohlen im Stille eine „Mini-Hoeneß“, wenn er jetzt dazu gezwungen würde, die Satzung einzuhalten, würde der seine jährliche Spende für das Brauchtum einstellen.

Ich war in diesem Zusammenhang sehr froh, dass unser Vertragspartner bei der Stadtwerbung meinem Wunsch folgte und alle Werbe-Dreieckstände aus der Fußgängerzone entfernte – bis auf die der Parteien. Die Parteien mochten nicht auf ihr Recht verzichten, auch in der Innenstadt für sich ganzjährig zu werben, was allerdings nur zwei Parteien tatsächlich umsetzen. Immerhin konnten wir vereinbaren, dass hierfür jetzt nur noch nur Dreiecksstände genutzt werden, die eine besondere Qualität haben. Dankbar bin ich auch der Bürgerinitiative, die 2009 den Gedankenanstoß gab, den „Kleinen Hain“ zwischen Friedensplatz und Bottlerplatz von einer Telefonzelle, einer Imbissbude, einem Stromkasten, Dreiecksständen und Fahrradständen mit Werbeaufdruck zu befreien. So entstand eine kleine grüne „Oase“ mitten in der Innenstadt.

Wohnen

2009 war für die Wohnungsbauförderung mit 27,5 Mio. Euro und dem Ankauf von weiteren Belegungsrechten durch die Stadt Bonn ein Rekordjahr. 2010 verzeichneten wir einen neuen Höchststand an Wohnungen (162 400), das waren 24 000 Wohnungen mehr als 1991, dem Jahr, in dem der Regierungsumzug beschlossen wurde. Beides konnte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen,

dass wir bei steigender Einwohnerzahl zu wenig, und vor allem zu wenig preiswerten Wohnraum hatten und weiterhin haben. Deswegen statteten wir unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft mit zusätzlichem Kapital aus, das sie nach und nach einsetzen kann. Insgesamt sind in Bonn seit 2009 mehr als 4 000 Wohnungen neu entstanden. Es hätten mehr sein können, wenn der Prozess aus unterschiedlichsten Gründen nicht oft verlangsamt worden wäre. 10 Parteien im Rat und in den Bezirksvertretungen zu haben bedeutet eben auch, dass vor Ort viele Stimmen laut werden, und die unterschiedlichsten Wählerinteressen vor Ort bedient werden wollen. Ich will nur eines von vielen Beispielen erwähnen. In der Nordstadt hatte ein Investor eine Fläche erworben, auf der eine alte Autowerkstatt und verschiedene andere Gewerbeeinheiten leer standen. Der Baubeginn verzögerte sich. In der Zwischenzeit wuchs Grün auf der noch nicht bebauten Fläche, auf der neben einem Supermarkt ein großes Haus für generationenübergreifendes Wohnen vorgesehen war. Nach zwei Jahren verhinderten die Anwohner, nachdem der Supermarkt fertig gestellt worden war, durch geschickte Argumentation gegenüber den sich gerade wieder zur Wahl stellenden Politikern in der Bezirksvertretung eine weitere Bebauung. „Die letzte Grünoase“ in der Nordstadt sollte geschützt werden; dass diese erst nach dem Abriss der Autowerkstatt durch Wildwuchs entstanden war, geriet dabei offenbar in Vergessenheit. Das Wohnhaus wurde nicht gebaut.

Für mehrere Baugebiete wurden hingegen die entsprechenden Satzungsbeschlüsse gefasst und Umlegungsverfahren eröffnet. Beispielhaft können, als in den letzten Jahren entwickelte „klassische“ Neubaugebiete auf ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen, die Baugebiete „Am Hölder“ in Röttgen, „Geislar-West“ in Geislar, „Im Rosenfeld“ in Buschdorf und „Niederholtorf-Süd“ in Niederholtorf angeführt werden. In den Neubaugebieten In den Weingärten, An der Umkehr, Schnufertsberg, Am Bruch und Am Bleichgraben konnten wir bereits 530 Wohneinheiten neu erstellen. Ergänzt werden kann diese Auflistung um die Projekte „Beckers Garten“, „Am Vogelsang“, „West.side“, „Reuterbrücke“, „Didinkirica“, „Rheinauer Gärten“, „Ledenhof“, „Otto-Hahn-Str.“, „Wohnpark II“ und einige kleinere mehr. Auch durch die Umnutzung ehemaliger Gewerbe- oder Bürostandorte konnten

Wohnbauflächenpotentiale entwickelt werden. Hier sind insbesondere die „Siebengebirgsterrassen“ in Pennenfeld, die ehemalige französische Botschaft in Rüngsdorf, und die ehemaligen Autohäuser an der Bahnhofstraße in Lessenich und an der Reuterbrücke in Kessenich zu nennen. Auf der künftigen Agenda stehen hier die Projekte Gallwitzkaserne und Ermekeilkaserne ganz oben. Alle hier aufgeführten Wohnbauflächen ermöglichen – ohne die beiden Kasernen – in absehbaren Planungs- und Realisierungszeiträumen mindestens 3 500 bis 4 000 neue Wohneinheiten im Stadtgebiet.

Die Zusammenarbeit der städtischen Dienststellen darf bei allen Projekten als vorbildlich bezeichnet werden; die Baugenehmigungsverfahren für die Wohneinheiten, die Planung und der Bau von neuen Kindergärten, Spielplätzen und Straßen werden sehr gut aufeinander abgestimmt, sofern dies möglich war.

Dass einer hohen Wohnungsnachfrage sehr begrenzte Wohnbauflächenpotentiale gegenüber stehen und dies sich in unserer wachsenden Stadt auch laut Prognosen in den kommenden Jahren nicht ändern wird, ist allseits bekannt. Somit ist Wohnraumschaffung eine zentrale Daueraufgabe unserer Stadtentwicklung. Differenzierte Wohnraumangebote für unterschiedliche Zielgruppen, Flexibilisierung der Nutzungsmöglichkeiten und Wohnformen und nicht zuletzt zeitgemäße und attraktive Angebote für finanziell unterschiedlich ausgestattete Nachfrager müssen geschaffen werden. Dazu muss der Stadtrat die Verantwortung für ein konsequentes Durchmischen mit öffentlich gefördertem Wohnungsbau übernehmen; notwendig ist, neben finanziellem Engagement der Stadt, der Schulterschluss mit den privatrechtlich agierenden Unternehmen wie VeBoWAG, Wohnbau und der Sparkasse Köln-Bonn. So wie es im Stadtgebiet gilt, nicht untätig zu bleiben und Nachverdichtungspotenziale im Bestand, Konversionsflächen wie auch die Entwicklung großflächiger Wohnbauflächen gleichermaßen im Auge zu haben, gilt dies aber auch für neuen Wohnraum in der Region. Die regionale Karte ist zukünftig stärker zu reizen, da auf dem Stadtgebiet von Bonn der soziale Frieden unter der Bevölkerung keine großen quantitativen Wohnungsbausprünge mehr zulässt. Es ist daher gut, dass wir uns aktuell gemeinsam mit dem Rhein-

Sieg-Kreis auf den Weg gemacht haben, gemeinsam Gewerbe- und Wohngebiete auszuweisen, zu erschließen und zu bewirtschaften. Hier liegt ein neues Feld der Zusammenarbeit insbesondere mit Bornheim, Alfter, Meckenheim, Rheinbach und Sankt Augustin.

Aktuell entsteht durch den Zuzug von Flüchtlingen eine neue Dynamik in der Frage der Bereitstellung von Wohnraum. Es ist unsere Absicht, so lange es geht, auf eine Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten oder in Turnhallen zu verzichten. Wir haben daher in den letzten Wochen über 200 leer stehende Immobilien daraufhin untersucht, ob sie als vorübergehender Wohnraum in Frage kommen können. Damit verbunden ist ein intensiver Auftrag auch an die Stadt selbst, kurzfristig zusätzlichen Wohnraum herzustellen, auch durch Erwerb von leer stehenden Büroimmobilien, die umgebaut werden können.

Sicherheit und Sauberkeit

Es versteht sich eigentlich von selbst, dass eine gute Stadtentwicklung nur möglich ist, wenn Sicherheit und Sauberkeit ständig in den Blick genommen werden. Wir führten 2010 zunächst nächtliche Rheinauenkontrollen ein. Die Kooperation unseres zusätzlich bereit gestellten Personals mit der Polizei und dem privaten Wachdienst der Geschäftsleute in Bad Godesberg erwiesen sich als guter Schritt. Es gab weniger Schäden, weniger Müll und weniger Alkoholkonsum von Jugendlichen. Inzwischen wurde das Konzept auf andere Stadtbezirke ausgedehnt.

Die Ordnungspartnerschaft GABI (Gemeinsame Anlaufstelle Bonn-Innenstadt) mit der Polizei im Bahnhofsbereich erwies sich weiterhin als sehr erfolgreich; es kam zu einer Verlängerung des Alkoholkonsumverbotes im Bahnhofsumfeld.

Was die Bewertung der gesamten „Sicherheitslage“ angeht, haben wir in der Tat Fortschritte gemacht. Stellte man 2000 noch fest, dass sich, gemessen an der Kriminalstatistik, in keiner anderen Stadt in Nordrhein-Westfalen die Kriminalität so dramatisch entwickelt hatte wie in Bonn und von einem „Bonner Ganovenboom“ gesprochen wurde und wies man uns 2013 noch den Titel „Einbruchshauptstadt“ Deutschlands zu, darf sich Bonn nach der Kriminalitätsstatistik 2014 als

eine der sicheren Städte in Deutschland bezeichnen.

2011 nahmen wir das Verrichtungsgeländes zur Eindämmung der Probleme im Zusammenhang mit der Straßenprostitution in Betrieb. Die Bilanz kann sich auch hier sehen lassen: Es kommt kaum noch zu Sperrbezirksverstößen und die Zahl der Anwohnerbeschwerden ist deutlich gesunken.

In allen vier Stadtbezirken haben wir öffentliche Sicherheitskonferenzen eingeführt, die uns dabei helfen, die Lage besser einzuschätzen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. So wurden die Dienstzeiten des Stadtordnungsdienstes bis 1 Uhr nachts und an den Wochenenden ausgeweitet; dies war verbunden mit einer Personalaufstockung und der Durchführung von Schwerpunktkontrollen zu den Themen Jugendschutz, Nichtraucherschutz und Sauberkeit. Im Bereich der Verkehrssicherheit wurden die Zusammenarbeit mit der Polizei zum Thema Verkehrsunfallprävention intensiviert und die Kontrollen des Verkehrsaußendienstes in der Fußgängerzone verstärkt.

Die landesweit verschärften Sicherheitsbestimmungen bei Großveranstaltungen konnten in Bonn rasch umgesetzt werden. So dass z.B. auch „Pützchens Markt“ uneingeschränkt durchgeführt werden konnte und wir sogar die besonders große Herausforderung des Deutschlandfestes mit 800 000 Besuchern gut meistern konnten.

Im Innenstadtbereich ist die Handreinigung ist mit Beginn des Jahres 2012, begleitet von Personaleinstellungen, ausgeweitet worden. Bereits 2011 waren insgesamt zehn zusätzliche Mitarbeiter für die Innenstadtreinigung befristet bis Ende 2012 eingestellt worden. Zahlreiche Gespräche am runden Tisch mit Vertretern des Bonner Einzelhandels mündeten in weiteren Verbesserungen, z.B. der Ansprache an Fast-Food-Ketten und Imbisse wg. der Entsorgung von Verpackungsmüll, der Anschaffung von neuen Müllbehältern und der Einführung des „Müll-Telefons“.

Auf Friedhöfen haben wir ein neues Abfallsammlersystem eingeführt. Es führt zu einer besseren Abfalltrennung von Grün- und Restmüll. Den Investitionskosten von 780 000 Euro stehen

hier kalkulierte jährliche Einsparungen von rund 320 000 Euro gegenüber.

Dem Thema Farbschmierereien widmeten wir uns mit mehreren Maßnahmen. Wegen der bis dahin in der Verwaltung verstreut liegenden Zuständigkeiten richteten wir eine neue „Projektstelle Graffiti“ ein, die sämtliche Aktivitäten zur Prävention, Beseitigung und Ahndung von Farbschmierereien innerhalb der Stadtverwaltung koordiniert. Darüber hinaus dient sie als Ansprechpartner für Justiz, Initiativen, Vereine und für andere Kommunen. Und mit der ins Leben gerufenen Ordnungspartnerschaft gegen Farbvandalismus „Gemeinsam gegen Graffiti“ brachten wir die Stadt Bonn, die Polizei Bonn, die DB Station & Service AG, die Bundespolizeiinspektion Köln und Haus & Grund Bonn/Rhein-Sieg e.V. zusammen. Ziel ist es, nicht nur Schmierereien zu entfernen und zu reduzieren, sondern auch das Bewusstsein der Bevölkerung zu schärfen. Dazu gehörten Aktionswochen, Informationsveranstaltungen durch Fachfirmen, eine Ausstellung und die Einführung der „Graffiti-Hotline“.

Mit der Deutschen Post DHL und den Stadtwerken konnten wir die gemeinsame Haltung entwickeln, dass die zahlreichen Schalt-, Strom- und Lagerkästen im Stadtgebiet durch legales Besprühen verschönt werden sollten. Gemeinsam mit der Alanus-Hochschule führten wir selbst anlässlich des Deutschlandfestes ebenfalls eine entsprechende Aktion durch.

Die Sanierung der Wege an der Poppelsdorfer Allee und am Hofgarten (Begradigung der Wege, Drainage, ergänzende Bepflanzung, hellere Beleuchtung) trug ebenfalls zur Verschönerung des Stadtbildes und zu besserem Sicherheitsempfinden bei. So setzten wir, nachdem im Hofgarten die Belästigungen in den Abendstunden durch Jugendliche zugenommen hatten, auf Bitten der Universität zusammen mit den Stadtwerken zügig die alten Leuchten auf den Wegen durch neue. Die Erhöhung des Lichtstroms um 64 Prozent sorgte unmittelbar für eine Verbesserung der Situation.

Verkehr

Im Verkehrsbereich werden wir die entscheidenden Dinge nur in der Großregion gemeinsam

lösen können und deswegen ist es gut, dass wir in einer großen Gemeinsamkeit der Städte und Kreise zwischen Bonn und dem Niederrhein die „Metropolregion Rheinland“ in den Blick genommen haben, in der wir über Brückensanierungen, neue Brücken, Straßensanierungen, neue Verkehrsverbünde und neue Schienenstrecken reden können. Was wir selbst tun können haben wir getan oder wir haben es auf den Weg gebracht.

Adenauerallee und B9

Das Projekt „Umgestaltung der B9“, das etappenweise über die Tieferlegung der U-Bahn und den Ausbau des Trajektknotens erfolgte, ist abgeschlossen. Der voll signalisierte Kreisverkehr mit einem Radius von 36 Metern wurde, wie geplant, im Sommer 2013 fertig gestellt.

Als Voraussetzung für den Bau des Trajektknotens musste zunächst der Stadtbahntunnel an der Museumsmeile um 140 Meter verlängert und die Haltestelle Ollenhauerstraße verschoben werden. Von Oktober 2008 bis März 2011 konnte das rund 13,8 Mio. Euro teure Projekt vom Tiefbauamt und der SWB als Bauherren fristgerecht und im Kostenvolumen abgewickelt werden. In der zweieinhalbjährigen Bauzeit wurde der vorhandene Stadtbahntunnel um zirka 140 Meter in Richtung Bad Godesberg verlängert. Die Stadtbahnrampe schließt sich mit 84 Metern Länge an und mündet in der verlagerten neuen und barrierefreien Haltestelle Ollenhauerstraße. Damit konnte im Jahr 1974 zunächst als Provisorium angelegter Zustand endlich in einem passenden Endzustand gebracht werden. Der Großkreisel zwischen Heussallee und Langebachstraße auf der B9 (Friedrich-Ebert-Allee) verbessert u.a. die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzschwerpunktes Bundesviertel und den Verkehrsfluss auf der B9. Die Baukosten incl. Straßenbau beliefen sich auf ca. 4,5 Mio. Euro, die nahezu vollständig von Bund und Land aus der Entwicklungsmaßnahme Bundesviertel finanziert wurden. Im Anschluss hieran fand der Ausbau des letzten Teilabschnitts der Friedrich-Ebert-Allee zwischen Langenbachstraße und Adalbert-Stifter-Straße das Projekt statt.

Straßentunnel Bad Godesberg

Der Straßentunnel entsprach bei seiner Eröffnung 1999 den damals geltenden Richtlinien und technischen Sicherheitsstandards. Die Nachrüstung beruht auf den in den letzten Jahren aufgrund der verheerenden Katastrophen in Alpentunneln verschärften Richtlinien.

Daher ist eine kontinuierliche und stets mehrere Mio. Euro umfassende Sanierung und Unterhaltung des Bad Godesberger Tunnels erforderlich. Die sicherheitstechnische Nachrüstung des Tunnels ist laufender Arbeitsauftrag. In der ersten Baustufe wurden Sicherheitsbeleuchtungen an den Notrufsäulen und Fluchtwegen, LED Marker am Bordstein zur Verbesserung der Erkennbarkeit des Straßenverlaufes sowie Ergänzungen im Notrufnischennetz und bei den Notrufsprechstellen eingebaut. Zusätzlich wurden Lautsprecheranlagen im Tunnel ergänzt, um Sprachdurchsagen für die Tunnelnutzer im Störfall zu ermöglichen. In der nächsten Baustufe, die 2016 vorgesehen ist, werden die Tunnellüftung und die Belüftung im Brandfall sowie die Brandmeldeanlage modernisiert. Für die gesamte Nachrüstung in zwei Baustufen sind Kosten von 5,3 Mio. Euro veranschlagt.

Schienenverkehr

Auf der Schiene haben wir in Richtung Euskirchen mehr Kapazitäten erreicht und wir haben die S13 im rechtsrheinischen Stadtgebiet endlich unter Dach und Fach gebracht. Nach dem Beginn des Planfeststellungsverfahrens im Jahr 2003 konnte 2013 das vollständige Baurecht für die Maßnahme geschaffen und am 12.12.2014 der Finanzierungs- und Realisierungsvertrag zur S13 zwischen DB, Land und NVR (Nahverkehr Rheinland) unterzeichnet werden. Das Projekt S13 geht jetzt in die Ausführungsplanung und Umsetzung. Nach Auskunft der DB wird mit einer Bauzeit von 12 Jahren (2017-2028) gerechnet. In einer ersten Stufe soll ab 2026 der Betrieb bis zum Bahnhof Beuel aufgenommen werden. Zur Zeit laufen umfangreiche Abstimmungen zwischen DB und Stadt bezüglich der Eisenbahnkreuzungsvereinbarungen, die den Bau und die spätere Unterhaltung der zahlreichen Kreuzungsbauwerke regeln; mit den Vereinbarungen zur Kreuzherrenstraße und dem Schießbergweg sind hier die ersten Schritte ge-

tan. Wir wollen der Bezirksregierung vorschlagen, die Verlängerung der S13 von Bonn-Oberkassel nach Bad Honnef/Linz in den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes 2017 aufzunehmen. Ebenfalls aufgenommen werden sollen der Neubau der linksrheinischen S-Bahn Köln - Bonn-Mehlem, der vollständige zweigleisige, elektrifizierte Ausbau der Voreifelbahn S23 zwischen Bonn und Euskirchen und die vollständige zweigleisige Ausbau der Linie 18 zwischen Brühl und Bonn.

Auch die mit der Deutschen Bahn getroffene Vereinbarung zu den Bahnhöfen greift endlich erkennbar, nachdem ich im Februar im Schluß mit unserem Bundestagsabgeordneten Uli Kelber darauf gedrängt hatte, keine weitere Zeitverzögerung mehr zuzulassen. Mit der Sanierung des Bahnhofes Bad Godesberg wurde begonnen, es folgen der Hauptbahnhof und die Errichtung des Haltepunktes am UN Campus.

Barrierefreier Ausbau von Haltestellen

Unter dem Titel „Mobilität für alle - barrierefrei unterwegs“ arbeiten unsere Stadtwerke seit Jahren in regelmäßigen Arbeitskreisen mit der Stadt Bonn und der Behinderten-Gemeinschaft Bonn e.V., der Behindertenbeauftragten in Bonn, eng zusammen im Sinne der Belange von Menschen mit Behinderungen. Dem Ziel, die möglichst selbstständige Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben und eine barrierefreie Mobilität zu garantieren sind wir seit 2009 Schritt für Schritt näher gekommen.

Beispielhaft will ich das derzeit besonders ins Auge fallende Projekt des Umbaus der Stadtbahnhaltestelle am Stadthaus erwähnen. Alle Zugänge werden aktuell modernisiert und barrierefrei umgestaltet. Die Baukosten für den Umbau betragen 5,4 Mio. Euro, zuzüglich Aufwendungen für Betriebseinrichtungen auf Seiten der Stadtwerke. Die Fertigstellung ist für Oktober 2015 vorgesehen. Im Anschluss an die Maßnahme Stadtbahnhaltestelle soll auch die Bushaltestelle Stadthaus in Fahrtrichtung Alter Friedhof barrierefrei hergestellt und die Fahrbahndecken im Kreuzungsbereich zwischen Maxstraße und Florentiusgraben sowie am Berliner Platzes, zwischen Maxstraße und Bornheimer, erneuert werden.

Straßenausbau und Signalanlagen

Ich will, neben den vielen Einzelmaßnahmen bei der Sanierung von Straßen und Plätzen – allein für den Ria-Maternus-Platz in Bad Godesberg werden wir 2016 insgesamt 1,4 Mio. Euro ausgeben – sowie dem Neubau von Kreiseln, nur zwei der vielen sanierten Straßen beispielhaft erwähnen, weil sie den meisten Bürgern bekannt sind. Was die Koblenzer Straße für Bad Godesberg ist die Budapestster Straße für die Bonner Innenstadt. Die Umgestaltung der Koblenzer Straße erfolgte 2013. Der Straßenbau kostete ca. 1,8 Mio. Euro. Mit dem Einbau des hochwertigen Pflasters und des Farbasphaltes wurde eine städtebauliche Aufwertung der Bad Godesberger Innenstadt erzielt.

Der Umbau der Budapestster Straße erfolgte 2013 zeitgleich mit dem Neubau der Sparkasse. Die Budapestster Straße hat sich damit zu einem ansehnlichen Eingangstor vom Stadthaus in die Innenstadt entwickelt. Die Straßenbaukosten betrugen ca. 800 000,- Euro.

Insgesamt gilt allerdings, dass wir unsere Straßen aus Kostengründen vernachlässigen. Ich erinnere mich noch genau, wie der Kämmerer und ich bei jeder Haushaltsaufstellung mit dem Leiter des Tiefbauamtes Straße für Straße durchgingen, immer mit der Frage: Muss das im nächsten Jahr sein oder können wir das noch einmal schieben? Wir haben viel geschoben, um unser großes Ziel zu erreichen, ab 2021 keine neuen Schulden mehr zu machen.

Zur Modernisierung der Signalanlagen im Stadtgebiet und zur Reduzierung der Energiekosten wurden zwischen 2010 und 2014 die bis dahin noch mit Hochvolttechnik betriebenen Signalanlagen – etwa 100 der insgesamt rund 320 Anlagen – auf moderne LED-Technik umgerüstet. Dadurch konnten wir den Stromverbrauch an den betroffenen Lichtsignalanlagen um ca. 75 Prozent oder 620 000 kWh senken.

Kennedybrücke

Die Sanierung und Verbreiterung der „Kennedybrücke“ gilt als ingenieurtechnische Meisterleistung. Unvorhersehbare Schäden an der Unterseite der Brücke und von einigen Unternehmen zu

verantwortende Verzögerungen führten zu einer Steigerung der Kosten von 45 auf 51,4 Mio. Euro, die von Bund, Land und Kommune gemeinsam getragen werden. Die Eröffnung fand im Juli 2011 nach vierjähriger Bauzeit statt. Die Brücke wurde von 18 auf 26,80 Meter verbreitert und kann 1270 Tonnen mehr Last tragen. Sie bietet den Bahnen eine eigene Trasse und gehört zu Deutschlands besten Bauwerken, denn sie wurde mit dem Ingenieurbau-Preis 2010 ausgezeichnet. Mit einem Brückenfest am 3.7.2011 wurde der Schlusspunkt zur Sanierung und Verbreiterung des Bauwerks mit teils spektakulären Aktionen gesetzt. Größtenteils konnte der Verkehr während der Arbeiten weiter über die Brücke fließen. Es wurde zwar mehr investiert, als zu Baubeginn kalkuliert, dafür wurde aber u.a. auch mehr eingebaut als vorab absehbar war (z.B. zusätzliche Stahlverstärkung). Trotz vorher allseits prognostizierten Dauerstaus wegen des Baus eines eigenen Gleiskörpers und Reduzierung des Individualverkehrs auf eine überbreite Fahrspur pro Richtung funktionierte der Verkehrsfluss während der gesamten Bauphase.

Viktoriabrücke

Die Planungen zur Erneuerung der sanierungsbedürftigen Viktoriabrücke einschließlich der Errichtung einer Rampe zur Thomastraße wurden zum Abschluss gebracht. Aus dem im Rahmen der Planungen durchgeführten Gutachterverfahren wurde der Gestaltungsentwurf des Berliner Architekturbüros Kolb Ripke ausgewählt. Der Start des Projektes kann in Abhängigkeit von den durch die DB zur Verfügung gestellten Sperrzeiten der Gleise im kommenden Jahr erfolgen. Die Kosten des Gesamtprojektes liegen bei über 24 Mio. Euro, davon ca. 20,48 Mio. Euro Baukosten für Brücke und Rampe. Der Bau des Kreisels am Alten Friedhof (Anschluss der Rampe zur Viktoriabrücke) soll, sofern der Fördergeber zustimmt, Anfang 2016 begonnen werden. Hierdurch soll vorab die Erschließung der Baustelle „Nordfeld“ von Nordwesten gesichert werden.

In einem weiteren Verfahrensschritt werden noch in diesem Jahr die verkehrlich-städtebaulichen Anschlussräume an der Brücke wie auch eine Verbesserung der Fuß- und Radwege-Unterführung zwischen Weststadt und Altem Friedhof in den Fokus der weiteren Planung genommen.

Baustellenmanagement

Die Vielzahl der Brücken-, Straßen- und Kanalbaumaßnahmen in Bonn verlangt nach einem möglichst optimalen Baustellenmanagement. Ich will beispielhaft eine im Hinblick auf den Verkehrsfluss besonders kritische Aufgabe benennen, die wir mit der im Sommer 2014 anstehenden Erneuerung der Fahrbahnübergänge der Nordbrücke in den Blick zu nehmen hatten. In enger Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis konnte durch Anpassungen im städtischen Baustellenmanagement und einer abgestimmten, breit angelegten Infokampagne sowie der Etablierung innovativer technischer Informationssysteme das allseits erwartete Verkehrschaos erfolgreich verhindert werden.

Radverkehr - Fahrradhauptstadt

Die Förderung des Radverkehrs hat in der Bundesstadt Bonn schon seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert. So gibt es ein gutes Radwegenetz in der Innenstadt und abwechslungsreiche Radwanderwege entlang des Rheins, die sowohl von den Bonnerinnen und Bonnern als auch von Touristen gut angenommen werden. Im Projekt „RadRegionRheinland“ haben wir gemeinsam mit den Nachbarkommunen die regionale Vermarktung des Radtourismus vorangetrieben, seit 2015 wurde die Beschilderung der touristischen Routen um ein Knotenpunktsystem und neue Hinweistafeln ergänzt.

Bonn hat sich durch einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2010 das ambitionierte Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 „Fahrradhauptstadt“ in Nordrhein-Westfalen zu werden und damit unter anderem einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. 23 Prozent des CO₂-Ausstoßes stammen nämlich aus dem Straßenverkehr. Deshalb will die Stadt Bonn erreichen, dass viele Bürgerinnen und Bürger ihre Autofahrten im Kurz- und Mittelstreckenbereich durch Fahrradfahrten ersetzen. Dies soll gefördert werden durch viele gute und gepflegte Radwege, die dazu einladen, möglichst oft Strecken mit dem Rad zurückzulegen, z.B. den Weg zur Arbeit oder die sonntägliche Spazierfahrt. Auch ist eine gute Radverkehrsinfrastruktur Ausdruck einer modernen urbanen Lebensqualität. In zunehmender Zahl entstehen „Fahrradstraßen“ in den Stadtbezirken, die in einem zusammen-

hängenden Netz im Endausbau die Verbindungen zwischen den Ortsteilen für den Radverkehr bündeln sollen. Ich will beispielhaft nur den Stadtbezirk Bonn erwähnen, wo wir 2016 insgesamt 17 Straßen mit einem Finanzvolumen von über 150 000 Euro zu Fahrradstraßen machen. Wo möglich, wurden die Einbahnstraßen für den Radverkehr geöffnet. Kontinuierlich werden die Fahrradabstellanlagen in den Geschäftszentren und die Bike+Ride-Anlagen an den Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs ausgebaut, allein 2015 sind es drei neue. Anregungen des ADFC zur Aufstellung von Fahrradabstellanlagen griffen wir auf und setzen sie im Rahmen der Möglichkeiten um. So werden allein im Stadtbezirk Bonn 2015 an 19 Orten zahlreiche Anlehnbügel im Wert von rund 30 000 Euro aufgebaut.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt bei der Sicherheit der Radfahrerinnen und Radfahrer. Mit verschiedenen Aktionen und Initiativen wurde das Thema für Jung und Alt, Geübte und Ungeübte, Schüler und Lehrer aufbereitet. Die Rücksichtskampagne legt in diesem Bereich einen besonderen Schwerpunkt.

Die Bonnerinnen und Bonner werden in das Konzept eingebunden. Sie können sich bei verschiedenen Aktionen beteiligen, bei „Stadtradeln“, „Mit dem Rad zur Arbeit“, oder dem „Radaktionstag“ mitmachen und in jedem Jahr an der Online-Befragung „Fahrradklimatest“ teilnehmen, bei der sie konkrete Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge abgeben können.

In den Blick genommen und zum Großteil bereits umgesetzt haben die Verbesserung unserer Infrastruktur bei den Radwegen Thomastraße (in Planung), Dransdorfer Mühle, die Verbreiterung des Leinpfades am Rhein, Radweg Siegdeich und die Neubeschilderung und Etablierung des bereits erwähnten Knotenpunktsystems im touristischen Projekt „RadRegionRheinland“. Mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen bewegen wir uns, Pedaltritt für Pedaltritt, in Richtung einer Fahrradhauptstadt. Ich will einige Initiativen und Umsetzungen nennen:

- Installation von Dauerzählstellen für den Radverkehr.

- Erweiterung des Fahrradpools bei der Stadtverwaltung um Pedelecs.
- Beschluss eines Fahrradstraßenkonzepts
- Sukzessive Umsetzung von Fahrradstraßen in den Stadtbezirken
- Öffnung von Einbahnstraßen (Ausnahme: an Kreuzungen mit LSA)
- Kennzeichnung von Schutzstreifen in den Stadtbezirken (Jahresprogramme)
- Anpassung der Radwegebenutzungspflicht in den Stadtbezirken (in der Umsetzung)
- Öffnung der Fußgängerzone für den Radverkehr in den Nachtstunden
- Planung der Radstation in der Quantiusstraße
- Planung von Radschnellwegen in Bonn und Beteiligung am Landeswettbewerb
- Planung eines öffentlichen Fahrradmietsystems mit Standortplanung für 100 Stationen und 900 Fahrrädern und Werbekonzept (gemäß Ratsbeschluss als Aufgabe der SWB)
- Durchführung eines jährlichen Radaktionstages
- Ausgabe von Flyern zu Radrouten, Fahrradrallyes für Kinder und einer Rückblickskampagne
- Herausgabe der „Broschüre Fahrradhauptstadt“
- Jährliche Beteiligung an den Aktionen „Mit dem Rad zur Arbeit“ und „Stadtradeln“
- Jährliche Durchführung des Fahrradklimatests
- Herausgabe von Schulwegratgebern (Amos-Comenius-Gymnasium)
- Jährliche Durchführung der Black-Box-Lichtaktion in Bonner Schulen
- Vorbereitung einer Schulbefragung für sichere Schulwege

- Herbstaktion zum Thema Radverkehrssicherheit/Rücksichtnahme

Herausgreifen aus dieser Liste will ich zwei Projekte. Beim jährlich durchgeführten Fahrradklimatest, bei dem wir sehr detailliert die Zufriedenheitsrate unter Radfahrern ermitteln, konnten wir uns in der Gesamtnote kontinuierlich verbessern. Landeten wir 2012 noch bei 3,88 dürfen wir jetzt immerhin schon 3,65 vermelden. Es ist, das sei zugegeben, allerdings noch ein weiter Weg bis zur Bestnote. Von unseren zahlreichen Maßnahmen gefiel den Nutzern die Öffnung der Einbahnstraßen in die Gegenrichtung am besten.

Da uns inzwischen auch ein Bauantrag für den Neubau eines Apartment-Hauses für Studierende mit Radstation hinter dem Hauptbahnhof vorliegt, bereitet die Verwaltung bereits jetzt begleitend auch die Anschaffung von 250 Fahrradständern vor und kümmert sich um die Vorbereitung der Inbetriebnahme der derzeit provisorisch untergebrachten und auch von der Stadt Bonn unterstützten Radstation nach der Baufertigstellung.

Auf dem Wasser und in der Luft

Die 2012 durchgeführte Hafenmodernisierung führte zu einer erheblichen Steigerung des Umschlags von Wirtschaftsgütern und damit zu einer Steigerung des Wirtschaftsstandorts Bonn. Die neuen Projekte „Seilbahn Venusberg“ und „Wassertaxi“ befinden sich in der Prüfung; mit den neuen Schiffsanlegern an der Beethovenhalle und am Kameha haben wir den Schiffsverkehr im Bereich des Tourismus und damit ebenfalls den Wirtschaftsstandort Bonn stärken können.

Stadtgrün

Mit dem Projekt „Grünes C“ der Regionale 2010 wurden bei einer Gesamtinvestition von 4,6 Mio. Euro vielfältige Freiräume in den Städten Bonn, Bornheim, Niederkassel, St. Augustin, Troisdorf und der Gemeinde Alfter langfristig gesichert, miteinander verknüpft und weiterentwickelt. Zentrale Projekte auf Bonner Boden waren die Neugestaltung der Uferbereiche der Mondorfer Fähre, die Neugestaltung der rund vier Hektar großen Grünanlage Buschdorf-Rosenfeld mit Kleinspielfeld und Spielplatz in Buschdorf und die

Ergänzung der das Grüne C verbindenden Rad- und Fußwege im Bereich Meßdorfer Feld/Buschdorf sowie die Errichtung von sechs „Landschaftstoren“.

Mit dem neuen Pumpwerk in der Rheinaue konnten wir im Rheinauenpark zur Verbesserung der Wasserqualität des Rheinauensees bei einer Gesamtinvestition von rund 380 000 Euro beitragen. Wer, wie Bonn, sagen darf, dass rund ein Drittel der Stadtfläche aus „Grün“ besteht, der hat eine gewaltige und teure Aufgabe zu bewältigen. Besonders relevant für die zukünftige Unterhaltung des Stadtgrüns war eine mehrere Jahre umfassende Untersuchung aller Grünflächen und eine neue Einteilung in Pflegegruppen. Wer unsere Fachkräfte mit einem Ipad durch die Stadt gehen sieht, kann verfolgen, wie sie von Baumscheibe zu Baumscheibe gehen und den jeweiligen Zustand digital erfassen. Selbst jetzt, wo wir die finanziellen Möglichkeiten und die Notwendigkeiten neu justiert haben - und dabei zum Leidwesen vieler Bürger seltener Hecken schneiden und Unkraut beseitigen - rechnet uns die Gemeindeprüfungsanstalt noch vor, im Vergleich mit anderen Städten gäben wir immer noch zu viel Geld für die Grünpflege aus.

Für unsere Pflegekräfte haben wir für 1,4 Mio. Euro eine neue Unterkunft mit Fahrzeughalle in der Rheinaue gebaut, nachdem ich die alte wegen unhaltbarer Zustände hatte schließen müssen. Eine weitere ist in Planung, weil der provisorische Zustand in Containern am Alten Friedhof nur eine kurzfristige Notlösung sein kann.

Hochwasserschutz

Das rund 6,3 Millionen Euro teure Hochwasserschutzbauwerk am Rhein in Bonn-Beuel wurde von März 2010 bis September 2011 errichtet und war rund vier Monate früher als ursprünglich geplant fertig. Erneuert, verstärkt und erhöht wurde der Deich zwischen Kaiser-Konrad-Straße und Nordbrücke auf einer Länge von rund 2,4 Kilometer. Damit wurde ein Hochwasserschutz bis zu einer Höhe von 11,18 Meter Bonner Pegel erreicht (200-jährliches Hochwasser). Von der Kennedybrücke bis zur Ernst-Moritz-Arndt-Straße wurde der Hochwasserschutz mit einer Schutzhöhe von 9,50 Meter Bonner Pegel in den letzten Jahren ausgebaut. Gleichzeitig wurde das Rheinufer

neu gestaltet. Der fünfte und vorerst letzte Bauabschnitt wurde 2011 abgeschlossen, insgesamt wurden mit finanzieller Förderung durch das Land rund 6,35 Mio. Euro investiert. Mit diesen Maßnahmen konnten die bereits 1993 begonnenen Schritte abgeschlossen werden; insgesamt investierten wir in 20 Jahren rund 18 Mio. Euro allein in den Hochwasserschutz in Beuel.

Nach den verheerenden Hochwasserereignissen in den Jahren 2010 und 2013 wurden die Planungen für die Verbesserung des kommunalen Hochwasserschutzes am Mehlemer Bach konsequent und zeitnah vorangetrieben. Mit der nun favorisierten Lösung, dem Bau eines Entlastungskanals von der Bachemer Straße über den Drachensteinpark zum Rhein, wird es zukünftig möglich sein, ein Hochwasser schadfrei abzuleiten, welches rein statistisch alle 1000 Jahre einmal auftritt. Dies entspricht den Abflüssen, die am 3.7.2010 noch große Schäden verursacht haben. Erste Maßnahmen zur Verbesserung der Situation am vorhandenen Bachlauf wurden bereits umgesetzt (Installation von Grobrechen, Verbesserung der Einlaufsituation am Bachkanal in der Mainzer Straße und an der Domhofstraße, etc.). Mit dem Bau des ersten Bauabschnittes des Entlastungskanals wird voraussichtlich bereits im Herbst 2015 im Drachensteinpark begonnen. Investiert werden für den Entlastungskanal rund 8,2 Mio. Euro.

Neben den Vorbereitungen zu den baulichen Maßnahmen war und ist es wichtig, auch an die Eigenvorsorge der Betroffenen zu appellieren. So finden in der Bürgerberatung des Tiefbauamtes kontinuierlich Beratungen von Betroffenen statt, wie sie Schäden zukünftig ganz oder mindestens teilweise vermeiden können. Außerdem wurden gemeinsam mit der Feuerwehr bereits mehrere öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, in denen den Betroffenen einfache Schutzmaßnahmen vorgestellt wurden. Ergänzend wurde Informationsmaterial – Faltblätter, eine Broschüre ist in Vorbereitung, ausführliche Informationen auf www.bonn.de – bereitgestellt, mit dem auch unabhängig von den Veranstaltungen Hinweise zum Selbstschutz abrufbar sind.

Zudem besteht ein kontinuierlicher, guter Austausch mit der Gemeinde Wachtberg, der im Jahr 2013 mit der Gründung einer Hochwasserpart-

nerschaft auch förmlich konstituiert wurde. Die Planungen zum Hochwasserschutz Graurheindorf laufen. Mit der Umsetzung der nun beschlossenen Variante wird nicht nur der Hochwasserschutz der Ortslage auf ein Niveau von 9,50 m Bonner Pegel verbessert, sondern durch die Neutrassierung des Gewässers auch ein erheblicher Gewinn an Naturraum erreicht.

Die Planungen zur Beseitigung der ökologischen Defizite am Holzlarer See beinhalten auch die Erhöhung des Holzlarer Sees als Hochwasserrückhaltebecken zum Schutz der unterhalb liegenden Ortslage Holzlar. Im Rahmen des Runden Tisches, in dem sich Bürger und Politiker in die Planungen einbringen konnten, wurde die Vorgehensweise zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen Mitte. 2015 vereinbart, so dass nun auch die Planungen fortgeführt werden können. Derzeit wird die Entwurfsplanung vorbereitet.

Kläranlagen und Kanalnetz

Wir sind „reich“ an Kanälen. Insgesamt stellt das Vermögen der Stadtentwässerung einen Wert von rund 840 Mio. Euro dar. Seit 2010 sind über die eigentlichen Unterhaltungsmaßnahmen hinaus jährlich 3,5 Mio. Euro Investitionen in den „Generationswechsel“ unserer Kanäle geflossen. Jährlich werden rund 20 Mio. Euro in die Erneuerung des Kanalnetzes zur Abwasserbeseitigung und als Beitrag zur Nachhaltigkeit und zum Umweltschutz investiert. Zu nennen sind hier die Sanierung der Klärschlammverbrennung im Klärwerk Salierweg und die Erneuerung des Zulaufpumpwerks im Klärwerk Duisdorf. Die Kläranlagen Bad Godesberg und Beuel sind in der Genehmigungsplanung für eine erforderliche Erweiterung der Anschlusskapazitäten. Im Hochwasser-Pumpwerk in Beuel stehen die maschinen- und elektrotechnischen Baumaßnahmen zu noch mehr Hochwassersicherheit in der Endphase.

Auch in den Kläranlagen wurden seit 2010 über die eigentlichen Unterhaltungsmaßnahmen hinaus jährlich zwischen 3,5 und 5,4 Mio. Euro in den „Generationswechsel“ investiert. Unter anderem haben wir 2012 in Duisdorf (580 000 Euro) und 2014 auf der Kläranlage Salierweg (400 000 Euro) Blockheizkraftwerke zur Strom- und Wärmeerzeugung aus Klärgas errichtet. Aktuelle Maßnahmen sind die noch bis Ende des Jahres

laufende Erneuerung der Rohrleitungen der Abwasserfiltration in der Kläranlage Salierweg (1,8 Mio. Euro) und die Erneuerung der Zentrifugen zur Klärschlammmentwässerung der Kläranlagen Salierweg (1,45 Mio. Euro) und Duisdorf (420 000 Euro). Für die Kläranlagen Bad Godesberg und Beuel (den Stadtbezirken mit dem größten Bevölkerungswachstum in Bonn) sind die Genehmigungen für eine erforderliche Erweiterung der Anschlusskapazitäten bei der Bezirksregierung Köln beantragt.

Weitere Perspektiven

Neben der Fortführung der zu Beginn genannten bedeutsamen Projekte „Soziale Stadt Tanzenbusch“ und „Masterplan Innere Stadt“ will ich als wichtiges Zukunftsprojekt die Vollendung des Bundesviertels mit seiner teuren, aber unverzichtbaren technischen Infrastruktur nennen. Um den „Alten Schlachthof“ wird es, so oder so, aufregende Entwicklungen geben. Hier ist viel Kreativität gefragt, um dem neuen Campus Endenich und vor allem dem Arkema-Gelände bzw. Vogelsang Reputation zu verschaffen, denn dort wird übermorgen noch einmal über das Standing der Stadt von morgen entschieden, so wie vor 10 Jahren am Bonner Bogen, nur anders. Dazu sollte dann ein tief gelegter „Tausendfüßler“ gehören.

Über den Venusbergtunnel und den Ölbergtunnel werden zukünftige Generationen entscheiden. In einer Stadt, die weiß, dass die weiter wachsen wird, ist es die Aufgabe der heute Verantwortlichen, den Machern in der Zukunft keine Entscheidungsmöglichkeiten zu verbauen und Optionen offen zu halten. Schön wäre es, ich könnte noch zu Lebzeiten mit einer Seilbahn auf den Venusberg fahren, und mich darüber freuen, dass der sonst drohende Verkehrskollaps auf dem Weg zu den Kliniken auf diese Weise vermieden werden konnte.

9.

Modernisierung der Stadtverwaltung

„Miteinander arbeiten, voneinander lernen, füreinander leben!“

[frei nach Peter Petersen, Reformpädagoge]

Wie eine gute funktionierende Verwaltung aufgestellt sein muss, hatte ich vor meinem Amtsantritt in über 30 Jahren Arbeit in und mit der Landesverwaltung, auch als Dienstvorgesetzter gelernt. Sie lebt, wie jede Einrichtung, natürlich zuerst vom Engagement und vom Wissen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit dem Projekt „Schatzkiste“ wandte ich mich daher gleich zu Beginn meiner Amtszeit an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung, um die in den Köpfen der Mitarbeiter liegenden „Schätze“ zu heben. Es beteiligten sich rund 1000 Kolleginnen und Kollegen und die detaillierte Auswertung, gesteuert durch eine Projektgruppe von Personalrat und meinem Büro, führte nach und nach zu Veränderungen der Verwaltungsarbeit. Bereits die ersten 80 grundsätzlich als umsetzbar bewerteten Vorschläge führten zu Veränderungen. Weitere 70 Vorschläge wurden sehr genau geprüft und teilweise umgesetzt.

Unabhängig davon gelangte ich relativ zügig zur Einschätzung, dass bestimmte Veränderungen in den Strukturen und Ablaufprozessen sofort erforderlich waren, um die Herausforderungen an eine moderne, leistungsstarke und serviceorientierte Stadtverwaltung mit zufriedenen Beschäftigten und zufriedenen Bürgerinnen und Bürgern

erfolgreich annehmen zu können. Ich erließ Zug um Zug fast 30 Organisationsverfügungen mit mehr oder minder weitreichenden Konsequenzen für die Verwaltungsstruktur. Zu den Organisationsverfügungen mit den größten Auswirkungen gehörten:

- Auflösung des zentralen Baumanagements mit Eingliederung Amt 66 in Dez. VI und der Reorganisation des dazugehörigen Servicebereichs.
- Einrichtung der „Projektgruppe Konferenzzentrum“ und die damit einhergehende Konzentrierung der über viele Ämter verstreuten Zuständigkeiten und Aufgaben in der gesamten WorldCCBonn/BonnCC-„Problematik“.
- Einrichtung der „Städtischen Projektstelle Graffiti, Farbschmierereien und Wildplakatierungen“ zunächst im Amt 33 und später im SGB, wo Maßnahmen zur Beseitigung und Prävention nun zentral gesteuert werden und es einen zentralen Ansprechpartner gibt.
- Die Neuorganisation des Amtes 10 mit der Trennung in Amt für Organisation und Informationstechnologie (10) und Personalamt (11), und der damit verbundenen Einrichtung der Projektgruppe Verwaltung 2015, die für die Organisationsuntersuchung der gesamten Verwaltung eingesetzt ist.
- Erweiterung des Beteiligungsmanagements zur Verstärkung konzeptioneller Planungen im Bereich Finanzen und der Ausweitung des Controllings.
- Organisatorische Neuordnung der Wohnungsbauförderung, des Liegenschaftsbereichs und der Seniorenzentren, bei der bisher von verschiedenen Dezernaten und Ämtern wahrgenommene Aufgaben thematisch zusammengefasst und effizienter ausgerichtet wurden.
- Zusammenlegung der Spielplatzangelegenheiten, so dass die zentrale Zuständigkeit von vier Ämtern auf ein Amt (68) erreicht wurde.
- Zentralisierung von Brunnenangelegenheiten von drei Ämtern auf ein Amt (66).

- Zuordnung der Stabstelle Veranstaltungs-koordination zu Amt 33, um die Synergieeffekte und „kurzen Wege“ zu den am häufigsten in Veranstaltungen involvierten Abteilungen der Bürgerdienste zu nutzen.
- Anbindung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit als Stabstelle an den OB, um die Arbeit effektiver zu gestalten und die Entscheidungswege deutlich zu verkürzen.

Festzuhalten ist, dass es sich innerbehördlich um Maßnahmen handelt, die angesichts des stetig steigenden Kostendrucks und der Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geeignet waren oder sind, mit den vorhandenen Mitteln die Effizienz der Verwaltung zu stärken und Entscheidungswege oder Zuständigkeiten transparenter darzustellen. Für die Bürgerinnen und Bürger wurden einheitliche Ansprechpartner und eindeutige Zuständigkeiten geschaffen und dem Status der Stadt Bonn als serviceorientierte und bürgerfreundliche Verwaltung weiter Rechnung getragen.

Die Stabsstelle für Arbeitssicherheit erreichte in den beiden letzten Jahren, dass überall die notwendigen Standards Einzug hielten. Die erforderlichen Gefährdungsbeurteilungen sind erstellt und die zwingend gebotenen Sicherheitsunterweisungen erfolgen regelmäßig. Besonders erfreulich ist, dass in diesem Zusammenhang die Zahl der Arbeitsunfälle von 2010 bis 2014 gesenkt werden konnte. Waren es 2010 noch 242, verzeichneten wir 2014 nur noch 135 Unfälle. Auch die Wegeunfälle von und zur Arbeit sanken, so dass die Zahl der Ausfalltage von 2713 in 2009 auf 1397 in 2014 sank. 1316 so „gerette“ Arbeitstage haben einen Wert von etwa 0,25 Mio. Euro für den städtischen Haushalt.

Einer von mir 2010 vorgeschlagenen relevanten Strukturveränderung, nämlich ein Dezernat einzusparen, stimmte der Stadtrat erst mit der Einbringung des Haushaltssicherungskonzeptes 2014 zu. Sie wird mit dem Übergang auf meinen Nachfolger wirksam. Neben diesen maßgeblichen „Strukturveränderungen“ hat es zusätzlich zahlreiche „kleinere“ Organisationsverfügungen gegeben, die in ihrer Gesamtheit jedoch auch maßgeblich zur „Verschlankung“ der Verwaltung und deren Effizienzsteigerung, sowie einer Ver-

besserung der Bürgerorientierung beigetragen haben. Hier vor allem zu nennen sind:

- Einrichtung eines einheitlichen Ansprechpartners für Dienstleistungserbringer
- Einrichtung der „Arbeitsgruppe Innenstadtgestaltung“
- Zentrale Zuständigkeit für die Thematik „Bonn-Berlin“ im Amt für Wirtschaftsförderung
- Einrichtung der „Arbeitsgruppe Inklusive Bildung“
- Einrichtung der Anlaufstelle für Kongresswesen
- Neugliederung der Psychologischen Beratungsstelle
- Organisatorische Einbindung der Aufgaben Klimaschutz und Fair Trade Town in das Amt für Umwelt, Verbraucherschutz und Lokale Agenda.

Zur professionellen Abrundung dieses Ansatzes wurde 2011 ein neues Organisationsreferat eingerichtet, das seitdem Schritt für Schritt alle Organisationseinheiten der Verwaltung untersucht, um Abläufe zu optimieren und Entlastungen für Mitarbeiter möglich zu machen. Dazu gehört auch, die nach meiner Einschätzung mit in den Blick zu nehmenden Erwartungshaltungen in der Zukunft mit wachsenden Herausforderungen an eine moderne städtische Verwaltung zum Gegenstand der Untersuchung zu machen.

Im Dezernat des Oberbürgermeisters, in dem im Sommer 2011 der „Startschuss“ für das Projekt gegeben wurde, erfolgten ebenfalls Veränderungen in der Struktur der Verwaltung. Der Bereich „Internationales“, sehr bedeutsam für unsere Stadtentwicklung, wurde von der bislang dort auch geleisteten Alltagsarbeit der Terminkoordination und Terminvorbereitung entlastet; ein neu gegründetes „Büro des Oberbürgermeisters“ übernahm diese Aufgaben. Der Bereich „Grundsatzangelegenheiten“ erhielt eine neue „horizontale Ausrichtung“, kann dadurch stärker die Arbeit der Ämter vernetzen und weniger „vertikal“

dem Oberbürgermeister direkt zuarbeiten; dieser Entwicklungsprozess ist noch nicht abgeschlossen und wird von meinem Nachfolger fortgeführt werden müssen. Im Presseamt haben wir uns durch die Einrichtung einer neuen Stabsstelle verstärkt auf die Herausforderungen der „social media“ eingestellt.

Ich gehe davon aus, dass die „Projektgruppe Organisation“ im kommenden Jahr ihren ersten Durchlauf durch alle Organisationseinheiten abgeschlossen haben wird und wir dann sagen können, dass wir alle Möglichkeiten genutzt haben, unsere Stadtverwaltung zeitgemäß und leistungsstark auszurichten. Dazu gehörte auch, die sog. „zweite Führungsebene“ zu stärken. Die regelmäßigen Amtsleiterrunden und die gemeinsamen workshops an Wochenenden trugen stark dazu bei, die Leiterinnen und Leiter der Ämter mehr in die Entscheidungen und in die Arbeit der Verwaltungsspitze einzubeziehen. Nur auf diese Weise konnte zum Beispiel erreicht werden, dass wir als Verwaltung die außerordentliche schwierige Gemeinschaftsleistung schafften, der Politik in einem Haushaltssicherungskonzept 200 Konsolidierungsvorschläge zu machen, bei deren Diskussion wir uns nicht mehr auseinanderdividieren ließen. Als besondere Leistung, die unter Federführung des zuständigen Dezernenten Rüdiger Wagner, erfolgte, betrachte ich die zum 1.3.2013 durchgeführte Umwandlung des „Amtes für Stadtreinigung und Abfallwirtschaft“ in eine Anstalt öffentlichen Rechts, mit Namen „bonnorange“. Mit dieser Modernisierung hat die Stadt ein modernes Dienstleistungsunternehmen geschaffen, das seinen Bürgern zukunftsicher und kostengünstig wichtige Arbeit abnimmt.

Besonders freut mich, dass wir in vier der sechs Lohngruppen alle Etappenziele unseres Frauenförderplans erreichen konnten. Weitere Zukunftsaufgabe bleibt, die Zahl der Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Hier haben wir weiterhin Nachholbedarf, auch wenn wir an mehreren Stellen Frauen zu Führungskräften gemacht haben, wo zuvor ein Mann Amtsinhaber gewesen war.

Im Zuge einer weiteren Modernisierung sind weitere Anstrengungen zur Internationalisierung unserer Verwaltung bei besonderer Beachtung von Fremdsprachenkenntnissen wichtig. Dazu gehört auch ein sich kontinuierlich den steigenden Anfor-

derungen der internationalen Stadt anpassendes Angebot von Serviceleistungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler Einrichtungen und ausländischen Wissenschaftlern.

Ich weiß, dass die Veränderungen im Bereich der Bürgerdienste noch nicht in einer zufriedenstellenden Weise ausbalanciert werden konnten. Bei einer Zufriedenheitsumfrage würden wir nicht gut abschneiden. Ich will daher an die letzte Zufriedenheitsumfrage erinnern, die wir im September 2010 bei den Bürgerdiensten durchgeführt haben. Damals gaben uns die 3 587 befragten Kunden bei den Bürgerdiensten die Durchschnittsnote 1,7; nur 92 Bürger äußerten sich negativ über die im Durchschnitt 18 Minuten dauernden Wartezeiten. Ich bin überzeugt, dass wir im kommenden Jahr diese Werte wieder erreichen können.

Auf dem Weg zur digitalen Hauptstadt

Ab 2009 kam es zu einer Reihe von rasch greifenden Veränderungen im Bereich der digitalen Verwaltung, was uns schon im Juli 2010 ein großes Lob in einer wichtigen deutschlandweiten Studie einbrachte: „Bonn ist führend beim Einsatz von web2.0-Anwendungen auf der kommunalen Ebene.“ Ende 2009 führten wir das digitale Baumkataster ein, was uns die Arbeit im Bereich der Grünflächen und der Sicherung unserer 80 000 Bäume erheblich erleichtert. Im Oktober 2010 beurteilte der Deutsche Tourismusverband die Arbeit unserer „bonn-information“ mit „sehr gut“ und die Zeitschrift „Designtagebuch“ zeichnete unseren Webauftritt bonn.de mit dem 3. Platz in Deutschland aus. Im Januar 2013 wurde unser online-Angebot bei einer Untersuchung von 190 Städten mit 21 anderen Städten als „vorbildlich“ eingestuft. Die Seiten des Einwohnermeldeamtes mit dem Servicepaket „Umzug“ erreichten die Einstufung „Spitzenklasse“. Im Februar 2014 richteten wir, bundesweit einmalig, ein Open Data Government ein und stellten zunächst die Daten aus dem Bonner Rats-Informationssystem sowie Finanz-, Statistik und Geoinformationen zur kostenlosen Nutzung in. Wir setzen diese Anstrengungen fort und wurden 2015 mit dem 3. Platz im Ranking der „Digitalen Hauptstädte“ Deutschlands belohnt.

Gesamtstädtisch war die Telekom ein wichtiger Partner bei der Schaffung der allerbesten Voraussetzungen für den Datentransfer unserer Un-

ternehmen, aber auch der Privathaushalte. 2015 begannen die ersten Schritte mit der Verlegung von 33 Kilometer Glasfaserkabel. Die Kupferleitungen, die von den Multifunktionsgehäusen in den Straßen bis zu den Häusern laufen, werden mit einer Vectoring-Technik ausgestattet, die den Datentransfer beschleunigt. Dadurch vervierfacht sich das Tempo beim Heraufladen; beim Herunterladen verdoppelt es sich.

10.

Großprojekte „WorldCCBonn“ und „Festspielhaus“

Hunderterlei Wünsche, Hoffnungen, Entwürfe entfalten sich in meiner Seele.“

[Goethe]

WorldCCBonn

„Ein Dämon liegt über der Stadt“

[Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch zu Bundesbauminister Peter Ramsauer, 2009]

„Wie könne mer et bloß maache, ohne jet donn ze mösse?“

[Rheinisches Sprichwort für Unentschlossene]

Ausgangspunkt für unser Projekt war der sog. „Bellevue-Vertrag“ aus dem Jahr 2002, in dem sich Bund, Land und Stadt verpflichteten in Bonn für die Vereinten Nationen ein Konferenzzentrum zu errichten. Der Bund stellt Grundstücke im Wert von 43,5 Mio. Euro zur Verfügung, das Land Fördermittel in Höhe von 35,7 Mio. Euro.

Dann kam der 24. September. Wir wissen, dass ein 24. September es in sich haben kann, wie zum Beispiel der im Jahr 1896, dem ersten Schwarzen Freitag in der Wallstreet im New York, als der Handel kollabierte. Am 24. September 2009 kollabierte in Bonn ein Teil der kommunalpolitischen Kultur. Urplötzlich lag ein Dämon über der

Stadt. Man schämte sich. Waren doch alle Stadtgestalter, von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, einem Betrüger aufgesessen, der besonders geschickt darin gewesen war „Hyundai“ zu hauchen und am Ende ohne Hemd dazustehen. Am 24. September 2009 trat der Baustopp am WorldCCBonn ein. Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei schleppten Aktenberge aus den städtischen Büros, befeuert von den Exekutierenden der „Vierten Gewalt“, die wir bis dahin nur für kritische Journalisten gehalten hatten. Unser Diekmann hieß Tyrock und unser Wulff hieß Dieckmann. Ein deutsches Gericht hat Diekmann bescheinigt, dass er als Chefredakteur der BILD-Zeitung „bewusst seinen wirtschaftlichen Vorteil aus der Persönlichkeitsrechtsverletzung Anderer sucht“. Ein anderes deutsches Gericht hat Tyrock bescheinigt, dass er als Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers die Persönlichkeitsrechte des Oberbürgermeisters verletzt hatte. Diekmann ist noch bei der BILD, Tyrock jetzt bei WAZ.

Mein geschätzter Kollege Ude hat ein wunderschönes Buch mit dem Titel „Ich baue ein Stadion – und andere Heldensagen“ verfasst. Man kann darin „Stadion“ durch „WorldCCBonn“ austauschen und glaubt sofort, man sei in Bonn und nicht in München. Ich wandele ein wenig auf Christian Udes satirischen Spuren, wenn ich mich im Folgenden mit meinen vereinfachenden Gedankengängen dem kleinen, aber nicht unbedeutenden Kapitel unserer Stadtgeschichte von 2083 Tagen widme, das am 24.9.2009, dem Tag des Baustopps, begann und das am 7. Juni 2015 endete, als wir das durch die Stadt Bonn fertig gestellte WorldCCBonn einweihen konnten und der Dämon verjagt war.

Die ersten vier Wochen der Krise fielen noch meiner Amtsvorgängerin in den Schoß. Als ich am 21.10.2009 übernahm, war klar, dass ich fortan in der 12. Etage des Stadthauses, in meinem zweiten Büro, viel Zeit verbringen würde. Dort hatten nämlich bereits mehrmals pro Woche einige gewichtige Herren Platz genommen, die uns schon bei ihrem ersten Auftritt und beim Verteilen der Visitenkarten verdeutlichten, dass es ein erbittertes Ringen geben würde. Die erste Liga war aufmarschiert. Die Sparkasse Köln-Bonn hatte als Hauptgläubiger die Kanzlei Görk mit Rechtsanwalt Dr. Nerlich als „Zwangsverwalter“ an ihrer Seite; der nachrangige Gläubi-

ger Arazim, ein Geldverleihinstitut aus Zypern, vertreten durch Rechtsanwalt Zvi Tirosh, trat der Zwangsverwaltung bei. Die Kanzlei Wellensiek übernahm die Insolvenzverwaltung und die Interessen aller, also auch der anderen Gläubiger, unter ihre Fittiche und dies bei gleich allen drei insolventen Firmen, der UNCC GmbH mit Investor Dr. Kim, der WorldCCBonn GmbH als Betreiber des WorldCCBonn mit dem alten Plenarsaal und der SMI Hyundai, dem insolventen Bauunternehmen. Wellensiek, vor Ort vertreten durch Rechtsanwalt Christopher Seagon, warb schon damals auf seiner Internetseite mit „Lösungen für den Turnaround“; es war zu Beginn allerdings nicht klar, ob wir ein gemeinsames Verständnis mit Seagon haben würden, den Turnaround so zu vollziehen, dass der im Projektvertrag beschriebenen „Heimfall“ auf die Stadt Bonn oder einen von uns bestimmten „Dritten“ die einzig mögliche Handlungsoption sein konnte.

Erste Liga war also angesagt und so verpflichteten wir auch zwei aus den Top Ten: Hengeler/Mueller und Gercke/Wollschläger. Ein in Krisensituation damals schon etwas erfahrener Kollege, Landrat Kühn aus dem Rhein-Sieg-Kreis, sprach mir Mut dazu. Er verwies darauf, dass auch beim Müllskandal, der einige Jahre zuvor den Rhein-Sieg-Kreis erschüttert hatte, einige Millionen Beraterhonorare notwendig gewesen waren, um 27 Mio. Euro erfolgreich zurückzuholen, die dem Kreis zuvor abhanden gekommen waren.

Die Sparkasse KölnBonn, Tochter der Stadt Bonn zeigte sich vom ersten Tag an als verantwortlicher Hauptgläubiger, begann am Tag meines Dienstantritts, dem 21.10.2009, mit der Wintersicherung und stellte in Aussicht, einen Weiterbau des Kongressteils über den Zwangsverwalter zu ermöglichen. Ich werde den Abend des 3. Dezember 2009 nicht vergessen, an dem ich Hoffnung schöpfte. Gemeinsam mit dem Insolvenzverwalter und dem Vorstand der Sparkasse entwickelten wir eine Strategie für den schnellstmöglichen Weiterbau, denn alle wussten: „Zeit ist Geld“. Es waren die Tage, an denen der Insolvenzverwalter den FDP-Bundesvorsitzenden über die stillstehende Baustelle führte und davon sprach, mit einigem Glück könne die FDP dort im April 2010 ihren Bundesparteitag durchführen. Die Sparkasse wollte nach diesem Plan den Insolvenzverwalter mit dem notwendigen Kapital zur Fertigstellung

des WorldCCBonn ausstatten und dieser würde, nach Fertigstellung, den Heimfall auf die Stadt Bonn auslösen. Zwar nahm die Sparkasse umgehend 4 Mio. Euro in die Hand, baute die Heizungsanlage zu Ende und sicherte das Gebäude – aber im Januar 2010 platzte die Idee. Die Sparkasse KölnBonn teilte mit, dass sie aufgrund aktueller Entwicklungen Probleme sah, den Weiterbau zu finanzieren. Hintergrund war der Umstand, dass die Sparkasse wegen der vielen in Köln erzeugten Probleme, die ihrerseits dort die Staatsanwälte auf den Plan gerufen hatte, unter Aufsicht der EU gestellt worden war. Weitere Investitionen, die seitens der EU als „risikohaft“ eingestuft werden könnten, wollte sie unter diesen Vorzeichen nicht eingehen, denn davon hatte sie schon genug.

Mein erstes Ziel war, den „leichtesten“ der drei Insolvenzfälle aufzulösen. Wir wollten das, was bis dahin gut funktioniert hatte, also die Vermarktung des alten Plenarsaales und des Wasserwerkes, nicht beschädigt sehen. Im Dezember 2009 schlug ich dem Rat daher vor, den Kongressbetrieb von der insolventen Betreibergesellschaft WorldCCBonn GmbH in eine städtische GmbH zu überführen, damit der Kongressbetrieb in den Bestandsbauten (Plenarsaal, Wasserwerk) und der Betrieb der Beethovenhalle nicht weiter in der Insolvenz geführt werden musste. Das hatte sich nämlich schon nach wenigen Wochen als extrem schädlich erwiesen; wer bucht schon einen Kongress bei einem Insolvenzverwalter? Der Rat folgte diesem Vorschlag im Februar 2010.

Inzwischen war es auch gelungen, ein gemeinsames Verständnis zwischen Verwaltung und Insolvenzverwalter über den „Turnaround“ herbeizuführen. Seagon erklärte seine Bereitschaft, sich von der bevorstehenden Gläubigerversammlung im März 2010 zum Abschluss einer einvernehmlichen Heimfallvereinbarung mit der Stadt Bonn beauftragen zu lassen.

So weit so gut. Erst in der Gläubigerversammlung wurde, wie bei einer Theateraufführung durch den überraschenden Auftritt eines „Bösen“, deutlich, dass nicht alles glatt laufen würde. Gut 90 Minuten hatten wir unter Vorsitz des Gerichts das Prozedere einer Gläubigerversammlung durchlaufen und alles war gut. Wir standen kurz vor der Frage an die Gläubiger, ob der Insolvenzverwalter beauftragt werden sollte, mit der

Stadt Bonn den Heimfall zu verhandeln. Die Tür zum Sitzungssaal ging auf, großer Auftritt Tirosh, Arazims Anwalt. Die Investmentfirma Arazim Ltd. (Zypern) hatte 2007 Dr. Kim 10,3 Millionen Euro zu rund 60 Prozent Zinsen geliehen, damit dieser einen Eigenkapitalnachweis beibringen konnte. Da Dr. Kim nicht pünktlich zurückgezahlt hatte, wurden 94 Prozent der WorldCCBonn-Anteile an Arazim übertragen. Später gelang Arazim die Pfändung eines Kontos von Dr. Kim, man holte sich das Darlehen zurück, aus 10,3 Mio. Euro waren inzwischen etliche Millionen mehr geworden. Arazim blieb aber als Gläubiger im Grundbuch. Ein normal Sterblicher wie ich hatte angenommen, Arazim hätte genug Geld verdient und würde dem Heimfall zustimmen. Nein, dem war nicht so: Tirosh tobte. Er beschuldigte den Insolvenzverwalter im Gerichtssaal in scharfer Attacke des Verrats an Gläubigerinteressen und stellte in Aussicht, ihn, Seagon, persönlich für den Arazim im Falle eines Heimfalls an die Stadt Bonn zugefügten Schaden haftbar zu machen. Seagons Stern sank. Kein Heimfall. Wir machten das, was man in solchen Situationen immer macht – wenigstens eine Vertagung. Was mit Zustimmung aller hätte glatt laufen können, verkehrte sich fortan ins Gegenteil. Da der Konsens nicht möglich war, rief nun jeder „Rette sich wer kann!“, hob seinen eigenen Schützengraben aus und munitionierte sich nach Kräften für die eigene Sache. Und es gab viele Gläubiger, also auch viele Schützengräben, viel Munition und viele „eigene Sachen“.

Die Verhandlungen zwischen dem Insolvenzverwalter und der Stadt Bonn zur Heimfallvereinbarung gerieten ins Stocken, da dieser zunehmend die Interessen und Rechtspositionen anderer Gläubiger in die Gespräche einzubringen hatte. Die Sparkasse KölnBonn munitionierte „ihren“ Zwangsverwalter, der sich fortan über Monate mit dem Insolvenzverwalter über einen angeblich notwendigen, gemeinsam festzustellenden „Bautenstand“ stritt. Hinter einer logischen Aussage „Wir können nur etwas im Heimfall weggeben, von dem wir beide übereinstimmend wissen, wie es innen aussieht“, stand in Wahrheit ein reiner Machtkampf. Als es über Wochen nicht voranging, warf ich dem Zwangsverwalter eine „Verschleppungstaktik“ vor und stellte ihm in Aussicht, wir würden uns zu gegebener Zeit genau zu erinnern wissen und ihm dann eine Schadensrechnung für den entstandenen Zeitverzug prä-

sentieren. Beifall vom Insolvenzverwalter – kaufen konnten wir uns davon (noch) nichts. Einige Monate später wurde das scheinbar gemeinsame Bemühen um den Bautenstand ergebnislos eingestellt. Jeder ging seinen eigenen Weg. Wir versuchten uns nun selbst an einer Feststellung des Bautenstandes, bzw. wollten dies beauftragen, scheiterten aber in den Verhandlungen mit dem Insolvenzverwalter und auch mit dem Zwangsverwalter.

Der April 2010 hatte es in sich. Zunächst legte der Insolvenzverwalter ein eigenes Gutachten vor. Ergebnis seiner forensischen Prüfung: Fertigstellungskosten (Restbauleistung) in Höhe von 74,3 Mio. Euro für Hotel und Kongressbereich; heute wissen wir, dass für beide Objekte die doppelte Summe näher an der Wahrheit liegt. Als Zeitraum für die Fertigstellung benannte der Insolvenzverwalter 9-12 Monate. An Bauleistungen seien, das war eine wichtige Aussage, nachweisbar 136 Mio. Euro in das Projekt geflossen. Der in den Medien bis dahin gern verbreiteten Unterstellung, es seien Millionen in schwarze Löcher gefallen, bot sich ab sofort nur noch wenig Raum. Öffentliches, privates und geliehenes Geld waren demnach tatsächlich zum allergrößten Teil tatsächlich in den Bau geflossen.

In diesen Tagen kümmerte ich mich verstärkt um die Hilfe des Bundes und suchte den zuständigen Bundesminister Ramsauer auf. Ramsauer teilte meine Auffassung, dass es sich immer noch um ein gemeinsames Projekt von Bund, Land und Stadt handelte und nahm sich der Angelegenheit sofort an. Es kam im Oktober 2010 in Berlin zu einem Gespräch mit den Staatssekretären mehrerer Ministerien, die gemeinsam eine finanzielle Unterstützung von Bund und Land (14 + 3 Mio. Euro) zusagten, wie sie schließlich in der 5. Ergänzungsvereinbarung vom Juli 2013 wirksam wurde. Ein von Ramsauer vermitteltes Gespräch mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), in dem ich die Behörde um Unterstützung bei der Fertigstellung des WorldCCBonn bat, blieb hingegen ergebnislos. Man sei nicht zuständig.

Auch in der zweiten Gläubigerversammlung gab es keinen Fortschritt: Der Insolvenzverwalter zog seine eigenen Konsequenzen aus dem Gläubigerstreit und erkannte fortan überhaupt keinen An-

spruch mehr von irgendeinem Gläubiger an. Er teilt der Stadt Bonn mit, dass er ihre Rechtsposition nicht teile und es im Streitfall mit ihm zu einem langjährigen Prozess und in dieser Zeit auch nicht zu einem Baufortschritt kommen werde.

Eine gute Nachricht gab es in diesen Tagen hingegen vom Land Nordrhein-Westfalen. Nachdem im Zuge der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen der Verdacht aufkam, das Land sei bei der Auszahlung seines Zuschusses von der Stadt Bonn getäuscht worden, bat ich die Bezirksregierung um Stellungnahme. In Abstimmung mit dem Innenminister teilte mir der Regierungspräsident mit, er sehe keinen Grund, den bereits ausgezahlten Betrag von rund 25 Mio. Euro zurückzufordern. Man fühle sich auch nach Rücksprache mit dem Landesrechnungshof nicht getäuscht und werde die noch ausstehenden rund 10 Mio. Euro nach Fertigstellung auszahlen. Zu einer Rückforderung werde es nur kommen, wenn das Projekt nicht fertig gestellt würde. Wer weiß wie Verwaltung arbeitet, weiß, dass an diesem Schriftstück mindestens ein halbes Dutzend Personen gefeilt hatten. Ich überreichte der Staatsanwaltschaft dieses Schreiben; sie blieb allerdings bei ihrer Auffassung und das Gericht eröffnete vier Jahre später ein Verfahren gegen zwei städtische Bedienstete mit dem Vorwurf, die Auszahlung der Landesmittel unter Vortäuschung falscher Tatsachen herbeigeführt zu haben. 2015 erschienen dann die Personen, die das mir 2010 überlassene Schreiben verfasst hatten, als Zeugen vor Gericht. Sie sagten das aus, was sie mir schon geschrieben hatten. Kurz danach stellte der Richter das Verfahren ein. Zwischen der alten und der neuen Bewertung derselben Aussagen waren fast 5 Jahre vergangen; 5 Jahre, in denen den beiden Angeklagten viel Leid erspart geblieben wäre, hätte die Staatsanwaltschaft den Brief anders bewertet.

Ebenfalls noch im April, diesem ereignisreichen Monat, legte unser Rechnungsprüfungsamt mir den Entwurf seines Berichts zum WorldCCBonn vor. Ich hatte diesen Bericht noch nicht einmal gelesen, da wurde mir schon vorgeworfen, ich würde das umfangreiche Schriftstück in meinem Tresor zurückhalten um es „zu glätten“. Ich hatte damals in meinem Interimsbüro in der Welschnonnenstraße gar keinen Tresor. Nach erster Lektüre entband ich den Leiter des Städtischen Gebäu-

demanagements (SGB) von seinen Aufgaben, da Zweifel an der Sorgfalt seines Controllings formuliert worden waren und ich keine Chance für ihn sah, seine Aufgaben unter diesem Verdacht störungsfrei weiter ausüben zu können. Er übernahm andere Aufgaben. Eine fristlose Kündigung, die ich ebenfalls hatte prüfen lassen, hätte nach Aussage aller Fachanwälte nur eine maximal 30prozentige Chance auf Erfolg gehabt. Dieses Risiko wollte ich nicht eingehen, da der Betroffene dann wieder Anspruch auf seinen alten Arbeitsplatz gehabt hätte. Ich gehe davon aus, dass das strafrechtliche Verfahren gegen den Betroffenen, wie bei den beiden anderen städtischen Bediensteten auch, am Ende ohne Schuldfeststellung beendet werden wird.

Im Juni 2010 zog der Rat der Stadt Bonn eine erste Bilanz zum bisherigen Bemühen um die Lösung des „WorldCCBonn-Problems“. Der Bonner General-Anzeiger hatte bereits zahlreiche Folgen seiner „Millionenfalle“ veröffentlicht, vor allem indem er den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes ausschaltete, den er zeitweise sogar nach Auffassung eines deutschen Gerichts (LG Hamburg 324 O 379/10) widerrechtlich komplett veröffentlicht hatte und was ihm eine Rüge des Presserats eintrug. Ich gab in einer längeren Rede eine Situationsbeschreibung, wobei sich nicht vermeiden ließ, auch Dinge anzusprechen, die unterschiedlich gesehen wurden.

Ich warb sehr dafür, alle Ereignisse aufzuklären, distanzierte mich aber von tendenziösen Artikeln, die nicht bei der Aufklärung eines schwierigen Sachverhalts helfen konnten, ja sie behinderten. Mit der praktizierten exzessiven Anwendung des sog. Verdachtsjournalismus wurde nämlich der Unschuldsvermutung, die unseren Rechtsstaat prägt, mehr und mehr der Raum genommen und der Schuldvermutung ein Weg geebnet. Schaut man sich heute an, welchen Leidensweg die städtischen Bediensteten über 5 Jahre zurückzulegen hatten und wie oft sie in den Medien als mutmaßliche „Verantwortliche“ diskreditiert worden waren, um am Ende ohne Schuld aus den Gerichtsverfahren herauszugehen, fragt man sich schon nach dem Umgang mit der Verantwortung, wie er heute von Medien gelebt wird, die sich oft für unbelangbar halten. Ich hatte daher 2010 gegenüber dem Herausgeber der Zeitung angeregt, mit ihm öffentlich darüber zu diskutie-

ren, wo Journalismus seine Grenzen hat. Der Herausgeber antwortete, dass er an einer solchen öffentlichen Diskussion kein Interesse habe. So kam es, dass ich auf einmal Seite an Seite mit dem damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch stand, ein Ereignis, das ich mir bis dahin kaum hatte vorstellen können. Koch hatte nämlich kurz zuvor in der „Welt am Sonntag“ Folgendes gesagt: *„Unter der Behauptung des investigativen Journalismus kommen doch viele Berichte daher, in denen am Ende vor allem manipuliert und Meinung gemacht wird, Nachricht und Kommentar vermischt werden. Immer mehr wird auf Boulevardisierung und Skandalisierung gesetzt.“*

Diese „Nachrichten-Unterhaltungskultur“ ereignet sich übrigens seit Jahren nicht nur in Bonn und Hessen, sondern weltweit, weswegen Präsident Obama sie als „Gefahr für die Demokratie“ bezeichnete. Da wo es erst einmal um das Verstehen und Erklären gehen müsste, wird oft schon beurteilt und verurteilt. Und der Sprecher des Berliner Senats sagte dazu etwa zur selben Zeit: *„Im Wettlauf um die schnellste, pfiffigste, radikalste Story wird Politikverachtung deutlich. Alarmismus statt Erklären. Eine Mediengesellschaft, deren Öffentlichkeit vom Negativismus geprägt ist, verliert nach und nach die Fähigkeit zur demokratischen Gestaltung.“*

Ich war selbst ebenfalls Gegenstand einer solchen manipulativen Darstellung geworden. Der Bonner General-Anzeiger unterstellte zum Beispiel im Juli 2010 in Frageform, ich würde mit dem neuen Justizminister, der wie ich der SPD angehöre, „an allen Strippen“ ziehen, um die Staatsanwälte in Bonn anweisen zu lassen, sich in meinem Sinne zu verhalten. Zuvor war bereits im April 2010 ein Foto von mir und Bärbel Dieckmann, das uns gemeinsam beim Start des Marathon-Laufes im April 2010 zeigte mit der seitenbreiten Schlagzeile belegt worden: „Tarnen, tricksen, täuschen“. Das war die Antwort einer Zeitung an einen Oberbürgermeister, der es auch mit Kritik an der Art der Darstellung wie sie die Zeitung betrieb nicht hatte fehlen lassen. Ein leitender Mitarbeiter dieser Zeitung ließ mich dazu wissen, ich hätte doch wissen müssen, dass der General-Anzeiger „hoch gerüstet“ sei. Dabei habe ich eigentlich großes Verständnis für Journalistinnen und Journalisten, die als abhängige Glieder in ausgedünnten Redaktionen unter hohem Zeitdruck stehen und oft

selbst die Oberflächlichkeit ihrer Arbeit beklagen. Sie arbeiten in einer viel hierarchischer gewordenen Redaktion, die weniger Raum für die Freiheit des Wortes lässt. Mehr und mehr zieht eine Kultur der Angst in die Redaktionsstuben ein, wenn Journalisten sagen, „Schicken Sie mir Ihre Mail lieber nach Hause – ich weiß nicht wer mitliest.“ Oder „Telefonieren wir draußen, auf meinem privaten Mobiltelefon – ich weiß nicht wer mithört.“ Es sei an dieser Stelle der Vollständigkeit halber erwähnt, dass ich in meiner Amtszeit leider dreimal vor Gericht gehen musste, um wenigstens ab und zu die allergrößten Wahrheitsverdrehungen gerade zu rücken und dreimal entschieden die Landgerichte in Hamburg und Köln gegen die Zeitung.

Im ersten Insolvenzverfahren kamen wir hingegen gut voran. Die Verhandlungen für die Übernahme des Kongressbetriebs verliefen zügig und im Juni 2010 erwarben wir schließlich die insolvente WorldCCBonn GmbH durch Notarvertrag vom Insolvenzverwalter und wurden wieder Herr des Verfahrens. Im August 2010 schlossen wir mit der neu gegründeten städtischen Tochtergesellschaft BonnCC einen Betriebsführungsvertrag; ab September nahm die Zahl der Buchungen wieder zu. Dieses Problem war erst einmal gelöst.

Wie verhielten sich die Vereinten Nationen – denn sie waren ja die eigentlich Betroffenen, weil das ursprünglich für 2010 vorgesehene Konferenzzentrum nicht zur Verfügung stand? Im Juni 2010 bestellte mich der Generalsekretär des UNO-Weltklimasekretariats (UNFCCC), Yvo de Boer, im Rahmen der UN-Klimakonferenz „Subsidiary Body for Implementation“, die alljährlich in Bonn im Juni im Maritim stattfand und die erstmals 2010 hätte im WorldCCBonn ausgerichtet werden sollen, in das Tagungssekretariat und drückte mir gegenüber in Anwesenheit mehrere Verantwortlicher des UNFCCC seine Besorgnis aus. Er erklärte, die Haltung zahlreicher Staaten gegenüber dem Standort Bonn habe sich durch die gestoppte Bautätigkeit des Konferenzzentrums verändert und er sehe sich zahlreichen Initiativen gegenüber, Bonn nicht mehr als Veranstaltungsort zu wählen. Insbesondere die in der sog. „Umbrella-Group“ vereinten Staaten (USA, Kanada, Japan, Norwegen, Russland, Ukraine, Neuseeland, Island und Australien), die als „Bremsen“ in der Klimapolitik eine andere Auffassung

verträten wie die Bundesrepublik Deutschland, würden die Nicht-Fertigstellung des Konferenzzentrums zum Anlass nehmen, die Verlässlichkeit Deutschlands und damit indirekt auch seine Klimapolitik in Frage zu stellen. Ich informierte darüber die zuständigen Bundesministerien in zahlreichen Einzelgesprächen, deren Mitarbeiter mir mitteilten, dass sie auf Arbeitsebene dieselben Rückmeldungen erhalten würden. Die im Juli 2010 neu ins Amt gekommene Generalsekretärin des UNFCCC, Christiana Figueres, erneuerte nach ihrem Amtsantritt die von ihrem Vorgänger formulierten Hinweise und erinnerte mich nachdrücklich an die Zusicherung der Bundesrepublik Deutschland, den Vereinten Nationen ein Konferenzzentrum zur Verfügung zu stellen.

Und was war mit der Sparkasse? Bei der akribischen Arbeit unserer Anwälte und Berater war diesen aufgefallen, dass die sog. „Nebenabreden“, die der Rat der Stadt als eine Art Bürgschaft für insgesamt 104 Mio. Euro Kredit an den Bauherrn beschlossen hatte, in Frage zu stellen waren. Dies schlug im Juni 2010 in der Vorstandsetage der Sparkasse ein wie eine Bombe. Sollte sich die Sparkasse tatsächlich durch die von ihr herbeigeführte, angeblich nur „redaktionelle“ Änderung der Nebenabrede sämtlicher Risiken entledigt haben? Dies würde bedeuten, dass es sich um eine unerlaubte Beihilfe an das Kreditinstitut gehandelt hatte – der gesamte Rückzahlungsanspruch in Höhe von 104 Mio. Euro wäre damit nach EU-Recht hinfällig. Die Klärung dieser Rechtsfrage sollte uns fortan intensiv beschäftigen und mündete 2014 in einer Klage der Sparkasse gegen uns, ihren Teileigentümer, die Stadt Bonn. Das Ergebnis ist noch nicht abzusehen. Derzeit hat das Bonner Gericht die EU-Kommission um Beantwortung zahlreicher Fragen gebeten. Trotz dieser fundamentalen Differenzen brauchten wir auch nach dem Juni 2010 weiterhin ein lösungsorientiertes Verhältnis zur Sparkasse, war sie doch Hauptgläubigerin und ohne ihre Zustimmung würde es keinen Heimfall geben.

An dieser Stelle ist die Frage überfällig, wer eigentlich die Verantwortung für alle Verhandlungen, Gespräche und Vereinbarungen übernahm, die seit dem 24.9.2009 auf den Weg gebracht worden waren. Es war mein Wunsch, den Stadtrat nicht nur zu seinen Sitzungen zu informieren und ich hatte sehr frühzeitig angeboten, dass

Vertreter der Fraktionen an den Verhandlungen zum Heimfall teilnehmen sollten. Erst im Oktober 2010 kam es zur Konstituierung des „Unterausschusses Konferenzzentrum“ und damit einer stärkeren Einbindung der Politik.

Zwischenzeitlich hatte ich alle Verwaltungsprozesse auf eine neue „Projektgruppe Konferenzzentrum“ konzentriert; den Vorsitz dieser Gruppe übernahm ein neuer, von außen kommender, Experte. Gleichzeitig wurde ein großes Wirtschaftsprüfungsunternehmen beauftragt, über den Heimfall hinaus alle denkbaren Varianten zur Lösung des Problems WorldCCBonn durchzurechnen.

Im September 2010 führten wir, im Vorgriff auf den angestrebten Heimfall, eine europaweite Ausschreibung für die Suche nach einem Dienstleister des Konferenzhotels durch. Es war der erste Schritt auf einem Weg zu einer Entscheidung, über deren Ziel und Ergebnis wir zu diesem Zeitpunkt noch keine Klarheit hatten, die aber drei Jahre später mit dem Verkauf des Hotels an den Investor Dr. Jörg Haas enden sollte. Im kommenden Frühjahr wird dort das „Bonn Marriot World Conference Hotel“ eröffnet und der Bonner Bürgerschaft nicht nur mehr Hotelzimmer, sondern drei Attraktionen bieten: ein Variete-Theater, eine römische Wellness-Landschaft und ein Restaurant auf der Dachterrasse mit einzigartigem Fernblick.

Mit der Festnahme von Dr. Kim im Oktober 2010 verlagerten sich die Perspektiven ein wenig; ein damals mutmaßlicher, nach heutiger Kenntnis tatsächlich schuldiger Betrüger lenkte viele Blicke auf sich.

In diesem „Schatten“ führten wir die unablässig fortgesetzten Verhandlungen mit dem Insolvenzverwalter zu einem Zwischenergebnis. Ich konnte dem Stadtrat im Dezember 2010 Eckpunkte für eine Heimfallvereinbarung vorlegen, in der alle Chancen und Risiken dieses Lösungsweges beschrieben wurden und bereits eine wahrscheinliche Zahl von rund 100 Mio. Euro für die Fertigstellung des Konferenzzentrums ohne Hotel genannt wurde. Die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft errechnete für die Stadt Bonn nach Fertigstellung des Konferenzzentrums nach einer ersten Phase eine Umwegrendite von rund

115 Mio. Euro. Der Rat stimmte, wie schon ein Jahr vorher im Fall der Insolvenz der Betreiber-gesellschaft, diesem Vorschlag zunächst nicht zu, sondern stellte weitere Bedingungen an den Abschluss einer Heimfallvereinbarung. Dass die Mitglieder des Stadtrats in dieser Zeit nicht son-derlich entscheidungsfreudig waren, war nach-vollziehbar. 48 von ihnen, die in der davor lie-genden Ratsperiode an den Entscheidungen zum WorldCCBonn beteiligt gewesen waren, wurden nämlich ab Januar 2011 von der Staatsanwalt-schaft vernommen. Jeder von ihnen konnte sei-nen Rechtsbeistand bei garantierter Kostenüber-nahme durch die Stadt Bonn frei wählen. Diese und die späteren Zeugenvernehmungen der Rats-mitglieder vor Gericht hinterließen allerdings Spu-ren. Insbesondere die vom Verteidiger des Ange-klagten Dr. Kim scharf geführten Befragungen der Ratsmitglieder erschütterten so manchen, der bis dahin noch nie einen Gerichtssaal von in-nen gesehen hatte. Diese Erfahrung wirkte sich nach meiner Beobachtung so aus, dass echte Angst entstand, man werde als Ratsmitglied viel-leicht doch noch eines Tages persönlich haftbar für Entscheidungen und dies beförderte nicht die Lust zu aktuell anstehenden Entscheidung, son-dern machte sie zur Last, der man fortan auch gerne ausweichen wollte. Dessen ungeachtet setzen wir die Verhandlungen mit dem Insolven-zverwalter fort und erreichten, dass er in unse-rem Sinne seinerseits Anfang 2011 zwei Klagen gegen den Nachranggläubiger Arazim einreichte und damit dessen Einigungswillen beförderte.

Im Januar 2011 schlug ich, das kann ich heute zu-geben, eine Volte und zwei Fliegen mit einer Klap-pe. Das Projekt Festspielhaus war im April 2010 „vorerst“ auf Eis gelegt worden und der Rat woll-te sich nicht so recht mit dem Gedanken eines Heimfalls zum WorldCCBonn anfreunden. In die-ser Situation kam der Gedanke auf, den Konfe-renzsaal durch Einbau einer hochwertigen akus-tischen Nachhallanlage auch als erstklassigen Konzertsaal nutzbar zu machen. Dieser Schach-zug erwies sich als glücklich. Er befreite uns, da-mals wie heute, nachdem das Projekt Festspiel-haus im Juni 2015 endgültig beerdigt wurde, zum einen von der Sorge, im Jahr 2020, zu Beetho-vens 250. Geburtstag, und während der zuvor noch anstehenden Sanierung der Beethovenhal-le, keine erstklassige Spielstätte zu haben. Und zum anderen bewegte sich der Stadtrat danach

wieder mehr in die Richtung, das WorldCCBonn „nach Hause zu holen“, weil die zusätzliche Nut-zungsmöglichkeit in ihrer Attraktivität erkannt wurde.

Im März 2011 beauftragte der Rat der Stadt Bonn die Verwaltung, als Alternative zum Heimfall die Möglichkeit einer Zwangsversteigerung zu prüfen und diese ggf. einzuleiten bzw. durch die Spar-kasse KölnBonn einleiten zu lassen. Auch weitere alternative Szenarien wurden nochmals betrach-tet. Im April konnte ich dem Rat die mit dem In-solvenzverwalter abgestimmte und paraphierte 63. Fassung des Heimfallvertrages vorlegen. Wir hatten, die in den Eckpunkten im Dezember be-schriebenen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den Verhandlungen ver-bessern können. Auf Basis der aktuell vorliegen-den Informationen und auf Grundlage der von den Beratern zur Verfügung gestellten Prüfergebnisse und begründenden Unterlagen konnten wir den einvernehmlichen Heimfall auf die Stadt Bonn als die gebotene Lösung vorschlagen. Dies galt ins-besondere, weil sich diese Lösung im Wege einer „Negativabgrenzung“ von weiteren untersuchten Varianten als vorzugswürdig herausgestellt hatte. Die schwarz-grüne Koalition setzte nun allerdings auf eine „vollstreckungsrechtliche Lösung“ und wollte erreichen, dass der Zwangsverwalter das Objekt mit Geld der Sparkasse ohne Zustimmung des Insolvenzverwalters fertig stellt und an-schließend im Wege einer Zwangsversteigerung auf die Stadt Bonn überträgt. Die Verwaltung hielt es hingegen für besser, im Insolvenzverfah-ren eine einvernehmliche Vereinbarung mit dem Insolvenzverwalter zum Heimfall abzuschließen, um handlungsfähig zu werden, als den Weg eines langjährigen, kostenwirksamen Rechtsstreits zu beschreiten, an dessen Ende sich die Parteien nach mehreren Jahren wahrscheinlich auch ver-gleichen müssten. Ich war daher gehalten, dem Beschluss des Rates zu widersprechen, um ei-nem nicht auszuschließenden Schaden für die Stadt vorzubeugen. Dies betraf den möglichen Verlust von weiteren Fördermitteln des Bundes und des Landes in Höhe von 17 Mio. Euro, die ho-hen Risiken für den Haushalt und die anscheinend bestehende Absicht, mit kommunalen Finanzen auf dem Grundstück weiterzubauen, ohne dass dieses der Stadt Bonn gehört. Gleichzeitig beton-te ich mein großes Interesse an einer gemeinsa-men Lösung. Dazu bot ich weitere Verhandlungen

mit dem Insolvenzverwalter sowie Gespräche mit den Antragstellern aus der Politik an, um einen möglichst einvernehmlichen Beschluss im Rat herbeizuführen.

Nach wenigen Tagen zeichnete sich ein Lösungsweg ab. Die schwarz-grüne Koalition sprach sich dafür aus, dass der Oberbürgermeister beide Wege weiter verfolgt, den des einvernehmlichen Heimfalls und den der von ihr favorisierten vollstreckungsrechtlichen Lösung mit einer Zwangsversteigerung. Ich nahm daraufhin den Widerspruch zurück.

Anlässlich der Klimakonferenz „Subsidiary Bodies“ im Juni 2011 führte ich für interessierte Delegierte eine Besichtigung der still gelegten Baustelle durch, um mit dem erkennbaren hohen Fertigstellungsgrad eine Zeitperspektive in naher Zukunft glaubhaft machen zu können. Bei dieser Gelegenheit brachten die Vereinten Nationen erstmals ins Spiel, dass der große Saal, anders als geplant, teilbar sein müsse, um den inzwischen weiter entwickelten Tagungserfordernissen Rechnung tragen zu können. Dies wurde in die Planungen aufgenommen. Gleichwohl versuchten die oben bereits erwähnten „Umbrella-Staaten“ noch auf der Konferenz einen Beschluss zu erwirken, nach dem Bonn nicht länger Tagungsort sein sollte. Wir wussten jetzt, dass uns die politische Lage nicht mehr viel Zeit ließ. Denn durchgängig erkundigten sich auch Mitglieder der Bundesregierung, z.B. Außenminister Dr. Guido Westerwelle, nach dem weiteren Fortgang der Insolvenz und drängten auf schnellere Umsetzung.

Ich bin meinem Kollegen Rüdiger Wagner, unserem Rechtsdezernenten, immer noch sehr dankbar dafür, dass er mir in dieser Zeit bei den anstehenden Verhandlungen mit der Sparkasse und mit dem Insolvenzverwalter große Lasten abnahm. Im Juli 2011 erzielten wir eine Einigung mit der Sparkasse KölnBonn über einen Forderungskauf- und Abtretungsvertrag zur Grundsuld im Umfang von rund 40 Mio. Euro und lösten damit auch über Umwege das Problem mit der Firma Arazim, die wir im Mai aufgefordert hatten, der Löschung ihrer Grundsuld zuzustimmen. Nun waren wir Hauptgläubiger im Insolvenzverfahren und konnten uns gegenüber dem Insolvenzverwalter anders positionieren. Im September

erzielten wir den Durchbruch mit einem notariell beurkundeten Heimfallvertrag. Der Insolvenzverwalter erhielt als Ausgleich für seine Gläubiger 8,5 Mio. Euro.

Nebenbei war es gelungen, einen weiteren Stein für einen Weiterbau aus dem Weg zu räumen. Ein benachbarter Investor, der befürchtet hatte, eine Geothermieranlage am WorldCCBonn könnte die Funktionsfähigkeit seiner Geothermieranlage weiter flussaufwärts beeinflussen, zog im August 2011 seine Klage vor Gericht zurück.

So neu aufgestellt gab der Unterausschuss Konferenzzentrum im Oktober 2011 das Ziel vor, im Sommer 2013 die erste UN-Konferenz im noch fertig zu stellenden Neubau möglich zu machen. Als Hauptgläubigerin bereiteten wir umgehend die Ausschreibungen für die Projektplanung und die Projektsteuerung vor, so dass wir unmittelbar handlungsfähig wurden, als die Gläubigerversammlung im Februar 2012 dem Heimfall zustimmte und wir im Mai 2012 endlich als alleiniger Eigentümer im Grundbuch eingetragen wurden. Anders als bei Baubeginn des WorldCCBonn 2007 praktiziert, der von einem kleinen städtischen Projektteam begleitet worden war, verpflichteten wir nun selbst für den Weiterbau von Beginn an externe Experten. Die Erhebung des Bautenstandes und die Projektsteuerung legten wir in die Hände von renommierten Architektenbüros (Heinle-Wischer, Ernst & Young). Es war bitter für uns hinnehmen zu müssen, dass nach unserer Vergabeentscheidung einer der Mitbewerber um den Generalplaner eine Rüge bei der Vergabekammer einreichte und diese uns erst im Oktober Recht gab, was einen weiteren Zeitverzug von 2 Monaten bedeutete.

Den Grundbuchauszug mit der Stadt Bonn als alleiniger Eigentümerin des Konferenzzentrums legte ich im Juni 2012 der in Bonn tagenden Konferenz der „Umbrella-Staaten“ bei den Vereinten Nationen vor. Als weiteres Gastgeschenk überreichte ich „Umbrellas“, also Schirme der Vereinten Nationen, mit denen man es auch bei Regenwetter in Bonn gut aushalten konnte. Nach Kenntnisnahme des Grundbuchauszuges erklärten die Vertreter dieser Staaten, sie würden das Bemühen zur Fertigstellung des Konferenzzentrums anerkennen, verlangten aber klare Aussagen, wann das Gebäude verfügbar sei. Ich ging davon aus, dass

dies erst in zwei Jahren, also 2014, möglich sein würde, denn die die neuen Wünsche der Vereinten Nationen nach mobiler Teilungsmöglichkeit des großen Saales mussten in die Planungen aufgenommen wurden; allein dies wurde mit rund 5 Mio. Euro veranschlagt.

Im November 2012 stellten sich der ausgewählte Generalplaner und der Projektsteuerer im Unterausschuss Konferenzzentrum vor; gleichzeitig sammelten wir Angebote bei an einer Übernahme des Hotels interessierten Unternehmen. Im Dezember 2012 formulierte Generalsekretär Ban-Ki-moon anlässlich seiner Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Bonn seine Erwartung, bald im neuen Konferenzzentrum tagen zu können. Der Druck im Kessel war groß.

Im Januar 2013 erfreute uns zunächst ein kleiner weiterer Schritt, nämlich die Inbetriebnahme des Parkhauses am Konferenzzentrum. So langsam kam Leben in das Objekt. Gleichzeitig begann die Bestandsaufnahme zum Fertigstellungsgrad. Notwendig war eine vollständige neue digitale Erfassung, da keine Pläne vorhanden waren bzw. uns vorhandene Pläne vom Insolvenzverwalter nur ohne Prüfung zu einem zu hohen Preis angeboten worden waren. Schon im Februar war klar, dass sich das Objekt mit seinen 72 000 m² und 2 244 Räumen und 29 Treppenhäusern von seiner Grundstruktur in einem ordentlichen baulichen Zustand befand. Offensichtlich war aber auch, dass es Probleme mit den Trinkwasserleitungen, dem Brandschutz, der Barrierefreiheit, der Küche, dem Dach und auch anderen Stellen geben würde. Der Fassadensockel war nicht eingedichtet, der Trockenbau in den Konferenzräumen war mangelhaft ausgeführt worden, die Fluchttüren fehlerhaft eingebaut und vor allem deutete manches auf Ausführungsmängel bei der Kabelinstallation in den Hohlräumen hin. Der Blitzschutz fehlte komplett, die Netzersatzanlage war verrostet. Es gab viel zu planen und zu tun. Im April 2013 konnten wir konkrete Kostenplanungen für die Fertigstellung des Erweiterungsbaus vorlegen, die sich auf insgesamt 76,8 Mio. Euro beliefen. Der Stadtrat beschloss im Mai die Fertigstellung, strich aber den mit 10 Prozent eingepreisten Risikozuschlag. Zwischenzeitlich hatte der Insolvenzverwalter die Stadt Bonn verklagt, weil „seine“ Planungsunterlagen zum Einsatz gekommen seien. Er sollte diesen Prozess

im Januar 2014 verlieren, wie später auch den, in dem er der Stadt Bonn vorwarf, an einer Insolvenzverschleppung beteiligt gewesen zu sein.

Im September 2013 konnte ich bei Minister Ramsauer den Vertrag zur drei Jahre zuvor erbetene zusätzliche Förderung durch den Bund unterzeichnen: die 5. Ergänzungsvereinbarung zum Bellevue-Vertrag im Umfang von 14 Mio. Euro Bundes- und 3 Mio. Euro Landesförderung. Ergänzend dazu berichtete ich im Oktober 2013 Staatssekretär Gatzert im Bundesministerium der Finanzen von der großen finanziellen Belastung, die der Weiterbau des WorldCCBonn für die Stadt Bonn bedeutete. Im Unterschied zu den noch 2010 gutachterlich festgestellten Kosten von rund 35 Mio. Euro war jetzt mit dem doppelten Betrag zu rechnen. Hinzu kam, dass der Erlös aus dem vom Stadtrat inzwischen beschlossenen Hotelverkauf in Höhe von 17 Mio. Euro auf Verlangen des Bundes nicht dem städtischen Haushalt, sondern der vom Bund gebildeten Rücklage zugeführt werden musste. Der Staatssekretär regte an, die Möglichkeit einer 6. Ergänzungsvereinbarung zu prüfen, in der der Bund noch einmal finanzielle Unterstützung leisten könnte.

Mit dem bei den Vereinten Nationen neu gewonnenen Vertrauen beschloss die UNO-Klimakonferenz im November 2013 in Warschau (COP 19), dass Bonn zukünftig ein wichtiger Konferenzort sein solle, an den zahlreiche neue UNO-Konferenzen stattfinden sollten. In Aussicht gestellt wurde, dass bereits ein Teil der Bonner Klimakonferenz im Juni 2014 (z.B. Empfang) in den neuen Räumlichkeiten stattfinden sollte. Dies erwies sich nach den im März 2014 angelaufenen Bauarbeiten allerdings als nicht machbar, was zu erneuten Verstimmungen bei den Vereinten Nationen führte.

Am 3.1.2014 und am 28.1.2014 wandte ich mich unter Bezugnahme auf die Gespräche mit Staatssekretär Gatzert an Bundesbauministerin Hendricks mit der Bitte um weitere finanzielle Unterstützung des Bundes. Am 21.2.2014 fand dazu ein Gespräch mit der Ministerin statt, die schließlich ein Jahr später einen Kabinetts- und dann Haushaltsbeschluss erwirkte, der uns noch einmal 17 Mio. Euro für das „Internationale Bonn“ bescherte. Die Verhandlungen zur konkreten Ausgestaltung dieser 6. Ergänzungsvereinbarung laufen

derzeit; mein Nachfolger wird sie in seinem ersten Amtsjahr unterzeichnen können.

Im Januar 2014 begannen die ersten Rückbaumaßnahmen im WorldCCBonn und im März folgten die ersten Arbeiten an den Außenanlagen. Der im Juni 2014 vom Generalplaner vorgelegte Terminplan geriet allerdings von Monat zu Monat mehr ins Wanken, so dass zwar im Dezember 2014 die Fertigstellung in Sichtweite geriet, das Rechnungsprüfungsamt den von der ARGE Generalplanung bewerteten Bautenstand als „plausibel“ bewertete, es aber mehr und mehr Zweifel gab, ob die für März ins Auge gefasste Übergabe des Gebäudes erreicht werden konnte. In dieser Situation bat mich die Leiterin des als Bauherrn auftretenden Städtischen Gebäudemanagements (SGB), Marion Duisberg, bei der „Weihnachtsfeier“ zu den auf der Baustelle arbeitenden Mitarbeitern zu sprechen und alle Chefetagen der auf der Baustelle arbeitenden Firmen zu einem Planungsgespräch einzuladen. Die Ansprache der Mitarbeiter auf der Baustelle war eine vergleichsweise einfache Übung für einen ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden. Bei der Planungssitzung mit den Führungskräften der Unternehmen, dem Generalplaner und dem Projektsteuerer begriff ich, wieso der Zeitverzug aufgetreten war und dass ein „Weiter so“ uns nicht zum Ziel bringen würde, das es aber zwingend zu erreichen galt, nämlich die UNO-Konferenz im Juni zu ermöglichen. Mit dem erkennbaren Baufortschritt im Jahr 2014 hatten die Vereinten Nationen nämlich wieder Vertrauen in den Standort Bonn gefasst und für 2015 und die Folgejahre Konferenzen in Bonn gebucht.

Außerdem hatte mich UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im März 2014 anlässlich unserer Präsentation der UN-Stadt Bonn auf der in New York vor Anker liegenden „Bonn“ zu einem „Vier-Augen-Gespräch“ in den UN-Tower eingeladen und um einen Bericht zum Fortgang der Bauarbeiten des Konferenzentrums gebeten. Er nahm zufriedenstellend meine Ausführungen zur Kenntnis und verband dies mit einer persönlichen Einladung für den von ihm ausgerichteten „Climate Summit“ im September 2014 in New York. Dort sollte mir nach seiner Vorstellung als Bonner Oberbürgermeister und Repräsentant des „World Mayors Council on Climate Change“ in dem in Bonn ansässigen Städtenetzwerk ICLEI eine besondere

Rolle zukommen. Es galt nämlich, die drei weltweit arbeitenden Städtenetzwerke ICLEI, C 40 und UCLG zu einem „Compact of Mayors“ bei den Vereinten Nationen zusammenzuschließen. Das gelang und es kam im September zu einem denkwürdigen Händedruck der drei Repräsentanten, nämlich meinen Kollegen aus Istanbul UCLG) und Johannesburg (C 40) und mir (ICLEI). Und immer wieder und überall stellte man mir die Frage, wann denn in Bonn getagt werden könne. Und immer gab ich meiner Zuversicht Ausdruck, dass mit einer Durchführung der UNO-Konferenz im Juni 2015 in Bonn gerechnet werden könne. Der deutsche Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York gab mir in einem zweiten Vier-Augen-Gespräch im September 2014 mit auf den Weg, dies in jedem Fall sicherzustellen, da sonst auch ein Ansehensverlust der Bundesrepublik Deutschland in der Klimapolitik zu befürchten sei.

Meine Einschätzung aus den Planungsgesprächen auf der Baustelle stimmte ich vollständig mit der unserer „Bauherrin“, der Leiterin des Städtischen Gebäudemanagements (SGB), Marion Duisberg, überein. Wir mussten loskommen vom auf der Baustelle eingeübten Ritual der Firmen: Ich kann erst richtig bauen, wenn mir ein richtiger Plan mit einem konkreten Auftrag vorgelegt wird und die vor mir arbeitende Firma alle Voraussetzungen geschaffen hat, die ich brauche. An einem einfachen Beispiel verdeutlicht: Ich kann den Teppich erst legen, wenn die andere Firma den Fußboden darunter verlegt hat, was diese aber erst kann, wenn das darin noch offen liegende Kabel ordnungsgemäß von einer weiteren Firma verlegt wurde und wenn jene dazu vorher der ordnungsgemäße Plan mit einem klaren Auftrag des Generalplaners vorgelegt worden war.

Wir gewannen die Firmen dazu Eigeninitiative zu entfalten. Die jeweils handelnde Firma durfte selbst planen und bauen und der Generalplaner wurde von ihr einbezogen – nicht mehr umgekehrt. So dachte auf einmal jeder mit und setzte mehr Personal, mehr Ideen und mehr Zeitkontingente ein. Besondere Meriten verdiente sich dabei der Bauleiter der Firma Züblin und so manche Nachunternehmer, die schon in den ersten Stunden 2007 und 2008 dabei gewesen waren und die selbst die Insolvenz und den Baustillstand 2009 erlebt hatten. Sie wollten unbedingt auch „ihr“ Werk rechtzeitig vollenden und keiner wollte

zu den Verantwortlichen gehören, wenn die Welt im Juni 2015 mit dem Finger auf ganz Deutschland zeigen würde, falls unser Land - nach einer Philharmonie und einem Flughafen - nun auch ein für die Vorbereitung der Weltklimakonferenz in Paris im November 2015 so wichtiges Konferenzzentrum in Bonn nicht rechtzeitig bereitstellen konnte.

Es war Rat und Verwaltung und auch der Bundesregierung klar, dass mehr Ideen, mehr Personal und mehr Zeit für die Stadt Bonn und den Bund auch mehr Geld für die Firmen bedeuten würde. Wir schlossen mit den relevanten Unternehmen zusätzliche Vereinbarungen ab bzw. tauschten „letter of intents“ aus, die uns tatsächlich zum Ziel führten. Ich hatte mich bei allen mit Störungen laufenden Baustellen, auch auf der Baustelle der „Oper Köln“ oder bei solchen des Landes Nordrhein-Westfalen, informiert, welche Steuerungsinstrumente zur Beschleunigung uns zur Verfügung standen und welche davon funktionieren könnten. Die Berater unseres Projektsteuerers „E & Y“ waren dabei sehr hilfreich. Der Erfolg gab uns schließlich Recht und am Beispiel der Oper Köln kann man sehen, wie ein anderer Weg am Ende nur erheblich teurer wird und welchen Ansehensverlust er bei weiterem Zeitverzug bedeutet.

Im Januar 2015 berichtete ich Staatssekretär Adler im Bundesbauministerium von der aktuellen Situation und erinnerte an die Absicht, eine 6. Ergänzungsvereinbarung zu schließen. Ich schilderte die Dringlichkeit weiterer finanzieller Unterstützung. Wenige Tage danach führte ich Bundesbauministerin Dr. Hendricks über die Baustelle. Sie äußerte sich zufrieden über die Aussicht, die Klimakonferenz im Juni 2015 „endlich“ im dann 5 Jahre verspätet eröffneten Konferenzzentrum durchführen zu können. Im Ergebnis beschloss das Bundeskabinett im März 2015, der Stadt Bonn im Wege einer 6. Ergänzungsvereinbarung weitere 17 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen.

Im Juni 2015 kam es zur lange ersehnten Einweihung des Konferenzzentrums. In Anwesenheit von UN-Generalsekretär Ban-ki-moon, Außenminister Steinmeier, Bundesbauministerin Hendricks und der Stellv. Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Sylvia Löhrmann, trugen

193 Kinder die Fahnen der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen feierlich in das Konferenzzentrum. Die erste Konferenz, die über viele Jahre im Maritim getagt hatte, lief bereits mit rund 5000 Teilnehmenden und man verspürte eine wunderbare Campus-Atmosphäre im Anblick des Rheins, wie ich sie in noch keinem anderen Konferenzzentrum erlebt habe. Die Mitarbeiter des Generalsekretärs erläuterten ihm, dass es sich beim WorldCC Bonn aktuell um das modernste Konferenzzentrum der Welt handelt. Es folgten gleich im Anschluss weitere Konferenzen zur Vorbereitung der Weltklimakonferenz in Paris, die Welterbekonferenz der UNESCO und das Global Media Forum der Deutschen Welle.

Die straf- und zivilrechtliche Aufarbeitung dieses Projekts wird noch einige Zeit dauern, so wie das bei fast allen Bauten der Fall ist, bei denen etwas schief läuft. Beim Schürmann-Bau, in dem heute die Deutsche Welle sitzt, stritt man sich nach dem Hochwasserschaden 14 Jahre lang vor Gericht.

Die gelegentlichen Vorwürfe, der Oberbürgermeister hätte die Aufklärung der Angelegenheit nicht intensiv genug betrieben, ist völlig aus der Luft gegriffen. Das in meinem Dezernat angesiedelte Rechnungsprüfungsamt hat mehrere Untersuchungsberichte vorgelegt und ich habe den ermittelnden Behörden sämtliche Unterlagen zur Verfügung gestellt und mit ihnen zusammengearbeitet. Insbesondere die Fraktionen der Grünen und des Bürgerbunds drängten allerdings immer wieder darauf, dass der Oberbürgermeister in der Art eines Sheriffs agieren sollte, was in unserem Rechtsstaat mit geregelten Zuständigkeiten allerdings nicht vorgesehen ist. Es war erkennbar, dass eine Reihe von Ratmitgliedern Schuldige in der Verwaltung suchten, sich aber nie grundsätzlich die Frage stellte, ob man nicht selbst auch einen Teil der Verantwortung zu übernehmen hatte, schließlich hatte der Stadtrat ja vor der Insolvenz allen Vorlagen zugestimmt. Im Fall des Leiters des städtischen Gebäudemanagements (SGB), Friedhelm Naujoks, wurde das offensichtlich. Immer wieder wurde gefordert, Naujoks, der ein von der Sparkasse beauftragtes „kleines Plausibilitätscontrolling“ durchgeführt hatte, zu entlassen. Die Rechtsexperten in unserer Verwaltung und externe Spezialisten kamen aber zum Ergebnis, dass eine Kündigung wenig aus-

sichtsreich sei. Ich hatte, wie bereits dargestellt, Herrn Naujoks ohne Zuweisung einer Schuld einen anderen Aufgabenbereich zugewiesen, damit neue Leute unbelastet das Projekt weiterführen konnten. Unser Personaldezernent handelte mit Naujoks einen Vergleich zur Auflösung des Arbeitsvertrages aus, den CDU und Grüne aber nicht akzeptierten. Sie forderten die Kündigung, die ich daraufhin zu vollziehen hatte. Erwartungsgemäß haben wir vor dem Arbeitsgericht in allen Instanzen verloren. Eine frühe gütliche Einigung, wie ich sie vorgeschlagen hatte und wie sie 2015 in später Einsicht doch noch zustande kam, wäre für die Stadt billiger gewesen.

Abschließend noch ein Hinweis zur Aussage, das WorldCCBonn könne eingereicht werden in eine Reihe von misslungenen Baumaßnahmen, die es auch an anderen Orten (Berliner Flughafen, Elbphilharmonie, Nürburgring) gibt. Die drei genannten Bauprojekte in Berlin, Hamburg und in der Eifel wurden von der öffentlichen Hand verantwortet. Das WorldCCBonn hingegen ist von einem privaten Investor gebaut worden, der anschließend wegen Betrugs zum Nachteil der Stadt Bonn zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Den Betrüger hatte man vorher nicht erkannt – übrigens keiner in der ganzen Stadt. Selbst der Bonner-General-Anzeiger drängte damals den Stadtrat zuzustimmen, damit endlich der von der grünen Fraktionsspitze als „Glücksfall für Bonn“ bezeichnete Investor zum Zuge komme. Daran will man sich bei der Zeitung und bei den Grünen nicht gern erinnern. Die Stadt Bonn war also nicht Bauherr. Sie hatte als Projektträger mit dem Land Nordrhein-Westfalen lediglich auf einen ordnungsgemäßen Umgang mit den Zuschüssen des Landes und mit dem vom Bund bereit gestellten Grundstück zu achten. Aufgabe des Kreditgebers Sparkasse war es, die Bonität des Investors zu überprüfen. Als die Stadt Bonn im Jahr 2012 Eigentümerin des WorldCCBonn wurde, konnten wir zeigen, wie eine Stadt erfolgreich und verlässlich bauen kann. Das hat die Stadt Bonn im Übrigen auch bei anderen Großprojekten unter Beweis gestellt, wo hohe Millionensummen zu steuern waren, z.B. beim Godesberger Straßentunnel, bei der Verbreiterung der Kennedybrücke, beim Haus der Bildung und das wird ab dem kommenden Jahr bei der Erneuerung der Viktoriabrücke auch wieder so sein. Bei Neubauten blieben wir stets im Kostenrahmen, konn-

ten ihn gelegentlich sogar unterschreiten. Immer wenn wir ein bereits bestehendes Gebäude fertig zu stellen oder zu sanieren hatten aber liefen uns die Kosten davon. Man kann eben vorher nicht hinter jedes Blech schauen.

Festspielhaus

Hätte, hätte, Fahrradkette. Hätte sich das Preisgericht 2008 für einen Entwurf entschieden, der die bestehende Beethovenhalle integriert hätte, womöglich hätten wir dann bereits ein fertig gestelltes Festspielhaus. Es war aber anders. Der damalige Plan war, die Beethovenhalle abzureißen und einen der beiden ausgewählten Entwürfe dort zu realisieren.

Ich hatte mich in meinem Wahlkampf für den Bau eines Festspielhauses ausgesprochen. Als ich ins Amt kam, stellte ich allerdings fest, dass zwei Dinge völlig anders lagen, als zuvor öffentlich behauptet worden war; dies betraf die Finanzierung des Projekts und die Denkmaleigenschaft der Beethovenhalle.

Angeblich hatten drei Unternehmen, nämlich Deutsche Post DHL, Telekom und Postbank 2007 erklärt, die Kosten für den Bau des Festspielhauses in Höhe von 75 Millionen Euro übernehmen zu wollen. Diese „Zusage“ gab es hingegen in dieser Form gar nicht. Sie fußte nur auf einer Erklärung von Klaus Zumwinkel, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Post und Aufsichtsratsvorsitzender der Telekom, der allerdings am 15. Februar 2008 von allen Ämtern zurückgetreten war. Zumwinkels Nachfolger bei der Deutschen Post bekannte sich zwar zu dem Projekt, nicht so aber die Deutsche Telekom, die sehr früh erklärte, keinen Beschluss über die Finanzierung des Festspielhauses seitens seines Unternehmens gefasst zu haben. Mit dieser Aussage begrüßte mich auch René Obermann, der neue Telekom-Chef, bei meinem Antrittsbesuch am 26.11.2009. Er bestätigte damit die Aussage seines Finanzvorstands und heutigen Vorstandsvorsitzenden, Timotheus Höttges, der im Mai 2009 in einem Interview zum Ausdruck gebracht hatte, dass noch ein klares, nachhaltiges Kultur-Konzept für die Stadt fehle und sich außerdem die Frage der Finanzierung des laufenden Betriebes des Festspielhauses und die Frage der Finanzierung des Festspielhauses selbst stelle.

Mit den Auswirkungen der Denkmaleigenschaft der Beethovenhalle hatte man sich, wie ich feststellte, auch noch nicht in gebotener Weise beschäftigt. Mehr und mehr meldeten sich nämlich Bürgerinnen und Bürger bei mir, die erklärten, unbedingt an der Beethovenhalle festhalten zu wollen und manche machten auch unmissverständlich klar, dass sie alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten nutzen würden um einen Abriss zu verhindern. Ich machte mich also am 9.4.2010 auf zum damalig zuständigen Bauminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Lutz Lienenkämper, und fragte, unter welchen Bedingungen er dem Abriss des Denkmals Beethovenhalle zustimmen würde. Er antwortete, dass sein Ministerium in solchen Fällen immer zwei Bedingungen stellen würde. Notwendig sei ein mit großer Mehrheit gefasster Ratsbeschluss und es dürfe keinen nennenswerten Widerstand in der Bevölkerung geben. Beide Voraussetzungen konnten wir, wie ich inzwischen wusste, nicht erfüllen.

So kam es am 21. April 2010 zu einem Gespräch, an dem, neben Stadtdirektor Dr. Volker Kregel und mir, die Vorstandsvorsitzenden der drei Unternehmen teilnahmen. Dr. Kregel und ich bemühten uns, da uns die Beethovenhalle wegen ihrer Denkmaleigenschaft abhanden gekommen war, nach Kräften, den drei Unternehmen die Idee eines Festspielhauses schmackhaft zu machen, das auch als Opernhaus genutzt werden konnte und an die Stelle der heute als Oper genutzten Spielstätte am Boeselagerhof errichtet werden könnte. Dies gelang nicht und so blieb uns nichts anderes übrig, als zu vereinbaren, dass das *„Projekt Beethoven-Festspielhaus vorerst nicht weiter verfolgt werden“* sollte. Wir wollten wenigstens die Tür offenhalten, um das Projekt zu einem anderen Zeitpunkt mit einem anderen Entwurf oder an einem anderen Ort wieder neu zu beleben. Diese Entscheidung und der damit nicht weiter verfolgte Abriss der Beethovenhalle hat uns nach meiner Ansicht Stuttgarter Verhältnisse in Bonn erspart. Denn wenn unsere Bevölkerung an einer Stelle gespalten war, dann war es diese.

Nachdem im Juni 2010 Postchef Frank Appel erklärt hatte, er sehe mittelfristig weitere Chancen für Festspielhaus, prüften wir den uns für die zur Realisierung anstehenden Architektenentwürfe einzig möglichen Standort in der Rheinaue. Der Stadtrat bekannt sich im November 2011 zu die-

ser Variante. Im Mai 2012 rief der IHK-Präsident Grießl die Initiative „5000 x 5000“ ins Leben; sein Ziel war die Einwerbung von 25 Mio. Euro aus der Bürgerschaft. Im Juni 2012 entstand die Idee zur Einführung eines Beethoventalers; Ziel war es, 1 Euro pro Übernachtungsgast in den Bonner Hotels zu erbitten und dadurch rund 1,2 Mio. Euro pro Jahr einzunehmen. Entstanden war diese Idee 2012 bei einem Arbeitsfrühstück, das ich regelmäßig mit den Hoteliers der Stadt durchführte. eingeführt werden könnte.

Nachdem die Post diese Initiativen begrüßt hatte, berichtete ich dem Rat zur Jahresmitte dass es eine Realisierungschance gebe, die private Finanzierung der neuen Konzerthalle in der Rheinaue zu ermöglichen. Die beiden Architekturbüros sagten eine Anpassung ihrer Entwürfe an den neuen Standort zu.

Im Juni 2013 lud ich die „Beethovenfamilie“, also die „Freunde des Festspielhauses“, die „Bürger für Beethoven“ und die beiden neuen Initiativen „5000 x 5000“ und „Beethoventaler-Genossenschaft“ zu einem Abstimmungsgespräch ein, um eine gemeinsame zeitliche Zielvorstellung zu entwickeln.

Im Januar 2014 öffnete sich schließlich das Fenster wieder. Es war der Moment, auf den ich gehofft hatte, als wir im April 2010 davon gesprochen hatten, dass das Projekt nur „vorerst“ nicht weiter verfolgt werden konnte. Die Deutsche Post DHL eröffnete eine neue Chance für das Festspielhaus mit einem neuem Architektenwettbewerb, der sich auf das Grundstück neben der Beethovenhalle beziehen sollte. Der Stadtrat begrüßte dies einstimmig und nach den in Windeseile durchgeführten Vorarbeiten der Verwaltung stimmte er im Juni 2014 der Bereitstellung des neuen Grundstücks zu. Im Juni lud ich alle Beteiligten zu einem Planungsgespräch ein; die Vorarbeiten zur Bereitstellung des Grundstücks und alle weiteren planerischen Vorarbeiten liefen weiter auf Hochtouren. Im Oktober 2014 konnte der neue Architektenwettbewerb zum Festspielhaus am neuen Standort abgeschlossen werden. Im Februar 2015 legte die Deutsche Post DHL einen Businessplan zum Betrieb des Festspielhauses vor. Der Rat der Stadt Bonn gab seinerseits ein weiteres Gutachten in Auftrag. Ich berichtete dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post

im April 2015 von all unseren Bemühungen, das Projekt zu ermöglichen. Mit einiger Überraschung nahm ich daher am 16.6.2015 seine telefonisch übermittelte Botschaft entgegen, die Deutsche Post DHL ziehe sich nun doch endgültig aus dem Projekt zurück. Dem Unternehmen, das sich zu diesem Zeitpunkt in einer heftigen Tarifauseinandersetzung mit der Gewerkschaft ver.di befand, war die gesamte Angelegenheit, die ja vor allem auch ein weltweiter Marketingerfolg sein sollte, zu unsicher geworden.

Für den 250. Geburtstag Ludwig van Beethovens werden uns nun zwei Spielstätten zur Verfügung stehen: die dann sanierte und in neuer, bescheidener Würde erstrahlende Beethovenhalle und der Konzertsaal des WorldCCBonn. Es gibt Städte unserer Größe, die wären froh, sie hätten wenigstens eine Spielstätte dieser Art.



Schlussbemerkung

„Es lebe, wer sich tapfer hält“

[Goethe]

Was sind zusammengefasst unsere Perspektiven? Es besteht gar kein Zweifel: Bonn hat die besten Voraussetzungen, um seine Entwicklungspotentiale auch zukünftig zu nutzen. Das Papier des Verwaltungsvorstands „Zukunft Bonn – Überlegungen zur Entwicklung der Bundesstadt Bonn“, veröffentlicht im Juni 2012, hat dazu eine Grundlage geschaffen. Unter dem Titel „Bonn 2025“ haben 2013 erstmals Sozialverbände, Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeber in einem noch nie dagewesenen Bündnis ebenfalls ein gemeinsames Zukunftspapier erstellt. Beide Papiere und weitere Ideen werden im Rahmen des Projekts „Zukunftsstadt“ zusammengeführt, das im Oktober 2015 beginnt und mit einem großen Bürgerforum „Zukunftsstadt Bonn“ 2016 enden wird. Das ist gut, weil es zu einem sehr erfolgreichen Ausbau unserer Bürgerbeteiligung passt, die mir stets sehr wichtig war. Wir haben nämlich als eine der ganz wenigen Städte in Deutschland Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in unsere Satzung aufgenommen und damit die Grundlage für eine regelmäßige und verlässliche Bürgerbeteiligung in allen relevanten Projekten geschaffen. Es wird in den nächsten Jahren darauf ankommen, dies Schritt für Schritt auch zu leben.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal über unser Geld sprechen und über unseren Service durch die Stadtverwaltung und ihre rund 6000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich sagte ein- gangs, dass ich der erste Oberbürgermeister seit

dem II. Weltkrieg war, der ohne „Berliner Geld“ auskommen musste. Dies führte dazu, dass wir jedes Jahr rund 100 Mio. Euro neue Schulden gemacht haben und ich mir bis 2014 für einzelne Einsparvorschläge jeweils nur blutige Nasen geholt hatte. Da wir aber nicht auf Kosten unserer Kinder leben können und unseren Enkeln wieder die Vision einer schuldenfreien Stadt bieten müssen, waren wir beharrlich und letztlich auch erfolgreich. Der Doppelhaushalt 2015/2016 ist vom Stadtrat in seiner Sitzung am 7. Mai 2015 verabschiedet worden. Der Rat ist dabei einer Vielzahl von Einsparungsvorschlägen gefolgt. Von der rund 200 Punkte umfassenden Einsparliste werden rund 150 Maßnahmen umgesetzt. Das Gesamteinsparvolumen beträgt allein in diesem Jahr ca. 30,8 Millionen Euro und wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Der Haushaltsausgleich kann nach heutigem Stand im Jahr 2021 gelingen. Auch wenn dies nicht ohne eine Erhöhung der Grundsteuer möglich war, will ich auch darauf hinweisen, dass wir zu Gebührensenkungen gekommen sind bei Strom, Gas, Abfall und jetzt auch bei den Friedhofsgebühren.

Was die Servicequalität unserer Stadtverwaltung und die dortigen Sparpotentiale angeht will ich auf folgendes hinweisen. Ich hatte nach meinem Amtsantritt relativ zügig den Eindruck gewonnen, dass bestimmte Veränderungen in den Strukturen und Ablaufprozessen sofort erforderlich waren, um die Herausforderungen an eine moderne, leistungsstarke und serviceorientierte Stadtverwaltung mit zufriedenen Beschäftigten und zufriedenen Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich annehmen zu können und deswegen 2009 und 2010 Zug um Zug fast 30 Organisationsverfügungen erlassen. Danach setzte ein strenger Überprüfungsprozess mit einer eigenen Organisationsuntersuchung ein, der im kommenden Jahr abgeschlossen wird. Ich rate davon ab, den Personalhaushalt in der Zukunft drastisch zu reduzieren; die Dienstleistung der Stadtverwaltung gehört zu dem, was der Bürger „für sein Geld“ als Service erwartet.

Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass ich mit den zentralen Aussagen „Bonn muss stark bleiben!“ und „Bürgerbeteiligung stärken“ angetreten bin. Hinzu kam noch ein Wort, das auf meinen Plakaten stand: „Zesammestonn“. Ich gestatte mir daher abschließend die Frage: Was führt eine Stadt zusammen?

Ich bin als Oberbürgermeister für alle Bonnerinnen und Bonner ohne Parteilogo angetreten und war allen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet. Die schwarz-grüne Koalition tat sich gelegentlich schwer, meine „Überparteilichkeit“ anzuerkennen. Auf der Haben-Seite können wir allerdings verbuchen, dass im Stadtrat an die 90 Prozent aller Beschlüsse weitgehend einmütig gefasst werden. Ich kann der Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden bei meiner Verabschiedung im Rat der Stadt Bonn am 17.9.2015 zustimmen: „Unsere Zusammenarbeit war besser, als es oft den Anschein hatte.“

So bleibt auch zukünftig immer die wichtigste Frage: „Was verbindet uns?“ und nicht „Was trennt uns?“ Deswegen beschreibe ich noch einmal den Abend des 3. Oktober 2011, als ich zum Abschluss des Deutschlandfestes auf dem Münsterplatz stand, zusammen mit mehr als 10 000 Menschen. Wir hatten gerade ein wunderbares Fest gefeiert und in drei Tagen 800 000 Gäste empfangen. An diesem Abend hatte ich keinen Zweifel, dass wir **eine** Bürgerschaft sind. Eine Bürgerschaft, die geschlossen zu ihrer Stadt steht, die sich hier wohlfühlt und die gemeinsam die Ode an die Freude sang. Wir waren an dem Abend ein bisschen verblüfft. In den zwei Jahren zuvor hatten wir uns fast einreden lassen, eine Stadt zu sein, in der es zu viele gutherzige Verlierer gibt, in der es zu viel Stillstand gibt und in der nicht allzu viel gelingt. Und auf einmal waren wir es, die zeigten, was in uns steckt und wir spürten plötzlich, dass uns doch auch vieles richtig gut gelungen war und auch weiter gut gelingt, sonst hätten wir doch nicht diese Wachstumszahlen bei Arbeitsplätzen, bei Geburten, bei Einwohnern und wir hätten auch keine steigenden Investitionen der Wirtschaft in Bonn. In vielen Jahren zuvor, insbesondere zu Hauptstadtzeiten aber auch danach noch mit einem Ausgleichstopf von über einer Milliarde im Rücken, hatten wir uns daran gewöhnt alles zu haben. Und dann hatten wir uns plötzlich daran gewöhnen müssen, nicht mehr so reich zu sein. Das machte gelegentlich ratlos und man machte sich Sorgen wegen Dingen, die uns früher nicht beunruhigt hätten und derentwegen wir uns eigentlich auch heute nicht beunruhigen müssen. Denn in dieser Stadt haben wir die Kraft, dies zu schaffen. In einer Stadt, deren Herzschlag vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger bestimmt wird, Bürgerinnen und Bürger, die ihre

Stadt lieben und die sich jeden Tag vieltausendfach ehrenamtlich engagieren. Wir müssen unserer Bürgerschaft zeigen, dass wir Verantwortung über enge Parteigrenzen, politische Schlachten und Blockbildung hinweg übernehmen. Ich glaube fest, dass wir Menschen einander brauchen zu allen Zeiten und dass wir miteinander arbeiten, voneinander lernen, um füreinander zu leben. Wir gehören in dieser Stadt zusammen und es gibt mehr was uns vereint, als was uns trennt. Wir sind auch heute noch diese Menschen, die am 3. Oktober 2011 auf dem Münsterplatz gefeiert und gesungen haben:

Deine Zauber binden wieder, was die Mode streng geteilt, alle Menschen werden Brüder, wo Dein sanfter Flügel weilt.

Und auch morgen werden wir diese Menschen sein.

Glück auf, Bonn!

Anlage

Zahlen, Daten und Fakten (21.10.2009 bis 31.7.2015)

„Zahlen beweisen!“

[Benzenberg]

■ 2 857 Termine als Repräsentant der Stadt Bonn

Darunter sind alle Veranstaltungen außerhalb des Rathauses (Stadthauses) gefasst, vom Besuch des Bundespräsidenten, Reisen in die Partnerstädte Buchara, Cape Coast und Chengdu, Teilnahme an internationalen Konferenzen und Präsentationen (z.B. UNO-Klimakonferenzen in Bonn und New York, Weltausstellung Shanghai, Immobilienmessen in München und Cannes), Einbürgerungstermine, Verleihung von Verdienstorden, Empfänge, Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Besuch von Bürgerfesten und vieles mehr bis zum Besuch in Kindergärten und Schulen. Die drei Bürgermeister, die mich bei Repräsentationsterminen vertreten, wenn ich diese nicht wahrnehmen kann, haben in den drei Jahren zusätzlich insgesamt 1 546 Termine übernommen.

■ 1 758 Reden und 732 schriftliche Grußworte

Dazu gehören viele Reden, wie z.B. bei der Verleihung des Internationalen Demokratiepreises, UN-Konferenzen oder Tagungen. Andere Anlässe waren der „Tag der Deutschen Einheit“, oder Reden und Grußworte bei den verschiedensten Anlässen, wie zum Beispiel die Taufe der „Bonn“ in Emden,

Brauchtumsveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen. Die schriftlichen Grußworte finden sich wieder in den verschiedensten Zeitungen, Zeit- und Festschriften, z.B. bei Jubiläen Bonner Vereine.

■ 293 Termine für Beratungen und Entscheidungen in Rat, Ausschüssen und mit den Vorsitzenden der Fraktionen

Hierzu gehören Sitzungen von Stadtrat (56) und Ausschüssen (179). Hinzu kommen noch einige hundert Gespräche mit Stadtratsfraktionen, darunter auch die fast wöchentliche Runde mit den Mehrheitsfraktionen Schwarz-Grün bzw. ab 2014 „Jamaika“.

■ 2 424 verwaltungsinterne Termine

Nach dem Terminkalender rekonstruierbar sind über 500 Tage, die mit einer „Lage“-Besprechung mit den engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begannen. An einer dieser „Lagebesprechungen“ pro Woche nehmen seit 2011 auch die Mitglieder des Verwaltungsvorstands teil, so dass dieser pro Woche zweimal zusammenkommt. Hinzu kamen Besprechungen mit Dezernenten, Amtsleitern, Personalrat und Mitarbeitern, Sitzungen des Verwaltungsvorstandes (104) und allein über 325 Termine im Zusammenhang mit dem WorldCCBonn. Nicht gezählt wurden alle weiteren Gespräche in der Verwaltung, kurzfristig anberaumte Besuchstermine und viele tausend Telefonate.

■ Rund 300 000 Briefe und E-Mails

Etwa 1000 Schriftstücke und E-Mails sind jede Woche über meinen (elektronischen) Schreibtisch oder über das „Büro“ auf der Rückbank des Dienstwagens gewandert.

■ 24 860 Vorlagen für Rat, Ausschüsse und Bezirksvertretungen

Alle Vorlagen für die politischen Gremien wurden von mir gelesen, ggf. Veränderungen und Neubearbeitungen zugeführt und schlussgezeichnet.

■ Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Wissenschaft, Unternehmen und Investoren

Über 300 Termine habe ich im Zusammenhang mit meiner Aufgabe als „erster Wirtschaftsförderer“ persönlich wahrgenommen. Dazu

gehörten Besuche in 75 Unternehmen der Bonner Wirtschaft oder Einzelgespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Investoren und Konsulaten (6). Hinzu kamen etwa 40 Veranstaltungen bei nationalen und internationalen Messen und Empfängen (z.B. Rathausrunde Wirtschaft, Wirtschaftsgespräche, Existenzgründernetzwerke, Arbeitskreis Wirtschaft von Stadt und IHK, Runder Tisch Handwerk, Vorträge bei den Messen DTB, MIPIM und ExpoReal). Mehr als 60 weitere formelle wie informelle Gespräche fanden mit Wissenschaftsvertretern statt (z.B. Universität Bonn, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, Stiftung Caesar)

■ **Teilnahme an 394 Sitzungen von Gremien der kommunalen Unternehmen, Stiftungen und Mitgliedschaften in weiteren Organisationen**

Dazu gehören Sitzungstermine von Gremien oder mit Vertretern aus dem Bereich des Stadtwerke-Konzerns (130), Sitzungstermine bei der Sparkasse KölnBonn (173) und 91 Sitzungen in Kuratorien oder den Aufsichtsgremien weiterer kommunaler Unternehmen und Stiftungen, in denen der Oberbürgermeister den Vorsitz innehat.

■ **Eintragung von 70 Personen ins Goldene Buch der Stadt Bonn in 18 Terminen.**

■ **Medienkontakte**

Vom 21.10.2209 bis zum 31.7.2015 informierte ich in 323 Interviews, Studiobesuchen und Rundfunkinterviews sowie in 119 Pressekonferenzen und nicht gezählten Hintergrundgesprächen die Medien über aktuelle Entwicklungen und nahm Stellung zu einzelnen Fragen.

Zu den Aufgaben des Oberbürgermeisters der Bundesstadt Bonn gehört auch die Vertretung in einer Reihe von Gremien. Diese sind im Folgenden aufgeführt.

Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und Kontrollgremien i.S.d. AktienG

Aufsichtsrat der SWB Bonn GmbH, der SWB Energie- und Wasser-versorgung GmbH (EnW), der SWB Verkehrs-GmbH und der SWB Müllverwertungsanlage GmbH,

Konsortialausschuss der SWB Beteiligungs-GmbH,

Gesellschafterversammlung der Elektrischen Bahnen der Stadt Bonn und des RSK GmbH

Aufsichtsrat der Internationale Beethovenfeste gGmbH

Aufsichtsrat der Tourismus & Congress GmbH

Aufsichtsrat der BonnCC Management GmbH

Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form

Institutsausschuss und Gesellschafterversammlung des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung in Köln

Zweckverband, Verwaltungsrat, Risikoausschuss und Regionalbeirat Bonn der Sparkasse Köln/Bonn

Verbandsversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands

Verbandsversammlung des Zweckverbands Rheinische Entsorgungs-Kooperation (REK)

Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen

Vorstand und Mitgliederversammlung im Verein Region Köln/Bonn e.V.

Kuratorium der Mittelrheinischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie e.V.

Beirat der RheinEnergie AG

Kuratorium der Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe

Hauptausschuss und Hauptversammlung des Deutschen Städtetags

Vorstand des Städtetags Nordrhein-Westfalen

Stiftungsrat der Stiftung caesar

Vorstand der Stiftung Bonner Klimabotschafter

Kuratorium der Alexander-Koenig-Gesellschaft

Kuratorium der Beethovenstiftung für
Kunst und Kultur der Bundesstadt Bonn

Vorstand und Stifternversammlung der
Bürgerstiftung Bonn

Kuratorium der Stiftung Ludwig van Beethoven
der Sparkasse in Bonn

Kuratorium der Stiftung August Macke Haus
der Sparkasse in Bonn

Kuratorium der Stiftung Internationale
Begegnung der Sparkasse in Bonn

Stiftungsrat der Stiftung Bonn Aachen
International Center for Information
Technology (b-it)

Vorstand Kreisverband Bonn und des
Bezirksverbands Köln-Aachen des Volks-
bunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Kuratorium Neues Unternehmertum
Rheinland (NUK)

Beirat der Stiftung Zukunftsfähigkeit

Kuratorium der Stiftung Bonner Altenhilfe

Kuratorium der Gesellschaft der Förderer
der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg e.V.

Verwaltungsrat der Universitätsgesell-
schaft Bonn Freunde, Förderer, Alumni

Kuratorium der Julius-Barthels-Stiftung
Beirat des Internationalen Club La Redoute

Kuratorium Internationaler
Demokratiepreis Bonn e.V.

Vorsitzender des Kuratoriums der
Dorothea-von-Stetten-Stiftung

Kuratorium der JTB-Stiftung
(Junges Theater Bonn)



Herausgeber:
Der Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn, Presseamt